40. Jahrgang / 1. Heft / Januar ISSN 0042-5702 B 2176 F

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

HERAUSGEGEBEN VON
KARL DIETRICH BRACHER und HANS-PETER SCHWARZ

AUS DEM INHALT

JEFFREY HERF
Die Nachrüstungskrise als Testfall für die westdeutsche Demokratie

THOMAS ANGERER
Die französische Österreichpolitik vor dem „Anschluß" 1938

PETER GRUPP
Harry Graf Kessler als Diplomat

ECKHARD HÜBNER
Neues über die sowjetische Außenpolitik vor 1939?

SEEV GOSHEN
Nisko – Ein Ausnahmefall unter den Judenlagern der SS

DOKUMENTATION
Wiedervereinigung durch Konföderation?
Fritz Schäffers Unterredungen mit Vertretern der DDR und der Sowjetunion 1955/56
(Hanns Jürgen Küsters)

R. OLDENBOURG VERLAG MÜNCHEN

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München herausgegeben
von KARL DIETRICH BRACHER und HANS-PETER SCHWARZ

in Verbindung mit
Theodor Eschenburg, Walter Bußmann,
Rudolf v. Albertini, Dietrich Geyer, Hans Mommsen,
Arnulf Baring und Gerhard A. Ritter

Redaktion:
Ludolf Herbst, Hellmuth Auerbach, Norbert Frei, Hans Woller
Chefredakteur: Hermann Graml
Stellvertreter: Klaus-Dietmar Henke

Institut für Zeitgeschichte, Leonrodstr. 46 b, 8000 München 19, Tel. 12 68 80, FAX 123 17 27

40. Jahrgang | Heft 1 | Januar 1992

INHALTSVERZEICHNIS

AUFSÄTZE

Jeffrey Herf — Demokratie auf dem Prüfstand. Politische Kultur, Machtpolitik und die Nachrüstungskrise in Westdeutschland 1

Thomas Angerer — Die französische Österreichpolitik vor dem „Anschluß" 1938 29

Peter Grupp — Harry Graf Kessler als Diplomat 61

KRITIK

Eckhard Hübner — Neues Licht auf die sowjetische Außenpolitik vor dem Zweiten Weltkrieg? Zum Aufsatz von Ivan Pfaff „Stalins Strategie der Sowjetisierung Mitteleuropas 1935–1938. Das Beispiel Tschechoslowakei" 79

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

MISZELLE

Seev Goshen Nisko – Ein Ausnahmefall unter den Judenlagern der SS 95

DOKUMENTATION

Hanns Jürgen Küsters Wiedervereinigung durch Konföderation? Die informellen Unterredungen zwischen Bundesminister Fritz Schäffer, NVA-General Vincenz Müller und Sowjetbotschafter Georgij Maksimowitsch Puschkin 1955/56 107

NOTIZEN

Diktaturen im Europa des 20. Jahrhunderts. Ein neuer zeitgeschichtlicher Förderschwerpunkt der Stiftung Volkswagenwerk *(Edgar Wolfrum)* 155

Die Kollaboration mit den Achsenmächten in Europa 1939–1945. Ein Seminar der Stiftung Micheletti in Brescia *(Hermann Weiß)* 159

ABSTRACTS 161

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

JEFFREY HERF

DEMOKRATIE AUF DEM PRÜFSTAND

Politische Kultur, Machtpolitik und die Nachrüstungskrise in Westdeutschland

Die Auseinandersetzung um die Stationierung der Mittelstreckenraketen in Europa gehört zu den wichtigen Wendemarken in der deutschen, europäischen und internationalen Geschichte der Nachkriegszeit und des 20. Jahrhunderts. Doch müssen ihre historische Bedeutung, ihre Implikationen für die Geschichtstheorie und ihre Aussagen über die Stärken wie die verwundbaren Stellen von Demokratien erst noch bewußt gemacht werden. Der folgende Essay behandelt die Schlacht um die Euroraketen mit zwei Problemfeldern vor Augen. Auf mehr allgemeiner und abstrakter Ebene lenken jene Vorgänge, erstens, unsere Aufmerksamkeit auf die Rolle subjektiver Faktoren, auf Individuen, ihre Glaubensorientierung, ihre Überzeugungen, ihre Präferenzen, mithin auf den subjektiv bedingten Charakter historischer Wendemarken. Dies geschieht im Gegensatz zu strukturalistischen Theorien, die Personen nur eine bescheidene Rolle in der Geschichte zubilligen, und zu post-strukturalistischen Theorien, die an der Möglichkeit kohärenter und kausaler narrativer Darstellung zweifeln. Zweitens war sowohl auf der Linken wie auf der Rechten, bei Neo-Marxisten wie Neo-Konservativen, eine deterministische Vorstellung vom Niedergang der Demokratie oder des Kapitalismus sehr ausgeprägt, wenn Ende der siebziger Jahre über die „Krise der Demokratie" geschrieben wurde. Demgegenüber sollen die subjektiven Faktoren in der politischen Kultur Westdeutschlands beleuchtet werden, die eine recht unerwartete demokratische Widerstandskraft erklären helfen.

In den dreißiger und in den siebziger Jahren stellten die wohlwollenden und besorgten Kritiker der Demokratie wie ihre Gegner und Feinde die Frage, ob die politischen Vorzüge offener Gesellschaften – Diskussion, freie Presse, Wettbewerb in Wahlen – bei der Konfrontation mit expansionistischen Diktaturen nicht zu strategischen Schwächen würden. Umgekehrt fragten sie sich, ob die politischen Mängel einer Diktatur – das Fehlen politischer Freiheit und öffentlicher Debatte – bei der Einschüchterung demokratischer Regierungen und Gesellschaften nicht einen entscheidenden Vorteil darstellten. In den siebziger Jahren entstand eine umfängliche wissenschaftliche Literatur über die innere „Krise der Demokratie", über die „Legitimationskrise des Spätkapitalismus" und über „Unregierbarkeit"[1]. In der Bundesrepublik Deutschland, wo die Wiederbelebung

[1] Vgl. Michel J. Crozier/Samuel P. Huntington/Joji Watanuki, The Crisis of Democracy. Report on the Governability of Democracies to the Trilateral Commission, New York 1975; Wilhelm Hen-

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

romantischer, marxistischer und utopischer Traditionen auf der Linken sowohl die wirtschaftlichen und politischen Institutionen des Landes wie dessen Westorientierung anfocht, hielt man die allgemeine Krise der Demokratie für besonders akut[2].

Westliche Strategen fürchteten, die in Westeuropa herrschende Angst vor einem nuklearen Krieg könne sich für die Sowjetunion bei den Rüstungskontrollverhandlungen mit der atlantischen Allianz als ausschlaggebender Vorteil erweisen[3]. Die Sorge um das „dekadente Europa" und um „einen Kontinent auf Abwegen", die in den siebziger Jahren aufbrach, kulminierte 1983 in düsteren Warnungen vor dem Untergang der Demokratien[4]. Die „Nachrüstungskrise" war der Katalysator, der die Besorgnis um die Regierbarkeit von Demokratien mit der Besorgnis um das Machtgleichgewicht in Europa verschmelzen ließ. Das lag daran, daß die Auseinandersetzung über die Euroraketen ein idealtypischer Fall von „asymmetrischer strategischer Interaktion" war, wie der Verfasser dies an anderer Stelle genannt hat[5]. Damit ist gemeint, daß in der strategischen Interaktion zwischen Demokratie und Diktatur Kriegsfurcht nur in Demokratien einen Wandel der Regierungspolitik bewirken kann[6]. Jedoch ist die Demokratie nicht untergegangen, die Bundesrepublik verfiel nicht dem Neutralismus, die Sowjetunion dehnte ihren Einfluß nicht auf Westeuropa aus, und die Vereinigten Staaten von Amerika waren nicht gezwungen, sich aus Europa zurückzuziehen. Zwischen 1977, als Bundeskanzler

---

nis/Peter Graf Kielmansegg/Ulrich Matz (Hrsg.), Regierbarkeit, Stuttgart 1979; Jürgen Habermas (Hrsg.), Stichworte zur „Geistigen Situation der Zeit", Frankfurt 1979. Eine Version dieses Essays wurde im Juni 1991 als Vortrag am Wiener Institut für die Wissenschaften vom Menschen gehalten. Der Verf. dankt den Mitgliedern des Instituts für ihre Kommentare und Anregungen.

2 Richard Löwenthal, Gesellschaftswandel und Kulturkrise. Zukunftsprobleme der westlichen Demokratien, Frankfurt 1979.

3 Lothar Rühl, Soviet Policy and the Domestic Politics of Western Europe, in: Richard Pipes (Hrsg.), Soviet Strategy in Europe, New York 1976, S. 65–103; Peter Stratmann, NATO in der Krise, Baden-Baden 1981, S. 242; Uwe Nerlich/Falk Bomsdorf, Rüstungskontrolle als ein Prozeß der Selbstbindung. Wirkungsweisen westlicher Verhandlungspolitik, in: Uwe Nerlich (Hrsg.), Sowjetische Macht und westliche Verhandlungspolitik im Wandel militärischer Kraftverhältnisse, Baden-Baden 1983; Michel Tatu, Public Opinion as Both Means and Ends for Policy-Makers, Adelphi Papers 191, 1984, S. 29. Vgl. auch Michel Tatu, La bataille des euromissiles, Paris 1983.

4 Raymond Aron, Plaidoyer Pour L'Europe Decadente, Paris 1977; Walter Laqueur, A Continent Astray, New York 1978; Karl Dietrich Bracher, Europa und Entspannung, Frankfurt 1979; ders., Europa in der Krise, Frankfurt 1979; Jean-Francois Revel, Comment les Democraties finissent, Paris 1983. Diese Analytiker der Krise der Demokratie schrieben nicht in einer Spenglerschen Stimmung des unvermeidlichen und unaufhaltsamen Verfalls. Ihr Pessimismus war nicht von der Art Spenglers, sondern von der Art Webers. *Wenn* sich der gegenwärtige Trend fortsetze, so sagten sie, *dann* würden sich die üblen Erscheinungen der dreißiger Jahre wiederholen. Ein großer Teil dieser Literatur verfolgte den Zweck, dem herrschenden Trend entgegenzuwirken.

5 Vgl. Jeffrey Herf, War By Other Means. Soviet Power, West German Resistance and the Battle of the Euromissiles, New York 1991; ders., Asymmetric Strategic Interaction, in: Journal of Strategic Studies, Juni 1990.

6 Die klassische Analyse der asymmetrischen strategischen Interaktion findet sich in Winston S. Churchills „The Gathering Storm" (Boston 1948), bes. S. 17 f. und 102 f.; vgl. ferner Raymond Aron, Peace and War. A Theory of International Relations, Malabar, Florida, 1981.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Helmut Schmidt in London eine wichtige Rede über Rüstungskontrolle hielt, und 1983, als der Bundestag für die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen in Westdeutschland stimmte, nahm die Weltpolitik eine neue Wendung. Dem folgte – als einer essentiellen Voraussetzung – das INF (Intermediale Nuclear Forces)-Abkommen von 1987, der Zusammenbruch von Kommunismus und Warschauer Pakt, die Entstehung junger Demokratien in Mitteleuropa und die deutsche Vereinigung 1989/90. Wie und warum hat die Demokratie überlebt?

Die westdeutsche Demokratie überlebte auf Grund unerwarteter Stärken von Demokratien, auf Grund der 1945 eingeleiteten Angleichung der politischen Kultur Westdeutschlands an den Westen und auf Grund der Überzeugungen wie der Entscheidungen einiger führender Politiker[7]. Da liberaldemokratische Gesellschaften die Freiheit des Denkens und der Meinungsäußerung schützen und den friedlichen politischen Wettbewerb in einem Mehrparteiensystem verankert haben, sind sie – und zwar auf eine Weise, die Diktaturen unmöglich ist – fähig, politische Bildung zu institutionalisieren und zu fördern, aus Fehlern zu lernen und Wissen zu verbreiten. Sie sind ferner fähig, diejenigen friedlich an die Macht zu bringen, die neue politische Wege gehen wollen, und jene zu entfernen, die eine fehlerhafte Politik verfolgt haben. Ferner sind Politiker in Demokratien gezwungen, für jede wichtige Entscheidung ein Mandat zu suchen, was zur Folge hat, daß schwierige Entscheidungen die Legitimität eines Mehrheitsbeschlusses erreichen, akzeptiert von Minderheiten, die sich frei äußern können. Mit solchen Argumenten wird gewöhnlich die moralische Überlegenheit der liberalen Demokratie begründet, tatsächlich begründen sie aber auch ihre praktische Überlegenheit über die Diktatur, erklären sie zu einem guten Teil ihre potentiellen Stärken. Und doch haben sie in den großen Debatten über die Krise der Demokratie, zu denen es in den siebziger und frühen achtziger Jahren kam, überraschend wenig Resonanz gefunden[8].

Die von 1977 bis 1983 zu beobachtende Widerstandskraft der westdeutschen Demokratie und die Transformation Europas in den Jahren 1989 und 1990 deuten darauf hin, daß die historische Reflexion über die realen und potentiellen Stärken der Bundesrepublik Deutschland, eines dieser krisengeschüttelten, überlasteten, entlegitimierten, deka-

---

[7] In Westdeutschland beschäftigte sich die Debatte über die Demokratie mehr mit dem Problem „Technokratie versus Demokratie" als mit dem Potential demokratischer Politik an politischer Widerstandskraft. Vgl. Jürgen Habermas/Niklas Luhmann, Theorie der Gesellschaft oder Sozialtechnologie, Frankfurt 1971.

[8] Vgl. Karl Popper, The Open Society and Its Enemies. In dieser Argumentation ist jedoch nur von dem Potential die Rede, das liberaldemokratische Institutionen bieten. Es wird, in Übereinstimmung mit dem Geist liberalen politischen Denkens, keineswegs behauptet, daß in Demokratien die politischen Führer und die Bürger ständig ihr Wissen mehren und aus Fehlern lernen. Viele Beispiele könnten dafür genannt werden, daß es in Demokratien zu Maximierung von Dummheit kam, zur Wahl und Wiederwahl unfähiger Führer, zur Entscheidung für eine katastrophale Politik, zur Lähmung durch dogmatische Minderheiten – und so zum Untergang. Ob bestehende Demokratien die Gelegenheit zum Lernen ergreifen, ist keine theoretische Gewißheit, sondern hängt von den Entscheidungen der geschichtlichen Akteure ab.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

denten und paralysierten politischen Gemeinwesen, wie man sagte, seit langem überfällig ist. Die Schlacht um die Euroraketen ist zur Gänze in Westeuropa geschlagen worden. Zentrales Schlachtfeld war die westdeutsche Innenpolitik. Im folgenden werden Entwicklungen in der westdeutschen politischen Kultur untersucht, die Überzeugungen und Meinungen der politischen Klasse Westdeutschlands – Politiker, Beamte, Journalisten, Intellektuelle, Wissenschaftler –, um zu verstehen, wie sie das Ergebnis der Interaktion zwischen der Sowjetunion und Westeuropa im letzten Gefecht des Kalten Krieges beeinflußten. Auf dem Terrain der westdeutschen politischen Kultur ist nämlich die machtpolitische Auseinandersetzung zwischen diesen Staaten entschieden worden.

Als sich nach 1945 die Demokratie in Westdeutschland herausbildete, gehörte zu den Schlüsselelementen des Prozesses die Existenz einer demokratischen Rechten und einer demokratischen Linken, vereint in einem „antitotalitären Konsens" und einig über die „militante Demokratie". Die beiden führenden Gestalten dieser neuen politischen Richtung waren Konrad Adenauer und Kurt Schumacher[9]. Im Kontext deutscher Geschichte war Adenauer ein Neuerer. Er stand an der Spitze des ersten westlich orientierten Konservativismus der deutschen Geschichte, der ersten politischen Strömung rechts von der Mitte, die sich nicht gänzlich oder partiell durch Opposition gegen den Westen definierte. Es war die spezifische Verantwortung dieses neuen westdeutschen Konservativismus, als Bollwerk – ganz anders als die deutschen Konservativen in der Endkrise der Weimarer Republik – gegen die antidemokratische Rechte zu dienen, d. h. gegen Nationalsozialisten und Neonazis. Schumacher, der Führer der demokratischen Linken, war ein deutscher Traditionalist, der sich als Erbe einer ungebrochenen, intakten Tradition eines deutschen demokratischen Sozialismus sah. So lehnte er – weil in seinen Augen die Deutschen keine weitere Verwestlichung nötig hatten – eine westliche Allianz ebenso ab wie eine Allianz oder eine Volksfront mit den Kommunisten. Doch zu seiner Auffassung von streitbarer Demokratie gehörte auch ein militanter Antikommunismus, da nach seiner Meinung die Kommunisten europäische und westliche Werte preisgegeben hatten, als sie sich für die leninistische Diktatur entschieden[10]. In seiner Ablehnung kommunistischer Versuche, eine „Sozialistische Einheitspartei" zu schaffen, ging Schu-

[9] Zur „streitbaren Demokratie" Richard Löwenthal/Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), Die Zweite Republik, Stuttgart 1975; ferner Herf, War By other Means, Kap. 2. Zur intellektuellen Geschichte der Nachkriegsjahre besonders wichtig Jerry Z. Muller, The Other God That Failed. Hans Freyer and the Deradicalization of German Conservatism, Princeton 1987, ferner Martin Broszat/Klaus-Dietmar Henke/Hans Woller (Hrsg.), Von Stalingrad zur Währungsreform, München 1988; Hans-Peter Schwarz, Vom Reich zur Bundesrepublik. Deutschland im Widerstreit der außenpolitischen Konzeptionen in den Jahren der Besatzungsherrschaft 1945–1949, Stuttgart 1980.

[10] Wie Schumacher sagte: „Wir sind ja nicht umsonst der Weltfeind Nr. 1 für den Sowjetkommunismus. Darüber hinaus möchte ich sagen: den Sowjets ist eine extrem kapitalistische und reaktionäre Staatsführung in allen Ländern lieber als die Staats- und Wirtschaftsführung des demokratischen Sozialismus, denn der demokratische Sozialismus ist der einzige Faktor, der den Sowjets das Vertrauen der arbeitenden Massen ganz nehmen kann." Kurt Schumacher, Wie kann die Ostzone befreit werden?, in: Kurt Schumacher, Turmwächter der Demokratie. Reden und Schriften, hrsg. von Arno Schulz und Walther Oschilewski, Berlin 1953, S. 521.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

macher so weit, daß er sagte: „Wir sind heute, 1947, in derselben Situation wie 1933. Wir sind vor die Frage gestellt, ob wir uns einem brutalen Herrschaftsanspruch beugen oder ihm von Anfang an widersprechen wollen."[11] Obwohl also seine Vorstellungen in der Außenpolitik so traditionell deutsch und europazentrisch waren wie die Adenauers westlich und atlantisch orientiert, bildete doch sein Antikommunismus eine Schutzwehr gegen sowjetische Anstrengungen in den frühen Jahren des Kalten Krieges, eine Einheitsfront gegen die westliche Politik zu schaffen. Ohnedem wäre Gegnerschaft gegen die sowjetische Politik auf Parteien rechts von der Mitte beschränkt und damit erheblich schwächer gewesen[12].

Von Schumacher zu Brandt: Erosion der Abgrenzung

In den sechziger und frühen siebziger Jahren war im Hinblick auf die „militante Demokratie" der politischen Gründerjahre das zentrale Problem der von Willy Brandt und Egon Bahrs „neuer Ostpolitik" repräsentierten politischen Kultur die Frage, ob an der von Schumacher begründeten Tradition vehementer und öffentlich klar ausgesprochener Ablehnung sowjetischer und kommunistischer Politik festgehalten werde oder nicht. Tatsächlich bestand, was die Entwicklung der politischen Kultur in Westdeutschland angeht, die wichtigste Wirkung der Haltung Brandts und Bahrs in der Erosion der Abgrenzung nach links, wie sie zu der von Schumacher und seinen Erben – darunter auch Brandt als Bürgermeister von Berlin – geschaffenen „militanten Demokratie" gehörte.

Im Interesse einer „Friedenspolitik" haben Brandt und Bahr, zumindest was die Stoßrichtung ihrer öffentlichen Äußerungen angeht, in den siebziger Jahren darauf verzichtet, das Anwachsen der militärischen Stärke der Sowjetunion kritisch zu kommentieren. Stattdessen hat vor allem Bahr die „jetzt obsolete Ideologie des Kalten Krieges" angeprangert. Für die westdeutschen Sozialdemokraten hat Egon Bahrs Denken und Handeln, wie Günter Grass 1973 sagte, das Bild der Sowjetunion gewandelt. Im Zeichen der Entspannungsperiode wurde aus dem totalitären Feind der „Sicherheitspartner" Westdeutschlands[13]. 1980 konstatierte Brandt, das große positive Ergebnis der Entspannungspolitik habe in der Unterordnung ideologischer Differenzen unter die Notwendigkeit der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten bestanden; es sei erreicht worden,

---

[11] Schumacher fuhr fort: „Heute sind aus der falschen und schwachen Haltung sehr vieler Deutscher im Jahre 1933 Deutsche in der Verlegenheit, sich entnazifizieren lassen zu müssen. Wir möchten im Prozeß der Weltgeschichte das deutsche Volk nicht in die Verlegenheit bringen, sich einmal in naher oder ferner Zukunft enttotalisieren lassen zu müssen" (Turmwächter der Demokratie, S. 434).

[12] Michael Howard betont die wichtige Rolle der demokratischen Linken im Kalten Krieg; vgl. The Forgotten Dimensions of Strategy, in: ders., The Causes of Wars, Cambridge 1983.

[13] Zit. nach „Egon Bahr bekam Friedenspreis", in: Bonner Rundschau, 24.1.1973. Vgl. auch Günter Grass, der Bürger und seine Stimme. Reden, Aufsätze, Kommentare, Darmstadt-Neuwied 1974; ders., Denkzettel. Politische Reden und Aufsätze, Darmstadt-Neuwied 1978.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die nach wie vor bestehenden ideologischen Gegensätze in einer Art Dornröschenschlaf zu neutralisieren, und zwar ohne Schaden für die eine oder die andere Seite[14].

Brandt war sich bewußt, daß die politische Kultur der Entspannung mit der Schumacherschen Tradition der „militanten Demokratie" und des linken Antikommunismus zusammenstoßen konnte und daß daher die sozialdemokratische Generation, die in den siebziger Jahren ins politische Leben trat, für Appelle zur Bildung von Koalitionen mit westdeutschen kommunistischen Gruppen empfänglich sein mochte. Der „Anti-Antikommunismus" der neuen Linken und die Kritik an der Totalitarismustheorie, die für die „Faschismus-Diskussion" der sechziger Jahre charakteristisch war, vertieften solche Sorgen. Deshalb gab der SPD-Parteirat 1971 ein Positionspapier zum rechten Verhältnis zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten in Westdeutschland heraus, das als „Abgrenzungsbeschluß" bekannt wurde. Die Schlüsselstelle dieses Beschlusses lautete: „Friedenspolitik und Sicherung der Freiheit gehören für die deutsche Sozialdemokratie untrennbar zusammen. Darum wird sie bei ihrem Bemühen um außenpolitische Verständigung mit den kommunistisch regierten Staaten niemals eine Verwischung der grundsätzlichen Gegensätze zulassen, die sozialdemokratische und kommunistische Zielvorstellungen und Durchsetzungsmethoden trennen. ... Unsere Sicherheit beruht auf dem Gleichgewicht, Verträge mit unseren östlichen Nachbarn werden unsere Sicherheit erhöhen, nicht aber das Gleichgewicht überflüssig machen ... Der entscheidende Gegensatz zwischen sozialdemokratischer und kommunistischer Politik liegt ... in dem Gegensatz von Rechtsstaatlichkeit und Willkür, von freiheitlicher Demokratie und Parteidiktatur, von Selbstbestimmung und Fremdbestimmung."[15]

Doch in seinen Reden im Bundestag und auf Parteikongressen, in seinen Artikeln und Interviews zog es Brandt vor, die Grenzen zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus nicht allzu sehr zu betonen. Stattdessen sprach er über gemeinsame Interessen, über die Sowjetunion als Partner und über die Gefahren eines Wettrüstens der beiden Supermächte. Anstatt eine klare Unterscheidung zwischen liberalen Demokratien und kommunistischen Diktaturen zu treffen, eine Unterscheidung, die nun abschätzig als Ideologie des Kalten Krieges charakterisiert wurde, redeten Brandt und Bahr über „gemeinsame Interessen" und die „gemeinsame Sicherheit". Sie eliminierten den Antikommunismus aus der öffentlich vertretenen Begriffswelt sozialdemokratischer Außenpolitik. Nachdem Brandt Machtpolitik als Teil einer Erbschaft bezeichnet hatte, die mit seiner „Friedenspolitik" unvereinbar sei, machte es der politische Geist der Entspannungsperiode auch schwierig, über das militärische Gleichgewicht zwischen Ost und West zu sprechen, wenn man sich nicht dem Vorwurf aussetzen wollte, die Entspannung und damit den Frieden zu untergraben.

---

[14] Willy Brandt, Nachwort. SPD-Parteibeschluß 1980, zit. von Gesine Schwan, Die SPD und die westliche Freiheit, in: Jürgen Maruhn und Manfred Wilke (Hrsg.), Wohin treibt die SPD? Wende oder Kontinuität sozialdemokratischer Sicherheitspolitik, München 1984, S. 46f.

[15] Sozialdemokratie und Kommunismus, hrsg. vom SPD-Parteirat, 26. 2. 1971, zit. von Horst Nieggemeier, Wie stellt sich die SPD ihre Abgrenzung gegenüber Kommunisten vor?, in: Maruhn/Wilke, Wohin treibt die SPD, S. 93.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die „Jusos" und die Volksfront an den Universitäten

Eine besonders interessante, jedoch kaum genutzte Quelle für die Erforschung der Erosion der sozialdemokratischen Abgrenzung nach links, die sich in der Entspannungsdekade vollzog, stellen die Resultate der Wahlen zu den Studentenvertretungen an den westdeutschen Universitäten dar. Diese Wahlergebnisse haben den entscheidenden Vorzug, daß sie Aussagen über reale politische Ereignisse sind und nicht die Kreation der Sozialwissenschaft. Politische Wissenschaftler haben jene Periode als Ära einer „stillen Revolution" bezeichnet, die von „Post-Materialisten" gemacht worden sei[16]. Aber an der Entstehung hunderter linksgerichteter Koalitionen in den AStAs der Universitäten war nichts sonderlich Stilles oder Antimaterialistisches. In den zahllosen AStA-Wahlen, die in den siebziger Jahren stattfanden, sahen sich Studenten der gemäßigten Linken, vor allem die Mitglieder der Jungsozialisten (Jusos), des Jugendverbands der SPD, vor eine Entscheidung gestellt. Sollten sie eine Koalition mit der radikalen Linken, einer Linken, die marxistisch-leninistisch sein mochte, und mit kommunistischen Gruppen eingehen oder sollten sie mit dem „Ring Christlich-Demokratischer Studenten" (RCDS), dem Jugendverband der CDU, eine „Koalition der Demokraten" bilden?

Wieder und wieder entschieden sich die Jusos für eine Einheitsfront der Linken gegen „die Rechte". Die Ergebnisse der Wahlen – alle zwei Jahre – und der Charakter der politischen Koalitionen, zu denen sie führten, sind von der „Westdeutschen Rektorenkonferenz" festgehalten worden[17]. Aus den gesammelten Daten ergibt sich das Muster der studentischen Koalitionsbildung, und sie ermöglichen einen guten Überblick über das Koalitionsverhalten der in der Studentenpolitik jener Jahre dominanten Gruppe, eben der Jusos. Zu den häufigsten Partnern der Jusos gehörten der „Marxistische Studentenbund" oder „MSB Spartakus", der „Sozialistische Hochschulbund" (SHB) und – weniger häufig – eine Anzahl kleinerer, doch gut organisierter kommunistischer, stalinistischer und maoistischer Sekten, die ihre Aktivitäten auf die Studentenpolitik konzentrierten, ferner etliche postmarxistische und ökologische Gruppen, von denen viele zu den Vorläufern der Grünen zu rechnen sind. MSB Spartakus, SHB und Jusos stellten links von der Mitte die größeren studentischen Organisationen mit gesamtstaatlicher Ausdehnung dar[18]. Die Ergebnisse der AStA-Wahlen sind ein exzellenter Indikator der

---

[16] Vgl. Ronald Inglehart, The Silent Revolution. Changing Values und Political Styles Among Western Publics, Princeton 1977.

[17] Die Angaben stammen aus den alle zwei Jahre erscheinenden Berichten der Westdeutschen Rektorenkonferenz, Mitteilungen. Dokumentation, Übersicht: Über die Ergebnisse der Wahlen zu den Studentenvertretungen, Bonn 1968–1983. Die Daten enthalten keine genauen Zahlen zu den prozentualen Stimmanteilen. Auch muß gesagt werden, daß lokale Studentengruppen oft kurzlebig waren und politisch nicht leicht einzuordnen sind.

[18] Nach den Berichten der Westdeutschen Rektorenkonferenz gab es in den siebziger Jahren vierzig bis fünzig politische Gruppen, die sich aktiv an westdeutschen AStA-Wahlen beteiligten. Zehn davon bezeichneten sich selbst als kommunistisch (Kommunistischer Bund, Kommunistischer Studentenverband usw.), zwei waren marxistisch oder marxistisch-leninistisch (Marxistischer Studentenbund

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Auflösung des sozialdemokratischen Antikommunismus wie der „militanten Demokratie" und ihrer Ersetzung durch eine Volksfront-Mentalität. Die Jusos wandten sich von den Richtlinien des Abgrenzungsbeschlusses ab. Die Erosion, die sich in der öffentlichen Rhetorik Brandts und Bahrs zeigte, manifestierte sich ebenso in den politischen Aktivitäten der jungen Linken an den Universitäten[19]. So diskreditiert war der Antikommunismus, daß sogar die Jugendgruppe der FDP gelegentlich Koalitionen mit MSB Spartakus einging[20]. Der einsame RCDS war zwar fähig, 35 bis 45 Prozent der Stimmen zu gewinnen, fand aber nur selten Partner zu seiner Linken, die bereit waren, ihn in eine „große Koalition" der Mitte aufzunehmen.

Tabelle 1 bietet die Resultate jener AStA-Wahlen, die an westdeutschen Universitäten von 1969 bis 1984 im jeweiligen Wintersemester stattfanden. Sie zeigt die politische Tendenz der Studentenvertretungen an 27 der größten und prominentesten westdeutschen Universitäten und Technischen Universitäten[21]. Die Studentenvertretungen werden bestimmt als „konservativ", „Mitte rechts", „liberal", „sozialdemokratisch", „linke Koalition" und „weit links". „Konservativ" bezeichnet Studentenvertretungen mit einer absoluten Mehrheit von Mitgliedern des RCDS, „Mitte rechts" solche mit einer Mehrheit junger Konservativer, die mit Angehörigen des Jugendverbands der FDP oder anderen liberalen Gruppen koalierten. „Liberale" AStAs bestanden ausschließlich aus Mitgliedern der letztgenannten Vereinigungen. Als „sozialdemokratisch" werden AStAs eingestuft, in denen die Jusos die Mehrheit hatten und nicht auf Koalitionen angewiesen waren, „linke Koalition" steht für AStAs, in denen Jusos saßen, dazu Gruppen der neuen Linken, grüne und „Basis"-Gruppen, linke Sozialisten, Gruppen in Verbindung mit der DKP, der Sozialistische Hochschulbund und der MSB Spartakus oder sonstige kommunistische und marxistisch-leninistische Sekten. „Weit links" bezeichnet AStAs, die von einer Mehrheit kommunistischer und marxistisch-leninistischer Gruppen beherrscht waren.

Spartakus), fünf nannten sich studentische Gewerkschaften, acht charakterisierten sich als sozialistisch (Sozialistisches Büro, Juso-Hochschulgruppen), drei verstanden sich als „Basis"-Gruppen, d.h. als „anti-autoritär" oder anarchistisch, drei waren liberal (so der Liberale Hochschulverband) und drei konservativ (Ring Christlich-Demokratischer Studenten, Junge Union-Hochschulgruppen).

19 Eine Geschichte der studentischen Politik in jener Periode bietet Gerd Langguth, Protestbewegung. Entwicklung, Niedergang, Renaissance – Die Neue Linke seit 1968, Köln 1983.

20 Ein liberaler Studentenführer sagte 1979 in einer Botschaft an den MSB Spartakus: „Denn nach wie vor gilt: der gemeinsame Feind steht rechts! Ihn zu bekämpfen ist unsere Aufgabe! Unsere gemeinsame Aufgabe!... Euer Optimismus ist unser Optimismus – gemeinsam werden wir es schaffen." Zit. nach Langguth, Protestbewegung, S. 194.

21 Übersicht über die Ergebnisse der Wahlen zu den Studentenvertretungen (Wintersemester, von 1968/69 bis 1983/84), hrsg. von der Westdeutschen Rektorenkonferenz – Dokumentationsabteilung, Bibliothek und Pressestelle, Bad Godesberg. Die Zahl der angeführten Universitäten variiert etwas von Jahr zu Jahr, weil einige Hochschulen manchmal keine Berichte lieferten, weil gelegentlich keine Wahlen stattfanden oder weil Hochschulverwaltungen ihre Studentenvertretung auf Grund studentischer Unruhen aufgelöst hatten.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Tabelle 1: Der politische Charakter der AStAs an den 27 größten westdeutschen Universitäten und Technischen Universitäten 1969–1984 (jeweils Wintersemester)

	69	70	71	72	73	74	75	76	77	78	79	80	81	82	83	84
Konservativ	1	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Mitte rechts	3	1	0	0	3	4	7	3	4	3	5	1	2	3	2	0
Liberal/Mitte	2	1	0	0	0	0	0	3	0	1	2	3	0	1	0	0
Mitte links (sozialdemokratisch)	6	2	4	3	4	5	5	9	10	8	8	9	8	8	4	6
Linke Koalition	14	19	19	20	14	15	13	11	12	14	11	15	18	16	22	21
Weit links	2	3	2	1	4	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0

Quelle: Übersicht über die Ergebnisse der Wahlen zu den Studentenvertretungen, hrsg. von der Westdeutschen Rektorenkonferenz, Bonn 1968–1984. Die Universitäten sind: Berlin (Freie Universität), Bochum, Bonn, Erlangen-Nürnberg, Frankfurt/Main, Freiburg, Gießen, Göttingen, Hamburg, Heidelberg, Kiel, Köln, Mainz, Mannheim, Marburg, München, Münster, Saarbrücken, Tübingen und Würzburg, dazu die Technischen Universitäten Aachen, Berlin, Braunschweig, Hannover, Karlsruhe, München, Stuttgart. Auf Anordnung der Stadt Berlin wurden dort die Studentenvertretungen aufgelöst, und von 1970 bis 1979 fanden weder an der Freien Universität noch an der Technischen Universität AStA-Wahlen statt. An der TU Braunschweig fielen die Wahlen von 1971 bis 1973 aus. Jede der aufgeführten Universitäten zählte im Sommer 1969 mindestens 4000 Studenten (dieses Kriterium schloß politisch und intellektuell wichtige und expandierende Neugründungen wie Bielefeld, Bremen und Konstanz aus. Von 1968 bis 1984 wuchsen diese Universitäten rasch: Bielefeld von 933 Studenten im Sommer 1968 auf 7112 im Jahre 1984, Bremen von 430 auf 4686, Konstanz von 696 auf 3160. Solche expandierenden neuen Universitäten mußten das aktuelle politische Klima stärker spüren, da institutionelle Traditionen fehlten). Im übrigen waren mit den angeführten Universitäten alle westdeutschen Bundesländer – ausgenommen Bremen – vertreten. An diesen Universitäten studierten 1968 98 Prozent aller westdeutschen Studenten. Auf Grund der Schaffung neuer Universitäten und der Expansion anderer schon bestehender ging dieser Prozentsatz bis 1984 auf 88 Prozent zurück.

Die numerische Dominanz der Linken fällt sofort ins Auge. Es gab sechsmal mehr Koalitionen links von der Mitte als rechts von der Mitte. Die häufigste Form der Studentenvertretung war von 1969 bis 1984 eine „linke Koalition" in dem genannten Sinne (254 AStAs), gefolgt von „sozialdemokratisch" (99), „weit links" (14), „Mitte rechts" (41), „liberal" (13) und „konservativ" (3). Nur in zwei Fällen, einmal in Bonn (1973) und einmal in Erlangen (1974), gab es Koalitionen „militanter Demokraten" aus Jusos und RCDS[22]. In allen übrigen Fällen gingen die Jusos Koalitionen mit Liberalen ein, amtierten allein oder koalierten mit kleinen Gruppen zu ihrer Linken, darunter auch marxi-

[22] Die Tabellen 2 bis 4 zeigen die Resultate der Wahlen an den Universitäten Bonn, Frankfurt und Hamburg. Das politische Klima an diesen Hochschulen wies Unterschiede auf. Bonn war eine der wenigen größeren Universitäten mit AStAs der Mitte oder der rechten Mitte. Die ausgeprägten politischen Traditionen, Bonns Liberalismus, Frankfurts „anti-autoritäre" Linke und Hamburgs Marxismus und Kommunismus, werden in den Resultaten sichtbar. Vergleichende Untersuchungen der politischen Entwicklung an unterschiedlichen westdeutschen Universitäten würden ein reicheres und differenzierteres Bild der Institutionen und der politischen Kultur liefern, als es jetzt mit Begriffen wie „generationelle Politik" oder „Materialismus" versus „Post-Materialismus" möglich ist. Vergleichende Lokalgeschichten studentischer Politik an westdeutschen Universitäten in der Periode des „langen Marschs durch die Institutionen" könnte eine interessante Synthese sozialer, intellektueller und institutioneller Geschichte ergeben.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

stisch-leninistische und kommunistische Gruppen[23]. Die Erosion des Antikommunismus, die bei Brandt und Bahr an der Spitze der Partei ebenso zu beobachten war wie in der Arbeit sympathisierender Intellektueller und Journalisten, zeigte sich also auch in den politischen Aktivitäten der SPD-Jugendorganisation.

Tabelle 2: Resultate der AStA-Wahlen an der Universität Bonn 1969–1984 (jeweils Wintersemester)

	69	70	71	72	73	74	75	76	77	78	79	80	81	82	83	84
Wahlbet. in %	54	56	58	54	50	53	–	54	–	–	52	46	44	40	44	–
Pol. Gruppen	Erreichte Sitze															
SDS	3															
Basisgr.					3	3		1		1						
ML/Rote Zellen		2	2	4												
Komm. Gruppen					1	1		1	1	2	2					
MSB Spartakus	1	8*	9*	10*	6*	8*	5	6	4	3	4	3	4*	2	2	2*
SHB	6	8*	12*	14*	14*	13*	12	15	9	9	5	8	9*	6	6	4*
GEW-HSG							13*									
Juso-HSG									10	10	10	8	6	5	8	9*
Soz. Fraktion																
Ev. Stud. Gemeinden (ESG)																
Humanist. Studentenunion																
Kath. Stud.																
Lib. Hochschulverb.	2		1					4	3	3	3	12*	4*	1		
Neuliberale Gr.			5	17	14	9	14*	9*	10*	14*	12*		10	7*	9*	9
Sozial-Lib. Hochschulbund	9*	4	5	–	2	2	3*	6*	6*	6*	3*	3*	3	4	2	1
RCDS	9*	9	8	8	10		16*	16*	16*	14*	13*	10*	12*	16*	14*	14
Verbindungen																
Unabh. Linke														7	8	
Unabh. Liberale	23*	22*	18	7	6		4	1								
Altern./Grüne												4	3*	3	3	3*
Unabh. Rechte												2				
Örtl. Gr.	8*							1		1					2*	7
Sitze insges.	61	53	60	60	56	36	67	60	59	63	52	50	51	51	54	49

Anm.: Der Stern (*) zeigt an, daß die betreffende politische Gruppe im AStA vertreten war.

[23] Eine Bestätigung des Musters linker Volksfront-AStAs, die von Jusos geführt wurden, bieten zwei politisch unterschiedlich orientierte Untersuchungen der westdeutschen Universitätsstudenten: Studenten. Ergebnisse einer Repräsentativbefragung an Universitäten, Technischen Universitäten und Technischen Hochschulen im Wintersemester 1977/78, Computerband I und II, Institut für Demoskopie Allensbach 1978, dazu Elisabeth Noelle-Neumann, Wie demokratisch sind unsere Studenten, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2.10.1978; Christian Krause/Detlev Lehnert/Klaus-Jürgen Scherer, Zwischen Revolution und Resignation. Alternativkultur, politische Grundströmungen und Hochschulaktivitäten in der Studentenschaft. Eine empirische Untersuchung über die politischen Einstellungen von Studenten, Bonn 1980.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Tabelle 3: Resultate der AStA-Wahlen an der Universität Frankfurt (jeweils Wintersemester)

	69	70	71	72	73	74	75	76	77	78	79	80	81	82	83	84
Wahlbet. in %	40	34	48	37	41	30	24	30	32	32	–	43	33	–	28	26
Pol. Gruppen	Erreichte Sitze															
SDS	5*	5														
Undogmatische Linke + Basisgruppen										11*	11*	10*	7*	8*	10*	8*
ML/Rote Zellen				6*	2*	2	2	1								
Komm. Gruppen																1
MSB Spartakus			2	1	1	1	2	2	1		1	1	1	1	1	
SHB	3*	5*	11		5	7*										
GEW-HSG										2	2					
Jusos-HSG						4*	4*	5*	3*	2	2	3	5*	3*	2	3
Soz. Fraktion				6*	6*	–	7*	7*	9*							
ESG																
HSU																
Kath. Stud.																
LHV	3*	1						2	2					1	1*	1
Neulib. Gr.								2	1					1		
SLH	10	9*	9*	7	6	1		2	2							
RCDS				2	2	4	3	4	2	2	4	5	5		5	
Unabh. Lib.		9	9						2							
Altern./Grüne																
Unabh. Rechte															3	
Örtl. Gr.	1									3	3	2	3	4	4	
Sitze	22	29	29	22	22	22	22	22	22	22	22	22	22	22	22	22

Anm.: Der Stern (*) zeigt an, daß die betreffende Gruppe im AStA vertreten war. + In Frankfurt stellte die „undogmatische Linke" eine Gruppierung dar, die aus der Sozialistischen Hochschul-Initiative (SHI), dem Sozialistischen Büro (SB) und Spontis bestand, die in der Nachfolge des neuen linken kulturell-politischen Radikalismus Spielarten „anti-autoritärer" Haltung vertraten, abgesetzt vom orthodoxen Marxismus-Leninismus und von der Sozialdemokratie. In den späten siebziger Jahren entwickelte sich in Frankfurt die „undogmatische Linke" zu den Grünen.

Tabelle 4: Resultate der AStA-Wahlen an der Universität Hamburg (jeweils Wintersemester)

	69	70	71	72	73	74	75	76	77	78	79	80	81	82	83	84
Wahlbet. in %	46	41	39	38	38	52	34	–	–	34	33	25	23	–	25	17
Pol. Gruppen	Erreichte Sitze															
SDS	2	3*	2													
Basisgruppen			34*													
ML/Rote Zellen																
Komm. Gruppen				15	4						7					
MSB Spartakus				30*	28*	24*	21*	16*	14*	18*	18*	19*	21*	21*	22*	25*
SHB	18*	13*	13*	23*	37*	40*	36*	32*	22*	17*	9*	16*	18*	17*	15*	15*
GEW-HSG																
Jusos-HSG								12*	29*	32*	26*	28*	25*	26*	24*	24*
Soz. Fraktion																
ESG	9*	13*	16*													
HSU																
Kath. Stud.																
LHV	2	1						10	13		10	8	5	4	2	
Neulib. Gr.					11	23										
SLH		9	3							7			1		1	
RCDS	13	9	3					2		2	8	7	11	12	10	9
Verbindungen																
Unabh. Linke				12*				7	1			7	1		20	2
Unabh. Lib.	29	31	6		3	1										
Altern./Grüne												4	3*	3	3	3*
Unabh. Rechte												2				2
Örtl. Gr.	6				8	4		1	1	1						
Sitze insges.	79	80	78	80	80	80	80	80	80	80	78	85	94	94	94	94

Anm.: Der Stern (*) zeigt an, daß die betreffende Gruppe im AStA vertreten war.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

„Tendenzwende" in Machtpolitik und politischer Kultur

Die politische Kultur der Entspannungsperiode beherrschte die deutschen wie die internationalen Vorstellungen von der Bundesrepublik[24]. Neutralismus, Selbst-Finnlandisierung, Pazifismus, die Doktrin von der moralischen Gleichwertigkeit von Demokratie und Diktatur, eine neue Verbindung des Nationalismus mit linken Tendenzen, Post-Materialismus – dies wurden die gängigen Themen der Literatur über die Krise der Demokratie. Weniger bemerkte man die „Tendenzwende". Unter „Tendenzwende" ist zweierlei zu verstehen: einmal eine Wende der Politik und eine Wandlung der politischen Kultur, die von der Dominanz der Linken in den sechziger und siebziger Jahren weg- und zu einer modifizierten Version der von Adenauer und Schumacher artikulierten „militanten Demokratie" zurückführten; zum anderen, 1977, die Entschlossenheit Bundeskanzler Helmut Schmidts, in Europa ein Gleichgewicht der militärischen Kräfte zu bewahren und die Bewegungsrichtung der internationalen Politik umzukehren. Es bedurfte der Fusion der „Tendenzwende" in der politischen Kultur mit einer Wende in der Politik, um das, was Helmut Schmidt begonnen hatte, zu vollenden.

Das Problem des Gleichgewichts atomar bestückter Mittelstreckenraketen nahm seinen Anfang mit der ersten Aufstellung sowjetischer SS-20 in den Jahren 1975 und 1976. Der Beginn der politischen Reaktion des Westens und mithin der Beginn der Auseinandersetzung um jene Waffen kann auf den Oktober 1977 datiert werden, als Bundeskanzler Schmidt eine Rede im Londoner International Institute for Strategic Studies hielt[25]. Der Gang der Dinge ist klar. Entgegen späteren Behauptungen, die Vereinigten Staaten hätten der westdeutschen Regierung den NATO-Doppelbeschluß von 1979 aufgezwungen, war es der sozialdemokratische Bundeskanzler, der die westliche Allianz und einen zunächst zögerlichen Präsidenten Jimmy Carter antrieb, sich des Problems der Verschiebung des militärischen Kräfteverhältnisses in Europa anzunehmen[26].

Im Laufe des Jahres 1977 suchte Schmidt die sowjetischen Führer zum Abbau ihres wachsenden Arsenals an SS-20 zu bewegen. Im Frühjahr und Sommer 1977 unternahm er auch energische – aber erfolglose – Anstrengungen, um Präsident Jimmy Carter und dessen Sicherheitsberater Zbigniew Brzezinski davon zu überzeugen, daß sie sich mit dem Problem der sowjetischen Mittelstreckenraketen beschäftigen müßten. Schmidt machte sich Sorgen, die Carter-Administration könne, weil zu sehr auf den Abschluß eines SALT II-Abkommens mit der Sowjetunion erpicht, die Frage des Gleichgewichts der Kräfte in

---

[24] Z.B. Arnulf Baring, Unser neuer Größenwahn. Deutschland zwischen Ost und West, Stuttgart 1989; Walter Laqueur, A Continent Astray; Jean-Francois Revel, How Democracies Perish.

[25] Zum Urteil des Verfassers über Helmut Schmidts Rolle in der Nachrüstungskrise Jeffrey Herf, War By Other Means, Kap. 4: Helmut Schmidt. The Bulwark, the Balance, and the Two-Track Decision. Vgl. auch Helga Haftendorn, Das doppelte Mißverständnis. Zur Vorgeschichte des NATO-Doppelbeschlusses von 1979, in: VfZ 33 (1985), S. 244–287.

[26] Wolfram Hanrieder (Hrsg.), Helmut Schmidt. Perspectives on Politics, Boulder 1982; Helmut Schmidt, Freiheit verantworten, Düsseldorf 1983; ders., Menschen und Mächte, Berlin 1987; ferner Jonathan Carr, Helmut Schmidt, Düsseldorf 1985.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Europa vernachlässigen. Im Frühherbst 1977 entschloß sich Schmidt, nachdem er sich erfolglos bemüht hatte, die Sowjetunion zu einem Stop ihres Mittelstreckenprogramms zu bewegen oder Carter von der Gefährlichkeit dieses Programms zu überzeugen, seine Sorgen vor einem Zuhörerkreis darzulegen, der „verstand, wovon ich redete", nämlich vor den im IISS versammelten Beamten und Verteidigungsexperten.

1985 hat der nun ehemalige Kanzler Schmidt in New York dem Verfasser erklärt, welche Gründe ihn bewogen hatten, das Problem der Mittelstreckenraketen öffentlich aufzuwerfen: „Ich hatte genug von Brzezinski und Carter, die mir gesagt hatten, die russischen SS-20 hätten überhaupt keine Bedeutung ..., sie begriffen nicht, daß die SS-20 eine politische Bedrohung darstellten, politische Erpressung gegen Deutschland vor allem und danach gegen andere in Europa ... Im Lauf von 1977 redete Carter viel Unsinn über drastische Reduzierungen ... Ich habe ihm gesagt ‹eine solche Methode› werde scheitern. Moskau werde dies nicht akzeptieren ... Sie ‹die Sowjets› seien in Wladiwostock auf eine bestimmte Bahn gesetzt worden und würden, bei ihrer Unbeweglichkeit, auf ihrer Bahn bleiben. Ich habe den Zusammenbruch dieser Methode der drastischen Reduzierungen vorhergesagt ... Stattdessen ‹so habe ich zu Carter gesagt› sollten sie in den unvollständigen Rahmen von Wladiwostock zwei neue Mittelstreckenwaffen in der Sowjetunion hineinnehmen – nämlich den ‚Backfire'-Bomber und die SS-20. Ich hatte mich in Übereinstimmung mit Gerald Ford befunden, daß sie, nach der Wiederwahl von Gerry, vor dem Abschluß der Wladiwostock-Sache eingeschlossen würden. Carter und Brzezinski lehnten diese Idee ab. Das gehe mich nichts an, war Mr. Brzezinskis Formulierung ... Die Londoner Rede war eine Reaktion gegen die zweimalige Zurückweisung durch das Weiße Haus im Lauf des Jahres 1977, indem ich ihnen öffentlich vor einem Zuhörerkreis, der verstand, wovon ich redete, sagte, daß es keine gute Methode sei, diese Raketen und Waffen, die auf Europa und nicht auf Amerika gerichtet waren, als eine vernachlässigenswerte Quantität oder Qualität aus dem Spiel zu lassen. Die Londoner Rede besagte, daß Gleichgewicht auf allen Ebenen herrschen müsse."[27]

„Gleichgewicht", „Koppelung", „Grauzone" lauteten die Begriffe, in die Schmidt seine Argumente faßte. Er sprach also als Geopolitiker und Stratege. An einer solchen Argumentation war nichts „Technokratisches", denn die Frage des Machtgleichgewichts zwischen Staaten ist eine politische und nicht etwa eine technische Frage. Zwischen 1977 und 1979 brachte es der Staatsmann und Stratege Helmut Schmidt fertig, seine westlichen Verbündeten zu der Ansicht zu bekehren, daß die NATO beides tun müsse, Verhandlungen mit der Sowjetunion über die taktischen Nuklearwaffen einleiten und gleichzeitig die Stationierung amerikanischer taktischer Nuklearwaffen vorbereiten, falls sich das für die Wiederherstellung des Kräftegleichgewichts als notwendig erweisen sollte. Mit Recht gilt er als der Urheber des NATO-Doppelbeschlusses. Bundeskanzler Schmidt konzentrierte seine Bemühungen auf Staatskunst und Bündnispolitik. Auf dem Felde der internationalen Machtpolitik brachte er eine „Tendenzwende" von größter historischer Bedeutung zuwege.

---

[27] Helmut Schmidt, Interview mit dem Verf., New York, 30. 9. 1985.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Schmidt hat jedoch nicht versucht – und er wäre bei einem Versuch wohl auch nicht fähig dazu gewesen –, eine „Tendenzwende" in den politischen Vorstellungen seiner eigenen Partei zu bewirken. Wie es Wilhelm Hennis formuliert hat, war in Westdeutschland nach 1974 eine Kluft zwischen „Mandat" und „Herrschaft" entstanden, d. h. zwischen Schmidts Regierung und Brandts Partei[28]. Wohl waren die Sozialdemokraten in Bonn Regierungspartei, aber die Parteiorganisation teilte nicht mehr ganz Schmidts Auffassungen in Fragen der Wirtschafts- oder Außenpolitik. Die SPD blieb um einiges links von Schmidt, vor allem in außenpolitischen Angelegenheiten. Schmidts Entschlossenheit, in der internationalen Politik das Kräftegleichgewicht wiederherzustellen, wurde weder begleitet noch verstärkt durch eine „Tendenzwende" in der politischen Kultur seiner eigenen politischen Basis. Tatsächlich war die Herbeiführung der globalen Tendenzwende – ausgenommen Frankreich, wo die Linke die Skepsis gegenüber sowjetischer Macht wiederentdeckt hatte – eine Sache von Parteien, die rechts von der Mitte standen und die, in Hennis' Begriffen, Mandat und Herrschaft, politische Kultur und politische Entscheidungen zu verbinden vermochten[29]. Wie kam es also in der westdeutschen Tendenzwende zur Wiedervereinigung von Mandat und Herrschaft, von politischer Kultur und politischer Macht?

Die Wahl Willy Brandts zum Bundeskanzler hatte 1969 die Erfüllung der Hoffnungen einiger der prominentesten Intellektuellen Westdeutschlands dargestellt[30].Und sie brachte einen Politiker an die Macht, der gewillt war, sich auf die Einsichten der Intellektuellen unter seinen Anhängern zu stützen[31]. Während Brandt und seine intellektu-

---

28 Wilhelm Hennis/Peter Graf Kielmansegg/Ulrich Matz (Hrsg.), Regierbarkeit, Stuttgart 1979.

29 Dieser Stand der Dinge war nicht auf Helmut Schmidt oder auf die Bundesrepublik beschränkt. Von den vier westlichen Regierungschefs, die Anfang 1979 in Guadeloupe den NATO-Doppelbeschluß billigten, also von James Callaghan, Valery Giscard d'Estaing, Jimmy Carter und Schmidt, war keiner mehr im Amt, als der Beschluß 1983 durchgeführt wurde. Drei waren von Politikern der Mitte oder der rechten Mitte abgelöst worden, von Margaret Thatcher, Ronald Reagan und Helmut Kohl, die nun die Entscheidungen ihrer links von der Mitte stehenden Vorgänger verwirklichten. Die Erosion der politischen Kultur des links von der Mitte angesiedelten Antikommunismus war keine Besonderheit der westdeutschen gemäßigten Linken. Zur Frage, warum es Parteien der rechten Mitte bedurfte, um eine Politik zu exekutieren, die in links von der Mitte stehenden Parteien entstanden war, Samuel P. Huntington, American Politics. The Promise of Disharmony, Cambridge 1981.

30 Zu Brandt und seinem Kreis Arnulf Baring, Machtwechsel. Die Ära Brandt-Scheel, München 1984. Zu Brandts engsten Beratern gehörten zwei Journalisten, Egon Bahr und Günter Gaus. Auch Günter Grass war ein beredter Anwalt Brandtscher Politik: Über das Selbstverständliche. Politische Schriften, München 1969, vor allem „Loblied auf Willy", S. 21–31; ders., Der Bürger und seine Stimme. Reden, Aufsätze, Kommentare, Berlin-Neuwied 1974; ders., Denkzettel. Politische Reden und Aufsätze, Berlin-Neuwied 1978; ders., Widerstand lernen. Politische Gegenreden 1980–1983, Berlin-Neuwied 1984.

31 Willy Brandt, Braucht die Politik den Schriftsteller?, in: Dieter Lattmann (Hrsg.), Einigkeit oder Einzelgänger. Dokumentation des Ersten Schriftstellerkongresses des Verbands Deutscher Schriftsteller (VS), München 1971, S. 9–18. Auf dem gleichen Kongreß hat Heinrich Böll „das Ende der Bescheidenheit" proklamiert, die Ausbeutung der Schriftsteller in der kapitalistischen Gesellschaft beklagt und erklärt: „Wir schulden diesem Staat gar nichts. Er schuldet uns eine ganze Menge" (Heinrich Böll, Das Ende der Bescheidenheit, in: Bernd Balzer (Hrsg.), Heinrich Böll. Werke. Essayistische Schriften

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ellen Helfer das Abtreten anti-intellektueller Politiker und „unpolitischer" Intellektueller begrüßten, warnten einige seiner politischen Kritiker vor dem Verlust des kritischen Geistes und der Unabhängigkeit, der mit der Annäherung von Intellektuellen an die Macht verbunden sei[32]. Helmut Kohl aber fragte sich, warum die Christlichen Demokraten, eine Partei der rechten Mitte, auf die liberale Demokratie und eine Soziale Marktwirtschaft eingeschworen, für viele westdeutsche Intellektuelle so wenig attraktiv war. 1973 ließen dann die politischen Niederlagen Kohl nicht nur danach fragen, was Brandt richtig mache, sondern auch nach den Fehlern und Mängeln der CDU selbst.

Kohl, der 1973 zum Vorsitzenden der CDU gewählt wurde, fand, die Entfremdung der Intellektuellen von der CDU gehöre zu jenen wichtigen Problemen, mit denen sich die Partei dringend beschäftigen müsse, wenn sie von den Bänken der Opposition zu den gewohnten Plätzen der Regierungspartei zurückkehren wolle. Kohl argumentierte, die Intellektuellen seien für die Wiederbelebung der CDU sogar von besonderer Bedeutung, da es der Partei nicht mehr recht gelinge, ihre Grundüberzeugungen zu artikulieren; diese Artikulation sei eine Spezialität der Intellektuellen[33]. Sowohl für die Innen- wie für die Außenpolitik forderte er die erneute Betonung der „Wertordnung" und der „Wertprämissen" der westdeutschen Demokratie und der Atlantischen Allianz. Dieser eminent praktische Politiker begann 1973 seine Energien auf eine Veränderung der politischen Kultur Westdeutschlands zu konzentrieren. „... vor allem auch durch das Schwinden der Kraft einer einmal gemeinsam bejahten Wertordnung als bindende Grundlage", so sagte er, „ist der innere Zusammenhalt der Atlantischen Gemeinschaft bedroht. Der Abbau der militärischen Gefahr durch die Politik des kommunistischen Lagers hat das Ende des kalten Krieges gebracht. Er hat jedoch in nichts die Bedrohung beseitigt, diese Politik hat nur ihren Charakter verändert. Die ideologische Aggression ist neben die Gefahr einer militärischen getreten. Die Auseinandersetzung wird heute weniger mit Waffen als mit Worten, Begriffen und Ideologien geführt ... Neben die Gemeinschaft der Waffen muß erneut die Gemeinschaft der Werte und Begriffe treten. Entscheidend ist, daß die Idee der streitbaren Demokratie Inhalt der Atlantischen Gemeinschaft und der europäischen Einigungsbewegung bleibt, die ganz einfach ein Großteil dieses Bündnisses ist."[34]

---

und Reden, Bd. 8/2, 1964–1972, Köln 1978., S. 385. Bölls politische Essays, Reden und Interwiews von 1945 bis zu seinem Tode stellen einen bedeutenden Beitrag zur westdeutschen politischen Kultur dar. Hier geht es jedoch nur um jenen kleinen Teil seines Werks, der während der Auseinandersetzung über die Euroraketen entstand: Heinrich Böll, Vermintes Gelände. Essayistische Schriften 1977–1981, Köln 1982; ders., Ein- und Zusprüche. Schriften, Reden und Prozesse 1981–1983, Köln 1984; ders., Die Fähigkeit zu trauern. Schriften und Reden 1983–1985, Köln 1986.

32 Dazu Wolfgang Bergsdorf, Ohnmacht und Anmaßung, in: Die Politische Meinung, Bd. 23, Nr. 178 (Mai-Juni 1978), S. 53–66; ders., Intellektuelle und Politik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 15. 6. 1974; ders., Politik und Sprache, München 1978; ders. (Hrsg), Die Intellektuellen. Geist und Macht, Pfullingen 1982.

33 Rede von Dr. Helmut Kohl nach der Wahl zum Bundesvorsitzenden der CDU am 12. Juni 1973 in Bonn, in: Helmut Kohl, Zwischen Ideologie und Pragmatismus, Bonn 1973, S. 105–114.

34 Ebenda, S. 110f.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Brandts „Ostpolitik", so fuhr Kohl fort, habe zur Trennung der westdeutschen Außenpolitik von den Werten und Grundsätzen beigetragen, die Westdeutschlands Nachkriegsposition bestimmt hätten[35]. In seinem 1973 erschienenen Buch „Zwischen Ideologie und Pragmatismus" legte Kohl seinen Standpunkt ausführlicher dar[36]. Den Intellektuellen schrieb er darin eine wichtige Rolle in der Politik zu: „Intellektuelle vermitteln die Symbole, mit Hilfe derer sich einzelne, Gruppen oder die ganze Gesellschaft sozial orientieren und verstehen. Das gilt für Politiker natürlich auch. Beide befinden sich hier in einer partiellen Konkurrenz. Aber der Unterschied ist deutlich: Intellektuelle strukturieren das Bewußtsein und den Erwartungshorizont der Menschen. Auf die Dauer kann der Politiker nicht gegen, sondern nur innerhalb dieses ‚Rahmens', dieser politischen Atmosphäre Akzente setzen, Hoffnungen bündeln, Erwartungen wecken. Auf diese Weise erzielen Intellektuelle natürlich auch politische Wirkung, sie üben politischen Einfluß aus in der Gesellschaft."[37] Leider habe die CDU zur „Mehrheit der Intellektuellen" ein schlechtes Verhältnis, sagte er und stellte sich die Frage, welches „geistige Profil" die Partei bieten müsse, „um ein aktiver und interessanter Gesprächspartner für die Intellektuellen zu sein"[38].

Kohls Analyse der Entfremdung zwischen dem westdeutschen Konservativismus und den westdeutschen Intellektuellen lautete folgendermaßen: In den ersten Nachkriegsjahren habe seine Partei die Hoffnungen vieler Intellektueller auf eine moralische und politische Erneuerung nach dem nationalsozialistischen Totalitarismus verkörpert. Die Entfremdung zwischen der CDU und den Intellektuellen habe 1948 mit der Währungsreform und der Einführung der sozialen Marktwirtschaft begonnen. Je mehr die CDU mit einem westdeutschen Kapitalismus identifiziert worden sei, desto geringere Anziehungskraft habe sie für eine Intelligentsia mit einer langen und kräftigen antikapitalistischen Tradition gehabt[39]. Die Beziehungen hätten sich noch verschlechtert, nachdem die CDU Regierungspartei geworden sei, während die Intellektuellen weiterhin ihre „moralisch begründete Kritik" hätten üben können[40]. Adenauers Entscheidungen, einer westlichen Allianz beizutreten, eine Armee aufzustellen und diese mit amerikanischen taktischen Nuklearwaffen auszurüsten, seien bei der intellektuellen Linken ebenfalls höchst unpopulär gewesen, die als mächtige Reaktion auf die NS-Diktatur einen ausgeprägten Pazifismus und Abscheu vor allem Militärischen entwickelt habe. Zudem habe die CDU die „geistigen" Grundlagen ihrer Politik nicht angemessen artikuliert, weshalb ihre „realen Utopien", nämlich soziale Marktwirtschaft, auf Recht und Gesetz gestützte liberale Demokratie, persönliche Freiheit und Überwindung des Nationalismus durch europäische Integration, kaum als solche erkannt worden seien[41]. Die CDU, so schrieb

[35] Ebenda, S. 111.
[36] Stuttgart 1973.
[37] Ebenda, S. 30f.
[38] Ebenda, S. 32.
[39] Ebenda, S. 33f.
[40] Ebenda, S. 34.
[41] Ebenda, S. 35.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Kohl, habe zwanzig Jahre lang vom kulturellen Kapital ihrer Gründungsphase und ihrer Gründerfigur gezehrt. In den siebziger Jahren aber sei „dies ... nun nicht mehr länger möglich". „Eine theoretische Neubegründung" tue not, wenn die Partei ihre Regierungsfähigkeit zurückgewinnen wolle. Kohl sah das Verhältnis zwischen CDU und Intellektuellen als „eine Existenzfrage" der Partei. Es sei an der Zeit, sagte er, daß die Partei zugebe, in den fünfziger und sechziger Jahren geirrt zu haben, als „sie die Intellektuellen als ein undifferenziertes Ganzes behandelt" habe[42]. Die Christlichen Demokraten müßten nun ihre frühere Unterschätzung der „geistigen" Grundlagen der Politik aufgeben und einsehen, daß „die Intellektuellen" in Wirklichkeit eine weit mannigfaltigere Gruppe seien, als die Politiker der rechten Mitte bislang geglaubt hätten[43]. Kohl rief die Partei dazu auf, aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen, um wieder – als Mittel und als Zweck einer christdemokratischen Rückkehr zur Macht – fähig zu werden, Herrschaft und Mandat, praktische Politik und moralische Ordnung zu verbinden.

Das Interesse von Oppositionspolitikern an Intellektuellen wäre von geringer Bedeutung, würde es nicht von einigen Angehörigen der akademischen und intellektuellen Gemeinde erwidert. Dazu kam es in der Tat. An den Universitäten fand die „Tendenzwende" ihren organisatorischen und intellektuellen Mittelpunkt im „Bund Freiheit der Wissenschaft". Diese Organisation definierte als ihren Zweck die Verteidigung der akademischen Freiheit und der Autonomie der Universitäten gegen das, was die Mitglieder des Bunds als Zangenangriff der radikalen studentischen Linken auf der einen und der Reformpolitik des Kabinetts Brandt auf der anderen Seite betrachteten[44]. Die kombinierte Wirkung bestehe in der Erosion der akademischen Autonomie, was die Freiheit der Wissenschaft durch bürokratische Intervention von oben und durch plebiszitäre Demokratie von unten bedrohe. Die politische Orientierung der Mitglieder reichte von linksliberal bis rechtsliberal[45]. Seine Führer, so etwa Thomas Nipperdey, der Historiker des modernen Deutschland, warnten, die in den späten sechziger und frühen siebziger Jahren gegründeten neuen Universitäten drohten „Hochburgen radikaler ideologischer Indoktrination" zu werden[46]. Der zentrale Punkt im Denken der Führer des „Bunds

---

[42] Ebenda, S. 36.

[43] Ebenda.

[44] Thomas Nipperdey, Wem dienen unsere Universitäten?, in: Thomas Nipperdey (Hrsg.), Hochschulen zwischen Politik und Wahrheit, Zürich 1981, S. 12. Zu den Gründern gehörten: Richard Löwenthal (Berlin), Hermann Lübbe (Bielefeld/Zürich), Hans Maier (München), Thomas Nipperdey (München), Elisabeth Noelle-Neumann (Mainz und Allensbach), Ernst Nolte (Berlin), Walter Ruegg (Frankfurt/Main), Erwin Scheuch (Köln), Helmut Schelsky (Bielefeld), Friedrich Tenbruck (Tübingen), Ernst Topitsch (Graz). 1970 beginnend, gab der Bund die Zeitschrift „Hochschulpolitische Information" und dann „Freiheit der Wissenschaft" heraus.

[45] In seinen Organen „Hochschulpolitische Information" und „Freiheit der Wissenschaft" veröffentlichte der Bund Berichte über Störungen, Gewaltakte und Studentenwahlen an den Universitäten, dazu Aufsätze über das politische und intellektuelle Klima an den Hochschulen. Vgl. auch die Berichte über die akademische Szene Westdeutschlands, die Kurt Reumann von 1971 bis 1974 für die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" schrieb: Blick ins Innere. Berichte von der akademischen Front, Zürich 1975.

[46] Thomas Nipperdey, Die bildungspolitische Lage und der Bund Freiheit der Wissenschaft, in: Freiheit

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Freiheit der Wissenschaft" war Tocqueville entnommen: Reform von oben verbunden mit Revolte von unten stärke die Macht der Regierung auf Kosten bisher autonomer Institutionen. Erwin Scheuch, Soziologe an der Universität Köln, sprach von „einer Allianz zwischen Systemveränderern und Bürokraten"[47]. Für Nipperdey bestand ein Ziel des Bundes darin, angesichts falscher, im Namen der Politik oder der gesellschaftlichen Relevanz erhobener Machtansprüche „die Selbstbegrenzung der Wissenschaft wieder zu rehabilitieren"[48]. Wilhelm Hennis machte auf den Machtzuwachs des Staates aufmerksam, der in Westdeutschland unter der Parole „mehr Demokratie wagen" zu verzeichnen sei[49]. Er trat für große Zurückhaltung bei der Demokratisierung in nicht-politischen Institutionen ein; Universitäten ruhten auf anderen Prinzipien als auf der Herrschaft der Mehrheit. Behandle man die Universitäten einfach als politische Körperschaften, in denen unterschiedliche Interessengruppen konkurrieren, so ignoriere man, sagte Hennis, die Wesensmerkmale einer Universität und öffne das Tor für eine Expansion der Macht des Staates[50].

Die Verteidigung der liberalen – im Gegensatz zur plebiszitären – Demokratie war das zentrale Thema eines wichtigen Essays, den der Soziologe Helmut Schelsky 1973 veröffentlichte. In „Mehr Demokratie oder mehr Freiheit? Der Grundsatzkonflikt der ‚Polarisierung' in der Bundesrepublik Deutschland" schrieb er, die Polarisierung der westdeutschen Politik finde nicht zwischen links und rechts statt[51]. Vielmehr geschehe sie zwischen zwei Prinzipien freier und demokratischer westlicher Gesellschaften, zwischen „Demokratisierung" und „Gewaltenteilung", zwischen Rousseau und Montesquieu, zwischen plebiszitärer und liberaler Demokratie. Mit Brandts Entschlossenheit, „mehr Demokratie zu wagen", habe die Polarisierung begonnen. Schelsky kritisierte Brandts Vorhaben, weil es die wahrhaft liberale Form der Machtbegrenzung ignoriere,

---

der Wissenschaft, Nr. 11, 1974, S. 3. Zur Universität Bremen Guenther Lewy, Emancipatory Consciousness in the Federal Republic of Germany, in: False Consciousness, New Brunswick 1982.

47 Erwin Scheuch, Die Allianz zwischen Systemveränderern und Bürokraten, in: Freiheit der Wissenschaft, Nr. 1–2, 1981, S. 1–10.

48 Thomas Nipperdey, Schule und Hochschule, in: Freiheit der Wissenschaft, Nr. 1–2, S. 11. Nipperdey betonte, der Bund sei „ein Verband der Mitte ... Wir sind von der Bedeutung der Freiheit für Wissenschaft wie für Demokratie überzeugt, die Vertreter liberaler Prinzipien, solange das Wort liberal im Rahmen der europäischen Tradition noch einen greifbaren Sinn hat."

49 Wilhelm Hennis, Politik als praktische Wissenschaft, München 1968, vor allem S. 36–47 (Zum Begriff der öffentlichen Meinung); ders., Die deutsche Unruhe. Studien zur Hochschulpolitik, Hamburg 1969; ders., Die mißverstandene Demokratie, Freiburg 1973. Zu seiner Analyse und Kritik der Erosion der Abgrenzung zwischen „demokratischem Sozialismus" und den Kommunisten Wilhelm Hennis, Organisierter Sozialismus, Stuttgart 1977.

50 Wilhelm Hennis, Die mißverstandene Demokratie. Im Gegensatz hierzu sah eine führende Gestalt der intellektuellen Linken, Jürgen Habermas, in der „Tendenzwende" ein Echo des antidemokratischen, autoritären deutschen Konservativismus. Vgl. seine Einleitung zu: Jürgen Habermas (Hrsg.), Stichworte zur „Geistigen Situation der Zeit". 1. Band: Nation und Republik, Frankfurt 1979, S. 7–35.

51 Helmut Schelsky, Mehr Demokratie oder mehr Freiheit? Der Grundsatzkonflikt der „Polarisierung" in der Bundesrepublik Deutschland, in: ders., Systemüberwindung, Demokratisierung und Gewaltenteilung. Grundsatzkonflikte der Bundesrepublik, München [4]1974 (zuerst erschienen in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, 20. 1. 1973).

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

den Grundatz der Gewaltenteilung, und er wandte sich gegen Visionen einer demokratisierten Universität, „in der alle über alles zu entscheiden haben und niemand mehr konkrete persönliche Verantwortung trägt"[52]. Vorübergehende Majoritäten kämen in die Lage, die Macht an einer Universität an sich zu ziehen und damit die Freiheit der Forschung zu gefährden[53].

Hier geht es nun weniger um die Validität der Argumente, die von Nipperdey, Hennis und Schelsky vorgebracht wurden, sondern mehr um ihre Grundlagen. Im Verhältnis zu der Herausforderung von links waren diese Argumente sicherlich konservativ und mithin Argumente einer intellektuellen „Rechten". Aber es handelte sich um eine Rechte, die vom Westen geprägt war, fest auf liberale Prinzipien eingeschworen. Sie hatte nichts gemein mit den dominanten Traditionen des „deutschen Konservativismus" vor 1945. Die Verfechter jener Traditionen bekämpften die Ideale der Begrenzung staatlicher Macht und der Gewaltenteilung, weil sie sie als Feinde der totalitären Einheit des „Volks" betrachteten[54]. Sie verlangten von den Universitäten, den Interessen des Staates zu dienen bzw. – in der NS-Periode – den Ansprüchen des Volkes zu gehorchen. In den Debatten über das Wesen der westdeutschen Universitäten war jedoch die intellektuelle „Rechte", die Helmut Kohl zu erreichen suchte, eine westlich geprägte und selbst im Sinne der Verwestlichung wirkende intellektuelle und politische Gruppierung, scharf abgehoben von der antiwestlichen Orientierung des früheren deutschen Konservativismus.

Anwälte einer „Tendenzwende" beschäftigten sich auch mit Sprache und Praxis der auswärtigen Politik. Zu den führenden Kritikern der von der Entspannungsära geprägten politischen Kultur zählte Alois Mertes, von 1973 bis 1982 außenpolitischer Sprecher der CDU-Bundestagsfraktion und dann bis zu seinem Tod im Sommer 1985 Staatssekretär im Auswärtigen Amt. Mertes' Äußerungen passen jedoch nicht in das konventionelle Bild von einer entpolitisierenden technokratischen Rechten, die es mit einer politisierenden demokratischen Linken zu tun habe. „Wir müssen", so sagte er 1977 im Bundestag, „die Sowjetunion in dem, was sie über die Strategie und die politische Zielsetzung ihrer Militärmacht sagt, außerordentlich ernst nehmen"[55]. Noch immer beweise die Sowjetunion einen „dynamischen Durchsetzungswillen" gegenüber dem zum Untergang verurteilten kapitalistischen Westen. In der Ära der Entspannung benutzten die Sowjets Rüstungskontrollverhandlungen dazu, eine militärische Überlegenheit festzuschreiben, mit der am Ende der „Sieg des Sozialismus" durchgesetzt werden solle. Die sowjetische Entspannungsstrategie zielte laut Mertes darauf ab, der Bundesrepublik in der westlichen Allianz eine Rolle zuzuweisen, „die objektiv im sowjetischen Interesse liegt"[56]. Die Führung der Sozialdemokratischen Partei habe in dieser Strategie eine Schlüsselfunktion. Mit Hilfe der quasi-neutralistischen Stimmungen in Westdeutschland hofften die Sowjets, die Bundesrepublik von der westlichen Allianz trennen zu

---

52 Ebenda, S. 72.
53 Ebenda, S. 76 f.
54 Dazu Jerry Z. Müller, The Other God That Failed.
55 Verhandlungen des deutschen Bundestags, 8. 9. 1977, S. 3047.
56 Ebenda.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

können. Die sowjetischen Ziele seien nach wie vor: die Zurückdrängung des amerikanischen Einflusses in Westeuropa; die Erosion des westlichen Verteidigungssystems entweder durch einen spektakulären Austritt der Bundesrepublik aus der NATO oder aber, eher wahrscheinlich, durch einen allmählichen Schwund der Abschreckungskraft der NATO unter dem Druck eines „deutschen Interesses" an Entspannung und Wiedervereinigung; die Ausweitung des Zugangs zum Kapital, zur Wissenschaft und zur Technologie Westeuropas, dazu die Ausweitung des eigenen Einflusses – bis hin zu einem faktischen Veto – auf die außen- und verteidigungspolitischen Positionen der westeuropäischen Regierungen, indem man deren eigene Innenpolitik als Hebel gebrauchte[57]. Das Problematische an der öffentlichen westdeutschen Diskussion über die Sowjetunion sei darin zu sehen, daß zuviel über Waffen und zu wenig über die subjektiven Intentionen der Sowjetunion geredet werde.

Mertes war auch ein enthusiastischer Befürworter der Menschenrechte-Politik Präsident Carters. Er glaubte, sie stelle das Gleichgewicht zwischen Frieden und Freiheit wieder her, das durch Brandts „Friedenspolitik" gestört worden sei. Die Menschenrechte müßten mit gleicher Entschlossenheit für alle Regierungen verpflichtend gemacht werden. Wie Mertes im Juni 1978 in einer Bundestagsdebatte sagte, hatte die Verwirklichung der Menschenrechte in ganz Deutschland nichts mit dem atavistischen Nationalismus der Vergangenheit zu tun. „Wirkliche Entspannung, echter Friede entstehen erst dann, wenn die international geltenden Menschenrechtsverpflichtungen auch in ganz Deutschland strikt eingehalten und voll angewendet werden."[58] Er zitierte das Argument des polnischen Philosophen Leszek Kolakowski, daß nicht das Freiheitsstreben von Reformbewegungen den Frieden in Europa gefährde, sondern die Unterdrückung der Menschenrechte und der politischen Freiheit in der östlichen Hälfte des Kontinents[59]. Die immer noch andauernde Verletzung der Menschenrechte in den Staaten des Warschauer Pakts untergrabe den „so viel berufenen Entspannungsprozeß". Entspannung könne zu einer „Leerformel" werden, zu einem „Nebelwerfer", zur „großen Lebenslüge unseres Zeitalters". Ost und West verstünden unter Entspannung ganz verschiedene Dinge. „Für den Westen bedeutet Entspannung: Verwirklichung der Menschenrechte. Für die Sowjetunion bedeutet Entspannung: Verhinderung der Menschenrechte."[60] Mertes postulierte die universale Geltung der Menschenrechte. Ihre Verwirklichung sei in Ostdeutschland wie in ganz Mittel- und Osteuropa nicht weniger dringlich als in Chile oder Südafrika[61].

---

[57] Verhandlungen des deutschen Bundestags, 9. 3. 1979, S. 11261.

[58] Verhandlungen des deutschen Bundestags, 21. 6. 1978, S. 7820.

[59] Leszek Kolakowski, Rede in Köln am 17. 3. 1977, zit. von Alois Mertes, Verhandlungen des deutschen Bundestags, 21. 6. 1978, S. 7821.

[60] Ebenda.

[61] Wörtlich lautete seine Erklärung: „Es ist eine Perversion der internationalen Moral, daß die Mehrheit der Vereinten Nationen von Menschenrecht und Selbstbestimmung nur dann spricht, wenn es um den Kampf gegen westliche Kolonialherrschaft, gegen südafrikanischen Rassismus, gegen das Militärregime in Chile geht, nicht aber wenn es um die Verurteilung der Verletzung des Menschenrechts und des Selbstbestimmungsrechts der Völker durch die Sowjetunion und die von ihr aufgezwunge-

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Insbesondere die Westdeutschen, so fuhr er fort, dürften ihre Augen und Ohren vor der Frage der Menschenrechte in Ostdeutschland nicht verschließen. Unter keinen Umständen sollten sich die Westdeutschen von propagandistischen Angriffen auf einen angeblichen „Revanchismus" einschüchtern lassen und vor der Weltöffentlichkeit über die Selbstbestimmung und die Freiheit der Deutschen schweigen[62]. Für Mertes brauchte westdeutsches Eintreten für die Menschenrechte in Osteuropa und Ostdeutschland keineswegs mit einer Rückkehr zu deutschem Nationalismus einherzugehen. Vielmehr ergab es sich aus der politischen Kultur der streitbaren Demokratie Westdeutschlands. Warnend sagte er, die nationale Frage und die Frage der Menschenrechte und der politischen Freiheit müßten verbunden bleiben, damit ein wiedererwachtes deutsches Nationalgefühl „nie wieder in die Hände eines braunen oder roten Totalitarismus fällt". Es liege weder im westdeutschen noch im weiteren westlichen Interesse, wenn die deutsche Frage ohne Verbindung mit den westlichen Werten der individuellen Freiheit und der Menschenrechte oder gar in einem Gegensatz zu ihnen aufgeworfen werden sollte. Auch bei diesem Aspekt der „Tendenzwende" ist also ein westlicher liberaler Charakter zu erkennen.

Die intellektuelle und politische Rechte im Bonn der siebziger Jahre stand in einem fundamentalen Gegensatz zur antidemokratischen Rechten der Weimarer Republik. In den Jahren von Weimar attackierten die rechten Intellektuellen Grundsätze wie das Recht auf persönliche Freiheit als Gefährdung der Einheit des „Volks". Statt die Freiheit des einzelnen Gelehrten gegen politische Einmischung zu verteidigen, warfen sie den Universitäten vor, Stätten „lebloser" Gelehrsamkeit zu sein. In den auswärtigen Angelegenheiten pflegten die Weimarer Konservativen die Abneigung gegen Frankreich, Großbritannien und die Vereinigten Staaten als Gesellschaften oberflächlicher Krämer. Beim Vertrag von Rapallo taten sich Diplomaten und Militärs zusammen, um – dann die ganzen zwanziger Jahre hindurch – mit den Bolschewiki zu kooperieren. Konservative Eliten hatten Visionen von einem erneuten Anlauf zur Erringung der Hegemonie auf dem Kontinent, ausgeübt von einem Deutschland zwischen Ost und West. Die intellektuelle Rechte wandte sich gegen liberaldemokratische Institutionen, verachtete jegliche Form der Demokratie und leistete schließlich einen erheblichen Beitrag zu Hitlers Machtergreifung. Die führenden Vertreter der in den siebziger und achtziger Jahren in der Bundesrepublik als konservativ bezeichneten Gruppierungen hielten hingegen an Adenauers Erbschaft eines westlich orientierten Westdeutschland fest. An den Universitäten verteidigten sie die Trennung von Kompetenzen und die Gewaltenteilung, die Autonomie und die Freiheit der Forschung wie auch die persönliche Freiheit angesichts der Bedrohung durch eine „totalitäre Demokratie". In der Außenpolitik traten sie für Westdeutschlands atlantische und westliche Bindungen ein und warnten vor der Gefahr eines abermaligen „Sonderwegs" zwischen Ost und West.

---

nen Systeme geht." Ebenda, S. 7822. Vgl. auch Ludgar Kühnhardt, Die Universalität der Menschenrechte, München 1987.

[62] Verhandlungen des deutschen Bundestags, 21.6. 1978, S. 7823.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die „Tendenzwende" der siebziger Jahre war das Geschöpf der Transformation des Konservativismus in der Nachkriegszeit, vor allem seiner Durchdringung mit westlichen Werten und Prinzipien. Wofür die Konservativen der siebziger Jahre standen, war eine modifizierte Version der politischen Kultur der streitbaren Demokratie. Sie äußerten sich in der Sprache Adenauers und Clausewitz', doch ebenso in einem internationalen Diskurs mit Gestalten wie Tocqueville und Karl Popper, Raymond Aron und Leszek Kołakowski, Montesquieu und Präsident Jimmy Carter. Am Vorabend der Auseinandersetzung über die Euroraketen bestand der Konservativismus der „Tendenzwende" im Streben nach Bewahrung der inzwischen entstandenen westlichen Traditionen der Bundesrepublik und der ursprünglichen Grenzen der streitbaren Demokratie. Letzteres war, angesichts der Erosion der entsprechenden Schumacherschen Tradition in der Sozialdemokratischen Partei, besonders am Platze. Daß Helmut Kohl 1973 eine Verbindung zu westdeutschen Intellektuellen suchte und daß ein Teil der Intelligentsia an einer politischen Alternative rechts von Brandt interessiert war, hatte für eine Schwerpunktverlagerung im westdeutschen Kräftesystem ebensoviel Bedeutung wie Helmut Schmidts Londoner Rede für den Gang der internationalen Politik.

Die Darstellung der Debatten, die in der Bundesrepublik Deutschland von 1980 bis 1983 über die Euroraketen ausgefochten wurden, ginge über den Rahmen dieses Essays hinaus[63]. Die Erosion der politischen Kultur der streitbaren Demokratie in der intellektuellen und politischen Linken und ihre Revitalisierung in der intellektuellen und politischen Mitte und rechten Mitte bestimmten die Parameter der asymmetrischen Interaktion zwischen Diktatur und Demokratie. Die Schlüsselfrage dieses Kampfes lautete: Wird es der Sowjetunion gelingen, die normalen Prozesse demokratischer Gesellschaften und demokratischen Regierens gegen die erklärte Politik der gewählten Regierungen in Westeuropa zu wenden, werden sich die moralischen Tugenden der liberalen Demokratie in strategische Nachteile und die moralischen Gebrechen der Diktatur in strategische Vorzüge verwandeln? In Westdeutschland ging es darum, ob die SPD – in der Formulierung Uwe Nerlichs – als Bollwerk gegen die sowjetische Strategie fungieren werde, wie das in der Tradition Schumachers lag, oder als Hebel, den die sowjetische Diplomatie im Dienste ihrer Ziele benutzen konnte[64]. Es stellte sich heraus, daß die Partei kein Bollwerk mehr war. Brandt, Bahr und die Masse der SPD entfernten sich bis 1982 so weit von der Unterstützung der westlichen Verhandlungsposition, daß die Sorge über neutralistische Tendenzen in der SPD – zusammen mit Differenzen in der Wirtschaftspolitik – Außenminister Hans-Dietrich Genscher und die FDP dazu brachten, die sozial-liberale Koalition im Herbst 1982 zu verlassen und eine neue Koalition mit Helmut Kohls CDU/CSU einzugehen. In der „Raketenwahl" vom Herbst 1983 tra-

[63] Jeffrey Herf, War By Other Means, Kap. 8–11.

[64] Uwe Nerlich, Western Europe's Relations with the United States, in: Daedalus 108, Nr. 1 (Winter 1979), S. 87–112. Unter dem Gesichtspunkt des machtpolitischen Konflikts zwischen der Sowjetunion und der westlichen Allianz waren die Friedensbewegungen nur in dem Maße von Bedeutung, in dem es ihnen gelang, Parteien der linken Mitte wie die westdeutschen Sozialdemokraten zur Ablehnung von NATO-Stationierungen zu veranlassen.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ten die Sozialdemokraten für „deutsche Interessen" gegen eine mögliche Stationierung taktischer Nuklearwaffen der NATO in der Bundesrepublik ein.

Im Herbst 1983 war die Unterstützung für eine solche Stationierung unter den links von der Mitte stehenden westdeutschen Politikern, Journalisten und Intellektuellen außerordentlich schwach[65]. Auf der SPD-Konferenz im November 1983, auf der über die Haltung der Partei in dieser Frage entschieden werden sollte, stimmten 14 der 400 Delegierten mit Schmidt für die Stationierung, 386 mit Brandt dagegen. Wenig später gab es im Bundestag eine Mehrheit aus CDU, CSU und FDP für die Stationierung. Kohl wies Behauptungen zurück, die Politik der Sowjetunion und die Politik der westlichen Allianz seien von gleicher moralischer Qualität. „Wir sind keine Wanderer zwischen Ost und West ... Zwischen Demokratie und Diktatur gibt es keinen Mittelweg. Wir stehen auf der Seite der Freiheit."[66] Die Raketen wurden stationiert. Die diplomatische Offensive der Sowjetunion war abgewehrt. Vier Jahre später akzeptierte Michail Gorbatschow als Basis für ein Abkommen über die nuklearen Mittelstreckenraketen (INF) die Null-Null-Lösung, die Präsident Reagan im November 1981 vorgeschlagen hatte und die damals von Moskau als zynischer Verhandlungstrick gebrandmarkt worden war. Das Abkommen wurde unterzeichnet, und alle nuklearen Mittelstreckenraketen wurden zerstört. Zwar hatte sich die westdeutsche Linke aus einem Bollwerk in ein Werkzeug gewandelt, doch war dieses Werkzeug nicht stark genug, den NATO-Doppelbeschluß aufzuheben. Der sowjetische Versuch, Demokratie gegen die Demokratien ins Treffen zu führen, war fehlgeschlagen. In Westdeutschland scheiterte er nicht zuletzt daran, daß während der vorangegangenen Dekade sowohl die Argumente für die liberale Demokratie wie auch die Warnungen vor der Natur der sowjetischen Bedrohung unter den Politikern, Journalisten und Intellektuellen der Mitte und der rechten Mitte neue Plausibilität und Attraktivität gewonnen hatten. 1983 stellten sie den Kern des westdeutschen Widerstands gegen die sowjetische Politik und Strategie dar.

„Auschwitz", „München": Die Nachrüstung und die Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit

In den Augen der westdeutschen Linken hatte in den frühen achtziger Jahren die Bewältigung der nationalsozialistischen Vergangenheit die Bedeutung erlangt, daß Antikommunismus ebenso abzulehnen sei wie Machtpolitik und daß westdeutsche Außenpolitik Friedenspolitik zu sein habe[67]. In diesem moralischen Rahmen zerfiel die Welt, einfach gesagt, in jene, die sich an die NS-Vergangenheit erinnerten, sich mit ihr auseinandersetzten und daher Brandts internationalistische und idealistische Außenpolitik unter-

[65] Zu den Verteidigern der Tradition Schumachers vgl. die wichtigen Essays von Karl Kaiser, Gesine Schwan und Manes Sperber in: Jürgen Maruhn und Manfred Wilke (Hrsg.), Wohin treibt die SPD? Wende oder Kontinuität sozialdemokratischer Sicherheitspolitik, München 1984.

[66] Verhandlungen des deutschen Bundestags, 21.11.1983, S. 2329.

[67] Dazu Hans-Peter Schwarz, Die gezähmten Deutschen. Von der Machtbesessenheit zur Machtvergessenheit, Stuttgart 1985.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

stützten, und jene, denen die NS-Vergangenheit aus dem Gedächtnis entschwunden war und die deshalb in den fünfziger Jahren die Wiederbewaffnung wie nun in den achtziger Jahren die Nachrüstung unterstützten. Die Linke erinnerte sich. Die Rechte hatte vergessen. Ein wichtiger, jedoch noch nicht genügend gewürdigter Aspekt der westdeutschen Debatte über die Euroraketen war die direkte Evozierung einer solchen Sicht des Verhältnisses zwischen Vergangenheit und Gegenwart. Die moralische Dichotomie zwischen Erinnern und Vergessen, wie sie in dem skizzierten Rahmen impliziert war, wurde angefochten. Die „Aufarbeitung der Vergangenheit" entwickelte sich wieder pluralistischer, vielfältiger, komplexer und kam damit der Mannigfaltigkeit der historischen Realitäten in der NS-Zeit wieder näher.

Seit 1980 assoziierte die intellektuelle Oppositon den Nachrüstungsbeschluß – wie die nukleare Abschreckungsstrategie des Westens überhaupt – mit den Begriffen „Holocaust" und „Auschwitz"[68]. Am 50. Jahrestag der nationalsozialistischen Machtübernahme verglich Günter Grass die Wannseekonferenz mit nuklearer Kriegsspielerei[69]. Im Juni 1983 gab Joschka Fischer, damals Mitglied der Bundestagsfraktion der Grünen, dem „Spiegel" ein Interview, in dem er beklagte, „daß es offensichtlich in der Systemlogik der Moderne, auch nach Auschwitz, noch nicht tabu ist, weiter Massenvernichtung vorzubereiten – diesmal nicht entlang der Rassenideologie, sondern entlang des Ost-West-Konflikts"[70].

In Erwiderung auf Fischers Bemerkungen hielt Heiner Geißler, Generalsekretär der CDU und Mitglied des Kabinetts Kohl, am 15. Juni 1983 eine Rede im Bundestag, in der er es bedauerte, daß die „geistigen Grundlagen" der Zukunft „unserer Demokratie und des westlichen Bündnisses" in den Diskussionen über Rüstung und Rüstungskontrolle verlorengegangen seien. Geißler sagte, die Regierung Schmidt habe zwar die militärisch-technischen Details der Verteidigungspolitik beherrscht, jedoch in der Debatte über die richtige Verteidigungspolitik die „geistige Führung" eingebüßt. Er kritisierte die „ganz unglaubliche" Umkehrung der Begriffe und Werte in Fischers Äußerungen, in denen „unsere Verteidigungspolitik der nuklearen Abschreckung und ein ‚zweites Auschwitz' " in Verbindung gebracht würden: „Herr Fischer, ich mache Sie als Antwort auf das, was Sie dort gesagt haben, auf folgendes aufmerksam. Der Pazifismus der 30er Jahre ... dieser Pazifismus der 30er Jahre hat Auschwitz erst möglich gemacht. (Beifall

---

68 So z. B. Anton-Andreas Guha, Die Nachrüstung. Der Holocaust Europas, Freiburg 1981.

69 Günter Grass, Vom Recht auf Widerstand, in: ders., Widerstand lernen, S. 58–67.

70 Verhandlungen des deutschen Bundestags, 23. 6. 1983, S. 1048. „Es ist sicher richtig, die Einmaligkeit des Verbrechens, das die Nationalsozialisten am jüdischen Volk begangen haben, nicht mit schnellen Analogieschlüssen zu überdecken. Aber ich finde es doch moralisch erschreckend, ... daß es offensichtlich in der Systemlogik der Moderne, auch nach Auschwitz, noch nicht tabu ist, weiter Massenvernichtung vorzubereiten – diesmal nicht entlang der Rassenideologie, sondern entlang des Ost-West-Konfliktes. Da analogisiere ich nicht mit Auschwitz, aber ich sage: Auschwitz mahnt eigentlich daran, diese Logik zu denunzieren, wo sie auftritt, und sie politisch zu bekämpfen." Zur vollen Debatte Verhandlungen des deutschen Bundestags, 15. und 23. 6. 1983, vor allem die Reden von Joschka Fischer, Otto Schily, Jürgen Schmude, Horst Ehmke, Hans-Jochen Vogel, Helmut Kohl und Heiner Geißler.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

bei der CDU/CSU – Schily ‹Grüne›: Das ist ja eine Unverschämtheit! – Weitere lebhafte Zurufe von den Grünen und von der SPD.)"[71]

Ein Sturm des Protests brach im Bundestag los. Geißler fuhr fort: „Lesen Sie die Auseinandersetzung zwischen Churchill und Chamberlain, lesen Sie die Auseinandersetzungen im britischen Unterhaus über die Frage nach, wie sich die freiheitlichen westlichen Demokratien gegenüber der totalitären Diktatur des Nationalsozialismus zu verhalten hätten ... es kann überhaupt keine Frage sein, ... daß der Nationalsozialismus nicht in der Lage gewesen wäre, den Krieg 1939 zu beginnen, wenn die Westmächte eine klare Position in ihrer Verteidigung eingenommen hätten."[72]

Gegen wachsenden Lärm von Pfuis und Zwischenrufen sagte Geißler ferner: „Ich wiederhole es: Die ganzen schrecklichen und mörderischen Entwicklungen im nationalsozialistischen Regime mit dem Tod und Mord an Millionen von Menschen wären nicht möglich gewesen, wenn es die damalige Schwäche ... der freiheitlichen Demokratien dem Diktator des nationalsozialistischen Regimes nicht leichtgemacht hätte, den Krieg zu beginnen. Dies ist die Wahrheit ... Ich fürchte, wenn diejenigen in diesem weltweiten ideologischen Bürgerkrieg, in dem wir uns heute befinden, siegen würden, die uns, den freiheitlichen Demokratien, anraten, eine einseitige Abrüstung durchzuführen, und zwar auch auf dem atomaren Gebiet, ... dann wäre ein weltweiter Archipel GULag die Folge."[73]

Die Reaktion auf Geißlers Rede war ebenso interessant wie die Rede selbst. Die Sozialdemokraten und die Grünen forderten seinen Rücktritt. Jürgen Schmude, der sozialdemokratische Abgeordnete, der die entsprechende Resolution einbrachte, erklärte: „Den Pazifismus der 30er Jahre in irgendeinen ursächlichen Zusammenhang mit Rassenhaß und Massenmord zu bringen, ist unter jedem denkbaren Gesichtspunkt abwegig und auch verwerflich. (Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der Grünen.) Genau das aber hat Herr Geißler getan."[74] Folglich habe Geißler, so Schmude, „unserer Demokratie geschadet", und zwar in einem solchen Maße, daß seine Entlassung am Platze sei.

Nicht weniger aufschlußreich war die Art, in der Bundeskanzler Kohl seinem attackierten Generalsekretär zu Hilfe kam. Er zitierte „einen der größten Staatsmänner dieses Jahrhunderts", Winston Churchill, und las aus dessen „The Gathering Storm" eine längere Passage vor, in der vom Beitrag der britischen Appeaser zur Ermöglichung des Zweiten Weltkriegs die Rede ist. Im gleichen Sinne argumentiere Geißler mit dem Blick auf die neutralistischen Strömungen der achtziger Jahre. Einseitige Abrüstung sei, in den achtziger wie in den dreißiger Jahren, keine wirksame Friedensgarantie[75]. In der Antwort auf seine Kritiker bezog sich auch Geißler auf Churchill: „... ich kann nicht meine historische Überzeugung preisgeben. Ich kann auch meine persönliche Erfahrung in der Zeit des Nationalsozialismus, von meinem Vater vermittelt, nicht vergessen.

---

71 Ebenda, S. 755.
72 Ebenda, S. 756.
73 Ebenda, S. 756 f.
74 Ebenda, S. 1043 f.
75 Ebenda, S. 1007. Ähnlich Alfred Dregger, ebenda, S. 1010–1016.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Deswegen muß ich beim Kern meiner Aussage bleiben: möglich gemacht, nicht gewollt, nicht beabsichtigt, aber möglich gemacht durch Irrtum, durch Unterlassung, so wie es Churchill beschrieben hat, wie es der Bundeskanzler heute morgen zitiert hat, möglich gemacht in diesem Sinne haben die Verbrechen Hitlers u. a. diejenigen, für die gegenüber dem Diktator Frieden um jeden Preis das höhere Gut war und die aus diesem Grunde dem Diktator nicht in den Arm fielen, obwohl sie es hätten tun können ... Dann – und davon bin ich überzeugt – hätte Hitler Europa nicht mit diesem wahnsinnigen Krieg überziehen können, und Auschwitz wäre auch nicht möglich gewesen."[76]

Im Jahr 1983 seien die Westdeutschen, so Geißler weiter, vor die Frage gestellt, ob eine frei gewählte westdeutsche Regierung in der Lage sei, den NATO-Doppelbeschluß „gegen den innenpolitischen Druck der sogenannten Friedensbewegung" durchzuführen. Der Vergleich zwischen den dreißiger und den achtziger Jahren sei mithin notwendig. Auch die Anhänger der Friedensbewegung müßten sich die Konsequenzen klarmachen, die sich ergäben, wenn ihre politische Vorstellung von einer radikalen einseitigen Abrüstung eine politische Mehrheit in den westlichen Demokratien fände. Auschwitz könne nicht ungeschehen gemacht werden. Aber wer heute lebe, könne seine Freiheit bewahren, „wenn wir aus der Geschichte lernen"[77]. In einer Abstimmung, in der strikte Parteidisziplin gehalten wurde, lehnte die konservativ-liberale Koalition den Antrag der SPD und der Grünen, Geißler zu entlassen, mit 279 zu 210 Stimmen, bei einer Enthaltung, ab[78].

Die Geißler-Fischer-Kontroverse im Bundestag markierte einen Wendepunkt in der Geschichte der politischen Kultur Westdeutschlands. Geißler insistierte darauf, daß die Lehren der deutschen Vergangenheit, auch und gerade der nationalsozialistischen Vergangenheit, vielfältig seien und daß es kein moralisches oder politisches Monopol auf diese Lehren gebe. Überdies müßten, im Hinblick auf die Appeasement-Politik, das Münchner Abkommen und die Machtpolitik, aus der Geschichte der NS-Zeit Lehren gezogen werden, die von einem beträchtlichen Teil der westdeutschen Linken, trotz ihres beständigen und aufrichtigen Bemühens um „Vergangenheitsbewältigung", offenbar noch nicht angenommen worden seien.

Für die Grünen und die Sozialdemokraten im Bundestag von 1983 gehörte zur „Aufarbeitung der Vergangenheit" keine Analyse der internationalen Diplomatie der dreißiger Jahre. Ironischerweise war der von Kohl und Geißler zitierte Winston Churchill eine Ausnahme unter den britischen Konservativen jener Periode, von denen viele durchaus bereit waren, eine begrenzte Expansion des nationalsozialistischen Deutschland zu tolerieren, wenn so in Mitteleuropa – auf Kosten Österreichs und der Tschechoslowakei – eine saturierte Macht zu schaffen war, die als Bollwerk – oder sogar, wie manche hofften, als Speerspitze – gegen die Sowjetunion fungieren konnte. Bitterkeit, wie sie der Zynismus und die Kurzsichtigkeit der britischen und der französischen Politik zwi-

[76] Ebenda, S. 1052.
[77] Ebenda, S. 1052f.
[78] Vgl. Die Koalition lehnt die Entlassung Bundesminister Geißlers ab, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24. 6. 1983, S. 1.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schen 1935 und 1939 verursachte, war ein charakteristischer Zug der damaligen politischen und intellektuellen Linken. Im Zusammenhang der westdeutschen Politik in den achtziger Jahren definierten jedoch die „Lehren von München" – von wenigen Ausnahmen abgesehen – „rechtsgerichtete" Auffassungen.

Wie und warum die Demokratie ihre Probe bestand

Wie und warum hat die Demokratie überlebt? Erstens weil ihre moralischen Tugenden, statt ausschließlich oder auch nur in erster Linie strategische Schwächen zu sein, in Wahrheit auch Quellen strategischer Stärke und politischer Macht darstellten. In diesem Falle belohnte der friedliche politische Wettbewerb durch Wahlen lernfähige Politiker, die an die Macht zurückkehren wollten. Wollten die Christlichen Demokraten wieder die Regierung übernehmen, so hatten sie sich, wie Kohl 1973 argumentierte, der Ära der Entspannung anzupassen und sie hatten, was noch wichtiger war, ihre eigenen moralischen Traditionen zu erneuern, die ihnen in zwei Jahrzehnten als Regierungspartei der Bundesrepublik Deutschland allzu selbstverständlich geworden waren. Diese Erneuerungsprozesse, die in Demokratien stets zugleich Prozesse der Kritik sind, haben während der siebziger Jahre keinen Eingang in die Pessimismus- und Krisenliteratur gefunden. Zweitens lieferte die Auseinandersetzung um die Euroraketen ein Beispiel dafür, wie sich in einer Demokratie mandatsuchende Politiker durchzusetzen vermögen. Die vier Jahre, vom NATO-Doppelbeschluß bis zur Stationierung der Raketen, dauernde Verhandlungsperiode bot der Sowjetunion ausreichend Gelegenheit, zur Unterminierung der NATO-Entscheidung die in Westeuropa herrschenden Ängste vor dem Atomkrieg zu schüren. Zur gleichen Zeit konnte der Westen keine diplomatische Gegenoffensive eröffnen, da es in Osteuropa keine Demokratie und keine öffentliche Meinung gab[79]. Dem Anschein nach lag ein Fall „überlasteter" Regierungen vor, die eine „technokratische" Entscheidung zu realisieren suchten und am Veto „artikulierter Minderheiten" in den Medien und an den Universitäten zu scheitern drohten, also ein Fall von „Unregierbarkeit" und eine „Legitimationskrise". Die Krisenliteratur in den späten siebziger Jahren, sowohl die der Linken wie die der Rechten, unterschätzte jedoch die Fähigkeit demokratischer politischer Führer, die Macht von Veto-Gruppen zu überwinden, indem sie sich, wie das Kohl und Genscher im März 1983 taten, um das Mandat der Wähler bemühten[80]. Kohl war dazu imstande, weil er, anders als Schmidt, zwei Ebenen der „Tendenzwende" zu verbinden vermochte, jene der inneren politischen Kultur – der Überzeugungen, der Prinzipien und der Werte – mit dem Wandel in der internatio-

[79] Die Koexistenz von Diktatur und Demokratie und die daraus resultierende asymmetrische strategische Interaktion sind trotz des langen Friedens der Nachkriegszeit keine Faktoren, die zur Stabilität in der internationalen Politik beitragen. Vgl. hierzu Jeffrey Herf, Asymmetric Strategic Interaction. Democracy, Dictatorship and the Euromissile Dispute in West Germany, in: Journal of Strategic Studies, Juni 1990.

[80] Vgl. Eric Nordlinger, On the Autonomy of the Democratic State, Cambridge 1981. Hier ist eine klare Darlegung dieses Standpunkts zu finden und eine Kritik jener Theorien, die die Unterordnung des Staates unter gesellschaftliche Faktoren betonen.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nalen Machtpolitik. Hinter Kohls Entschlossenheit von 1983 stand die ganze Adaption westlicher Werte, die der deutsche Konservativismus in der Nachkriegszeit geleistet hatte, von der Begründung der westlich orientierten Tradition Adenauers und seiner Erben bis zu ihrer energischen Wiederbelebung in den Universitäten, im Parlament und in der Presse während der „Tendenzwende" der siebziger Jahre. Für westdeutsche Konservative ergab sich aus der Erinnerung an die NS-Vergangenheit, von München bis Auschwitz, keine Ablehnung einer Politik des Kräftegleichgewichts.

Schließlich ist zu sagen, daß – trotz des nuklearen Patts und der amerikanischen Präsenz – bei der Wiederherstellung des Kräftegleichgewichts in Europa im Jahre 1983 und bei der Abwehr der letzten diplomatischen Offensive Moskaus im Kalten Krieg kein Automatismus im Spiele war. 1977 sah sich Helmut Schmidt vor der Alternative, entweder die Verschiebung der Kräfte zwischen Ost und West zu ignorieren und damit seine Popularität in der eigenen Partei zu steigern oder aber das Problem des Gleichgewichts der nuklearen Mittelstreckenraketen aufzuwerfen und so das Ende seiner Amtszeit wie seiner politischen Karriere zu riskieren. Sein amerikanischer Verbündeter übte nicht den geringsten Druck auf ihn aus, die Frage aufs Tapet zu bringen. Hätte sich Schmidt dafür entschieden, die Störung des Gleichgewichts zu ignorieren, wäre der Nachrüstungsbeschluß um Jahre verzögert worden und außerdem mit dem Makel behaftet gewesen, eine Erfindung der rechts von der Mitte stehenden Parteien zu sein. Durch seine Handlungsweise im Herbst 1977 hat Schmidt es der Sowjetunion verwehrt, bei den nuklearen Mittelstreckenraketen einen noch größeren Vorsprung zu erlangen, und zugleich sichergestellt, daß eine schwierige Entscheidung die Unterstützung zumindest einer kleinen Minderheit im Führungskreis der links von der Mitte stehenden Parteien fand. Tugenden wie Mut, Willenskraft, Überzeugungsstärke und unabhängiges Denken passen allesamt nicht recht in strukturalistische oder postmoderne Geschichtstheorien. Aber ohne diese subjektiven Faktoren, Schmidts Willenskraft und Mut, Kohls Entschlossenheit, Genschers Konsequenz, sind die Ursprünge und das Ergebnis des Disputs über die Euroraketen nicht zu verstehen, eines Disputs, dessen Ausgang zu den notwendigen Voraussetzungen der Transformation Europas in den Jahren 1989, 1990 und 1991 gehört. Weit davon entfernt, das Ende aller Geschichte einzuleiten, zeigte die Wende zwischen 1977 und 1983 jene Offenheit und jenes moralische Drama, wie sie einer von Menschen gemachten Geschichte inhärent sind.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

THOMAS ANGERER

DIE FRANZÖSISCHE ÖSTERREICHPOLITIK VOR DEM „ANSCHLUSS" 1938

„Ni Anschluss, ni Habsbourg", lautete Frankreichs Formel für Österreich in der Zwischenkriegszeit[1]. Im ausschließlich bilateralen Rahmen so gut wie unerheblich, ging Frankreichs Österreichpolitik weitgehend im multilateralen Geflecht seiner Eindämmungspolitik gegenüber Deutschland auf, was ihre Erfassung und Abgrenzung oft erschwert. Bei Frankreichs schrittweiser Lossagung von Ost- und Zentraleuropa in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre[2] entfiel mit Österreich daher auf den ersten Blick „nur eines der Elemente im Rahmen der französischen Sicherheitspolitik gegenüber Deutschland"[3]. Die ursächliche und unmittelbare Verknüpfung mit dem Deutschlandproblem wies Österreichs Unabhängigkeit nichtsdestoweniger eine Bedeutung zu, die den Kern der französischen Außenpolitik betraf. Gerade in Krisenfällen wie 1931, nach Bekanntwerden des österreichisch-deutschen Zollunionplans, trat dies zu Tage. Als Trennstreifen zu Italien und zum Balkan sowie als Flankendeckung der Tschechoslowakei stand und fiel mit Österreich letzten Endes der tabuisierte territoriale Status quo ganz Zentraleuropas. In der „Dominotheorie", die der französischen Außenpolitik in Europa zugrunde lag, spielte Österreich also durchaus keine Neben-, sondern eine Schlüsselrolle[4] – ein Paradox angesichts der Einmütigkeit, mit der die zeitgenössischen wie historiographischen Befunde der französischen Österreichpolitik in den Jahren vor dem „Anschluß" mehr oder weniger vorwurfsvoll „Passivität" bescheinigen[5].

Um es vorwegzunehmen: Die These von der völligen Inaktivität und Kontraproduktivität der französischen Österreichpolitik seit dem Jahre 1936 hält einer genaueren Prü-

[1] Im Unterschied zum Grundsatz der Kleinen Entente, „Plutôt l'Anschluss que Habsbourg". Documents Diplomatiques Français 1932–1939 (DDF), hrsg. vom Ministère des Affaires Étrangères, 1re Série, t. VI, Paris 1972, N° 285.

[2] Anthony Adamthwaite, France and the Coming of the Second World War, London 1977, S. 353, spricht von „gradual disengagement".

[3] Alois Schumacher, Frankreich und die Anschlußfrage, in: Felix Kreissler (Hrsg.), Fünfzig Jahre danach – Der „Anschluß" von Innen und von Außen gesehen, Wien/Zürich 1989, S. 38.

[4] Siehe etwa Briands bekanntes Wort: „L'Anschluss, ce serait la guerre!"

[5] Anthony T. Komjathy, The Crises of France's East-Central European Diplomacy. 1933–1938, New York 1976, S. 180f., 205; John E. Dreifort, Yvon Delbos at the Quai d'Orsay. French Foreign Policy during the Popular Front, Kansas 1973, S. 192, 197f.; Jean-Baptiste Duroselle, Politique étrangère de la France. La décadence. 1932–1939, Paris [3]1985, S. 325; Jacques Bariéty, La France et le problème de l'„Anschluss". Mars 1936 – mars 1938, in: Klaus Hildebrand/Karl Ferdinand Werner/Karl Manfrass (Hrsg.), Deutschland und Frankreich 1936–1939. Francia, Beiheft 10, München 1981, S. 555, 574.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

fung, die den multilateralen Rahmen dieser Politik berücksichtigt, nicht ganz stand. Vor allem aber muß der Blickwinkel bis 1934/1935 vorverlängert werden – in die Jahre, in denen Frankreich eine vergleichsweise aktive Österreichpolitik zugeschrieben wird. Erst vor diesem Hintergrund läßt sich die Problematik seiner „Passivität" vor dem „Anschluß" in ihren Wurzeln erkennen und die Frage nach Brüchen und Kontinuitäten in der französischen Österreichpolitik dieser Jahre neu beleuchten.

I.

Mit dem Tardieu-Plan (von 1932) scheiterte die Wiederaufnahme der Bemühungen Frankreichs aus den zwanziger Jahren, die Anschlußfrage durch die Förderung einer wirtschaftlichen Reintegration Zentraleuropas in den Griff zu bekommen. Nach der Verschärfung des Problems durch die nationalsozialistische Machtübernahme in Deutschland suchte Frankreich eine Lösung auf sicherheitspolitischer Ebene. Die österreichische Unabhängigkeit sollte durch einen „Donaupakt" gesichert werden: ein multilaterales Vertragswerk von Nichteinmischungs-, Nichtangriffs- und möglichst auch Beistandsverpflichtungen, das Österreich – unter der Obhut des Völkerbunds, allen voran Großbritanniens und Frankreichs – mit Italien, Ungarn und den Staaten der Kleinen Entente verbinden würde und auch Deutschland offenstehen sollte[6].

So begrüßte und unterstützte Frankreich zur Jahreswende 1933/34 das österreichische Vorhaben, angesichts des wachsenden NS-Terrors den Völkerbund anzurufen[7]. Italien sperrte sich jedoch gegen dessen Einschaltung, und Österreich gab entsprechend seines neueingeschlagenen „italienischen Kurses" nach. Die sogenannten Garantieerklärungen, die Großbritannien, Frankreich und Italien am 17. Februar 1934 gleichzeitig, jedoch unilateral und unabhängig vom Völkerbund abgaben, gingen auf einen französischen Kompromißvorschlag zurück. Sie bekräftigten das anhaltende Interesse der drei Mächte an der Wahrung der österreichischen Unabhängigkeit, gaben allerdings nur Konsultationsabsichten kund[8]. Dafür strengte Frankreich Verhandlungen über sein Donaupakt-Projekt an. Italien meldete aber nicht nur gegen eine Beteiligung des Völkerbunds, sondern auch gegen die der Kleinen Entente Widerspruch an. Eine Zunahme des italienischen Einflusses im Donauraum, die auf eine ausschließlich italienische Protegierung Österreichs hinauslief, ließ sich freilich weder mit den Interessen der Kleinen Entente noch mit jenen Frankreichs vereinbaren.

Neutralisierung statt Satellisierung – so ließe sich die französische Österreichpolitik dieser Monate auf eine Formel bringen. Das für Österreich festgeschriebene Unabhän-

[6] Mária Ormos, Le problème de la sécurité et de l'Anschluss, in: Études Historiques Hongroises 1975, Bd. 2, S. 5–44, hier bes. S. 35 f.; dies., Sur les causes de l'échec du pacte danubien. 1934–1935, in: Acta Historica Academiae Scientiarum Hungaricae 14 (1968), S. 21–83.

[7] Hanns Haas, Österreich im System der kollektiven Sicherheit. Der Völkerbund und Österreichs Unabhängigkeit 1934, in: Erich Fröschl/Helge Zoitl (Hrsg.), Februar 1934. Ursachen, Fakten, Folgen, Wien 1984, S. 421 ff.

[8] DDF, 1re Série, t. V, Paris 1970, N° 399.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gigkeitsgebot und den geplanten Donaupakt hatte der Quai d'Orsay von jeher mit dem Begriff der Neutralisierung verbunden[9]. Ein „Mandat à la mode de l'Albanie" und ein österreichischer Bundeskanzler als „Marionette" Mussolinis kamen aus französischer Sicht nicht in Betracht[10]. Entsprechend empfindlich reagierte Frankreich nach dem Juli-Putsch 1934 und der Ermordung des Bundeskanzlers Dollfuß, als Gerüchte kursierten, italienische Truppen könnten sich nicht nur verstärkt am Brenner zeigen, sondern in Österreich einmarschieren. Als „action modératrice [. . .] p a r t o u t" wollte Paris seine Versuche verstanden wissen, sowohl Italien als auch Jugoslawien im Zaum zu halten, das für den Fall eines italienischen Einmarsches in Österreich selbst mit dem Einmarsch drohte[11]. Barthous Vorschlag, die trilateralen Konsultationen durch eine regelmäßig tagende Botschafterkonferenz in Rom zu institutionalisieren, stieß wiederum auf die Zurückhaltung Großbritanniens, das jeden Anschein verstärkten Engagements im Donauraum im allgemeinen und zugunsten Österreichs im besonderen vermieden wissen wollte[12].

Die britische Ablehnung erfolgte nicht zuletzt, wenn auch nicht vorrangig, aus Rücksichtnahme der Koalitionsregierung MacDonald auf den Unmut der öffentlichen Meinung über die Regierung Dollfuß, die nach der Niederschlagung des „Schutzbund"-Aufstandes vom 12. Februar 1934 die österreichische Sozialdemokratie ausgeschaltet hatte. Die französische Österreichpolitik zeigte sich davon jedoch weniger beeinflußt, als oft angenommen wird[13]. Zwar gab Léon Blum die vielzitierte Losung aus: „Il n'y a plus d'Autriche pour nous."[14] Auch ließ Louis Barthou, nach dem Ende des Linkskartells und den Wirren des 6. Februars in die Regierung Doumergue berufen, in Österreich auf die Freilassung der verhafteten „Februarkämpfer" und eine Erweiterung der Regierungsbasis drängen[15]. Doch erhielt er in der außenpolitischen Kammerdebatte vom 22.

---

[9] Siehe ebenda, N° 319 und DDF, 1re Série, t. VII, Paris 1979, N° 135. Vgl. Gerald Stourzh, Zur Genese des Anschlußverbots in den Verträgen von Versailles, Saint-Germain und Trianon, in: Isabella Ackerl/Rudolf Neck (Hrsg.), Saint-Germain 1919, Wien 1989, S. 42f.

[10] Die Formulierung stammt von René Massigli. Aufzeichnung Hornbostel vom 25. 9. 1934, in: Österreichisches Staatsarchiv, Archiv der Republik/Neues Politisches Archiv (ADR/NPA) Zl. 45.876, zit. bei Hanns Haas, Die Garantieerklärung europäischer Völkerbundmächte für Österreich vom 27. September 1934, in: Mitteilungen des Österreichischen Staatsarchivs 30 (1977), S. 336f. Vgl. den Bericht des österr. Gesandten in Paris, Lothar Egger, über ein Gespräch mit Barthou vom selben Tag, in: ebenda, S. 334.

[11] DDF, 1re Série, t. VII, N° 84; Hervorhebung von mir.

[12] Siehe DDF, 1re Série, t. VII, N° 29, 52, 84.

[13] Felix Kreissler, Februar 1934 in Wien und Paris im Lichte der Pariser Öffentlichkeit, in: Isabella Ackerl/Walter Hummelberger/Hans Mommsen (Hrsg.), Politik und Gesellschaft im alten und neuen Österreich. Festschrift für Rudolf Neck, Bd. 2, München 1981, S. 113–131; Irma Simma, Österreich, Februar 1934 in der französischen Öffentlichkeit, Diplomarbeit, Univ. Wien 1985.

[14] Léon Blum, L'indépendance de l'Autriche, in: Le Populaire vom 18. 2. 1934, wiederabgedruckt in: L'Œuvre de Léon Blum. 1934–1937, Paris 1964, S. 101.

[15] Siehe etwa: DDF, 1re Série, t. VI, N° 2 sowie t. VII, N° 102 (mit Anm. 1), 124, 228. Schon Barthous Vorgänger, Joseph Paul-Boncour, hatte Dollfuß wiederholt vor einer allzuscharfen Politik gegen die Sozialisten warnen lassen. „M. Dollfuss est dans l'état d'euphorie des hommes d'action et il ne se rend pas compte du danger [!] qui le menace du côté socialiste s'il cède aux interventions de la droite." So

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

bis 25. März für seine proösterreichische Politik auch den Großteil der sozialistischen Stimmen[16]. Barthou selbst gab allem Anschein nach die Zustimmung zur französischen Beteiligung an der Finanzierung der Dollfuß-treuen Wochenzeitschrift „Der Christliche Ständestaat"[17]. Auch versicherte er Dollfuß bei seiner Durchreise in Wien am 19. Juni 1934 ausdrücklich, er habe gegen die italienische Orientierung der österreichischen Außenpolitik nichts einzuwenden[18].

Hinter dieser Versicherung stand kein Enthusiasmus. Eine Österreichpolitik ohne oder gar gegen Italien konnte Frankreich nicht in Betracht ziehen. Vielmehr war Paris auf Italiens Eigeninteresse an der Verhinderung von Anschluß und Restauration angewiesen und daher sogar in hohem Maße bereit, italienische Initiativen gegenüber den Anfeindungen von Seiten der Kleinen Entente (etwa beim Abschluß der Römischen Protokolle am 17. März 1934) zu unterstützen[19]. Die Erklärungen vom 17. Februar, auf die sich Barthou im erwähnten Gespräch mit Dollfuß als Zeichen guter Absicht berief, sollten allerdings nur einen ersten Schritt bedeuten. Im Laufe der Donaupakt-Verhandlungen, die Frankreich unter dem Eindruck des Juli-Putsches wieder in Gang bringen konnte – und mit Hoffnungen auf eine „Entspannung, wenn nicht Entente" mit Italien verband[20] –, wurde jedoch zunehmend deutlich, daß sich über das im Februar Erreichte kaum hinausgehen ließ. Die entscheidende Rolle spielte dabei weder Großbritanniens unabänderliche Zurückhaltung noch Österreichs störend einseitige Schützenhilfe für Italien[21]. Es war vor allem Italiens (auf das revisionistische Ungarn angewiesene) Hegemonialstreben im Donauraum und auf dem Balkan, das der Miteinbeziehung der Kleinen Entente sowie der Patronanz des Völkerbunds einen Riegel vorschob. In seiner strikt antirevisionistisch und multilateral ausgerichteten Vorstellung vom Donaupakt-Projekt – weder freie Hand für Deutschland, noch für Italien – kannte Frankreich freilich keine Kompromisse. Dafür sorgte schon die erwähnte Gefahr eines Krieges zwi-

---

Puauxs Aufzeichnung eines Telephonanrufs Paul-Boncours vom 2. 9. 1933 aus Genf, nach dessen Unterredung mit Dollfuß am Rande der SDN-Tagung, in: Archives diplomatiques du Ministère des Affaires Étrangères Paris (MAE), Papiers d'Agents Archives Privées (PAAP), Puaux vol. 47; vgl. Adolf Sturmthal, Zwei Leben. Erinnerungen eines sozialistischen Internationalisten zwischen Österreich und den USA, Wien/Köln 1989, S. 134 ff.

16 Haas, Garantieerklärung, S. 325, Anm. 33.

17 Siehe DDF, 1re Série, t. V, N° 489. Bei dem dort genannten Herrn „Haentschel" handelte es sich nach den Angaben offensichtlich um Kurt Häntzschel aus dem Kreis um Dietrich von Hildebrands erstmals im Dezember 1933 erschienener Wochenzeitschrift „Der Christliche Ständestaat". Siehe: Rudolf Ebneth, Die österreichische Wochenschrift „Der Christliche Ständestaat". Deutsche Emigration in Österreich 1933–1938, Mainz 1976, S. 59 ff., 62 (Anm. 38). Ob die Gelder noch bis zuletzt flossen? Vgl. hierzu Bemühungen Friedrich W. Försters im Jahre 1936, die schon unter Flandin abschlägig behandelt wurden, in: MAE/Papiers 1940 (P 1940), Cabinet Delbos 2/96–178.

18 DDF, 1re Série, t. VI, N° 362. Vgl. die entsprechende Amtserinnerung vom 21. 6. 1934, in: ADR/NPA Zl. 55.146-13.

19 Siehe dazu Egger am 2. 4. 1934, in: ADR/NPA Zl. 52.897-13, zit. bei Haas, Garantieerklärung, S. 333.

20 So Barthou laut Egger am 25. 9. 1934, in: ADR/NPA Zl. 45.929-13.

21 Haas (Garantieerklärung, S. 341 und Österreich im System, S. 439 ff.) neigt m. E. zu deren Überbewertung. Angesichts der unvereinbaren Haltung seiner Nachbarstaaten war die Haltung Österreichs nicht ausschlaggebend.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schen Jugoslawien und Italien, die im Ernstfall bei einem einseitig italienischen Eingreifen drohte. So bedeutete die am 27. September 1934 von Frankreich, Italien und Großbritannien in Genf nun immerhin gemeinsam vorgenommene Erneuerung der Februar-Erklärungen für Frankreichs Österreichpolitik nur einen weiteren Markstein ihres Mißerfolges[22].

Mit größerer Vorsicht, als dies in der Literatur häufig getan wird, sind die Früchte zu genießen, die Frankreichs vorübergehende Annäherung an Italien im Winter 1934/1935 für die geplante Absicherung Österreichs trug. Trotz seiner bekannten Zugeständnisse in Nord- und Ostafrika gewann Frankreich bei weitem nicht jene italienische Unterstützung für seine Zentraleuropapolitik, der das Donaupakt-Projekt bedurft hätte. Daran änderte auch nichts, daß Barthous Nachfolger Pierre Laval bereit war, neben dem Donaupakt als Beistandspakt nunmehr auch einen bloßen Nichteinmischungs- und Konsultationspakt im Sinne eines Minimalziels ins Auge zu fassen[23]. Die Schlußerklärung des legendären Treffens zwischen Laval und Mussolini in Rom am 7. Januar 1935 brachte zwar ein großes Echo in der Presse, doch außer Italiens Lippenbekenntnis zur Schmalspurvariante des Donaupakt-Projekts keinen entscheidenden Fortschritt gegenüber der Erklärung vom 27. September des vorausgegangenen Jahres[24]. Nicht zuletzt wegen österreichischer Vorbehalte gegen jeden Anschein von „Bevormundung", gar durch Staaten der Kleinen Entente, war die Einigung über den entsprechenden Abschnitt im Kommuniqué nur mühsam und erst in allerletzter Minute zustandegekommen[25]. Dies zeigte, welch große Hindernisse einer auch noch so ausgehöhlten Form des Donaupaktes nach wie vor im Wege standen.

In den Gesprächen, die Laval mit Bundeskanzler Schuschnigg und Außenminister Berger-Waldenegg im Februar 1935 in Paris führte[26], machte er aus dem toten Punkt, über den die französisch-italienische Verständigung in der Österreichfrage nicht hinauskam, durchaus kein Hehl. „Streng vertraulich" verriet Laval zwar, daß ihm vom italienischen Generalstab sogar eine Anfrage vorliege, „ob Frankreich bereit wäre, [bei einem neuerlichen NS-Putschversuch in Österreich] einen militärischen Schleier auf der italienisch-jugoslawischen Grenze zu ziehen". Lavals Mitteilung sei jedoch zu entnehmen gewesen, „daß die französische Regierung sowie auch der französische Generalstab

[22] DDF, 1re Série, t. VII, N° 396 (Anm. 2), 503.

[23] Ebenda, N° 566, Annex A, B, C.

[24] Unter anderem ließen Frankreich und Italien bis zur Unterzeichnung eines Nichteinmischungsvertrags zwischen Österreich und seinen Anrainerstaaten für den Fall einer unmittelbaren Bedrohung der österr. Unabhängigkeit erneut ihre Konsultationsabsichten versichern. Vgl. ebenda, N° 420 (II); DDF, 1re Série, t. VIII, Paris 1979, N° 377 und 435.

[25] Marian Wrba, Genfer Politik. Österreich und die kollektive Sicherheit. 1932–1935, Diplomarbeit Univ. Wien 1989, S. 184 ff., hat das Doppelspiel Österreichs zwischen Frankreich und Italien (sowie dessen Instrumentalisierung durch Italien gegenüber Frankreich) anhand österr. Archivmaterials deutlich herausgearbeitet.

[26] Zu den anfangs durchaus peinlichen Begleitumständen des Paris-Besuchs siehe: Kurt v. Schuschnigg, Ein Requiem in Rot-Weiß-Rot. Aufzeichnungen des Häftlings Dr. Auster, Zürich 1946, S. 264 f. Zu den organisatorischen Vorbereitungen: MAE/P 1940, Charles Rochat 2/14-16.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

heute gegebenenfalls nicht in der Lage wären, eine solche Vorkehrung zu treffen"[27]. Die Rücksicht auf Jugoslawien, die Laval als Grund für seine in der Tat ablehnende Haltung gegenüber solchen Ansinnen durchblicken ließ, dürfte allerdings nur die halbe Wahrheit gewesen sein; sie ist zurecht auch mit der unter Laval wieder einsetzenden Anlehnung Frankreichs an Großbritannien in Verbindung gebracht worden[28].

Gewiß stieß Italiens Bereitschaft zu militärischer Zusammenarbeit im französischen Generalstab auf offene Ohren, paßte sie doch nur allzu gut in sein Konzept von der Einkreisung Deutschlands durch eine „front continu". Weder die vielzitierten Vereinbarungen zwischen den Generalstabschefs General Gamelin und Marschall Badoglio vom 27. Juni 1935 noch entsprechende, im Generalstab jahrelang kursierende Operationspläne dürfen allerdings darüber hinwegtäuschen[29], daß die Vorstellungen der Militärs reichlich wenig mit der politischen Realität zu tun hatten[30]. Die Absprachen auf Generalstabsebene lassen sich höchstens als eine stille Reserve bezeichnen, die für einen allfälligen, allerdings noch keineswegs abzusehenden Durchbruch auf politischer Ebene bereitstand.

Auf einem anderen Blatt steht, daß Österreichs verantwortliche Militärs im Zuge diesbezüglicher Sondierungen des französischen Militärattachés in Wien, Oberstleutnant Sallands, ohnehin die für den Eventualfall nötige militärische Kooperationsbereitschaft ausschlossen. Ein gegen Deutschland gerichtetes Eingreifen italienischer, französischer oder gar auch jugoslawischer und tschechischer Truppen auf ihrem Staatsgebiet verbaten sie sich kategorisch[31]. Rücksichten auf Österreichs italienisch-ungarische Bin-

[27] Geheimerlaß des Außenamts an den österr. Gesandten in Rom, Vollgruber, vom 2.3. 1935, in: ADR/NPA Zl. 31.798-13/35, zit. bei: Peter Streitle, Die Rolle Kurt von Schuschniggs im österreichischen Abwehrkampf gegen den Nationalsozialismus (1934–1936), München 1988, S. 223 ff.

[28] Duroselle, La décadence, S. 133 ff.

[29] Wie jüngst wieder bei Streitle, Abwehrkampf, S. 201, wo vorbehaltslos von einem „Militärbündnis vom 19. 6. 1935" die Rede ist.

[30] Das sogenannte Badoglio-Gamelin-Abkommen war ein Protokoll, das ausdrücklich eine Billigung auf Regierungsebene vorbehielt. Gamelin hatte für seine Gespräche mit Badoglio keine politische Vollmachten. Es betraf auch nicht den Fall einer Beschränkung deutscher Operationen auf Österreich, sondern nur einen deutschen Angriff auf Italien oder Frankreich. Siehe: DDF, 1re Série, t. XI, Paris 1982, N° 179. Dazu: Duroselle, La décadence, S. 138. Robert J. Young förderte Einzelheiten über die im frz. Generalstab ausgearbeiteten Kooperationspläne zu Tage: Ders., French Military Intelligence and the Franco-Italian Alliance, 1933–1939, in: The Historical Journal 28 (1985), S. 143–168, bes. 158 ff. Young betont allerdings auch, wie gering die Bereitschaft des frz. Generalstabs war, mehr als spärliche zwei Divisionen zu entsenden und größere Aufgaben zu übernehmen, als einen italienisch-jugoslawischen Zusammenstoß zu verhindern.

[31] Zu den übereinstimmenden Erklärungen General Nagys, General Luschinskys und Generalmajor Jansas siehe Salland am 23. 1., 4. 4., 1. 8., 24. 10. 1935, N° 10/S, 45/S, 75/S, 96/S, in: Service historique de l'Armée de Terre, Château de Vincennes (SHAT), 7 N 2716. Vgl. den Beschluß diesbzgl. Sondierungen während der ersten Gespräche zwischen den frz. und italienischen Stabschefs der Luftwaffe vom 9. bis 12. 9. 1935, zit. in: Young, Intelligence, S. 159. Noch am 22. 3. 1936 schrieb Salland: „Si l'on obtient qu'elle [l'Autriche] se défend sur ses frontières, ce sera déjà beaucoup. Quant à pénétrer chez elle, même sous prétexte de l'aider, c'est un point du problème que les militaires de ce pays ne veulent jamais aborder franchement." In: SHAT 7 N 2717.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dung, Unmut gegenüber der „ausgesprochen antiösterreichische[n] und antideutsche[n] Politik" der Kleinen Entente, „vor allem aber die nationalpolitische Erwägung, daß ein Österreich, das ausschließlich vom deutsch-französischen Gegensatz lebte, auf die Dauer nicht möglich war", hatten Schuschnigg schon in seinen Gesprächen mit Laval betonen lassen, daß es „uns Österreichern schlechterdings unmöglich [sei], uns einseitig auf den französischen Standpunkt zu stützen"[32]. Freilich wurde spätestens im Zusammenhang mit den erwähnten Sondierungen klar, daß Österreich sich auch nicht „mehrseitig" auf einen französisch-italienischen „Standpunkt" stützen würde. Unter keinen Bedingungen wollte es auf die Seite der Gegner Deutschlands wechseln. Im übrigen hatte sich Schuschnigg in Paris auch bezüglich der Restaurationsfrage nicht festlegen lassen; sie begann jedoch, wegen erster französischer Erfolge, die Kleine Entente (allen voran die Tschechoslowakei) zu Zugeständnissen in den Donaupakt-Verhandlungen zu bewegen, gerade wieder eine stärkere Rolle zu spielen[33].

So viele Hoffnungen nach Deutschlands spektakulärer Aufkündigung seiner Versailler Abrüstungsverpflichtungen am 16. März 1935 mit der britisch-französisch-italienischen Konferenz von Stresa im April 1935 und der „Stresa-Front" vorübergehend auch verbunden sein mochten (und im März 1938 mancherseits mit großer Wehmut beschworen werden sollten): Die Konferenz bekräftigte nur erneut das Donaupakt-Projekt und nahm den unverbindlichen Tenor vom 17. Februar und 27. September 1934 wieder auf[34]. Der in Stresa vorgebrachte Vorschlag Frankreichs, für den Fall eines weiteren deutschen Verstoßes gegen den Vertrag von Versailles (also etwa auch gegen die dort verankerte Verpflichtung zur Anerkennung der Unabhängigkeit Österreichs) im Vornhinein gemeinsame Sanktionen zu beschließen, wurde von Mussolini begrüßt, von den Briten jedoch abgelehnt.

Nach den raschen Fortschritten und der letzten Endes widerstandslosen Hinnahme der deutschen Wiederaufrüstung war Frankreich allerdings weniger denn je bereit, ohne Großbritannien weitere Beistandsverpflichtungen in Zentraleuropa einzugehen. Im Gegenteil: Hinter dem Donaupakt-Projekt stand gerade unter Laval immer deutlicher der Wunsch, die zentraleuropäischen Verhältnisse möglichst so zu entschärfen, daß sich die Übernahme einer Verantwortung, die über eine gemeinsam mit Großbritannien ausgeübte formelle Patronanz hinausging, erübrigen mochte. Kurz und bündig war aber auch die Antwort, die Laval Ende Oktober im außenpolitischen Ausschuß der Abgeordnetenkammer auf die Frage gab, was er gegen den autoritären Regierungsstil in Österreich zu tun gedenke: „Rien du tout."[35]

Die im Stresa-Kommuniqué schon kurzfristig ins Auge gefaßte Donaupakt-Konfe-

[32] Schuschnigg, Ein Requiem, S. 274, S. 73.

[33] Siehe die in den DDF, 1re Série, t. IX unter „Projet de pacte danubien" (S. XXXVII f.) angeführten Dokumente, bes. N° 264.

[34] Ebenda, t. X, Paris 1981, N° 190, Annexe II. Zu Lavals ebenso treffendem wie zynischem Kommentar siehe ebenda, N° 180.

[35] Sitzung vom 23. 10. 1935, Archives de l'Assemblée Nationale, Paris, zit. nach Gabriel Carette, La vision française de l'Autriche (1933–1938) de Hitler à l'Anschluss, Univ. de Paris I, Maîtrise 1990, S. 83.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

renz mußte von Mal zu Mal aufgeschoben werden; bekanntlich kam sie trotz der noch bis in den Herbst weiterlaufenden Suche Frankreichs nach einem Kompromiß nie mehr zustande. Nach wie vor blieben die Verhandlungspositionen der Staaten des Rom-Pakts einerseits und der Kleinen Entente andererseits unvereinbar; erschwerend hinzu kamen noch die nach dem Beispiel Deutschlands immer forscher gestellten militärischen „Gleichberechtigungs"-Forderungen Ungarns und Österreichs. Mit dem Donaupakt-Projekt scheiterte aber auch und vor allem Frankreichs großangelegter – sichtlich *zu groß* angelegter – Versuch einer aktiven Sicherheitspolitik zur Stärkung der Unabhängigkeit Österreichs. Die Ursachen lagen vor allem in Frankreichs irriger Annahme, sein Einfluß und seine Zugeständnisse könnten ausreichen, um die Eigeninteressen der betroffenen Staaten zugunsten Österreichs auf einen Nenner zu bringen. Demgegenüber kam der im Rückblick oft gleichsam als Grund allen Übels angesehenen Abessinien-Krise nur die Rolle eines Katalysators zu[36].

II.

Bezeichnenderweise stand hinter Frankreichs Bemühen, Großbritannien von einer Eskalation seines über die Abessinienfrage ausgebrochenen Konflikts mit Italien abzuhalten und die „Stresa-Front" wenigstens dem Anschein nach aufrechtzuerhalten, gerade seine Zentraleuropa- und Österreichpolitik. Wenn Großbritannien Wirtschaftssanktionen gegen Italien durchsetzen wollte, war es dann auch bereit, die gefährlichen Folgen, die ein Bruch mit Italien für Zentraleuropa zeitigen konnte, durch ein entsprechendes, bislang aber verweigertes Engagement für das am meisten betroffene Österreich zu tragen[37]? Ungleich zurückhaltender als Großbritannien reagierte Frankreich daher, als der österreichische Vertreter im Völkerbund nicht nur als einziger neben den Vertretern Ungarns und Albaniens gegen die (auf französisches Betreiben hin weitgehend entschärften) Sanktionen stimmte, sondern eine Rede hielt, deren provokant pro-italienischer Ton erhebliches Aufsehen erregte[38].

Mit viel größerer Beunruhigung verfolgte die französische Diplomatie Österreichs wachsende Zugänglichkeit für Annäherungsversuche von Seiten Deutschlands. Angesichts der kurz zuvor erfolgten Verhandlungsangebote Franz von Papens, seit Sommer 1934 deutscher Gesandter in Wien und später Botschafter „in besonderer Mission", hatte Puaux schon unmittelbar nach Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in Deutschland vor den Folgen einer Verunsicherung Österreichs durch Schwächezeichen der Westmächte gewarnt[39]. Das deutsch-österreichische Presseabkommen von Ende August 1935 nahm der Quai d'Orsay mit „Bedauern" zur Kenntnis. Im übrigen baute er

[36] Ormos, Sur les causes, S. 79.
[37] DDF, 1re Série, t. XII, Paris 1984, N° 132, 138 (hier S. 184 f.).
[38] DDF, 1re Série, t. XIII, Paris 1984, N° 262, 294, auch N° 47, 304, 509.
[39] DDF, 1re Série, t. IX, Paris 1980, N° 161 bzw. 424. Vgl. Sallands Zusammenfassung der österr. Reaktionen auf den 16. 3. 1935 in seinem Bericht vom 30. 3. 1935, N° 112, in: SHAT, 7 N 2716.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

auf Schuschniggs wiederholte Zusicherung, sich mit Deutschland vor dem Abschluß des damals noch in Verhandlung stehenden Donaupakts auf kein politisches Abkommen einlassen zu wollen[40]. Wegen der Inanspruchnahme Italiens durch Abessinien erklärte sich Außenminister Berger-Waldenegg Anfang Oktober 1935 in Erwartung neuer Verhandlungsangebote Papens jedoch für „an die Wand gedrängt". Die Gefahr einer deutsch-österreichischen Bilateralisierung der bis dahin mit erheblichem französischen Einsatz multilateral geführten Verhandlungen um das Österreichproblem schwebte nun immer deutlicher im Raum[41].

Die Aufrechterhaltung bzw. Wiederaufrichtung der „Stresa-Front", die Puaux als einzig verbleibende Möglichkeit zur Fortführung dieser Politik urgierte[42], war angesichts der britisch-italienischen Spannungen einerseits und der italienischen Verstimmung über Frankreichs Beteiligung an den Sanktionen des Völkerbunds andererseits leichter gesagt als getan. Nichtsdestoweniger blieb sie erklärtes Ziel der französischen Politik – gerade gegenüber Österreich. Nach Lavals Sturz Anfang 1936 meinte auch sein Nachfolger, Pierre-Étienne Flandin, „that Italy must be rescued from the Abessinian muddle and brought back into the European fold". Sollte Frankreich angesichts seiner Spannungen mit Italien bei einem „Anschluß"-Versuch etwa Truppen auf dem Seeweg nach Jugoslawien schicken, um dann festzustellen, daß sie zu spät kamen? An einen Einmarsch französischer Truppen in Deutschland sei, so Flandin, wegen der immer pazifistischer werdenden öffentlichen Meinung nicht zu denken[43]: „La France agirait en étroite collaboration avec la Petite Entente et l'Angleterre dans le cadre de Genève", war daher seine eher dürftige Antwort auf die Frage König Karols von Rumänien, wie Frankreich auf einen deutschen Schlag gegen Österreich reagieren würde[44]. Über der „lähmenden Wirkung", die von Frankreichs Beteiligung an der Sanktionspolitik auf seine als Zusammenarbeit mit Italien angelegte Österreichpolitik ausging[45], darf freilich weder die beschränkte Tragweite der Mussolini-Laval- bzw. Badoglio-Gamelin-Abkommen bezüglich Österreichs noch der zweifelhafte Wert der „illusions de Stresa" (Léon Noël) vergessen werden; und schon gar nicht der Umstand, daß das Scheitern der aktiven französischen Österreichpolitik durch die Sanktionskrise begleitet und besiegelt, nicht aber verursacht worden war.

Unterdessen waren es der für Österreich schließlich unbefriedigende Verlauf der Gespräche mit Papen sowie das zunächst scheinbar freundliche Echo, das der „Hodža-Plan" in Wien fand, die der französischen Österreichpolitik vorübergehend aus der Verlegenheit halfen. Den Vorschlag des tschechoslowakischen Ministerpräsidenten, die fünf Donaustaaten zu einem Wirtschaftsblock zu integrieren und auf diese Weise gegen äußere Eingriffe zu stärken, konnte Frankreich, insofern er auch und vor allem gegen

[40] DDF, 1re Série, t. IX, N° 161, 78; ebenda, t. XII, N° 60, 64.
[41] Ebenda, t. XII, N° 390, auch 302, 321, 367, 372.
[42] Ebenda, N° 390.
[43] Documents on British Foreign Policy 1919–1939 (DBFP), 2nd series, Vol. XV, London 1976, Nr. 500.
[44] DDF, 2ème Série, t. I, Paris 1963, Nr. 156, hier S. 223.
[45] Bariéty, La France, S. 558.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Deutschland gerichtet war, nur begrüßen. Gezielt bemühte es sich um eine Annäherung Österreichs an die Tschechoslowakei und an Jugoslawien sowie um eine stärkere Unterstützung von seiten Rumäniens. Doch dabei stieß Paris sofort wieder auf das Restaurationsproblem[46]. Im August 1935 hatte der Quai d'Orsay noch auf österreichische Bitten und Zusicherungen hin durch ein Machtwort verhindern können, daß die Kleine Entente nach dem Wirbel um die „Habsburggesetze" auf ihrer Konferenz in Bled eine allzu scharfe Erklärung gegen einen Restaurationsversuch abgab[47]. Was zur Vermeidung eines Eklats genügte – nämlich Österreichs Zusicherung, die Restauration sei „augenblicklich nicht aktuell" und nur im Einvernehmen mit allen betroffenen Staaten vorzunehmen –, reichte jedoch noch lange nicht zum Abbau jenes Mißtrauens, das vor allem auf seiten Jugoslawiens einer Entspannung zwischen Österreich und der Kleinen Entente entgegenstand. Dies erwies sich erneut in den Gesprächen, die Flandin Ende Januar/Anfang Februar 1936 in London anläßlich der Begräbnisfeierlichkeiten für König Georg V. führen konnte, unter anderem auch mit dem österreichischen Vizekanzler Fürst Starhemberg[48].

Einerseits wollte Frankreich Italien die Rolle zukommen lassen, die ihm in Zentraleuropa seines Erachtens auch im Fall einer von der Tschechoslowakei ausgehenden Initiative vorbehalten bleiben mußte[49]. Andererseits versuchte es Österreich bei der gewünschten Annäherung mit der Kleinen Entente gegenüber italienischen bzw. ungarischen Störmanövern den Rücken zu stärken. Allerdings überschätzte dabei zumindest Puaux Österreichs tatsächliche Bereitschaft, der Kleinen Entente entgegenzukommen[50]. Denn nach einer Reihe von Rückziehern ließ sich Österreich auf der Konferenz der Rom-Pakt-Staaten Ende März 1936 endgültig auf die ungarisch-italienische Linie gegenüber der Kleinen Entente verpflichten[51]. Flandin zählte Österreich deshalb neben Ungarn, Bulgarien und der Türkei zu den Staaten, „qui sont sous le coup de limitations à leur souveraintè"[52].

---

[46] Siehe DDF, 2ème Série, t. I, N° 34, 156 (hier S. 223 ff.), 44, 60, 72, 74, 100, 112, 119, 262.

[47] DDF, 1re Série, t. XI, N° 229, 265, 410, 439; t. XII, N° 13 (mit Anm. 2), 97, 101.

[48] DDF, 2ème Série, t. I, N° 156. Flandin hätte über den Besuch Schuschniggs in Prag hinaus auch gerne einen in Belgrad gesehen, konnte Prinzregent Paul jedoch keinerlei ermutigende Andeutung entlocken. Jugoslawien beschwerte sich übrigens auch darüber, daß die jugoslawischen Holzexporte nach Frankreich nicht so bevorzugt wurden wie die österr. Starhemberg wiederum ließ sich in der Restaurationsfrage nicht festlegen. Im übrigen bemühte sich Flandin nicht zuletzt mit Blick auf die Anschlußgefahr, daß nach Frankreich und der Tschechoslowakei auch Rumänien einen Beistandspakt mit der Sowjetunion schließe; vgl. ebenda, S. 223–226.

[49] Ebenda, S. 225.

[50] DDF, 2ème Série, t. I, N° 88. Hanns Haas, Österreich und das Ende der kollektiven Sicherheit, in: Ludwig Jedlicka/Rudolf Neck (Hrsg.), Das Juliabkommen von 1936. Hintergründe und Folgen, Wien 1977, S. 21 ff. (siehe dort auch 43 ff. und 51).

[51] Der Konferenzbeschluß vom 27.3. 1936 verpflichtete die drei Pakt-Mitglieder bei politischen Verhandlungen mit anderen Staaten zu vorausgehenden Konsultationen untereinander und schrieb für Wirtschaftsverhandlungen mit der Kleinen Entente vor, daß sie nur zu bilateralen Abkommen führen durften.

[52] DDF, 2ème Série, t. II, Paris 1964, N° 17 (hier S. 37).

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dieses Wort fiel bereits nach der Remilitarisierung des Rheinlands (7. März 1936). Spornten das Versagen der Garantiemächte von Locarno sowie die Hilflosigkeit, mit der Frankreich zusah, wie einer der Eckpfeiler seines Sicherheitssystems umgestürzt wurde, einen Staat wie Österreich nicht dazu an, seine ohnehin „beschränkte Souveränität", so Flandin weiter, nun endgültig preiszugeben? Die Signale aus Wien waren eindeutig: „La prochaine fois ce sera notre tour."[53] Wenn Frankreich die Errichtung des von Deutschland geplanten „Westwalls" zulasse, sei Österreich verloren und könne nicht zuletzt wegen des großen Eindrucks, den ein ungestrafter Erfolg Hitlers bei der Bevölkerung hinterlassen würde, nur mehr eilig in Berlin zu Kreuze kriechen[54]. Der „Psychologische Moment" zur Aufhebung der Sanktionen sei gekommen: „Si vous réussissiez à vous faire de l'Italie une alliée sûre, la situation en Europe centrale se trouverait aussitôt éclaircie."[55]

Natürlich konzentrierte sich die Aufmerksamkeit des Quai d'Orsay während der mit London und Berlin laufenden Verhandlungen über das Rheinland sowie des beginnenden Wahlkampfes für die Kammerwahlen nicht gerade vorwiegend auf die Österreichfrage[56]. Eine französisch-britische Garantieerklärung für Österreich, wie sie Schuschnigg mit Unterstützung Puauxs anregte, lag angesichts der britischen Haltung während und nach der Rheinlandkrise allerdings weniger denn je im Bereich des Möglichen[57]. Auch läßt sich nach dem Rheinland-Debakel und der entsprechend gewachsenen Besorgnis um den bis dahin nicht so unmittelbar gefährdet geglaubten Bündnispartner Tschechoslowakei[58] eine relative Bedeutungseinbuße der Österreichfrage in der französischen Italienpolitik feststellen. So tauchte unter den Bedingungen, die Flandin für das von ihm durchaus erwogene Entgegenkommen gegenüber Italien nannte, dessen wie selbstverständlich gefordertes Einstehen für Österreich nur mehr in Verbindung mit der Übernahme einer entsprechenden Verantwortung für ganz Zentraleuropa auf, besonders aber für die Tschechoslowakei[59]. Mussolinis Beteuerung eines „vitalen Interesses" an der Österreichfrage[60] allein war Frankreich sichtlich zuwenig, um die Aufhebung der Sanktionen voranzutreiben und damit sein einziges Atout auszuspielen.

In Anbetracht der bereits seit Februar laufenden Versuche Italiens, Frankreich in der Sanktionsfrage mit einer Aufkündigung des Badoglio-Gamelin-Abkommens zu drohen, hatte Flandin in Rom schon am 1. März auf den ausschließlich „technischen", politisch

[53] So Hornbostel zu Puaux noch am 7. März, in: Ebenda, t. I, N° 308, 407, ferner t. II, N° 12.

[54] So Berger-Waldenegg, in: Ebenda, t. II, N° 85; wiederaufgenommen (und ohne unleserliche Stellen) bei Salland, 29.4. 1936, N° 52, in: SHAT 7 N 2717. Zur Stimmung in der Bevölkerung siehe DDF, 2ème Série, t. II, N° 108.

[55] So Berger-Waldenegg zu Puaux, in: DDF, 2ème Série, t. II, N° 18. Vgl. die Memoiren von Gabriel Puaux, Mort et transfiguration de l'Autriche. 1933–1955, Paris 1966, S. 82.

[56] Bariéty, La France, S. 559.

[57] DDF, 2ème Série, t. II, N° 117.

[58] Ebenda, N° 42, 46.

[59] Ebenda, N° 64, auch 46.

[60] Ebenda, N° 90.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nach wie vor unbestimmten Charakter des Gamelin-Badoglio-Abkommens hinweisen lassen[61]. Daran änderte auch nichts, daß er auf eine Frage von Kriegsminister Maurin meinte, im Fall eines NS-Putsches in Österreich[62] erwarte er vom Generalstab die Bereitschaft zu „einer unverzüglichen Geste, um zu zeigen, daß Frankreich in einem ähnlichen Fall Italien unterstützen würde"[63]. Denn die im hiesigen Zusammenhang entscheidenden Sätze Gamelins in einer Generalstabsbesprechung am 30. April besagten, daß keinerlei Weisung ergangen war und Flandin nicht einmal sein eigenes Büro über diese Idee informiert hatte[64]. Wenn nicht gar an der Ernsthaftigkeit, mit der Flandin die „unverzügliche Geste" erwog, gezweifelt werden muß, so zumindest am Gewicht, das ihr in seinen tatsächlichen Überlegungen zukam. Schon vor der Machtübernahme der Front Populaire stellte die Möglichkeit eines militärischen Eingreifens zur Aufrechterhaltung der österreichischen Unabhängigkeit ein an unrealistische Bedingungen geknüpftes Gedankenspiel im Generalstab dar, das jedes politischen Rückhalts entbehrte[65].

Eine umso größere Beachtung verdient die Haltung, die Frankreich in der Krise um Österreichs Einführung der allgemeinen Wehrpflicht einnahm. Zum Mißfallen der Kleinen Entente hatte Frankreich angesichts des NS-Terrors in Österreich im Juli 1933 der Aufstellung eines zeitlich befristeten „Militärassistenzkorps" zugestimmt und im August 1934 die Frist verlängert[66]. Als Österreich nach Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in Deutschland verstärkt auf militärische „Gleichberechtigung" drängte, stellte Laval ein diesbezügliches Einvernehmen mit Großbritannien in Aussicht, bestand aber auf einer Zusage Österreichs, sich an den Verhandlungsweg zu halten[67]. Auch wurden in der Schlußerklärung der Konferenz von Stresa die Wünsche nach einer Revision der Militärklauseln von Saint-Germain, Trianon und Neuilly lediglich zur Kenntnis genommen, wenn auch erstmals offiziell[68].

Zur offiziellen Aufhebung des Verbots der allgemeinen Wehrpflicht oder gar zu Waf-

---

[61] Ebenda, t. I, N° 259 (im Zusammenhang mit N° 224, 239). Im zit. Gespräch mit Chambrun bezeichnete Mussolini das Badoglio-Gamelin-Abkommen wiederum als „effectivement en vigeur", in: Ebenda, t. II, N° 90. Noch in einem Brief Badoglios an Gamelin vom 10. 6. 1936 wies Badoglio darauf hin, daß das Abkommen vom 29. 6. 1935 für ihn noch in Kraft stehe, Italien es aber neu überdenken müsse, würden die Sanktionen nicht aufgehoben; zit. bei Adamthwaite, France, S. 42.

[62] Zur entsprechenden Prognose General Renondeaus (frz. Militärattaché in Berlin) siehe DDF, 2ème Série, t. II, N° 123.

[63] Ebenda, N° 113 (Fn.!).

[64] Ebenda, N° 138. Tatsächlich hatte eine fruchtlos verlaufene Vorsprache General Georges (Gamelins Stellvertreter) beim Politischen Direktor im Quai d'Orsay gezeigt, wie groß die Skepsis auf militärischer und die Unsicherheit auf politischer Seite war, siehe ebenda, N° 113. Der Wahlgang vom 26. 4. mochte dazu sein übriges getan haben.

[65] In dieser Form nicht aufrechtzuerhalten ist daher m. E. Bariétys Behauptung (La France, S. 558), „Paris" hätte für den Fall eines Anschlußversuchs weiterhin die Entsendung frz. Truppen nach dem Muster des Badoglio-Gamelin-Abkommens ins Auge gefaßt. Problematisch ist in diesem Zusammenhang auch der Hinweis bei Haas, Ende, S. 37, die Militärdoktrin sei eben „auf eine defensive Linie eingeschwenkt"; denn defensiv war sie bekanntlich schon zuvor.

[66] DDF, 1re Série, t. IV, Paris 1968, N° 30 bzw. t. VII, N° 101.

[67] Siehe ebenda, t. IX, N° 414, 416, 449. Genaueres bei: Wrba, Genfer Politik, S. 89 ff., 217 ff.

[68] DDF, 1re Série, t. IX, N° 190 (Punkt 6).

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

fenlieferungen konnte sich Frankreich nicht entschließen[69]. Österreichs in absehbarer Zeit zu erringende Verteidigungskraft erschien zu gering, als daß es ohne äußere Unterstützung auskommen könnte; zu unsicher daher auch Österreichs Neutralitätsbeteuerung (!) für den deutsch-französischen Konfliktfall[70]. Eine Zusammenarbeit mit dem französischen Generalstab lehnten die österreichischen Militärs aber ebenso entschieden ab[71] wie die gewünschte Zusage, italienische, französische, jugoslawische und gegebenenfalls auch tschechische Truppen nach Österreich zu lassen, sobald es sich gegen Deutschland zu verteidigen hätte[72]. Salland hielt daher nichts von weiterem französischen Entgegenkommen: „Ce serait vraiment faire un marché de dupes". Gleichwohl warnte er davor, Österreichs „geheime" Aufrüstung durch bewußte Störmanöver zu behindern[73].

Obwohl sich zunehmend abzeichnete, daß Österreich nur auf eine geeignete Gelegenheit wartete, um die allgemeine Wehrpflicht auch ohne Zustimmung der Vertragsmächte einzuführen, nahm Frankreich eine abwartende, sprich: stillschweigend duldende Haltung ein[74]. Die ohne diplomatische Konsultation erfolgte Ankündigung der

---

[69] Als General Zehner (Staatssekretär für Verteidigung) den Wunsch nach kostenlosen frz. Kanonenlieferungen vortrug, forderte Salland „l'assurance formelle que, quoi qu'il arrivât, ces armes ne seraient pas, un jour retournées contre elle". In Frage käme etwa „une déclaration de neutralité générale [faite par le Gouvernement autrichien et] garantie par les Puissances intéressées". Salland am 23. 1. 1935 (siehe Anm. 31; von Puaux teilweise wörtl. wiederaufgenommen in DDF, 1re Série, t. IX, N° 82). Zum österr. Drängen auf die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht siehe Salland am 4. 4. und 1. 8. 1935 (siehe Anm. 31). Frz. Entgegenkommen in der einen wie der anderen Frage bot Salland gegen Gewährung strategischer Sicherheiten Ende Oktober an, dann wieder im März 1936. Salland am 24. 10. 1935 (siehe Anm. 31) und 21. 3. 1936, N° 26/S, in: SHAT 7 N 2717.

[70] Georges Castellan, L'armée autrichienne à la veille de l'Anschluss vue par l'État-Major français, in: Austriaca 26 (1988), S. 93–99. Ders., Ein Vorspiel zum Anschluss (1935–1937), in: Gerald Stourzh/Birgitta Zaar (Hrsg.), Österreich, Deutschland und die Mächte, Wien 1990, S. 147–166.

[71] Puauxs Angaben (Mort, S. 81 f.) über ein diesbzgl. Gespräch mit Hornbostel am 20. 3. 1936 sind im entscheidenden Punkt unvollständig. Puaux forderte für den Konfliktfall nämlich nicht nur Österreichs Neutralität. Vielmehr hielt er zum Schutz dieser Neutralität im Ernstfall auch eine Zusammenarbeit des österr. mit dem frz. und italienischen Generalstab für unentbehrlich. Während sich Hornbostel von einer solchen Bereitschaft Jansas überzeugt gezeigt haben soll, erhielt Salland am Tag darauf von diesem eine Abfuhr, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig ließ. Puaux am 20., Salland am 21. 3. 1936, beide in: SHAT 7 N 2717. Vgl. dazu den Amtsvermerk im Büro Schuschniggs vom 21. 3. 1936, Frz. Anfühlung bzgl. militärischer Materiallieferungen, in: ADR/NPA Zl. 36.743-13/36.

[72] Sowohl bei den anti-französischen als auch bei den anti-tschechischen Ressentiments spielten Frankreichs Bündnisverträge mit der Sowjetunion eine gewisse Rolle: „Les Autrichiens ne peuvent pas l'admettre." So Jansa, siehe Salland am 21. 3. 1936 (siehe Anm. 71). Vgl. Salland am 13. 6. 1936, N° 70/S, in: SHAT 7 N 1717; ferner DDF, 2ème Série, t. II, N° 148; ebenda, t. III, Paris 1966, N° 102, 492; ebenda, t. IV, Paris 1967, N° 71, 160, 168.

[73] „Le gros danger de ce jeu [i. e.: freiner le réarmement de l'Autriche] serait (. . .) de faire celui de l'Allemagne!" Salland am 1. 8. 1935 (siehe Anm. 31).

[74] Mit eigenmächtigem Vorgehen drohte Jansa spätestens Ende Juli 1935. Am 8. 2. 1936 warnte Salland, mit der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht sei „en cas de circonstances favorables" in allernächster Zeit zu rechnen. Vgl. N° 7/S, in: SHAT 7 N 2717.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

„Bundesdienstpflicht" am 1. April 1936 bedeutete eine gewisse Brüskierung[75]. In Zugzwang geriet Frankreich jedoch vor allem durch angekündigte Proteste seitens der Kleinen Entente. Während die französische Gesandtschaft in Wien den Auftrag zu einer Démarche bei Berger-Waldenegg erhielt und Foreign Office wie Palazzo Chigi zu einem ähnlichen Vorgehen gedrängt wurden, ließ Flandin bei der Kleinen Entente vor „übereilten Schritten" warnen und empfahl einen Kompromiß: Österreich solle erst nach Einvernehmen mit den Mächten zur Ausführung seines Wehrgesetzes schreiten[76]. Den Bitten Berger-Waldeneggs und Schuschniggs, Frankreich möge einen mäßigenden Einfluß auf die Kleine Entente nehmen, war der Quai d'Orsay damit schon in seiner ersten Reaktion zuvorgekommen[77]. Tatsächlich konnte die Anrufung des Völkerbunds, mit der die Kleine Entente drohte, durch französischen Druck schließlich verhindert werden[78]. Der französische Generalstab und der Quai d'Orsay mußten den Berichten Sallands freilich nach wie vor entnehmen, was Generalstabschef Jansa trotz „Bundesdienstpflicht" von der Wehrfähigkeit Österreichs hielt: „le problème de la mise en défense du territoire [. . .] est [. . .] à peu près insoluble"[79].

III.

Die verstärkt kritische Haltung, auf die Schuschniggs Politik nach den französischen Kammerwahlen bei der neuen Regierungsmehrheit stoßen mußte, steht angesichts der antifaschistischen Stoßrichtung des Front Populaire außer Zweifel[80]. Dennoch zeigte die außenpolitische Haltung der Regierungen Blum und Chautemps nicht nur bei der

[75] Siehe DDF, 2ème Série, t. II, N° 21. Vgl. den kritischen Bericht Sallands vom 9. 4. 1936, N° 37/S, in: SHAT 7 N 2717. Zu den kritischen Pressestimmen (sowohl in „Le Populaire" als auch in „Le Temps") siehe Carette, La vision, S. 103 ff.

[76] DDF, 2ème Série, t. II, N° 21.

[77] Bariétys These (La France, S. 555), Frankreich habe Österreich im Gegensatz zu Deutschland stets mit unbeugsamer Härte behandelt, ist daher zumindest für diesen Zeitraum nicht mehr aufrechtzuerhalten.

[78] DDF, 2ème Série, t. II, N° 34, 108, 117, 206; t. III, N° 261. Als Grundlage für eine weitere frz. Einflußnahme auf die Kleine Entente regte Puaux gegenüber Berger-Waldenegg zu einem österr. Aide-Mémoire an. Die Hinterlegung in Paris erfolgte am 29. 4. 1936; siehe die Weisung Berger-Waldeneggs vom selben Tag, in: ADR/NPA Zl. 37.800-13. Zur Verärgerung der Kleinen Entente über die „attitude abstensionniste de la France" in der „Bundesdienstpflicht"-Frage siehe Salland am 10. 4. 1936, N° 39/S, in: SHAT 7 N 2717.

[79] DDF, 2ème Série, t. III, N° 202; t. II, N° 116. Im November 1937 erklärte Jansa, Österreich sei frühestens in zwei Jahren verteidigungsbereit; vgl. ebenda, t. VII, Paris 1972, N° 221.

[80] Die ideologische Voreingenommenheit beruhte bekanntlich auf Gegenseitigkeit, selbst wenn die folgende, vom damaligen Presseattaché an der österr. Gesandtschaft in Paris überlieferte Äußerung Schuschniggs nicht authentisch sein sollte: „Léon Blum ne peut être ni un garant possible, ni un garant désirable [!] de l'indépendance autrichienne." Martin Fuchs, Un pacte avec Hitler. Le drame autrichien 1936–1938, Paris 1938, S. 140 f.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Interventionsfrage im Spanischen Bürgerkrieg, sondern auch gegenüber Österreich pragmatische Züge[81]. Trotz gegenteiliger Behauptung[82] weisen die Dokumente darauf hin, daß gerade gegenüber Österreich – wegen des strategischen Grundinteresses einerseits und der kaum noch verbliebenen Möglichkeiten einer aktiven Politik andererseits – ideologische Hemmungen entweder überwunden wurden oder aber keinen ausschlaggebenden Einfluß besaßen. Sie begleiteten die französische Österreichpolitik dieser Jahre, vermochten sie aber keineswegs mehr zu bestimmen. Soweit diese nämlich überhaupt noch stärker blockiert werden konnte als durch das Scheitern der bisherigen Konzepte und den Mangel eines neuen, so wurde sie es durch Vordringlichkeit und Rückwirkungen näherliegender Probleme der Außenpolitik (Spanien) sowie durch das Einschwenken Österreichs in den „deutschen Weg".

Das Donaupakt-Projekt als Hauptvorhaben der französischen Zentraleuropapolitik, wie es in der Regierungserklärung vom 23. Juni 1936 festgelegt worden war, fügte sich nahtlos in deren Leitgedanken, die Schwäche des Völkerbunds durch regionale Beistandsverträge auszugleichen. Allerdings bedeutete es den Wiederbelebungsversuch einer Politik, die längst gescheitert war und nach wie vor keine besseren Erfolgsaussichten kannte. Auffallenderweise war Österreich gar nicht eigens erwähnt worden[83]. In der Tat sollte Frankreichs Österreichpolitik mehr denn je in seiner Zentraleuropapolitik aufgehen. Damit setzte sich freilich nur eine Entwicklung fort, die sich schon unter Flandin deutlich abgezeichnet hatte.

Am 29. Juni richteten Léon Blum, dessen Außenminister Yvon Delbos und der britische Außenminister Anthony Eden von Genf aus eine kurzfristige Einladung an Schuschnigg; zur Aufnahme persönlichen Kontakts und zur Besprechung der anstehenden Probleme möge er persönlich an der Völkerbund-Sitzung teilnehmen. Die Initiative rührte offenbar aus der wachsenden Besorgnis über wiederauflebende Restaurationsgerüchte und einem Unbehagen über erneute Verhandlungen Österreichs mit Deutschland[84]. Von deren Aufnahme hatte Schuschnigg Puaux erst am 19. Mai mit den Worten in

[81] „Der Herr Minister des Äußeren [Delbos] (. . .) sagte, die Beziehungen zwischen den beiden Staaten seien ja so gut, daß sich unsere Zusammenarbeit sicherlich im angenehmsten Rahmen abspielen werde." So der von Rom nach Paris versetzte neue österr. Gesandte in Paris, Alois Vollgruber, am 10. 7. 1936, in: ADR/NPA, Nr. 54/pol. „Ministerpräsident [Blum] und Unterstaatssekretär für Äußeres [Pierre Viénot] konnten es, ihrer ideologischen Einstellung entsprechend, nicht unterlassen, wenn auch unter allen möglichen Entschuldigungen und unter Hinweis darauf daß es sich nur um ganz private Ansichten handle, mehr oder weniger deutlich verstehen zu geben, daß sie die beste Sicherung unserer Unabhängigkeit ‚in einer demokratischen Regierungsform' erblicken würden, obzwar sie in der sich entwickelnden Debatte wenigstens das selbst konstatierten daß ‚eine Rückkehr zu einer solchen jetzt ja nicht [!] möglich sei'." So Vollgruber am 19. 7. 1936, in: ebenda, Nr. 58/pol. Mit fast denselben Worten Blum zu Puaux im Mai 1937: Puaux, Mort, S. 91. Vgl. auch Vollgruber am 20. 1. 1938, zit. in: Der Hochverratsprozeß gegen Dr. Guido Schmidt vor dem Wiener Volksgericht, Wien 1947, S. 539.

[82] Am Entschiedensten Bariéty, La France, passim.

[83] Dazu der Geschäftsträger an der österr. Gesandtschaft in Paris, Norbert Bischoff, am 24. 6. 1936, in: ADR/NPA, Nr. 51/pol.

[84] DDF, 2ème Série, t. II, N° 347, 350, 397. Bargeton nahm Bischoffs „neuerliche Versicherung", die Re-

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Kenntnis gesetzt, dem „Quasi-Kriegszustand" zwischen Deutschland und Österreich müsse durch „Detailmaßnahmen" ein Ende gesetzt und ein modus vivendi gefunden werden[85]. Während Salland sofort Gefahr witterte und der gerade in Wien weilende Abgeordnete E. Pezet am Ballhausplatz seinen Befürchtungen Ausdruck gab, beteuerte Puaux, Schuschnigg kenne die Grenzen der Konzessionsbereitschaft genau[86]. Wenigstens in der französischen Presse löste Schuschniggs Ablehnung der Einladung nach Genf, die nicht zuletzt auf deutschen und italienischen Druck hin erfolgte, erheblichen Unmut aus[87].

Nach dem Bericht des neuen österreichischen Gesandten in Paris, Alois Vollgruber, hatte Delbos mit dem geplanten deutsch-österreichischen Abkommen – „selbstverständlich bei Aufrechterhaltung aller unserer nur zu berechtigter Petita" – die Hoffnung auf „einen gewissen Zeitgewinn" verbunden und in einer „offiziellen Erklärung Herrn Hitlers über die Respektierung unserer Unabhängigkeit und die Nichteinmischung" sogar ausdrücklich einen „diplomatischen Erfolg für Österreich" erwartet[88]. Doch schon das offizielle deutsch-österreichische Kommuniqué vom 11. Juli 1936 löste in der französischen Diplomatie Bestürzung aus, hieß es darin doch: „Die österreichische Bundesregierung wird ihre Politik im allgemeinen, wie insbesondere gegenüber dem Deutschen Reich, stets auf jener grundsätzlichen Linie halten, die der Tatsache daß Österreich sich als deutscher Staat bekennt, entspricht."[89] Während Vollgruber im Quai d'Orsay neben zur Schau gestellter „großer Ruhe" eine „große Reserve" feststellte[90],

---

stauration sei „nicht aktuell", „mit einiger Erleichterung zur Kenntnis". Bischoff am 27.6. 1936, in: ADR/NPA, Nr. 52/pol. Im übrigen versicherten sowohl Delbos als auch Léger, „Frankreich nehme an dieser Frage nur ein ‚indirektes Interesse', und zwar nur insofern, als diese Frage eventuell den Funken abgeben könnte, der das Pulverfaß in die Luft sprenge". Vollgruber am 10. bzw. 19.7. 1936, in: ADR/NPA, Nr. 54 bzw. 58/pol.

85 Einen „accord politique" schloß Schuschnigg kategorisch aus, „car il est impossible pour nous de négocier sur ce terrain avec M. Hitler". In: DDF, 2ème Série, t. II, N° 225.

86 Ebenda, N° 327. Salland am 25.5. und bes. am 5.7. 1936, Nr. 65/S bzw. 82/S, in: SHAT 7 N 2717 (teilweise zit. bei Castellan, Vorspiel, S. 154 bzw. 156). Ernest Pezet, Fin de l'Autriche, fin d'une Europe. Préface de M. Edouard Herriot, Paris 1938, S. 56.

87 Zur deutschen Intervention siehe: Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918–1945 (ADAP), Serie C (1933–1937), Bd. V/2, Göttingen 1977, Nr. 410, 415. Auf die aus den Papieren Cianos hervorgehende Intervention Mussolinis weist hin Alfred Low, The Anschluss Mouvement, 1931–1938 and the Great Powers, New York 1985, S. 264. Kritische frz. Pressestimmen finden sich im ADR/Nachlaß Hombostel, Kart.-Nr. 6. Delbos zeigte Vollgruber gegenüber für Schuschniggs Absage Verständnis, gab aber seiner Hoffnung Ausdruck, ihn bei der Herbsttagung des Völkerbunds zu sehen. Vollgruber am 10.7. 1936 (siehe Anm. 84). Schuschnigg kam jedoch auch nicht zur Herbstsitzung. Daran sollte ihn Delbos im Februar 1938 erinnern (siehe Anm. 134), umso mehr, als ihm der österr. Vertreter beim Völkerbund Ende Januar 1938 Österreichs Absicht mitgeteilt hatte, an den Beratungen nur mehr als „Beobachter" teilzunehmen. Ohne Umschweife erklärte Delbos dies für „extrèmement dangereux" und „comme un demi-abandon de la SDN". Vgl. DDF, 2ème Série, t. VIII, Paris 1973, N° 61.

88 Vollgruber am 10.7. 1936 (siehe Anm. 84).

89 Hier zit. nach Hochverratsprozeß, S. 476 ff. Zu den wichtigen, luziden Reaktionen François-Poncets, auch Puauxs und Sallands, siehe mit ausführlichen Zitaten: Haas, Ende, S. 14 ff., ferner Thomas Angerer, Erster Schritt zum Anschluß? Frankreich und das Juliabkommen, in: Geschichte und Gegenwart 7 (1988), S. 185–194 (hier 189 ff.).

90 „Die Tatsache einer Abgabe einer derartigen Erklärung [Anerkennung der Souveränität Österreichs]

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

fragte sich sogar Frankreichs wohlinformierter und austrophiler Gesandter beim Heiligen Stuhl, François Charles-Roux, was von der Unabhängigkeit Österreichs noch bleibe. Seine Antwort: „A mon avis, pas grande chose."[91]

Mit dem Juliabkommen endete für Frankreichs Österreichpolitik jene Phase, die mit der Machtübernahme Hitlers bzw. dem erklärten Selbstbehauptungswillen Dollfuß' angebrochen war. Anders als in den zwanziger und frühen dreißiger Jahren glaubte Frankreich in ihr davon ausgehen zu können, „daß die Interessen der beiden Staaten glücklicher Weise parallel liefen"[92] und in Österreich zumindest von der politischen Führung auch so verstanden wurden. „Seit man uns mit dem 11. Juli aus den Reihen der offenen Gegner Deutschlands habe streichen müssen, hätte man hier begreiflicher Weise immer ‚des préoccupations'", zitierte Vollgruber einen hohen Beamten des französischen Außenministeriums, der mit elegantem Understatement den Tenor zahlreicher Stimmen zum Ausdruck brachte[93].

In Frankreich hatte man den festen Eindruck, daß nun nicht nur in militärischer, sondern auch in politischer Hinsicht auf Österreichs Widerstandswillen gegen Deutschland kein Verlaß mehr war[94]. Hinzu kam eine weitere, vielleicht noch wichtigere Schlußfolgerung: Das Juliabkommen führte Léon Blum – und mit ihm Yvon Delbos – zur Überzeugung, daß auch auf Italiens Unterstützung von Frankreichs anti-deutscher Politik in Zentraleuropa kein Verlaß mehr sein würde[95]; daß vielmehr eine deutsch-italienische Annäherung eingeleitet sei, die Frankreich nur schaden konnte. „[W]hat has been a ditch dividing Germany and Italy was now a bridge", so Blum am 15. Juli zum britischen Botschafter in Paris[96]. Österreich aber hatte nun, so Charles-Roux, zwei „Kontrolleure",

---

durch die Reichsregierung wertet man als einen großen diplomatischen Erfolg Österreichs (. . .). Andererseits war man hier seit drei Jahren gewöhnt, mit dem gespannten Verhältnis zwischen Österreich und Deutschland als mit einer gegebenen und doch nicht gerade unangenehmen Tatsache zu rechnen, und fragt sich, wie sich die Sache weiter entwickeln wird, wobei der mögliche Einfluß des Zustandekommens dieses Arrangements auf die Haltung Italiens besonders beachtet wird." Vollgruber am 19.7. 1936 (siehe Anm. 84). Im Außenausschuß der Kammer legte Delbos am 20.7. 1936 angesichts besorgter Fragen freilich Zuversicht an den Tag; Carette, La vision, S. 111. Entsprechend auch der Ton in „Le Populaire" und „Le Temps", zit. in: Ebenda, S. 112 f. Vgl. aber Ernest Pezet in „Sept" vom 24.7. 1936.

91 DDF, 2ème Série, t. III, N° 43.

92 So die Formulierung Delbos' noch unmittelbar vor dem Juliabkommen, Vollgruber am 10.7. 1936 (siehe Anm. 84).

93 Vollgruber am 21.10. 1936, in: ADR/NPA Zl. 32.575-13.

94 Allerdings „bedauerte" Léger schon beim erwähnten österr. Aide-Mémoire zur Einführung der „Bundesdienstpflicht", „hier Argumenten zu begegnen, die mir eher in der deutschen als in der österreichischen politischen Doktrin beheimatet zu sein scheinen". Bischoff am 2.5. 1936 (Konzept), in: ADR/Gesandtschaftsarchiv (GA) Zl. 3356. Vgl. bei früherer Gelegenheit noch ähnlich kritische Worte Puaux, in: DDF, 2ème Série, t. I, N° 332.

95 Dies betont Adamthwaite, France, S. 52.

96 DBFP, 2nd series, Vol. XVI, London 1977, Nr. 453. Schon im März 1936 war im Quai d'Orsay der Verdacht auf ein deutsch-italienisches Einvernehmen in der Österreichfrage aufgekommen, vgl. DDF, 2ème Série, t. I, N° 341, 371.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die es von allfällig noch einmal unternommenen Annäherungsversuchen gegenüber der Kleinen Entente tunlichst abzuhalten wüßten[97].

Vor diesem Hintergrund sind die Telegramme, mit denen der Quai d'Orsay am 17. Juli 1936 (dem Tag des Beginns des Bürgerkrieges in Spanien) auf Puauxs Mitteilung antwortete, Schuschnigg sei überzeugt, die französische Regierung sei am Schicksal Österreichs nicht mehr interessiert, trotz ihres höchst unwirschen Tons als Ausdruck gereizter Hilflosigkeit zu werten[98]. Von der Ratlosigkeit, die Frankreichs Österreichpolitik zunehmend beherrschte, kann nicht ohne weiteres auf Unbekümmertheit geschlossen werden[99]. In den Dokumenten häufen sich lediglich die pessimistischen Einschätzungen der Entwicklung in Österreich durch die damit näher befaßten französischen Auslandsvertretungen (selbst Puaux hielt seinen beharrlichen Zweckoptimismus nicht immer durch)[100], sowie die Anzeichen wachsender Resignation im Quai d'Orsay. So schrieb Vollgruber im Oktober 1936, er bekomme in Paris immer öfter zu hören, Österreich gehöre ja „überhaupt schon ganz zum deutschen Block"[101]. Auch setzte der Politische Direktor im französischen Außenministerium, Paul Bargeton, gegenüber Vollgrubers zuversichtlichen Beteuerungen schließlich nur mehr eine „bittersüße Miene" auf. Mit Blick auf die „Sympathien für das heutige Deutschland", die „eben trotz aller Einwirkung der Bundesregierung bei uns [in Österreich] Fortschritte zu machen schienen", sowie auf Italiens zunehmende Abhängigkeit von Deutschland meinte Bargeton: „Wenn uns [die Österreicher] aber Italien einmal ganz verlassen sollte, dann würde uns schließlich der ganze Widerstand nichts nützen und wir würden doch eines Tages ‚infeodiert' werden."[102]

In der Tat spielte die Sorge um die italienische Haltung in der Österreichfrage auch in Delbos' Amtszeit eine größere Rolle, als es aufgrund der Weigerung, Italien weiter als durch Aufhebung der Sanktionen (4. Juli 1936) und Zurückhaltung im Spanischen Bür-

---

97 DDF, 2ème Série, t. III, N° 43. Puaux blieb mit seinen Beschwichtigungsversuchen (N° 41) in der frz. Diplomatie ziemlich alleine.

98 Im Gegensatz zu Bariéty, La France, S. 562. Siehe DDF, 2ème Série, t. II, N° 444, 465, 466. Vgl. bereits Haas, Ende, S. 50.

99 So aber Komjathy, The Crises, S. 180.

100 DDF, 2ème Série, t. IV, N° 71, 149. Hingegen Puauxs offensichtliche Schönfärberei am 30. 1. 1937, in: MAE/Série Europe 1930–1938, Sous-série Autriche (AUT), vol. 200. Letzteres in Stellungnahme zu DDF, 2ème Série, t. IV, N° 233. Vgl. ebenda, t. VI, Paris 1970, N° 237, sowie Salland am 3. 9., 30. 11. und 16. 12. 1936, N° 95/S, 129/S und 135/S, in: SHAT 7 N 2717.

101 Brief Vollgrubers an Hornbostel vom 21. 10. 1936, im weiteren zugeleitet an Schmidt, Hoffinger, Jansa und Wildner. In: ADR/NPA 60, Zl. 43 575/13.

102 Vollgruber am 23. 9. 1937, in: ADR/NPA Nr. 118/pol. Delbos' Kabinettschef beeilte sich zu bagatellisieren, siehe Vollgruber am 5. 10. 1937, Nr. 123/pol., in: ebenda. Schon im September 1936 hörte sich Generalsekretär Léger Vollgrubers rosige Ausführungen über die Auswirkungen des Juliabkommens nur mehr „scheinbar mit Interesse" an, „machte aber keinerlei Bemerkungen". Vollgruber am 24. 9. 1936, in: ADR/GA Nr. 79/pol. Ähnliche Äußerungen Delbos' und Blums finden sich in den Berichten des amerikanischen Botschafters in Paris, siehe: Alfred D. Low, The Anschluss Movement, 1933–38, and the Policy of France, in: Jahrbuch des Instituts für Deutsche Geschichte XI, Tel-Aviv 1982, S. 311 ff.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gerkrieg entgegenzukommen, den Anschein haben konnte. Mochte das wachsende Mißtrauen auch in Delbos' bzw. Blums oft erwähnten ideologischen Voreingenommenheiten wurzeln, so konnten die Berichte der französischen Diplomatie ihre Skepsis doch nur bekräftigen[103]. Gerüchte, wonach Schuschniggs Restaurationspläne nunmehr auf das Einverständnis Roms und Berlins rechnen konnten, lösten im Winter 1936/1937 bei der Kleinen Entente und folglich auch in Paris vorübergehend einige Nervosität aus[104]. Die Alternative „Anschluß oder Habsburg", wie sie Blum im Februar 1937 auf Österreich zukommen sah, war für Frankreich unannehmbar[105]. Nachrichten wiederum, nach denen Mussolini Österreich schlicht fallengelassen habe, verdichteten sich im April 1937 anläßlich des Treffens Schuschnigg-Mussolini in Venedig. Eine Bestandsaufnahme im Dezember sollte ebenso entmutigend ausfallen[106]. So begreiflich Puauxs bis zuletzt an den Quai d'Orsay gerichtete Mahnungen nach einer französisch-italienischen Verständigung auch waren: Sie gingen von einer Vorrangigkeit der Österreich- bzw. Zentraleuropapolitik und vor allem von deren Vereinbarkeit mit anderen Kernanliegen aus, die seit dem italienisch-deutschen Engagement im Spanischen Bürgerkrieg und seit Bildung der „Achse" weder in Frankreich noch gar in Italien mehr bestanden.

Auch die unter den Regierungen des Front Populaire wieder zunehmende Ausrichtung auf Großbritannien bedeutete für die französische Österreichpolitik keine wesentliche Neuerung. Es fiel nur stärker auf, was schon in Stresa deutlich zu Tage getreten war: Weiter als Großbritannien würde Frankreich für Österreich im Ernstfall nicht gehen. Je näher der Ernstfall zu rücken drohte, je weniger bloße Worte ohne glaubwürdigen militärischen Rückhalt noch galten, desto unbedeutender wurde der Spielraum, der Frankreich auf diplomatischer Ebene blieb, um über Großbritanniens Österreichpolitik wenigstens auf diplomatischer Ebene hinausgehen zu können. Gerade in diesem Spielraum stellt sich nunmehr die Frage nach allfällig noch feststellbarer Aktivität in Frankreichs

---

103 DDF, 2ème Série, t. II, N° 232, 262, sowie die auch von Puaux (am 28. 9. 1936) geteilte, luzide Analyse Charles-Rouxs vom 16. 7. 1936 in: MAE/AUT 199.

104 DDF, 2ème Série, t. II, N° 449; t. IV, N° 46, 160. Eine von Bariéty (La France, S. 563) kritisierte diesbzgl. Rückversicherung, die Delbos in Rom einholen ließ (ebenda, t. IV, N° 200), lag ganz auf Frankreichs Linie, keinerlei Restaurationskrisen riskieren zu wollen. Die Gerüchte erwiesen sich übrigens rasch als zumindest übertrieben; vgl. ebenda, N° 227 (Anm. 1), 208, 213 (mit Anm. 2). Erneute Besorgnis regte sich im Februar 1937, nicht zuletzt nach Schuschniggs Rede vom 14. 2., in: ebenda, N° 454 (mit Anm. 2), 472. Vgl. auch Vollgruber am 18. 2. 1937, in: ADR/NPA Nr. 30/pol. Neuraths Besuch in Wien brachte dann zumindest über die deutsche Haltung eine Klärung; vgl. DDF, 2ème Série, t. V, Paris 1968, N° 19, 25, 75.

105 Foreign Relations of the United States (FRUS) 1937, Vol. I, Washington 1954, S. 54. Überlegungen in konservativen Abgeordnetenkreisen (etwa von Ernest Pezet), lieber eine Restauration als einen Anschluß in Kauf zu nehmen, blieben trotz der Hoffnungen, die Vollgruber in Wien erwecken mochte, in der Minderheit. Vollgruber am 28. 2. 1937, in: ADR/NPA Nr. 35/pol.

106 DDF, 2ème Série, t. V, N° 242, 243, 290, 326, 342. Ferner Delbos' Weisung an Puaux, Chambrun und François-Poncet vom 27. 11. 1937, zu einer Aufstellung der oft widersprüchlichen Indizien für die Haltung Italiens in der Österreichfrage Stellung zu nehmen: „(. . .) l'impression essentielle qui s'en dégage est qu'une grande incertitude subsiste." In: MAE/AUT 211. Dazu Blondel am 20. 1. 1938: „(. . .) en fin de compte, la décision finale [de M. Mussolini] dépend, à mon avis, du gouvernement allemand et de nul autre." Also nicht etwa von Frankreich! Vgl. DDF, 2ème Série, t. VIII, N° 15.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Österreichpolitik. Entscheidend ist dabei nicht, ob und wieviele Weisungen zwischen dem 17. Juli 1936 und dem 18. Februar 1938 vom Quai d'Orsay nach Wien gegangen sind[107]. Als notorischer Dollfuß- und Schuschnigg-Apologet konnte Puaux bei Delbos, Viénot oder Blum nicht viel Gehör finden und wurde in der diplomatischen Korrespondenz umso weniger berücksichtigt, als für Frankreichs Österreichpolitik, wie Puaux selbst warnte, ohne Absicherung durch Großbritannien, Italien und Deutschland nicht viel zu holen war. Bezeichnenderweise wurde Puaux auch nicht durch einen Vertrauensmann ersetzt, wie Otto Bauer es Blum nach dessen Wahlsieg zum Zeichen eines französischen Haltungswechsels vorgeschlagen hatte und Karl Renner es bei seinem Parisbesuch im Juli 1937 von Blum und Delbos erneut erbat[108]. Entscheidend ist vielmehr, inwiefern Frankreich seine Vermittlungspolitik zwischen Österreich und der Kleinen Entente fortsetzte, und ob bzw. inwieweit es Deutschland im Rahmen seiner Beteiligung an der britischen Appeasement-Politik bezüglich Österreichs entgegenzukommen bereit war.

Zur ersten Frage ist festzustellen, daß sich der Quai d'Orsay weiterhin entschlossen zeigte, die Kleine Entente vor antirestaurativen Kundgebungen zurückzuhalten, die Schuschniggs Schmerzgrenze überschritten hätten[109]. Frankreichs wiederholte Anregungen zu einer Annäherung Österreichs an die Tschechoslowakei bzw. an die Kleine Entente gingen über verlegene Zeichen guten Willens jedoch nicht hinaus und hatten auch keinerlei Aussicht auf Erfolg. So klagte Delbos im Mai 1937 angesichts eines bevorstehenden Besuchs des Staatssekretärs für Äußeres, Guido Schmidt, er wisse gar nicht, was er diesem sagen solle[110]. Immerhin ließ Delbos sowohl in Prag als auch in Wien Möglichkeiten einer österreichisch-tschechischen Annäherung sondieren[111]. Aller-

---

[107] Siehe Bariétys in der Literatur inzwischen wiederholt übernommene Behauptung, im genannten Zeitraum sei von Paris (zumindest laut DDF) keinerlei Weisung oder auch nur Informationsansuchen an die frz. Gesandtschaft in Wien ergangen, sodaß es eo ipso keine frz. Österreichpolitik gegeben habe. Vom multilateralen Rahmen abgesehen sei auf die praxisnahen Einwände eines erfahrenen Diplomaten und ehemaligen Außenministers verwiesen: Erich Bielka, Österreich und Frankreich 1938–1945, in: Relations franco-autrichiennes 1870–1970, Austriaca (1986/Spécial Colloque), S. 204; sowie etwa auf die angeführten bzw. noch anzuführenden Dokumente vom 7.5. 1937 (DDF, 2ème Série, t. V, N° 410/Anm. 1), 13.12. 1937 (t. VII, N° 358/Anm. 2), 27.12. 1937 (in: MAE/AUT 211). Wie lückenhaft die diplomatischen Archive des Quai d'Orsay für die dreißiger Jahre im übrigen sind, ist bekannt.

[108] Brief Otto Bauers an Blum vom 20.5. 1936 (an Léger weitergeleitet), in: MAE/P 1940, Léger 11. Zu weiteren, sonst m. W. noch nicht erfaßten Interventionen Bauers und Renners in Paris siehe einschlägige Briefdokumente in: Jacques Hannak, Karl Renner und seine Zeit, Wien 1965, S. 629–639. Erst *nach* ‚Berchtesgaden' wurde Puaux in „Le Populaire" irreführender Berichterstattung bezichtigt, siehe Ausgabe vom 16.2. 1936, zit. in: Carette, La vision, S. 154 f.

[109] DDF, 2ème Série, t. V, N° 114, 168; Vollgruber am 23.3. 1937, in: ADR/NPA Zl. 37.318/13.

[110] Orville Bullitt, For the President, Personal and Secret. Correspondence between F. D. Roosevelt and William C. Bullitt, New York 1973, S. 210, sowie FRUS 1937, Vol. I, S. 90. Zur Inaktualität einer gerüchteweise geplanten britisch-frz. Garantieerklärung siehe Vollgruber am 6. und 8.5. 1937, in: ADR/NPA Nr. 67/pol., 68/pol.

[111] DDF, 2ème Série, t. V, N° 410 (Anm. 1), 412, 428. Beneš ließ Delbos wissen, er sei an der Erneuerung und Erweiterung des ausgelaufenen Freundschaftsvertrags mit Österreich von 1924 interessiert, erwarte allerdings eine Initiative von seiten Österreichs.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dings mußte er feststellen, daß Schmidt eine demonstrative Interessenbekundung Frankreichs vermieden wissen wollte[112] und weder die Wiener noch die Prager Regierung zu einem ersten Schritt bereit war[113].

Anfang November erreichte den Quai d'Orsay Puauxs Mitteilung, der Leiter der Wirtschaftssektion im Wiener Außenamt, Richard Schüller, habe einen Plan zur Aufhebung der Devisensperren im Donauraum (bei Garantie der Wechselkurse durch die Westmächte) entwickelt und warte nun auf ein ermutigendes Echo aus London und Paris[114]. Soweit sich die französische Reaktion auf den „Schüller-Plan" in der gerade hier besonders lückenhaften Dokumentation verfolgen läßt, zeugt sie von der Bereitwilligkeit, das Vorhaben im Sinne einer Neuauflage des „Hodža-Plans" zu unterstützen und sowohl in London als auch bei der Kleinen Entente dafür zu werben[115]. Der Quai

---

[112] Ein Protokoll des Gesprächs Delbos – Schmidt konnte weder im Quai d'Orsay noch im Österr. Staatsarchiv aufgefunden werden. Siehe aber ebenda, t. VIII, N° 179; inhaltlich bestätigt durch den Zirkularerlaß Hornbostels vom 24.5. 1937, in: ADR/GA 162 (Reservatsakten), Zl. 39.583-13. Schmidts betont prodeutsches Auftreten wurde auch von Blum mit Befremden bemerkt (FRUS 1937, Vol. I, S. 93) und bildete einen der Vorwürfe, die 1947 in dem gegen ihn angestrengten Hochverratsprozeß verhandelt wurden: Hochverratsprozeß, bes. S. 48f., 149, 152, 189. Delbos' Bereitschaft, auf den österr. Wunsch nach äußerer Zurückhaltung einzugehen, wurde als „hardly understandable" bezeichnet (Komjathy, The Crises, S. 196.). Sie läßt sich jedoch durch die vorausgegangene, vergebliche Bemühung Delbos' erklären, Großbritannien zu einer stärkeren Stellungnahme zugunsten Österreichs zu bewegen, siehe DDF, 2ème Série, t. V, N° 429.

[113] DDF, 2ème Série, t. V, N° 448. Delbos' an Prag ergangene Weisung, bei den Verhandlungen mit Wien behutsam vorzugehen, folgte auf die Nachricht, Österreich sehe sich deutscher- und italienischerseits starkem Druck ausgesetzt. Die Mahnung stellte eine Warnung zum Zweck eines „heureux aménagement de la négociation éventuelle" dar, nicht ein Störmanöver, wie Bariéty behauptet (La France, S. 566), siehe DDF, 2ème Série, t. V, N° 444, 455. Bereits Ende April waren Delbos' Kabinett auf privatem Wege Informationen zugekommen, wonach Österreich bei seinen Annäherungsbemühungen in der Tschechoslowakei auf Schwierigkeiten stoße; Note vom 20.4. 1937, in: MAE/P 1940, Cab. Delbos 1. Ferner berichtete Gesandtschaftsrat Montbas von einem vertraulichen Gespräch mit Bundespräsident Miklas, „les espoirs qu'il fonde sur une réorganisation pacifique de l'Europe Centrale reposent avant tout sur les conseils de sagesse que Londres et Paris pourraient donner à Prague"; vgl. Montbas am 25.5. 1937, in: MAE/AUT 211. Doch Wien zeigte sich „visiblement gêné par toute avance de la Tchécoslovaquie"; vgl. DDF, 2ème Série, t. VI, N° 10. Hatte Schuschnigg Puaux nicht schon im März bzgl. einer Annäherung Österreichs mit der Tschechoslowakei erklärt „qu'il ne pouvait pas ‚risquer ses amitiés'"? Ebenda, t. V, N° 75.

[114] DDF, 2ème Série, t. VII, N° 181.

[115] Es war Delbos, der während der französisch-britischen Verhandlungen am 29.11. 1937 die Sprache auf die nötige finanzielle und wirtschaftliche Unterstützung der Donaustaaten brachte und sich die Ermächtigung geben ließ, bei seiner darauffolgenden Ostmitteleuropareise auf eine wirtschaftliche Annäherung auch im Namen Großbritanniens zu drängen. Vgl. ebenda, N° 287; DBFP, 2nd series, Vol. XIX, London 1982, Nr. 354. Außer in Polen fand Delbos mit seinem diesbzgl. Werben überall Anklang, Hodža stellte ein Memorandum in Aussicht. Vollgruber am 28.12. 1937, in: ADR/NPA Nr. 166/pol. Österreich gegenüber ließ der Quai d'Orsay auf erneute Anfrage Puauxs hin am 13.12.1937 seine Unterstützung des „Schüller-Plans" versichern; DDF, 2ème Série, t. VII, N° 337, 358 (mit Anm. 2). Auf eine diesbzgl. schriftliche Stellungnahme des Quai d'Orsay (die im Archiv nicht aufgefunden werden konnte) weist Massigli in einem persönlichen Brief an Puaux vom 15.2.1938 hin; in: MAE/PAAP Massigli 102 (Puaux).

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

d'Orsay stieß jedoch nicht zuletzt bei den eigenen Fachministerien auf Schwierigkeiten[116]. Schuschniggs Verwahrung gegen jeden politischen oder gegen Deutschland gerichteten Anschein, den die gewünschte wirtschaftliche Zusammenarbeit im Donauraum annehmen mochte, trug überdies nicht dazu bei, die geringen Erfolgsaussichten zu erhöhen[117]. Der Episodencharakter des Schüller-Plans zeigte nur, wie wenig Paris in der verfahrenen politischen Situation Zentraleuropas (und Frankreichs selbst) für Österreich noch in die Waagschale zu werfen hatte[118].

Immerhin stellte sich bei Österreich, anders als bei der Tschechoslowakei, keine Bündnisfrage. Blum und Delbos, ganz in der Tradition ihrer Vorgänger, ließen von Anfang an keinen Zweifel daran, daß dieser Unterschied für den Ernstfall entscheidend wäre: „France would not make war to prevent German occupation of Austria", so Blum im Beisein Delbos' Ende Februar 1937 zum amerikanischen Botschafter in Paris. Und Delbos zu diesem Ende April: „Hitler could now take Austria at any time he might choose without creating serious international complications."[119] Wie bislang zuwenig beachtet wurde, hatte es in der französischen Österreichpolitik der verbleibenden Monate mit solcher Ratlosigkeit[120] jedoch nicht sein Bewenden. Hier – nicht etwa bei Frankreichs mangelnder Kriegsbereitschaft, die bei der Tschechoslowakei zur Debatte steht – liegt der Erklärungsbedarf.

---

[116] „(. . .) ce que nous pouvons offrir à Schuller [sic] en ce moment (. . .) est terriblement peu. Nos difficultés sont grandes du côté des Ministères techniques, et il a fallu donner aux Tchécoslovaques une partie de ce qu'on aurait voulu donner aux Autrichiens." Massigli am 15. 2. 1938 in: MAE/PAAP Massigli 102.

[117] DDF, 2ème Série, t. VII, N° 358. Mißverständnisse über einen österr. Rückzieher in Sachen „Hodža-Plan" mußten erneut Ende Februar 1938 geklärt werden; vgl. t. VIII, N° 217, sowie Delbos an Corbin am 24. 2. 1938, in: MAE/AUT 212.

[118] Die auf Delbos' erwähnte Anregung im Dezember 1937 folgenden Vorschläge Milan Hodžas fanden im Quai d'Orsay ihren Anwalt gegenüber dem Foreign Office. Vgl. etwa die entsprechenden Abschnitte in den frz. Memoranden vom 18. 2. und 2. 3. 1938 (siehe Anm. 138). Gegen die britische Vorstellung, Deutschland müsse in die Wirtschaftskooperation im Donauraum einbezogen werden, führte Delbos gerade das Beispiel Österreichs an, das sich gegen wirtschaftliche „Unterwerfung" durch Deutschland zu wehren habe. Delbos an Corbin am 5. 3. 1938, in: MAE/AUT 207.

[119] FRUS 1937, Vol. I, S. 54, 85, auch 52 f. Wohl zurecht meint Low (Policy of France, S. 311), Delbos hätte Österreich im Jahre 1937 bereits „abgeschrieben". Schon im Sommer 1936 kolportierte man in Wiener Regierungskreisen resigniert, Blum und Delbos hätten Hubert Ripka (einem tschechischen Publizisten und Vertrauensmann Beneš') erklärt, Frankreich werde für Österreich keinenfalls militärisch einschreiten. Enquête en Europe centrale [M. de Pouvourville], 25. 8. 1936, in: MAE/P 1940, Cab. Delbos 1 (hier folio 20). Am 16. 7. 1937 berichtete der Abgeordnete Félix Grat im Außenausschuß der Kammer von seinem Wien-Besuch, Schmidt habe ihm glattweg gesagt: „Si nous avions des difficultés, vous ne bougeriez pas. Vous ne rempliriez pas vos obligations." Carette, La vision, S. 133.

[120] Bullitt sprach von „dispair". Bullitt, For the President, S. 213.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

IV.

Wie Franz von Papen bei informellen Gesprächen mit Blums Nachfolger Camille Chautemps und Finanzminister Bonnet um die Monatswende Oktober/November 1937 in Paris mit Genugtuung feststellte, zeigte die französische Politik gegenüber Deutschland nunmehr ein gewisses Entgegenkommen, und dies nicht zuletzt in der Österreichfrage. Papens Vorschlag lautete auf „evolutionäre Weiterentwicklung des Abkommens vom 11. Juli 1936: engste wirtschaftliche und geistige Interessengemeinschaft unter Aufrechterhaltung der österreichischen Selbständigkeit"[121]. Dies bedeutete, daß Frankreich aus dem, was bereits unaufhaltsam im Gange war, Deutschland keinen Vorwurf mehr machen würde, daß es dafür aber zugesichert bekäme, woran ihm vor allem anderen lag: „selbstverständlich nicht Désintéressement an territorialen Veränderungen", aber „keine grundsätzlichen Einwendungen gegen weitere Angleichung gewisser Einrichtungen Österreichs an die Deutschlands"[122].

Angleichung statt Anschluß – so ließe sich der nunmehrige Verlegenheitsgrundsatz der französischen Österreichpolitik zusammenfassen. Er war nicht von der Hoffnung getragen, den Anschluß auf Dauer verhindern, wohl aber, ihn noch für eine Weile hinauszögern zu können[123]. Diese Politik machte aus der Not eine Tugend, indem sie vom einst so beklagten Juliabkommen zu retten suchte, was laut Papen offenbar noch zu retten war: Deutschlands formelle Anerkennung der österreichischen Eigenstaatlichkeit.

Die Forderung nach einer Erneuerung dieser Anerkennung war es auch, auf die Delbos Ende November in den französisch-britischen Besprechungen über die Grundsätze des beabsichtigten „règlement général" mit Deutschland bestand. Deren Aufnahme in das verabschiedete Verhandlungsprogramm bedeutete durchaus, zieht man das Pathos ab, „einen ganz deutlichen Sieg französischer Konzeptionen"[124]. Ließ das Ergebnis der Gespräche bezüglich der Tschechoslowakei bekanntermaßen zu wünschen übrig, bedeutete es immerhin ein Dementi für die Gerüchte, wonach Lord Halifax (entgegen der Zusicherungen Edens gegenüber Delbos) während seiner vorausgegangenen Sondierungsmission in Deutschland ein weitgehendes Desinteresse Großbritanniens an der

[121] ADAP, Serie D, Bd. I, Baden-Baden 1950, Nr. 22, 63. Vgl. Franz von Papen, Der Wahrheit eine Gasse, Innsbruck 1952, S. 453 f. (wo Papen auch mit Blum gesprochen haben will; dieser habe sich allerdings auf keine Stellungnahme festlegen lassen). Siehe auch FRUS 1937, Vol. I, S. 152 f. Auf Guido Schmidts Frage, ob Papen „les mains libres pour le Reich en Autriche" gefordert habe (DDF, 2ème Série, t. VII, N° 227), fand sich bislang keine Antwort dokumentiert. Dies läßt m. E. nicht die weitreichenden Schlüsse zu, die Bariéty (La France, S. 562) daraus über die angebliche Gleichgültigkeit des Ministeriums gegenüber Puauxs Telegrammen zieht.

[122] ADAP, Ser. D, Bd. I, Nr. 57, auch 46. Sogar der für seine Verfechtung eines viel weitergehenden frz. Desengagements von Zentraleuropa bekannte Flandin meinte noch am 1. März 1938: „Ein förmlicher ‚Anschluß' müßte aber unter allen Umständen vermieden werden." Vgl. ebenda, Nr. 132.

[123] Über Delbos' Befürchtung eines bald bevorstehenden deutschen Schlags gegen Österreich siehe FRUS 1937, Vol. I, S. 158 f.

[124] Hanns Haas, Die Okkupation Österreichs in den internationalen Beziehungen, in: Rudolf Neck/Adam Wandruszka (Hrsg.), Anschluß 1938, Wien 1981, S. 23 f.; DBFP, 2nd series, Vol. XIX, Nr. 355 (Pkt. 5).

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Österreichfrage hatte durchblicken lassen[125]. Schließlich entsprach die erwünschte Bekräftigung der Julibestimmungen, die Deutschland gegenüber Großbritannien und Frankreich vornehmen sollte, wenigstens ungefähr der althergebrachten französischen Vorstellung vom Vorzug einer multilateralen Absicherung Österreichs. Das bilaterale, „anti-multilaterale" Abkommen vom Juli 1936 mochte damit im Nachhinein gleichsam veredelt werden. Die „parfaite communauté de vues", die Delbos in London auch bezüglich Österreichs festgestellt haben wollte[126], sollte sich freilich rasch als Fehleinschätzung erweisen.

Deutschland lehnte die Einbeziehung der Österreichfrage in allfällige Verhandlungen mit Großbritannien und Frankreich rundweg ab[127]. Mitte Dezember nahm Delbos von seiner erwähnten Reise zu Frankreichs ostmitteleuropäischen Verbündeten nicht zuletzt auch bezüglich Österreichs den Eindruck wachsender Desolidarisierung mit[128]. Nachdem Ende Januar 1938 gar ein Putschplan der österreichischen Nationalsozialisten bekannt geworden war[129], zeigte Hitler im Verlauf seines Berchtesgadener Treffens mit Schuschnigg am 12. Februar 1938 schließlich, mit welcher Rücksichtslosigkeit er in dem von ihm für Deutschland allein beanspruchten Einflußgebiet vorzugehen gedachte[130].

---

125 Siehe DDF, 2ème Série, t. VII, N° 230. Ferner Chautemps Bemerkungen über Halifax' „blunder of the first water", in: FRUS 1937, Vol. I, S. 186. Vgl. Fuchs, Un pacte, S. 157.

126 DDF, 2ème Série, t. VII, N° 297.

127 „Diese Bevormundung lehnen wir ein für alle Mal ab", will Neurath Delbos bei dessen kurzem Zwischenaufenthalt in Berlin am 3. 12. 1937 gesagt haben (vor Delbos' erwähnter Weiterreise nach Warschau, Bukarest, Belgrad und Prag); vgl. ADAP, Ser. D, Bd. I, Nr. 55. Dies geht aus der Aufzeichnung Delbos' bzw. dem Bericht François-Poncets nicht hervor; vgl. DDF, 2ème Série, t. VII, N° 207, 324. Weitere Berichte François-Poncets ließen am drohenden Ton der deutschen Stellungnahmen aber keinen Zweifel; vgl. ebenda N° 296, 312, 345, 361, 363. Vom Verlauf der Gespräche Flandins wurde Schmidt durch Puaux in Kenntnis gesetzt (N° 387).

128 „Croyez-moi, l'Autriche est bien perdue (. . .) Que pouvons nous y faire?", soll Delbos auf der Heimreise gesagt haben. Fuchs, Un pacte, S. 163. Pessimistischer, als Grat und Pezet es die österr. Gesandtschaft wissen ließen, waren auch Delbos' Ausführungen vor dem Außenausschuß der Kammer am 24. 11. 1937; vgl. Carette, La vision, S. 133; Vollgruber am 25. 11. 1937, Nr. 144, 145 u. 164/pol., zit. in: Hochverratsprozeß, S. 535 ff. In Belgrad hatte sich Delbos gegenüber dem österr. Gesandten noch dezidiert gezeigt; vgl. Lothar Wimmer, Österreich und Jugoslawien, 1937–1938, Wien 1965, S. 64. Vgl. aber die sonst nicht belegte Aussage des Legationssekretärs an der österr. Gesandtschaft in Prag, Albin E. Lennkh, über eine pessimistische Botschaft, die er Schmidt von Delbos überbracht haben will, in: Hochverratsprozeß, S. 74 (mit einer offenbar versehentlichen Monatsangabe; der Monatstag von Delbos' Aufenthalt in Prag würde stimmen). Keine Aufzeichnung ist auch über das geheime Treffen Puauxs mit Delbos (ebenfalls in Prag) bekannt. Puaux schweigt sich in seinen Memoiren darüber aus; vgl. aber DDF, 2ème Série, t. VII, N° 358, 364, sowie Fuchs, Un pacte, S. 161.

129 Siehe DDF, 2ème Série, t. VIII, N° 34, 43, 46.

130 Nach Schmidts Eröffnung der österr. Absicht, angesichts des Tavs-Plans eine klärende Aussprache mit Deutschland zu suchen (ebenda, t. VIII, N° 81), hatte Vollgruber von der Haltung des Quai d'Orsay zunächst berichten können: „Ich hatte dort eigentlich offene Türen einzurennen." Vollgruber am 20. 2. 1938, in: ADR/NPA Nr. 13/pol. Die von Schmidt als österr. Verhandlungsziel bezeichnete „application loyale de l'accord du 11 juillet [1936], mais rien de plus" entsprach in der Tat den erwähnten frz. Vorstellungen. Noch am 11. 2. schrieb Puaux: „Pour ma part, j'estime que nous devons

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Puaux erfuhr durch Schuschnigg erst am Rande des Neujahrs-Empfangs für das diplomatische Korps am 14. Februar abends, dann allerdings in höchst dramatischen Worten, von Hitlers demonstrativer Gleichgültigkeit gegenüber den Westmächten und vom bekannten Ultimatum, das am Tag darauf ablief[131]. In Frankreich wirkte das Berchtesgadener Ultimatum wie ein Schock[132]. Wie stichwortartige Aufzeichnungen Generalsekretär Légers über ein Telephonat mit Puaux am 15. Februar zeigen, suchte der Quai d'Orsay Schuschnigg „soweit als möglich zu helfen", indem er sich beim Foreign Office um eine gemeinsame Démarche in Berlin bemühte[133]. Zunächst wollte sich Paris allerdings vergewissern, ob die österreichische Regierung überhaupt entschlossen war, sich Deutschlands Druck entgegenzustellen. Unterdessen versicherte es sie seiner Bemühungen, London zu einer „klareren Haltung gegenüber dem österreichischen Problem" zu bewegen[134]. Bei dieser Zielrichtung sollte es in den übrigen vier Wochen bis zum „Anschluß" bleiben.

Die Unterstützung, die Frankreich ins Auge faßte, lag in einem gemeinsamen Einschreiten mit Großbritannien auf diplomatischer Ebene. Doch selbst dazu hätte das Foreign Office erst gewonnen werden müssen[135]. Die Vorsprache des französischen Botschafters in Berlin, André François-Poncet, bei Außenminister Ribbentrop am 17. Februar trug im Unterschied zu den beiläufigen und unkoordiniert vorausgegangenen Bemerkungen des britischen Botschafters Sir Neville Henderson einen unmißverständlichen Protestcharakter[136]. Eden – und nicht erst dessen Nachfolger Halifax – wei-

---

faire confiance à M. Schuschnigg (. . .). L'entrevue peut amener une détente; elle ne peut aggraver la situation." Vgl. DDF, 2ème Série, t. VIII, N° 140.

131 DDF, 2ème Série, t. VIII, N° 159; Schuschnigg, Ein Requiem, S. 55. Zu den ersten Gerüchten nach Berchtesgaden und Puauxs äußerst kritischer Einschätzung Guido Schmidts siehe DDF, ebenda, N° 144.

132 Low, Policy of France, S. 318. Siehe die aufgeregte Sitzung des Außenausschusses der Kammer am 16. 2. 1938, in: Carette, La vision, S. 151 f.

133 DDF, 2ème Série, t. VIII, N° 166; Jean Chauvel, Commentaire, Bd. I: De Vienne à Alger. 1938–1944, Paris 1971, S. 21; FRUS 1938, Vol. I, Washington 1955, S. 394.

134 DDF, 2ème Série, t. VIII, N° 179. Gegenüber Schuschnigg ließ Delbos Frankreichs ungebrochenes Interesse an der Aufrechterhaltung der österr. Unabhängigkeit bekräftigen, und zwar „de la manière la plus formelle". In einer für Puaux bestimmten Bemerkung („je vous [!] indique") führte er allerdings aus, warum Österreich nicht zuletzt auch selbst zu seiner isolierten und gefährdeten Lage beigetragen hatte. Entsprechend äußerte sich Delbos auch auf einer Pressekonferenz am 21. 2.; vgl. Vollgruber am 22. 2. 1938, Nr. 17/pol. (Anlage), zit. in: Hochverratsprozeß, S. 541 ff. Puaux war darüber höchst verärgert, um Verständnis für Schuschnigg hatte immerhin auch François-Poncet geworben; vgl. DDF, 2ème Série, t. VIII, N° 170, 235, 239, 242.

135 Noch am 15. 2., vor dem Eintreffen der Nachricht, daß sich Schuschnigg dem Ultimatum gebeugt hatte (dazu wieder DDF, 2ème Série, t. VIII, N° 166), ließ Delbos den britischen Botschafter zu sich rufen und Corbin im Foreign Office vorsprechen, um auf eine gemeinsame Démarche in Berlin zu drängen; vgl. ebenda, N° 165 (Anm. 1); DBFP, 2nd series, Vol. XIX, Nr. 523 (Anm. 1).

136 Es ist irreführend, unterschiedslos von „den Demarchen der beiden Westmächte" oder gar von einer „britischen Initiative" zu sprechen, wie Haas, Okkupation, S. 30. Eden ließ im Quai d'Orsay ausdrücklich dementieren, bei Hendersons Erkundigung bzgl. Österreichs hätte es sich um eine Démarche im angeregten Sinn gehandelt; vgl. DBFP, 2nd series, Vol. XIX, Nr. 537; DDF, 2ème Série, t. VIII, N° 165, auch 185; vgl. die Weisung Edens an Henderson mit der Delbos' an François-Poncet, in:

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gerte sich, den soeben erneut und unabhängig von Frankreich in Angriff genommenen britischen Versuch, Verhandlungen mit Deutschland in Gang zu bringen, durch die Österreichfrage stören zu lassen[137].

Zurecht wurde der durchaus heftige und intellektuell reizvolle Meinungswechsel, zu dem es daraufhin zwischen Paris und London kam und der sich bis in die kritischen Märztage hinzog, nicht nur als „diplomatical flourishes" abgetan, sondern auch als Grundsatzstreit über die Fortsetzung der Ende November 1937 vereinbarten Beschwichtigungspolitik gegenüber Deutschland analysiert[138]. Ebensowenig wie Großbritannien wollte Frankreich für Österreich Krieg riskieren. Dies wäre, hätte es die öffentliche Meinung überhaupt zugelassen[139], nur mit britischem Rückhalt denkbar gewesen; und ein solcher galt zurecht als ausgeschlossen[140]. Doch konnte, so Delbos, ein erneutes Verhandlungsangebot, wie es die Briten trotz des Ultimatums von Berchtesgaden in Aussicht stellten, Hitler nur zur Fortsetzung seiner aggressiven Zentraleuropapolitik ermuntern. Damit würde sich jene Kriegsgefahr verschärfen, die es zu mindern galt[141].

Den Quai d'Orsay packte die Angst vor dem tschechoslowakischen Bündnisfall bzw. der Aussicht, bald nicht mehr über den nötigen zentraleuropäischen Bündnispartner zu

---

DBFP, ebenda, Nr. 519 (auch 514, 515) und DDF, ebenda, N° 169. Zum Verlauf von François-Poncets bemerkenswerter Démarche bei Ribbentrop vgl. ADAP, Ser. D, Bd. I, Nr. 308 und DDF, ebenda, N° 189 (auch 170, 173, 197), ferner FRUS 1938, Vol. I, S. 401 f.

137 Eden an Phipps am 16. 2. 1938, in: DBFP, 2nd series, Vol. XIX, Nr. 534.

138 Die zit. Formulierung bei Adamthwaite, France, S. 79; Bariéty, La France, S. 572. In genannter Abweichung dazu: Haas, Okkupation, S. 32 ff. Zu erwähnen sind allem voran die beiden umfangreichen frz. Memoranden vom 18. 2. und 2. 3. 1938, die Delbos im Foreign Office unterbreiten ließ: DDF, 2ème Série, t. VIII, N° 190, 304 (mit Anhang); DBFP, 2nd series, Vol. XIX, Nr. 557. Zu weiteren Einzelheiten siehe: Thomas Angerer, Frankreichs Österreichpolitik von der Remilitarisierung des Rheinlands bis zum „Anschluß", Diplomarbeit, Univ. Wien 1989, S. 103 ff.

139 Charles Micaud, The French Right and Nazi Germany. 1933–1938. A Study of Public Opinion, New York [1943] 1964, S. 133 ff.; Friedrich Taubert, Das Deutschlandbild der französischen Linken im Spiegel ihrer Presse von 1933 bis 1938, Diss. Univ. Frankfurt a. M. 1986, S. 80 ff.; Michel Dreyfus, La C. G. T. face à l'Anschluss, in: Austriaca 26 (1988), S. 49–56; Paul Pasteur, „Le Populaire" et la presse de la SFIO face à l'Anschluss, Symposium Rouen 1988, Manuskript; Jean-Michel Casset, La Revue des deux Mondes et l'Autriche dans les années trente, in: Relations franco-autrichiennes 1870–1970, S. 113–135; Carette, La vision, passim; Aloysius Schumacher, „L'Humanité" et la question de l'Anschluss, in: Gilbert Krebs (Hrsg.), Sept décennies de relations franco-allemandes, 1918–1988, Paris 1989, S. 105–123.

140 Eindrücke von frz. Kriegsbereitschaft, wie sie die Berichte Vollgrubers, die Erinnerungen Fuchs' und spätere Äußerungen Légers und Chautemps erwecken mochten, sind ebenso vereinzelt wie unzutreffend. Zur teilweise zu optimistischen Berichterstattung Vollgrubers siehe zitatenreich: Erika Weinzierl, Die französisch-österreichischen Beziehungen Jänner–März 1938 nach den Berichten der österreichischen Botschaft [recte wohl: Gesandtschaft] in Paris, in: Fünfzig Jahre danach, S. 25–36. Vgl. Fuchs, Un pacte, S. 255. Zu Légers und Chautemps retrospektiven Beteuerungen siehe FRUS 1938, Vol. I, S. 35 f., 421, und Mary A. Wathen, The Policy of England and France towards the ‚Anschluss' of 1938, Washington 1954, S. 174.

141 DBFP, 2nd series, Vol. XIX, Nr. 554, 585.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

verfügen[142]. Druck der tschechoslowakischen Diplomatie tat sein übriges[143]. Frankreich forderte von Großbritannien daher, die Anerkennung der österreichischen Unabhängigkeit in einer gemeinsamen Démarche in Berlin als conditio sine qua non des angebotenen „règlement général" zu erklären. Vor weiteren Schritten gegen Österreich bzw. den territorialen Status quo Zentraleuropas im allgemeinen sollte mit der Androhung einer „opposition résolue des puissances occidentales" gewarnt werden[144].

Bemerkenswert angesichts der realistischen Einschätzung der drohenden Gefahr war die Vorstellung, Deutschland könne durch eine britisch-französische „Geste der Entschlossenheit" (wie der Inhalt des französischen Vorschlags treffend bezeichnet wurde[145]) von seinen zentraleuropäischen oder gar österreichischen Plänen abgehalten werden. Die französische Diplomatie erntete bei der britischen bloß höflich bis ironisch geäußerte Bemerkungen über Sinn und Unsinn leerer Drohungen[146]. Die Politik der Stärke, für die der Quai d'Orsay beim Foreign Office warb, war tatsächlich eine *Politik der starken Worte.* Wohl hielt Frankreich den Versuch, sich mit Deutschland auf dem Verhandlungsweg zu einigen und in zentraleuropäischen Angelegenheiten die Verhandlungsbedingungen zu diktieren, für gescheitert[147]. Insofern nahm es nun „die Gelegenheit wahr, die Appeasementpolitik insgesamt abzulehnen"[148]. Doch blieb die Drohung, die in Berlin ausgesprochen werden sollte, „eher akademischer Natur"[149]. Aus den Berichten des wohlinformierten amerikanischen Botschafters in Paris geht freilich hervor, daß sich Delbos der Unglaubwürdigkeit seiner Argumentation bewußt war. Nicht nur bezüglich Österreichs, sondern ganz Zentraleuropas sah er seine Politik gescheitert – eine Politik, die allerdings auch schon die seiner Vorgänger gewesen war[150].

Im selben Zusammenhang muß Delbos' und Chautemps' Weigerung gesehen wer-

---

142 Ebenda, Nr. 613, 541. Entsprechende Stellen in den beiden erwähnten frz. Memoranden, auszugsweise zit. bei Haas, Okkupation, passim.

143 Robert Kvaček, L'Anschluss et les relations tchécoslovaco-françaises, in: Historica XXVI (1987), S. 53ff.

144 Memorandum vom 18. 2. 1938, hier nach DDF, 2ème Série, t. VIII, N° 190.

145 Haas, Okkupation, S. 32.

146 DBFP, 2nd series, Vol. XIX, Nr. 592 (hier bes. S. 968 unten), 557 (Anm. 2), 580. Zunächst war das frz. Memorandum vom 18. 2. durch die britische Diplomatie wie Luft behandelt worden, worüber sich der Quai d'Orsay sehr verschnupft zeigte; DDF, 2ème Série, t. VIII, N° 231, 258, 276, 283.

147 DDF, ebenda, N° 304 (hier S. 592).

148 Haas, Okkupation, S. 40.

149 Ebenda, S. 33; Adamthwaite, France, S. 80; Young, In Command, S. 196. Delbos drängte auf „[a] firm language at Berlin, without any trace of threats [!], while there is still time"; DBFP, 2nd series, Vol. XIX, Nr. 613. Auch Puaux hatte betont, es dürfe kein drohender Ton angeschlagen werden! DDF, 2ème Série, t. VIII, N° 235.

150 FRUS 1938, Vol. I, S. 27ff. (mit resignierten Äußerungen Chautemps und Daladiers). Massigli beklagte „notre état d'incroyable lâcheté", Brief vom 15. 2. 1938 (siehe Anm. 115). Wenige Tage später räumte er jedoch ein: „Pour nous, la seule question qui se pose est de savoir si nous pouvons dire à Berlin et à Vienne que nous irons, dans cette affaire, jusqu'au bout. Jusqu'à présent, nous ne pouvons pas [!] tenir ce langage, et cela limite nos possibilités, y compris celle de décider Londres à s'émouvoir." Brief vom 19. 2. 1938 an Robert Coulondre, in: MAE/PAAP, Massigli 96 (Coulondre). Delbos wollte in diesen Wochen bekanntlich wiederholt zurücktreten.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

den, sich unter dem Eindruck des drohenden „Anschlusses" doch noch um eine Verständigung mit Italien zu bemühen. Sie beruhte auf der durch entsprechende Sondierungen in Rom erneut bestätigten Einschätzung, daß in Italien für Österreich keinesfalls mehr Unterstützung zu erlangen war[151]. Puauxs Idee, die Badoglio-Gamelin-Abkommen zu erneuern, war fern der Wirklichkeit[152]. Zur Erwägung stand höchstens noch der Versuch, Italien durch den vorgeschlagenen britisch-französischen Alleingang unter Zugzwang zu stellen. Zu riskant schien dem Quai d'Orsay der britische Vorbehalt, die gewünschte gemeinsame Démarche in Berlin von einer Mitbeteiligung Italiens abhängig zu machen. Entsprechend schwer wog die Österreichfrage auch bei den französischen Vorbehalten gegen die Verhandlungen, die zwischen Großbritannien und Italien anliefen. Vergeblich forderte Frankreich von Großbritannien, es möge für sein Entgegenkommen in den Mittelmeerfragen ein italienisches Reengagement für Österreich zur Bedingung stellen[153].

Noch bevor am Abend des 9. März die Nachricht von Schuschniggs Ankündigung einer „Volksbefragung" für den 13. März eintraf[154], hatte Premierminister Chautemps den Ministerkollegen seinen Entschluß zum Rücktritt mitgeteilt. Die folgende Regierungskrise bildete aber lediglich einen auffälligen Begleitumstand, dem für Frankreichs Haltung gegenüber den Ereignissen, die sich in Österreich überstürzten, keine entscheidende Bedeutung mehr zukam[155]. Am frühen Vormittag des 11. März warnte François-Poncet, daß nur noch zur Frage stünde, ob die bereits zusammengezogenen deutschen Truppen vor oder nach dem Tag der geplanten „Volksbefragung" in Österreich einmarschierten. Daraufhin zitierte Delbos den deutschen Botschafter zu sich, um ihn „auf Unruhe und Besorgnis der französischen Regierung hinzuweisen"[156]. In

---

151 Siehe DDF, 2ème Série, t. VIII, N° 186, 199, 263, 264, 284; FRUS 1938, Vol. I, S. 1.

152 DDF, 2ème Série, t. VIII, N° 154, 239, 330. Sogar der für seine Kooperationsbereitschaft mit Italien bekannte Massigli schrieb Puaux: „elle [l'Italie] abandonne l'Autriche aux ultimatums allemands". Brief vom 15. 2. 1938 (siehe Anm. 115).

153 DDF, 2ème Série, t. VIII, N° 291, 320, 339. Renouvins Feststellung, Frankreich habe gegen Großbritanniens besagte Verhandlungsstrategie keinerlei Einspruch erhoben, ist also unzutreffend; vgl. Pierre Renouvin, Les relations de la Grande-Bretagne et de la France avec l'Italie en 1938–1939, in: Les relations franco-britanniques de 1935 à 1939, Paris 1975, S. 299; ähnlich Komjathy, The Crises, S. 203.

154 Puaux am 9. 3. 1938, in: DDF, 2ème Série, t. VIII, N° 347, 348. Die in der Literatur gelegentlich übernommene Behauptung Papens (Wahrheit, S. 482), Idee und Entschluß zur ‚Volksbefragung' gingen auf einen Rat Puauxs zurück, wurde sowohl von Puaux als auch von Schuschnigg dementiert, vgl. Puaux, Mort, S. 110, Anm. 1; Kurt Schuschnigg, Im Kampf gegen Hitler. Die Überwindung der Anschlußidee, Wien/München [1969] Neuaufl. 1988, S. 301. Dessen ungeachtet will Chauvel (Commentaire, I, S. 22 f.) es von Puaux selbst gehört haben. Aus DDF, 2ème Série, t. VIII, N° 348 geht immerhin hervor, daß Puaux über die Erwägung einer ‚Volksbefragung' seit einer Woche informiert war und die schließlich erfolgte Innsbrucker Ankündigung begrüßte; dies im Gegensatz zu François-Poncet, dem von vornherein Schlimmes schwante; vgl. ebenda, N° 358, 359.

155 Low, Policy of France, S. 315. Dies unterstrich schon Delbos' Nachfolger, Joseph Paul-Boncour, vor dem Außenausschuß der Kammer am 24. 3. 1938; vgl. Carette, La vision, S. 152 f.

156 ADAP, Ser. D, Bd. I, Nr. 346. Zur Wahrnehmung der Ereignisse durch den frz. Generalstab und den Quai d'Orsay: Georges Castellan, Chronologie de l'Anschluss, in: Austriaca 6 (1978), S. 16 ff.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

London ließ er den französischen Botschafter Charles Corbin darauf drängen, daß Außenminister Ribbentrop, der dort eben zu seinem Abschiedsbesuch als ehemaliger Botschafter eingetroffen war, vor einem deutschen Einmarsch in Österreich entschieden gewarnt würde[157]. Auf die Nachrichten von den beiden deutschen Ultimaten vom Nachmittag bzw. Abend desselben Tages hin ließ Delbos jeweils den britischen Botschafter rufen, um wieder für eine gemeinsame Démarche in Berlin einzutreten. Auch forderte er eine Intervention des britischen Botschafters in Rom, nachdem der französische Geschäftsträger von Außenminister Ciano nicht empfangen worden war[158].

Nach wie vor ist ungeklärt, worin die „mesures militaires complètes prévues [par les] Notes [de l'] État-Major de l'Armée" bestanden, die Chautemps, Delbos, Bonnet und Daladier auf einer Krisensitzung um 16 Uhr für den Fall beschlossen, daß sich Großbritannien an den Maßnahmen beteiligte[159]. Freilich erübrigen sich diesbezügliche Spekulationen in unserem Zusammenhang, denn der Kern der Frage ist kein militärtechnischer, sondern ein politischer – in gewissem Sinn sogar ein psychologischer: Wurde ein plötzlicher britischer Entschluß zur aktiven Zusammenarbeit gegen Deutschlands „Griff nach Österreich" (N. Schausberger) auch nur im geringsten erwartet? Nichts weist darauf hin. Die einschlägige Nachricht aus London traf noch im Laufe der Sitzung ein[160]. Nach fortgesetztem französischen Drängen auf eine gemeinsame Démarche in Berlin wurde Corbin im Foreign Office schließlich nur die Weisung Halifaxs an Henderson zu einem Protest in der Wilhelmstraße vorgelesen. Daraufhin erhielt François-Poncet den Auftrag, eine ähnlich lautende, freilich zahnlose Protestnote zu hinterlegen[161]. Treffend spricht Duroselle von einer „démarche ‚parallèle' et non concertée"[162]. Nicht einmal in der Form hatte Großbritannien nachgegeben, und Frankreich gab klein

[157] DDF, 2ème Série, t. VIII, N° 367, 370.

[158] Castellan, Chronologie, S. 27; DDF, ebenda, N° 372, 368, 369; Galeazzo Ciano, Tagebücher 1937–1938, Hamburg 1949, S. 123.

[159] Castellan, Chronologie, S. 27; DDF, ebenda, N° 381 (mit Anm. 1), sowie: Gamelin, Servir, II, S. 315. Renouvin nahm an, es habe sich um Grenzschließung, Rückberufung beurlaubter Soldaten und Bemannung der Maginot-Linie gehandelt (Les relations franco-anglaises, 1935–1939, in: Relations franco-britanniques, S. 37). Dies entspräche der Alarmstufe 1 im frz. Heer (Duroselle, La décadence, S. 165). Erwin A. Schmidl, März 38. Der deutsche Einmarsch in Österreich, Wien 1987, S. 242, 293 (Anm. 912), bezieht die Maßnahmen auf den „Fall einer Ausweitung der deutschen Operationen gegen die Tschechoslowakei". Ob nun bloße Grenzsicherung oder Bereitschaft für den Bündnisfall: Die Bindung der fraglichen Maßnahmen an eine britische Zusammenarbeit lassen beide Hypothesen zweifelhaft erscheinen.

[160] Castellan, Chronologie, S. 27 ff.

[161] DDF, 2ème Série, t. VIII, N° 375, 377, 378, 384 (entspr. ADAP, Ser. D, Bd. I, Nr. 356). Der schriftliche Protest wurde noch am 11. um 23 Uhr hinterlegt (nicht erst am 12. um 11 Uhr, wie irrtümlich Duroselle, La décadence, S. 328, angibt).

[162] Duroselle, La décadence, S. 328. Die immer wieder zu lesende, offenbar auf M. A. Wathen (The Policy, S. 178) zurückgehende Behauptung, Großbritannien habe dem frz. Wunsch nach einer gemeinsamen Démarche schließlich nachgegeben, ist unrichtig.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

bei[163]. Über eine De-facto-Anerkennung des „Anschlusses" wollte es zunächst allerdings nicht hinausgehen[164].

Der „Anschluß" mußte von Frankreich nicht erst zur Krise hochstilisiert werden, wie behauptet wurde[165]. Vielmehr zeugt die geradezu verzweifelt hektische Diplomatie, die der Quai d'Orsay nach Berchtesgaden entfachte, in ihrem argumentativen Niveau von einer überaus klaren Einsicht in die Gefahr, die mit der widerstandslosen Hinnahme des „Anschlusses" für Frankreichs Stellung in Europa und sein friedliches (besser gesagt: kriegsloses) Nebeneinander mit Deutschland verbunden war[166]. Eben solche Klarheit herrschte allerdings auch über die Unfähigkeit, auf Krisen dieser Größenordnung angemessen und wirkungsvoll zu reagieren – ganz abgesehen von der Unmöglichkeit eines Alleingangs.

Gewiß muß das Drängen der Tschechoslowakei, der Abgeordnetenkammer sowie einiger hoher Beamter im Quai d'Orsay in Rechnung gestellt werden[167]. Darüber hinaus kann Delbos' unrealistische Politik der fortlaufenden Interventionen in London auch als Flucht in ein Wunschdenken verstanden werden. Sie sollte die von ihm selbst eingestandene Rat- und Hilflosigkeit ausgleichen, ließ diese freilich nur umso deutlicher zu Tage treten. Paradoxerweise bescherte Delbos der französischen Österreichpolitik ein Maß an Aktivität, das sie schon seit Jahren nicht mehr gekannt hatte. Doch es war ein Treten im Leerlauf.

Die Frage nach Aktivität und Passivität, wie sie in der Forschung zur französischen Österreichpolitik der letzten Jahre vor dem „Anschluß" bislang im Vordergrund stand und zur These von der Wende führte, die das Jahr 1936 mit der Remilitarisierung des Rheinlands und dem Wahlsieg der Front Populaire in dieser Politik markiere, verstellte

---

[163] Es ist daher irreführend, in diesem Zusammenhang eine Kundgebung britisch-französischer Solidarität sehen zu wollen, wie Hanns Haas, Les relations diplomatiques entre l'Autriche et la France dans l'entre deux guerres, in: Les relations franco-autrichiennes de 1871 au traité d'État de 1955, Poitiers 1985, S. 604. Das zweifellos advokatorische Rundschreiben Delbos' vom 12. 3. 1938 konnte sich nicht zu Unrecht darauf berufen, daß Großbritannien die frz. Vorschläge bis zuletzt systematisch abgelehnt hatte; vgl. DDF, 2ème Série, t. VIII, N° 403.

[164] Am 14. abends wurde Puaux nach Paris gerufen, die Gesandtschaft in Wien ab 2. April dann als Generalkonsulat geführt (unter Leitung Chauvels); Puaux, Mort, S. 116; Chauvel, Commentaire, I, S. 25; DDF, 2ème Série, t. VIII, N° 425, 496; t. IX, N° 90.

[165] Young, In Command, S. 196; Komjathy, The Crises, S. 181.

[166] Siehe etwa die Bilanz Gamelins, in: DDF, 2ème Série, t. VIII, N° 432 (bes. S. 788 oben).

[167] Zumindest die beiden Memoranden vom 18. 2. und 2. 3. 1938 lassen sich zeitlich gut zuordnen. Das erste folgte auf die als zu harmlos angesehene Vorsprache Hendersons am 15. 2. (siehe Anm. 136). Hierzu scheint besonders Massigli Delbos gedrängt zu haben. Siehe dessen Brief an Puaux vom 15. 2. 1938 (siehe Anm. 115), in dem er versicherte, „que nous tâchons d'incliner le Ministre". Schließlich standen in der Kammer eine Sitzung des Außenausschusses und eine Debatte bevor (22. bzw. 25./26. 2. 1938). Dazu: Low, Policy of France, S. 318 ff.; Adamthwaite, France, S. 75 ff. sowie ADAP, Ser. D, Bd. I, Nr. 133. Das zweite Memorandum folgte auf die Vorsprache eines Sondergesandten Beneš' am Tag zuvor (hierzu: Kvaček, L'Anschluss, S. 56, Anm. 40) und datiert vom Tag einer neuerlichen Sitzung des Außenausschusses. Vgl. Chautemps vielfach zitierte Ausführungen gegenüber Bullitt in: FRUS 1938, Vol. I, S. 72.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

den Blick auf eine wichtigere Frage: nämlich die nach dem Verhältnis zwischen den Zielen und tatsächlich vorhandenen bzw. vorgesehenen Mitteln dieser Politik. Hier zeigt sich ein Mißverhältnis, das sich bereits in den Jahren 1934 und 1935 zunehmend verschärfte und eine auch noch so „aktive" Politik, die ihm nicht abzuhelfen wußte, zum Scheitern verurteilte. Dieses Mißverhältnis bildete eine Kontinuität. „Passivere" und „aktivere" Zeitabschnitte konnten darin nahtlos und im Ergebnis unterschiedslos aufeinander folgen. So lag nach der Verschärfung der „Anschluß"-Frage seit 1933 die Hauptproblematik der französischen Österreichpolitik nicht in ihrer zunehmenden Passivität, sondern in ihrer Kontinuität.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte
München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

PETER GRUPP

HARRY GRAF KESSLER ALS DIPLOMAT

In der historischen Literatur, in Lexikoneinträgen und biographischen Handbüchern wird Harry Graf Kessler meist als „Diplomat und Schriftsteller", „Diplomat und Pazifist" oder durch ähnliche Begriffspaare ausgewiesen; die Bezeichnung „Diplomat" fehlt selten, und der Herausgeber seiner Tagebücher, Pfeiffer-Belli, meint lapidar, „Kessler war eigentlich Diplomat"[1]. Wie weit diese Zuordnung zutrifft und welche Rolle Kessler in der deutschen Diplomatie gespielt hat, soll im folgenden untersucht werden. Auf seine Biographie und auf seine Stellung in der deutschen Gesellschaft in Kaiserreich und Weimarer Republik als Kunstförderer, Literat und Pazifist kann dabei nicht eingegangen werden, so interessant dies für das Verständnis seiner Rolle als Diplomat und seines Verhältnisses zum Auswärtigen Amt (AA) auch wäre[2].

Daß Kessler nach dem Assessorexamen im Jahre 1900 die diplomatische Laufbahn hatte einschlagen wollen, verwundert bei seiner Herkunft und seinen Jugendeindrücken nicht. Eher überrascht, daß aus den Plänen nichts geworden ist; warum, bleibt bisher im Ungewissen[3]. Reichskanzler Hohenlohe-Schillingsfürst soll ihm die Aufnahme zugesagt, sein Nachfolger Bülow sie hintertrieben und Friedrich von Holstein sich ihr widersetzt haben[4]. Noch im Frühjahr 1902 verhandelte Kessler über einen Eintritt ins AA[5].

---

1 Harry Graf Kessler, Tagebücher 1918–1937, hrsg. von Wolfgang Pfeiffer-Belli, Frankfurt a. M. 1982 (fortan: Kessler, Tagebücher). Diese Auswahledition ist, was Kesslers politisch-diplomatische Aktivitäten angeht, äußerst lückenhaft. Die fast vollständige Sammlung der Tagebücher befindet sich im Deutschen Literaturarchiv in Marbach a. N. (fortan: Marbach, Tagebücher).

2 Siehe dazu auch Peter Grupp, Harry Graf Kessler und das Auswärtige Amt. Funktionselite und elitärer Außenseiter, in den demnächst erscheinenden Beiträgen des deutsch-französischen Colloquiums in Arc-et-Senans 1990. Zu Kessler allgemein: Harry Graf Kessler, Gesammelte Schriften in drei Bänden, hrsg. v. Cornelia Blasberg und Gerhard Schuster, Frankfurt a. M. 1988 (fortan: Kessler, Schriften); Harry Graf Kessler, Tagebuch eines Weltmannes. Eine Ausstellung des Deutschen Literaturarchivs im Schiller-Nationalmuseum, bearb. v. Gerhard Schuster und Margot Pehle, Marbach a. N. [2]1988 (fortan: Katalog); Hans-Ulrich Simon (Hrsg.), Eberhard von Bodenhausen – Harry Graf Kessler. Ein Briefwechsel 1894–1918, Marbach a. N. 1978; Karl-Heinz Hense, Harry Graf Kessler. Eine biographische Skizze, in: Liberal, Nr. 3 (1988), S. 127–134.

3 Ob Kessler ein offizielles Bewerbungsschreiben eingereicht hat, läßt sich nicht mehr feststellen, da die Aktenbände über Bewerbungen für den Auswärtigen Dienst im Politischen Archiv des Auswärtigen Amts, Bonn (fortan: PA) nicht mehr vorhanden sind.

4 Katalog, S. 87 und S. 493; Marbach, Tagebücher (68.447/3), 2. Februar 1902.

5 Marbach, Tagebücher (68.447/3), 4. April 1902; Simon, Bodenhausen/Kessler, Brief Nr. 132.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Ursache seines Scheiterns könnte sein „junger" Adel gewesen sein[6]; eventuell wurde auch der überrasche Aufstieg der bürgerlichen Familie in den Grafenstand oder das allzu selbstsichere Auftreten des nicht mehr ganz jungen Bewerbers von manchen nicht gerne gesehen; auch seine engen Kontakte zum Künstlermilieu mögen negativ zu Buche geschlagen haben. Es bestätigt sich hier, daß bei der Aufnahme in das AA stets mit Unwägbarkeiten zu rechnen war, selbst wenn die allgemeinen Voraussetzungen wie Herkunft, Vermögen, Jurastudium und Sprachkenntnisse stimmten[7]. Obwohl sich Kessler, nachdem der Sprung in die Funktionselite des Auswärtigen Dienstes nicht gelungen war, ganz seinen künstlerischen Interessen widmete, vergaß er das einstige Berufsziel nicht, und im Winter 1905/06 unternahm er angesichts zunehmender deutsch-englischer Spannungen den für ihn charakteristischen Versuch, Kunst und Wissenschaft mit der Diplomatie zu verbinden, indem er sich bemühte, mittels kultureller Aktivitäten und eines von zahlreichen Künstlern, Literaten, Musikern und Wissenschaftlern beider Länder getragenen öffentlichen Briefwechsels eine Détente einzuleiten[8].

Aber erst der Erste Weltkrieg sollte Kessler wirklich auf das Feld der Diplomatie führen. Zunächst diente er als Rittmeister in Belgien, dann an der Ostfront, wo er u.a. Piłsudski kennenlernte. Seine Äußerungen aus dieser Zeit lassen keine Distanzierung von der damaligen deutschen Außenpolitik erkennen; er beteiligte sich eifrig an der Kriegszieldiskussion und redete größeren Annexionen in Polen, dem Baltikum und Belgien das Wort[9]. Im Frühjahr 1916 wurde seine Einheit nach Frankreich verlegt. In dieser Zeit scheint er einen nervös bedingten Zusammenbruch erlitten zu haben[10], und mit Hilfe einflußreicher Freunde gelang ihm die Rückkehr ins Zivilleben[11]. Er wurde zum AA kommandiert und der Gesandtschaft in Bern attachiert, mit dem Auftrag, die deutsche Kulturpropaganda in der neutralen Schweiz zu organisieren und Friedensmöglichkeiten zu sondieren. Wie die Umstände seiner Berufung zeigen, hatte sich das AA nicht gerade danach gedrängt, sich seiner Dienste zu versichern, doch besaß Kessler genügend Qualitäten, die von Nutzen sein konnten. Hatte seine enge Verbundenheit mit der Welt der Literatur und Kunst einst möglicherweise mit dazu beigetragen, daß er nicht in den

---

6 Katalog, S. 87; Simon, Bodenhausen/Kessler, S. 207.

7 Zum deutschen Auswärtigen Dienst: Klaus Schwabe (Hrsg.), Das Diplomatische Korps 1871–1945, Boppard a. Rh. 1985.

8 Zu dieser Episode: Katalog, S. 192 ff.; Simon, Bodenhausen/Kessler, Brief Nr. 172; PA, IA, England 78, Bd. 46.

9 Marbach, Tagebücher (68.447/9); Simon, Bodenhausen/Kessler, Briefe Nr. 226, 228, 229; Katalog, S. 284 ff.

10 Seine Tagebücher verzeichnen keine persönlichen Befindlichkeiten und Probleme; lediglich ein gewisses Mißbehagen betreffend eines Einsatzes vor Verdun ist zu erahnen.

11 Schon seit Sommer 1915 waren Bestrebungen im Gange, Kessler eine Stelle im nichtmilitärischen Bereich zu verschaffen. Vgl. Simon, Bodenhausen/Kessler, Briefe Nr. 226 und 237. Siehe auch Marbach, Tagebücher (68.447/9), 28. Juli 1916, wo es heißt, Kessler habe mit Bodenhausen die Kommandierung „nach Wien, Warschau oder Bern" besprochen; vgl. die Eintragungen von Mitte September 1916 (68.447/10) über Verhandlungen mit Romberg und Jagow über die Frage der Kommandierung nach Bern und später mit Haeften und Ludendorff (2. Oktober und 7. November) über die geplante Kulturpropaganda.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Auswärtigen Dienst aufgenommen worden war, so waren es nun gerade diese Kontakte, die die Übernahme erleichterten. Im Gegensatz zu Frankreich war in Deutschland der Auslandskulturarbeit und der Kulturpropaganda vor 1914 wenig Beachtung geschenkt worden. Zwar hatte es in den letzten Jahren vor Kriegsausbruch zahlreiche Anstöße aus der Öffentlichkeit gegeben, „die auf eine notwendige Erweiterung des bisherigen außenpolitisch-diplomatischen Instrumentariums hinwiesen"[12], doch waren noch keine organisatorischen Konsequenzen erfolgt. Nachdem der erhoffte rasche militärische Erfolg ausgeblieben war, erkannte man aber, daß der Krieg in Hinblick auf Friedensvermittlungen, auf künftige Friedensverhandlungen und beim Bemühen um die Neutralen auch mittels der Beeinflussung der öffentlichen Meinung und auf dem Terrain der Kultur geführt werden mußte. 1915 wurde im AA reagiert und, begleitet von heftigem Kompetenzgerangel mit den militärischen Stellen, das Pressereferat der Politischen Abteilung zu einer eigenständigen Nachrichtenabteilung, der auch die Auslandskulturarbeit oblag, ausgebaut[13].

Zur Umsetzung dieser neuen Politik vor Ort war jemand wie Kessler, der zahlreiche Kontakte und Beziehungen zur internationalen Kulturwelt besaß, durchaus geeignet. Er hatte in Bern Pionierarbeit zu leisten und stürzte sich mit Feuereifer in die neue Aufgabe[14]. Er organisierte Ausstellungen, Film- und Theatervorführungen, Konzerte und Vorträge. Dabei war es unvermeidlich, daß die Aktivität auf diesem neuartigen Tätigkeitsfeld der „Diplomatie" auch Probleme mit sich brachte. Sie erregte zuweilen Anstoß, vor allem auch deshalb, weil Kessler als Patriot zwar durchaus gewillt war, die Kultur in den Dienst der deutschen Kriegsanstrengungen zu stellen, er ihr aber doch einen eigenen Rang zuerkennen und die künstlerische Freiheit möglichst nicht einschränken wollte. Zumal die Militärs waren da mitunter anderer Meinung, obwohl sich Kessler vor der Aufnahme seiner Tätigkeit durchaus mit ihnen abgestimmt hatte. So mußte er sich etwa dafür rechtfertigen, daß bei Aufführungen der Reinhardtschen Inszenierung von Büchners Dantons Tod die Marseillaise auf der Bühne gesungen worden war; und der deutsche Militärattaché in Bern protestierte gegen Lieder des Kleinkünstlers Theo Körner, in denen seiner Meinung nach der Kaiser und die deutsche Armee in den Schmutz gezogen worden waren[15].

Es war ein schmaler Grat, auf dem Kessler zu wandeln hatte. In einem Brief an Stresemann[16] wies er auf die zunehmenden propagandistischen Anstrengungen der Entente in der Schweiz hin und bat um Hilfe. Demnächst, so Kessler, fände in Leipzig ein von AA

---

[12] Rüdiger vom Bruch, Weltpolitik als Kulturmission. Auswärtige Kulturpolitik und Bildungsbürgertum in Deutschland am Vorabend des Ersten Weltkrieges, Paderborn 1982, S. 36.

[13] Walter Vogel, Die Organisation der amtlichen Presse- und Propagandapolitik des Deutschen Reiches von den Anfängen unter Bismarck bis zum Beginn des Jahres 1933, Berlin 1941.

[14] Material zur Kesslerschen Kultur- und Propagandaarbeit findet sich neben den Tagebüchern besonders in PA, Akten der Gesandtschaft Bern, Nr. 1373–1378.

[15] Radowitz (i. A. des Reichskanzlers) an Romberg am 16. Oktober 1917; Kessler an Romberg am 20. Oktober und 1. Dezember mit Vermerk des Militärattachés Bismarck vom 3. Dezember 1917, in: PA, Gesandtschaft Bern, Nr. 1376.

[16] PA, Nachlaß Stresemann, Bd. 195: Brief vom 17. August 1918.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

und Berner Gesandtschaft organisiertes Schweizer Musikfest statt; erfahrungsgemäß wirkten solche Veranstaltungen besonders gut auf die Stimmen in den neutralen Ländern: „Zu dem Erfolg trägt natürlich außerordentlich viel die Aufnahme in der Presse bei. Obwohl ich nun überzeugt bin, daß tatsächlich die Vorführungen, die durch das Leipziger Gewandhaus-Orchester unter Leitung der verschiedenen Schweizer Komponisten und von Nikisch stattfinden, wirklich auch künstlerisch bedeutend sein werden, so würde es vielleicht trotzdem gut sein, wenn Sie die Güte hätten, ihre Parteipresse darauf hinzuweisen, daß hier nicht bloß rein künstlerische, sondern im hervorragenden Maße auch politische Gesichtspunkte bei der öffentlichen Beurteilung dieser Vorführungen maßgebend sein sollten."

Ganz andere Probleme ergaben sich daraus, daß schweizerische Künstler das massive Auftreten deutscher Kollegen beanstandeten, weil das ihre eigenen Auftrittsmöglichkeiten beeinträchtigte[17]. Kesslers Elan weckte Widerstände, und so sah sich die Berner Gesandtschaft gezwungen, seine Tätigkeit zu rechtfertigen: „Zunächst ist zu bemerken, daß allerdings im vergangenen Jahre vielleicht etwas zuviel auf dem Gebiet der Kunstpropaganda geschehen ist. Es läßt sich das leicht aus dem Eifer erklären, mit dem dieses neue und gewiß nicht unwesentliche Gebiet unserer Propagandatätigkeit hier in Angriff genommen wurde. Man sollte aber m. E. nicht nur kritisieren, sondern gerade diesen Eifer auch anerkennen, mit dem Graf Kessler und seine Mitarbeiter sich dieser großen und schwierigen Aufgabe gewidmet haben und sollte auch das Gute nicht übersehen, was geleistet worden ist."[18]

Die Kulturpropaganda war der eine Teil der Kesslerschen Aufgabe, die Anbahnung von Kontakten zu den Kriegsgegnern der andere. Dieser Aspekt ist besser bekannt, allerdings ebenfalls noch nicht im Detail erforscht[19]. Kessler war auch hierfür prädestiniert, verfügte er doch über ein weitgespanntes Netz internationaler Bekanntschaften und sozialer Beziehungen. Er sprach mit unzähligen Personen: mit neutralen Gesandten, mit einem italienischen Marchese, einem ungarischen Baron, mit René Schickelé, Max Scheler und Berta Zuckerkandl, der Schwägerin des Bruders Clemenceaus, vor allem aber mit dem offiziösen französischen Abgesandten Emile Haguenin[20]. Über alle diese Begegnungen leitete er sorgfältige und ausführliche Berichte durch den Gesandten Romberg an das AA, wo er ohne Zweifel auch ernst genommen wurde. Seine Be-

---

17 Der Konsul in Basel Wunderlich an Romberg am 8. November 1917, in: PA, Gesandtschaft Bern, Nr. 1376.

18 Antwortentwurf vom 26. Januar 1918 auf einen Erlaß des Reichskanzlers, mit dem eine Stellungnahme der Abt. III b des Generalstabs übersandt worden war, in: Ebenda, Nr. 1377.

19 Aktenmaterial dazu ist im PA weit gestreut, vor allem in der Serie IA, WK 2 geh. Wichtige Dokumente sind gedruckt bei André Scherer/Jacques Grunewald (Hrsg.), L'Allemagne et les Problèmes de la Paix pendant la Première Guerre Mondiale. Documents extraits des archives de l'Office allemand des Affaires étrangères, 4 Bde., Paris 1962–1978.

20 Leider sind die Berichte Haguenins über seine Tätigkeit in Bern und die Kontakte mit Kessler bisher nicht aufgetaucht; siehe Jacques Bariéty, Un artisan méconnu des relations franco-allemandes: Le professeur Oswald Hesnard, 1877–1936, in: Media in Francia ... Recueil de mélanges offert à Karl Ferdinand Werner à l'occasion de son 65e anniversaire par ses amis et collègues français, Paris 1989.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

richte verstaubten nicht ungelesen, sondern wurden von allen maßgeblichen Stellen zur Kenntnis genommen, abgezeichnet und mit Randvermerken versehen. Er selbst wurde bei Aufenthalten in Berlin von Unterstaatssekretär von dem Bussche und von Staatssekretär Zimmermann empfangen. Dennoch sollte dieser Teil der Tätigkeit Kesslers nicht überbewertet werden. Es gab während des Weltkriegs gerade in der Schweiz ja eine Fülle von Kontakten und Sondierungen zwischen den Kriegführenden, die über ein breites Spektrum offiziöser, privater und auch ganz obskurer Mittelsleute liefen. Kesslers Kontakte sind nur einige unter vielen; selbst für die Gespräche mit Haguenin hatte er kein Monopol, mag er auch dessen wichtigster Gesprächspartner gewesen sein. Gebracht hat die ganze Betriebsamkeit bekanntlich recht wenig. Immerhin läßt das reichliche Aktenmaterial aber erkennen, daß Kessler sich durchaus geschickt und klug verhalten hat.

Ausgehend von seiner Berner Tätigkeit gelangte Kessler im Sommer 1918 auch in den Bereich der „Großen Politik". Bei ihm selbst liest sich diese Episode später so: „Verhandlungen, die ich im Auftrage des Reichskanzlers Hertling zusammen mit Nadolny, Prittwitz und Stresemann mit dem russischen Volksbeauftragten Krassin und dem russischen Botschafter Joffe zur Revision des Brest-Litowsker Vertrages führe."[21] Wie so häufig schönte Kessler hier die von ihm gespielte Rolle. Gewiß spielte er, als ab Mai 1918 auf sowjetische Anregung in Berlin Gespräche über die sich aus dem Brest-Litowsker Frieden ergebenden Fragen stattfanden, die mit der Unterzeichnung der Ergänzungsverträge über politische, militärische, juristische und wirtschaftliche Fragen am 27. August endeten[22], eine nicht unwesentliche Rolle, doch war diese inoffizieller und nur sehr schwer zu greifender Art[23]. Offiziell wurden die Verhandlungen, die vor dem Hintergrund der innerdeutschen Debatte über das künftige Verhältnis zum russischen Bolschewismus gesehen werden müssen, von Staatssekretär Kühlmann und seinem Nachfolger Hintze geleitet, die eigentlich führende Rolle scheint aber beim Leiter der Rechtsabteilung des AA, Kriege, gelegen zu haben.

Jedoch konnte kaum von einheitlicher, straffer Verhandlungsführung die Rede sein. Im institutionellen, durch den personellen und konzeptionellen Gegensatz zwischen AA und OHL geprägten Chaos der Schlußphase des Kaiserreichs ergaben sich Freiräu-

---

21 Kessler, Schriften, Bd. I: Gesichter und Zeiten, Geplante Kapitelfolge der „Erinnerungen", S. 313 (geschrieben 1933).

22 Siehe dazu Winfried Baumgart, Deutsche Ostpolitik 1918. Von Brest-Litowsk bis zum Ende des Ersten Weltkrieges, Wien/München 1966, S. 270ff.; Günter Rosenfeld, Sowjetrußland und Deutschland 1917–1922, Berlin 1960, S. 103ff.; Hans Gatzke, Zu den deutsch-russischen Beziehungen im Sommer 1918, in: VfZ 3 (1955), S. 67–98; Fritz Fischer, Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18, Düsseldorf ²1979, S. 496ff. An Aktenmaterial, das allerdings nichts über die Details der Verhandlungen bringt, siehe u.a.: PA, IA, Deutschland 131, Bd. 39ff., GHQ, 31 Rußland, Bd. 15, und Nachlaß Stresemann, Bd. 195f., sowie Stresemanns Tagebuch von 1918 in Bd. 201.

23 Wenn Baumgart, Ostpolitik, S. 274, Kessler als „Rußlandreferenten der Botschaft [sic!] Bern" vorstellt, so ist das sicher keine korrekte Bezeichnung seiner Stellung. Hauptquelle für Kesslers Rolle sind dessen Tagebücher; vgl. Marbach, Tagebücher (68.447/12 und 13).

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

me für die Intervention der verschiedensten Dienststellen und Amtspersonen sowie offiziöser und privater Zwischenträger. Im vorliegenden Fall spielten die Vertreter des AA (Kühlmann, Hintze, Kriege, der Ostreferent Nadolny), der Reichskanzlei (Radowitz, Prittwitz), der OHL (Schlubach, Winterfeldt, dahinter stets Ludendorff), der Botschaft in Moskau (Helfferich), der Wirtschaft (voran der Geschäftsführer der „Deutschen Ausfuhr GmbH" Paul Litwin) wichtige, aber nicht immer klar zu bestimmende Rollen, und mit Stresemann begann erstmals ein Reichstagsabgeordneter in Fragen der Außenpolitik mitzusprechen. Dabei gab es kontroverse Anschauungen und unterschiedliche Zielsetzungen. Es war genau die Situation, in der ein ambitionierter Mann wie Kessler glauben durfte, die Rolle einer grauen Eminenz spielen zu können, wobei fraglich ist, ob er je mit einem amtlichen Auftrag dazu betraut worden ist (das gleiche gilt übrigens für Stresemann und Litwin)[24].

Ende Juni 1918 begegnete Kessler in Berlin Stresemann. Dieser informierte ihn über einzelne Aspekte der schwebenden Verhandlungen und bat ihn, da er zwar selbst über gute Beziehungen zur Wirtschaft und zur OHL, nicht aber zu AA und Reichskanzlei verfügte, um Herstellung entsprechender Kontakte. Wenig später ergab sich ein intensives Zusammenspiel der Kreise, die eine Politik enger Zusammenarbeit mit Sowjetrußland (aus welchen Gründen politischer oder wirtschaftlicher, strategischer oder taktischer Art auch immer) befürworteten. Hierzu zählten u.a. Stresemann, Litwin, Prittwitz, Nadolny und Kessler – letzterer dabei auf besonders überschwengliche und etwas romantische Weise. Er sprach in seinem Tagebuch gern von „unserer Verschwörung" und glaubte offenbar, fast alle Fäden in der Hand zu halten. Hauptproblem der „Verschwörer" war, die Politik der Kooperation mit den Bolschewiki gegenüber der OHL durchzusetzen, wobei auf allen Ebenen finassiert und taktiert werden mußte. Kessler spielte in diesem Intrigenspiel durch seine exzellenten Verbindungen wohl eine wichtige Rolle, allerdings mehr als Katalysator und Vermittler denn als Unterhändler in Sachfragen. Wenn er am 25. Juli in seinen Tagebüchern ernsthaft darlegte, „sein" politisches Ziel sei, „ein wirtschaftlich starkes, aber politisch pazifistisches und entmachtetes Rußland aufzubauen"[25], wozu man sich auf die Bolschewiki stützen solle, so überschätzte er seine Einflußmöglichkeiten doch erheblich. Es war eher so, daß gewichtigere Kräfte, die unabhängig von ihm eine „prorussische" Politik verfolgten, sich seiner bedient haben, um über seine Verbindungen ihren Zielen näherzukommen, und nicht, daß diese Kreise erst von Kessler auf eine solche Politik gebracht werden mußten. Nach einem Gespräch mit Staatssekretär Hintze am 4. August notierte er, dieser sei fast „kriechend verbindlich" gewesen. „Er weiß in einer etwas dunklen Weise von meinen Verbindungen mit Ludendorff, Stresemann, Georg Bernhard, den Bolschewiks; außerdem haben Bernhard, Stein (als Bülow-Mann), Stresemann mich für den Moskauer Posten empfohlen ... Ich bin ihm unheimlich und nicht unwichtig für seine Stellung."[26] Die Fehleinschätzung seiner realen Bedeutung sollte Kessler später dazu verführen, seine

[24] Auch die Tagebücher liefern dafür keinen Beleg.
[25] Marbach, Tagebücher (68.447/13).
[26] Ebenda (68.447/13), 4. August 1918.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Möglichkeiten zu informeller Einflußnahme, unabhängig von amtlichen Funktionen, maßlos zu überschätzen.

Kesslers Leistungen in der Ausübung seiner amtlichen Tätigkeit in Berlin und Bern wurden höheren Orts durchaus anerkannt, und es gelang ihm, zu dem Berner Missionschef ein so enges Vertrauensverhältnis aufzubauen, daß Romberg ihn bisweilen mit geheimen Missionen betraute, die nicht unbedingt in die amtliche Zuständigkeit der Gesandtschaft gehörten. So geschehen auch Ende Oktober 1918, als Romberg der Regierung Max von Baden über Kessler auf vertraulichem und direktem Wege Informationen und Meinungen zur politischen Lage zukommen ließ. Dabei ging es u. a. um die Frage der Abdankung Wilhelms II. und die Lage in Polen[27]. Letzteres war in der Tat ein Kernproblem, und die deutsche Regierung mußte sich dringend darüber klar werden, welche Politik sie künftig verfolgen wollte. Würde ein unabhängiges Polen neutral bleiben oder ins Lager der Entente wechseln? Was sollte mit der deutschen Besatzung in Polen geschehen, wie der Rückzug der Truppen aus der Ukraine und Rumänien bewerkstelligt werden? Welche territorialen Forderungen könnte Polen nach dem Kriege stellen? Würde es zur Bolschewisierung Polens kommen?

Eine Schlüsselfigur für Polen und dessen künftige Politik war Piłsudski, der zu dieser Zeit noch in Festungshaft in Magdeburg war. Es lag nahe, in dieser Umbruchsituation, da die alten diplomatischen Kanäle nur noch unzulänglich funktionierten, einen Mann wie Kessler, der Piłsudski im Kriege persönlich kennengelernt hatte und der nicht mit der Polenpolitik des alten Regimes in Verbindung gebracht werden konnte, heranzuziehen, um das bilaterale Verhältnis auf neue Grundlagen zu stellen; für die Vertreter des deutschen Generalgouvernements in Warschau oder die kaiserlichen Kommissare bei der königlich polnischen Regierung wäre das kaum möglich gewesen. Kessler erhielt so am 30. Oktober 1918 vom Kriegskabinett den Auftrag, mit Piłsudski in Magdeburg Kontakt aufzunehmen[28]. Damit begann die Episode, die dazu führen sollte, daß er fortan als „Diplomat" bezeichnet worden ist. Kessler wurde auch damit betraut, Piłsudskis Rückkehr nach Polen zu organisieren, und als die dortige Regierung die Abberufung der bisherigen deutschen Vertreter aus Warschau und die Entsendung eines Gesandten verlangte, war es nur folgerichtig, in dieser sowohl für Deutsch-

[27] Kessler, Schriften, Bd. I, S. 314.

[28] Hierzu und zum folgenden: Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien: 1. Reihe, Bd. 2: Die Regierung des Prinzen Max von Baden, bearb. v. Erich Matthias und Rudolf Morsey, Düsseldorf 1962, Nr. 106. Kesslers Bericht über die Unterredung an Max von Baden vom 1. November in: PA, IA, WK 20c, Bd. 43. Die ganze Polenepisode ist ausführlich behandelt bei Kurt Hausmann, Piłsudski und die Mission des Grafen Keßler in Polen. Ein Fragment deutsch-polnischer Beziehungen im November/Dezember 1918, in: Geschichte und Gegenwart. Festschrift für Karl Dietrich Erdmann, hrsg. v. Hartmut Boockmann/Kurt Jürgensen/Gerhard Stoltenberg, Neumünster 1980, auf der Grundlage der publizierten Kesslerschen Tagebücher und eines Aufsatzes von Leon Grosfeld in polnischer Sprache, der seinerseits das Aktenmaterial des PA ausgewertet hat. Siehe auch Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945, Serie A: 1918–1925, Bd. I–IX, Göttingen 1982 ff.; Serie B: 1925–1933, Bd. I–XXI, Göttingen 1966 ff. (fortan: ADAP); hier: Ser. A, Bd. I, Nr. 33, 40, 42, 43, 51, 55, 60, 65, 71.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

land als auch Polen revolutionären Phase den diplomatischen homo novus Kessler zu entsenden.

Kesslers Warschauer Mission, die lediglich vom 17. November bis zum 15. Dezember 1918 dauerte, soll hier in ihren zum Teil rokambolesken Einzelheiten nicht erneut geschildert werden. Die Aufgabe war zwiefach. Vordergründig ging es darum, den Rückzug der deutschen Truppen aus dem Oberostgebiet in Verhandlungen mit den polnischen Stellen einigermaßen in Ruhe und Ordnung und ohne gewaltsame Zusammenstöße zu bewerkstelligen; dahinter stand als übergeordnetes Ziel, die künftigen deutsch-polnischen Beziehungen in gedeihliche Bahnen zu bringen, ein völliges Abschwenken Polens ins Lager der Entente zu verhindern und Teile der deutschen Machtstellung im Osten nach Möglichkeit zu retten. Auf dem ersten, mehr technischen Gebiet konnte Kessler in mühevollen Verhandlungen recht gute Erfolge erzielen; aufbauend auf seinen Vorarbeiten kam es am 5. Februar 1919 zu einer Übereinkunft[29]. Auf dem zweiten Gebiet, wo es um prinzipielle Fragen ging, scheiterte er jedoch völlig. Polen schwenkte bedingungslos ins Lager der Entente und wurde für die Folgezeit zum engen Partner Frankreichs. Kessler zeigte sich bei dieser Mission, obwohl Außenseiter, ganz im Einklang mit der deutschen Außenpolitik jener Tage. Im Detail geschickt und routiniert, erkannten das Amt und sein Abgesandter die wahren Machtverhältnisse nur schwer, was dazu führte, daß versucht wurde, die Position im Osten weitestmöglich zu halten, anstatt mit einem klar trennenden Schnitt Raum für einen echten Neubeginn zu schaffen[30]. Einerseits verkannte Kessler die Lage in Polen, unterschätzte er den Einfluß des Nationalkomitees in Paris sowie die Bedeutung der Nationaldemokraten und baute er zu sehr auf Piłsudski, der sich im entscheidenden Moment nicht solidarisch zeigte, sich vielmehr den innenpolitischen Kräfteverhältnissen und der internationalen Lage anpaßte und anpassen mußte; persönliche Beziehungen sind eben nicht tragfähig genug, wenn nationale Interessen im Spiel sind. Andererseits überschätzte Kessler Deutschlands Position und sah nicht, daß die Entente für die Erreichung der nationalen Ziele Polens viel mehr zu tun in der Lage war als das besiegte Reich. Von Frankreich vor die Wahl gestellt, konnte die Entscheidung Polens überhaupt nicht zu Gunsten Deutschlands ausfallen[31].

---

29 ADAP, Ser. A, Bd. I, Nr. 97 und 137.

30 Hierzu Peter Grupp, Deutsche Außenpolitik im Schatten von Versailles. Zur Politik des Auswärtigen Amts vom Ende des Ersten Weltkriegs und der Novemberrevolution bis zum Inkrafttreten des Versailler Vertrags, Paderborn 1988, passim.

31 Daß Kessler offiziell als Gesandter in Warschau gewesen ist, steht außer Zweifel. Wie sein Verhältnis zum AA rein rechtlich war, bleibt unklar. Das PA besitzt keine Personalakte, und es steht zu vermuten, daß nie eine angelegt worden ist (auch in den Beständen des Bundesarchivs gibt es keine Akte). Angesichts der Tatsache, daß Mitte November 1918 der Betrieb im AA am hektischsten gewesen ist, daß vor der Abreise nach Warschau nur sehr wenig Zeit verblieb und Kessler auf Grund seiner Vermögensverhältnisse auf eine vertragliche Fixierung seiner Dienstbezüge nicht angewiesen war, ist anzunehmen, daß kein Dienstvertrag aufgesetzt und Kessler auf Grund eines gentleman's agreement nach Polen entsandt worden ist. Da die ganze Episode nur einen Monat dauerte, hat später wohl beiderseits nicht das Bedürfnis bestanden, die Angelegenheit nachträglich zu legalisieren.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Ende 1918 war Kessler dem einst verfehlten Berufsziel recht nahe gekommen und besaß im Bereich von Regierung und AA beste Verbindungen. Am bedeutendsten für die Zukunft sollte werden, daß er in Bern zwei Jahre mit Schubert, dem nach 1919 aufgehenden neuen Stern des Auswärtigen Dienstes, und in Berlin zwei Monate mit Stresemann, dem künftigen Außenminister, zusammengearbeitet hatte. Letzterer hatte sich ausdrücklich angeboten, ihm beruflich weiterzuhelfen: Kessler solle überzeugt sein, so schrieb er ihm, „daß ich alles daran setzen werde, um etwaige derartige Wünsche zu unterstützen, da ich während des kurzen Zusammenwirkens mit Ihnen die Empfindung gewonnen habe, in wie hohem Maße Sie in der Lage sein würden, Deutschland an wichtiger Stelle zu vertreten und namentlich durch Ihre genaue Kenntnis der Psychologie anderer Völker unsere praktische Außenpolitik wirksam zu unterstützen."[32] Anfang 1919, in einer Zeit des Umbruchs, als Seiteneinsteigern die Türen des Auswärtigen Dienstes weiter offenstanden als je zuvor und weiter, als es wenige Jahre später nach der Konsolidierung der bürokratischen Strukturen wieder der Fall sein sollte, hätte Kesslers definitivem Überwechseln in das Amt eigentlich nichts entgegengestanden. Sein Name war damals und in der Folgezeit immer wieder im Gespräch – so für die Gesandtschaften in Bern, Brüssel und Warschau, die Vertretung beim Völkerbund, gar für die Staatssekretärsstelle –, was er mit deutlichen Zeichen der Zufriedenheit, nicht ohne Eitelkeit und bisweilen etwas naiv-gutgläubig in seinem Tagebuch verzeichnete[33]. Aber auch in den Akten und in der Presse finden sich Hinweise auf ihn.

Wenn Kessler dennoch nicht in die „Karriere" eintrat, liegt die Ursache dafür weniger in äußeren Widerständen als in seiner eigenen Person und Psyche. Kessler befand sich in einer äußerst umtriebigen Phase seines Lebens. Er sprach mit zahlreichen Leuten, innerhalb und außerhalb von Regierung und AA, aus allen politischen Lagern, mit In- und Ausländern. Er frequentierte die zahlreichen Klubs und Gesprächszirkel, die sich jetzt bildeten, er erörterte alle Fragen der Innen- und Außenpolitik, er skizzierte seine Auffassung der Weltlage, er legte „seine" Politik dar und spann in nimmermüder Betriebsamkeit zahlreiche Pläne: Er war an den undurchsichtig gebliebenen Vermittlungsversuchen zwischen Brockdorff-Rantzau und der USPD im März 1919 beteiligt – er selbst sprach von Plänen zum „Staatsstreich"[34]. Er plante im November 1918 die über die Schweiz und die französischen Sozialisten zu vermittelnde „kulturelle Anknüpfung" mit Frankreich[35], eine Idee, die er nach dem Warschauer Intermezzo wieder aufgriff. Er sah eine Mission von höchster Bedeutung: „Mir bliebe als einzige wirkliche, allerdings weltpolitische Aufgabe die Anknüpfung mit Frankreich und England."[36]

Mit einem Wort: Er bewegte sich voller Exaltiertheit in höchsten Sphären, und es ge-

---

32 Brief Stresemanns an Kessler vom 16. August 1918, in: PA, Nachlaß Stresemann, Bd. 195.

33 Kessler, Tagebücher, S. 71, 83, 130, 157, 187, 194, 365, 491.

34 Kessler, Tagebücher, S. 145 ff.; dazu Susanne Miller, Die Bürde der Macht. Die deutsche Sozialdemokratie 1918–1920, Düsseldorf 1978, S. 265 f.; Akten der Reichskanzlei. Die Weimarer Republik (fortan: AdRK): Das Kabinett Scheidemann, 13. Februar bis 20. Juni 1919, bearb. v. Hagen Schulze, Boppard a. Rh. 1971, Nr. 10 b.

35 Kessler, Tagebücher, S. 24.

36 Ebenda, S. 83.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nügte ihm längst nicht mehr, in irgendeiner Hauptstadt irgendeinen Gesandtenposten zu übernehmen und an nachgeordneter Stelle Erlasse zu empfangen und Berichte zu schreiben. Selbst den Ministerposten schien er zu verschmähen, wenn er am 24. Juli 1919 schrieb: „Ich habe so, wie ich bin, eine einflußreichere Stellung, als wenn ich, wie die Zeitungen mich immer wieder avancieren lassen, Minister des Äußern wäre!"[37] Kessler glaubte, als elitärer Einzelner seine Ideen auf dem Felde der Politik durchsetzen zu können, wie er dies im Kulturleben versucht und z. T. erreicht hatte. Deshalb war er auch nicht darum bemüht, sich einen festen parteipolitischen Rückhalt zu schaffen. Zwar schloß er sich der DDP an, doch wählte er nicht den mühsamen Weg der „Ochsentour", sondern ließ sich später, 1924, als Seiteneinsteiger, auf Grund seines Namens und seiner Verbindungen als Reichstagskandidat aufstellen – unter diesen Umständen natürlich in einem aussichtslosen Wahlkreis. Er frequentierte Persönlichkeiten aus dem gesamten parteipolitischen Spektrum, von der DNVP bis zur USPD, und suchte überall Unterstützung für seine Ideen und Pläne. Dabei kann man am Ende leicht zwischen allen Stühlen sitzen – und so geschah es auch.

Hinzu kam, daß er zwar Wilhelm II. zutiefst verachtete, für die Anhänger des alten Regimes wenig Sympathie verspürte und sich dezidiert auf den Boden der Republik stellte, daß er aber auch kaum verhohlene Geringschätzung für die Vertreter der Weimarer Koalition zeigte. Preuß, Erzberger und Scheidemann waren für ihn Prototypen des deutschen Philisters[38]. Diese Weimarer Politiker waren ihm zu unelegant, stillos, kleinbürgerlich, denn er urteilte auch in der Politik als Ästhet. All dies mußte dazu führen, daß Kessler keinen seiner Pläne einer Verwirklichung näherbringen konnte. Und er scheiterte auch da, wo er sich am hartnäckigsten engagierte, bei seinen Völkerbundsplänen.

Nachdem Mitte Februar 1919 der Entwurf der Entente für einen Völkerbund veröffentlicht worden war, nahm Kessler sich des Themas an, so wie dies zur gleichen Zeit Regierung und AA taten. Aber obwohl er in fast täglichem Kontakt mit Vertretern des Amts stand, auch meinte, ein offenes Ohr, ja teilweise begeisterte Zustimmung für seine Ideen zu finden, kam es zu keiner Koordinierung der jeweiligen Aktivitäten. Kessler konnte keinen Einfluß auf die Politik des AA nehmen, und es zeigten sich große inhaltliche Unterschiede zwischen seiner Haltung und der der Regierung. Das AA orientierte sich an der Vorgabe der Entente, setzte in seinem Entwurf bei den Staaten, Regierungen und Parlamenten an, während Kessler den Völkerbund von den großen überstaatlichen Verbänden und gesellschaftlichen Zusammenschlüssen her als „Organisation der Organisationen" aufbauen wollte[39]. Der Unterschied war prinzipieller Natur und kaum überbrückbar. Darüber hinaus behandelten AA und Regierung die Frage rein reaktiv, als Antwort auf die Politik der Entente, und vorrangig taktisch, ohne sich inhaltlich wirk-

[37] Ebenda, S. 192.
[38] Ebenda, S. 144.
[39] Zu Kesslers Konzeption siehe Kessler, Schriften, Bd. II: Künstler und Nationen, „Richtlinien für einen wahren Völkerbund", S. 205 ff.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

lich mit der Völkerbundsidee zu identifizieren[40], während Kessler sich mit Leib und Seele engagierte.

In den folgenden Jahren investierte Kessler viel Zeit, Mühe und Geld in den Versuch, seine Ideen zu verwirklichen, und hier liegt wohl auch der Ursprung seiner enger werdenden Verbindung mit dem organisierten Pazifismus. Nach Versailles hatte er erkennen müssen, daß im AA und bei der Regierung das Echo auf seine Pläne schwach blieb, und folgerichtig bemühte er sich fortan, ein breiteres Publikum anzusprechen. Er setzte sich mit zahlreichen Organisationen im In- und Ausland in Verbindung, meist aus dem linksliberal-pazifistischen Spektrum, sprach bei unzähligen Veranstaltungen, schaltete die Presse ein, wandte sich gar an den Vatikan. Er ließ sich nicht entmutigen, selbst wenn die Reaktionen bisweilen kühl waren. So notierte er, Gasparri habe ziemlich brüsk geantwortet; er „betrachtet mich offenbar als einen Idealisten, der Kardinälen und andren ernsthaften Männern von weltlicher und realistischer Geistesverfassung ihre Zeit stiehlt"[41]. Dennoch glaubte er an den Erfolg seiner Idee, konstatierte er „ihr unwiderstehliches Vordringen"[42]. Auch hier war viel Selbsttäuschung dabei. Gasparri konnte es sich leisten, „brüsk" zu sein, für die anderen Gesprächspartner aber, für die diplomatisch-höfliches Zuhören zur Routine gehörte, war Kessler eine Größe, die man nicht verärgern mochte. Er war ein Star in der Gesellschaft, und er verfügte über beträchtliche Mittel. Er hatte das Handikap des Mäzens, dem viele Leute schön tun und nach dem Munde reden.

Von 1920 bis 1922 stand er zwar weiter in Kontakt mit dem AA, doch bekleidete er weder offizielle noch offiziöse Stellungen. Zwischen der wenig konstruktiven Politik, wie sie zu dieser Zeit im AA praktiziert wurde, und Kesslers Engagement für Völkerbund und internationale Verständigung waren die Affinitäten offensichtlich zu gering. Zwar tauchte er auch 1922 bei der Konferenz in Genua auf, doch war er nicht amtlicherseits hinzugezogen worden; er hatte sich Rathenau, mit dem er befreundet war, vielmehr kurzerhand aufgedrängt. Er hatte dem Minister im Vorfeld der Konferenz schlicht mitgeteilt, auch er habe die Absicht, nach Genua zu fahren. Rathenau, zunächst zurückhaltend, hatte schließlich erklärt, er freue sich sehr, daß Kessler mitkomme. Der allerdings meinte selbst: „Mein Eindruck war, daß er sich nicht gerade besonders freute."[43] Kessler war so im wesentlichen als privater Beobachter in Genua, der bisweilen zu Sondierungsgesprächen am Rande herangezogen wurde, weil er nun einmal fast alle Anwesenden kannte: Neurath, Maltzan, Prittwitz, François-Poncet, Hilferding, Joffe, Krassin. Doch an den entscheidenden Ereignissen hatte er keinen Anteil. Der Rapallovertrag kam für ihn so überraschend wie für alle außenstehenden Beobachter. Bestenfalls spielte er eine kleine Rolle bei den Versuchen der deutschen Delegation, zwischen Briten und Russen zu vermitteln[44].

---

40 Grupp, Außenpolitik, S. 62f.

41 Kessler, Tagebücher, S. 265.

42 Ebenda, S. 241.

43 Ebenda, S. 288.

44 Zu Genua siehe Marbach, Tagebücher (68.447/19 und 20); Kessler, Tagebücher, S. 298–333 und Kessler, Schriften, Bd. III: Walther Rathenau, S. 290ff.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Mit der Besetzung des Ruhrgebiets durch französisches und belgisches Militär Anfang 1923 änderten sich Kesslers Beziehungen zum AA. Die Diplomatie war in eine Krise geraten. Traditionelle Vorgehensweisen griffen nicht mehr, es kam wieder die Stunde offiziöser und informeller Kontakte und damit die Kesslers. Mitte Januar, aus Paris kommend und vor der Weiterreise nach London, meldete er sich bei dem ihm persönlich bekannten Außenminister Rosenberg[45]. Aus diesem Ansatz entwickelte sich ein abgestimmtes Wechselspiel zwischen AA und Kessler, zwischen amtlicher Politik und flankierender privater Initiative. Eine wichtige Rolle spielte dabei Kesslers enge Beziehung zu Schubert – die beiden duzten sich –, der die für England und Amerika zuständige Abteilung III des AA leitete und zunehmend zur wichtigsten Figur im Amt wurde, wo er neben dem Staatssekretär Maltzan, der sich vor allem den Ostfragen widmete, quasi die – formell nicht existierende – Stelle eines Staatssekretärs für Westfragen einnahm.

Hinzu kam eine weitere strukturelle Voraussetzung: Der Botschafter in London Sthamer hatte sich nach der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu England unzweifelhafte Verdienste erworben. Allerdings stand er bisweilen in der Kritik, weil es ihm nicht immer gelang, über die oberen Ränge des Foreign Office hinaus zu Außen- und Premierminister vorzudringen, und weil es ihm an gesellschaftlichen Kontakten mangelte[46]. Schubert hatte daher seit längerem zur Ergänzung der offiziellen Berichterstattung auch auf private Korrespondenzen, besonders mit dem Botschaftsrat Dufour-Feronce, der über gute Verbindungen in der englischen Gesellschaft und Industrie verfügte, gesetzt, wobei Sthamer den Sinn dieser zweiten Schiene der Berichterstattung offenbar verstanden und sie toleriert hatte. Ein ähnliches Spiel ergab sich im März 1923, als das AA sich bemühte, England für eine Intervention in der Ruhrkrise zu gewinnen[47]. Während Sthamer die amtlichen Kontakte mit Premierminister Bonar Law und Außenminister Curzon pflegte, dort aber großer Zurückhaltung begegnete, wurde es Kesslers Aufgabe, seine Kontakte zur liberalen und sozialistischen Opposition einzusetzen, um über diese innenpolitischen Druck auf die konservative Regierung auszuüben. Kessler sprach mit den Führern der Liberalen und der Labourpartei, Asquith, John Simon und MacDonald, und entwickelte mit Dufour und Simon den Plan, über ein von Reichskanzler Cuno an Bonar Law zu richtendes Handschreiben oder über öffentliche Erklärungen Rosenbergs eine Unterhausdebatte über die Ruhrfrage zu provozieren, was schließlich auch gelang.

Angesichts der Gesamtlage reichte es nicht zu einem wirklichen Durchbruch, aber mit der Debatte im Unterhaus wurde immerhin ein kleiner taktischer Erfolg erzielt, ein erstes Schrittchen bei dem Bemühen, England für die deutsche Sache zu mobilisieren. Im AA war man zufrieden, Schubert hielt Kesslers Tätigkeit für „eine sehr wichtige Er-

---

45 ADAP, Ser. A, Bd. VII, Nr. 27; Marbach, Tagebücher (77.529/1).

46 Zur Kritik an Sthamer siehe u. a. ADAP, Ser. A, Bd. VII, Nr. 163, Anm. 4 sowie Kessler, Tagebücher, S. 384.

47 Zum folgenden: ADAP, Ser. A, Bd. VII, Nr. 116, 133, 149, 150, 163, 168 und 171 sowie PA, Handakten Direktoren, Schubert, Schriftverkehr E, Bd. 1 und 2 und Kessler, Tagebücher, S. 377–406.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gänzung der ganzen Sache"[48] und schrieb an Dufour, es sei gut, daß Kessler Anfang April nach Berlin komme: „Wir können dann auch für die Zukunft einiges mit ihm durchsprechen."[49] Zurück aus London wurde Kessler wegen seiner dort gewonnenen Erfahrungen zu den Beratungen über die deutschen Reparationsnoten vom 2. Mai und 7. Juni 1923 hinzugezogen[50]. In seinen Tagebüchern liest sich das, als habe er im Zentrum des Geschehens gestanden. Tatsächlich versuchte er zwar sehr energisch, Einfluß auf die Gestaltung der deutschen Außenpolitik zu nehmen, war letztlich im internen Kampf um die Formulierung dieser Politik[51] aber nur ein Element unter vielen, das bisweilen von den wichtigeren Akteuren eingesetzt wurde, um ihre eigene Position zu stärken. Das zeigte sich u. a., als er Ende Mai, im Zuge der Vorbereitung des deutschen Memorandums vom 7. Juni, erneut nach London geschickt wurde, um das weitere Vorgehen mit Sthamer zu besprechen. Der Reise gingen ausführliche Gespräche mit Rosenberg und Schubert voraus, wobei auffällt, daß deren Anweisungen sich z. T. widersprechen – Kessler sprach vom „doppelten Boden" seiner Instruktionen[52]. Es ist klar, daß Schubert und Maltzan ihn dazu benutzten, um über ihn und Sthamer in ihrem Sinne auf den eigenen Minister einzuwirken[53]. Bereits im Juni wurde Kessler dann erneut nach London gesandt, um in Fragen des passiven Widerstands und des Völkerbunds zu sondieren[54].

Am 11. Juli 1923 unterrichtete Schubert auch den Botschafter in Washington, Wiedfeldt. Kessler habe in den „vergangenen Wochen in unserem Einverständnis in London mit englischen Politikern aller Parteien über Gesamtkomplex Reparations- und Sicherheitsfrage erfolgreiche Besprechungen gehabt"[55]. Gleichzeitig wurde Wiedfeldt über eine neue Unternehmung Kesslers informiert. Als erster Deutscher war er nach Williamstown in den USA eingeladen worden, um bei der Sommertagung der dortigen American Academy of Political and Social Science neben Vertretern anderer Staaten

---

48 ADAP, Ser. A, Bd. VII, Nr. 150.

49 Ebenda, Nr. 171.

50 Marbach, Tagebücher (78.462/1); PA, Handakten Direktoren, Schubert, Schriftverkehr E, Bd. 5, bes. Aufzeichnung Schuberts vom 30. Mai mit Anlage; ADAP, Ser. A, Bd. VII, Bd. VIII, passim.

51 Siehe dazu Peter Krüger, Die Außenpolitik der Republik von Weimar, Darmstadt 1985, S. 203 f. Diese Arbeit auch ganz allgemein zum Hintergrund der hier angesprochenen Episoden; dort auch alle wesentliche weiterführende Literatur.

52 Marbach, Tagebücher (78.462/1), sehr ausführlich am 25. Mai.

53 Am 30. Mai notierte er einen Besuch bei Maltzan, „der mit sichtbarem Vergnügen vom beabsichtigten Staatsstreich Sthamers Kenntnis nahm. Er wollte, ich solle gleich morgen früh nach London zurückfahren, um die Botschaft dort scharf zu machen. Wir müßten hier durch grobe Telegramme von London gezwungen werden, vernünftige Vorschläge zu formulieren". Marbach, Tagebücher (78.462/1).

54 PA, Handakten Direktoren, Schubert, Schriftverkehr E, Bd. 6 und 7; für den Monat Juni weisen die Marbacher Tagebuchbestände eine Lücke auf; ADAP, Ser. A, Bd. VIII, Nr. 15, 16 und 19.

55 Telegramm Schuberts an Wiedfeldt Nr. 364, in: PA, Abt. III, USA, Pol. 26, Bd. 4. Übrigens hatte es im Entwurf des Telegramms zuerst geheißen, er habe „verhandelt"; der stets äußerst genaue Schubert hat dies eigenhändig korrigiert. Kessler konnte als Privatmann nicht verhandeln, wohl aber nützliche Besprechungen führen. Immerhin unterstreicht die zunächst gewählte Formulierung die Bedeutung der Tätigkeit Kesslers in London.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Vorlesungen zu halten. In den vorausgegangenen Monaten hatte sich allmählich herausgestellt, daß eine Lösung der europäischen Probleme ohne Eingreifen der USA kaum zu finden sein würde. Es galt daher, das noch zögernde Amerika zur Intervention zu bewegen und die amerikanische Öffentlichkeit zu gewinnen. Die Einladung an Kessler war daher hochwillkommen. Er reiste, wie sich dies angesichts der amerikanischen Mentalität empfahl, privat, doch stand das Amt der „Reise sympathisch gegenüber", ohne allerdings irgendeinen nachweisbaren Einfluß auf den Text der Kesslerschen Vorträge zu nehmen[56]. Dies hätte Kessler auch kaum hingenommen, doch war es auch nicht nötig, da man wußte, daß er bereit war, die Politik der Regierung nach außen hin loyal zu unterstützen. Er erhielt zudem von Cuno den Auftrag, die Reise zu politischen Kontakten zu nutzen, weshalb er in die Politik des Amtes voll eingeweiht wurde, wie Schubert an Wiedfeldt telegraphierte: „Graf Kessler ist über derzeitige politische Lage eingehend orientiert, daher keine Bedenken, wenn Sie ihm mittlerweile dort eingegangene Informationen über Veränderung der Lage mitteilen."

Alldem war ein bemerkenswertes internes Tauziehen vorausgegangen. Am 5. April 1923 hatte Kessler notiert, Hilferding habe ihn gefragt, ob er den Posten eines deutschen Vertreters in Paris oder Brüssel annehmen würde. „Ich sagte: Paris Nein, Brüssel unter Umständen ja, wenn ich dort positives zu leisten instand gesetzt würde durch die hiesige Politik u. wenn ich diesen Posten als Sprungbrett nach London betrachten könnte. Mein eigentlicher Boden sei London: für den dortigen Posten hielte ich mich, wenn Sthamer einmal ginge, wirklich für besonders und mehr als die meisten andern geeignet."[57] Offenbar glaubte er, von London aus die deutsche Außenpolitik in seinem Sinne, d. h. speziell in Richtung auf einen Völkerbundsbeitritt, beeinflussen zu können[58]. Rosenberg, Cuno und Stresemann neigten durchaus dazu, Kessler weiter in London zu verwenden; letzterer bat ihn sogar brieflich namens der Parteien um Verschiebung seiner Amerikapläne[59]. Ganz anders Schubert, der Kessler energisch zur Annahme der amerikanischen Einladung drängte[60]. Im ersten Halbjahr 1923 hatte das Amt Kessler als Trumpf eingesetzt, nun aber entwickelte er wohl zuviel Eigeninitiative und begann seinen persönlichen Draht bis hin zu Reichspräsident und Reichskanzler auszuspielen. Gegen diese Versuche zu direkter Einflußnahme setzte sich der bürokratische Apparat jedoch zur Wehr, drängte ihn höflich, aber dezidiert auf ein genehmeres Tätigkeitsfeld ab, wo sein Tatendrang nutzbringend eingesetzt werden konnte, ohne störend zu wirken. Kessler reiste also nach Amerika, und sein Auftritt in Williamstown wurde ein Erfolg. Er fand ein gutes Echo in der amerikanischen Presse, verdeutlichte den deutschen Standpunkt

---

56 Kesslers Vorträge sind publiziert in Harry Graf Kessler, Germany and Europe, New Haven 1923.

57 Marbach, Tagebücher (68.447/23); der Eintrag ist auf den 6. April datiert, muß aber wohl tatsächlich vom 5. April stammen.

58 Am 3. Juli drängte er Maltzan, nach der Note vom 7. Juni müsse als neuer Schritt die Bereitschaft zum Völkerbundseintritt zu erkennen gegeben werden. Maltzan hielt sich zurück. „Wie fast immer bei Maltzan führte das Gespräch nicht zu einem ganz klaren Ergebnis." Marbach, Tagebücher (78.462/2).

59 Marbach, A: Kessler (Briefe) (83.412/1): Brief Stresemanns an Kessler vom 22. Juni 1923.

60 Marbach, Tagebücher (78.462/2), 7. Juli.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

bei der amerikanischen politischen Führung und lieferte der deutschen Regierung nützliche Informationen für ihr weiteres Vorgehen[61].

Nach der Rückkehr aus Amerika versuchte er sofort, sich wieder in die deutsche Außenpolitik einzuschalten[62]. Zuerst in Paris und London, dann in Berlin führte er zahlreiche Gespräche, u. a. mit Schubert und Maltzan. Anfang Dezember arbeitete er an einer von ihm und Wiedfeldt vorgeschlagenen „Appell-Note", mit der Deutschland wegen der Rhein-Ruhr-Frage an die Alliierten herantreten sollte. Doch fand er mit seinen Initiativen kein rechtes Echo, vielmehr begegnete er diskretem, aber hinhaltendem Widerstand. Dieser Widerstand wurde Ende des Jahres ganz massiv, als Stresemann, nun Reichsminister des Auswärtigen, ihm am 22. Dezember 1923 ausdrücklich den Londoner Botschafterposten anbot[63]. Wieder war es Schubert, der sich dieser Ernennung widersetzte und sie erfolgreich sabotierte. Als Leiter der Englandabteilung konnte es ihm nicht gleichgültig sein, wenn sich an ihm vorbei ein privilegiertes Verhältnis zwischen Minister und Londoner Botschafter herausbilden würde, zumal sein Verhältnis zu Stresemann zu dieser Zeit noch nicht die spätere vertrauensvolle Qualität erreicht hatte. Ganz offensichtlich fürchtete er, daß dem Amt die Kontrolle über Kessler, der eben nicht in den Apparat integriert und diesem untergeordnet war, entgleiten könnte. Angesichts dieses Widerstandes[64] wich Kessler sichtlich enttäuscht auf eine weitere sechsmonatige Propagandatour quer durch die USA aus. Die Reise war ein rein privates Unternehmen, nicht mehr mit dem Amt abgestimmt, und verlief weniger erfolgreich[65].

Nachdem Kessler derart in die Schranken verwiesen worden war, war er dem AA als Gelegenheitshelfer jedoch auch weiterhin willkommen; und als im Zusammenhang mit der Sicherheits- und Entwaffnungsfrage der Völkerbund in der deutschen Außenpolitik größeres Gewicht zu gewinnen begann, wurde er auch wieder sehr direkt in deren Dienst gestellt[66]. MacDonald, nun britischer Premierminister, bat Reichskanzler Marx im Anschluß an die Londoner Daweskonferenz im Sommer 1924, einen Verbindungsmann zur bevorstehenden Völkerbundsversammlung nach Genf zu entsenden. Es über-

---

61 Berichte über die Tagung, Kesslers Auftreten und seine Gespräche am Rande in: PA, Abt. III, USA, Pol. 26, Bd. 4 u. 5; ADAP, Ser. A, Bd. VIII, Nr. 89.

62 Hierzu und zum folgenden Marbach, Tagebücher (78.462/3 und 4).

63 Ebenda (78.462/4), 22. Dezember 1923.

64 Am 25. Dezember notierte er über ein Gespräch mit Georg Bernhard: „Bernhard meinte, bisher schicke mich das AA immer dorthin, wo irgendwelche Dornen abzupflücken seien, und wenn ich die Dornen entfernt hätte, setze sich ein anderer in die Rosenbüsche und freue sich über die wunderbaren dornenfreien Rosen. Im Amte sei eine kaum glaubliche Hetz- und Verleumdungskampagne gegen mich dauernd im Gange. Man arbeite mit den niedrigsten persönlichen Verdächtigungen. Im übrigen sei der eigentliche Staatssekretär jetzt Schubert, der Maltzan geistig beherrsche, weil Maltzan nicht arbeite, während Schubert sehr fleißig sei." Marbach, Tagebücher (78.462/4).

65 Material in: PA, Abt. III, USA, Pol. 26, Bd. 5.

66 Zum folgenden: AdRK, Die Kabinette Marx I und II, 30. November 1923 bis 3. Juni 1924, 3. Juni 1924 bis 15. Januar 1925, bearb. v. Günter Abramowski, Boppard a. Rh. 1973, Nr. 295, 298 und 304 a, b; Gustav Stresemann, Vermächtnis, 3 Bde., hrsg. v. Henry Bernhard, Berlin 1932, Bd. I, S. 562 und 570 ff. Umfangreiches Aktenmaterial in: PA, Büro RM, 46, Bd. 2; Büro Staatssekretär (St. S.), Vögen, Bd. 2; Referat Völkerbund, Deutschland, Bd. 7.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

rascht nicht, daß die Wahl auf Kessler fiel: Er kannte die deutschen und englischen Hauptakteure, hatte gute Kontakte zu den in Genf vertretenen Kreisen, war bekannt als Verfechter des Völkerbunds und hatte bereits im Vorjahr erfolgreich mit dem AA zusammengearbeitet.

Anders als bei den vorangegangenen Missionen aber gab es in Genf Ärger. In London 1923 hatte bis auf Kleinigkeiten die Zusammenarbeit gut geklappt; vor allem hatte Sthamer Verständnis gezeigt und sich nicht in seiner Ehre gekränkt gefühlt. Bei Kesslers Amerikareise waren schon einige Unstimmigkeiten aufgetaucht. Da möglichst breite Presseberichterstattung angestrebt wurde, war es nicht möglich gewesen, strikte Kontrolle nach außen zu üben, und so verursachte eine Pressemeldung über angebliche Äußerungen Kesslers zur Kriegsschuldfrage einige Aufregung. Obwohl es ihm gelang, den Sachverhalt rasch zurechtzurücken[67], war klar, daß man sich auf dünnem Eis bewegte. Die nationale Opposition warf AA und Regierung regelmäßig vor, in der Kriegsschuldfrage zu lasch zu sein, und die Zusammenarbeit mit Kessler, der zwar die Alleinschuld Deutschlands strikt zurückwies, aber auch meinte, „wenn man versucht, Deutschland als das einzige weiße Lamm ohne jede Verantwortung hinzustellen", bliebe man besser zu Hause, mußte das Amt noch stärker in die Schußlinie bringen. Wirkliche Probleme gab es dann bei Kesslers Auftritt in Genf, wo erstmals ernsthaft über den deutschen Beitritt zum Völkerbund gesprochen wurde und die Aufmerksamkeit entsprechend groß war. Die rechte Presse fragte, was der „sattsam bekannte Pazifist Graf Kessler" in Genf eigentlich mache, und auch der Minister geriet in die Zwickmühle: Einerseits mußte er durch das AA dementieren lassen, daß Kessler als offizieller Beobachter in Genf wäre, andererseits konnte er aber nicht zulassen, daß dieser zu sehr desavouiert würde, da MacDonald und die Völkerbundskreise dies falsch auslegen könnten. Stresemann sah sich deshalb gezwungen, Kesslers Stellung in einem Brief an den Generalsekretär des Völkerbunds zu erläutern, den Sachverhalt gegenüber dem deutschen Gesandten in Bern, Müller, darzulegen und im Kabinett die Wahl Kesslers zu rechtfertigen[68].

Die bereits im Vorjahr aufgetauchten Differenzen mit dem zuständigen Referenten Bülow über die dem Völkerbund gegenüber zu verfolgende Politik wiederholten sich, gewannen nun jedoch größere Bedeutung, da es sich nicht mehr um ganz unverbindliche Sondierungen handelte. Schließlich bestanden auch zwischen Kessler und Müller Meinungsverschiedenheiten, so daß der amtliche Vertreter in Bern und der offiziöse Abgesandte in Genf nicht vertrauensvoll kooperierten. Müller stand der Einschaltung Kesslers nicht so verständnisvoll gegenüber wie Sthamer; außerdem vertrat er hinsichtlich der Bedingungen für Deutschlands Völkerbundsbeitritt eine wesentlich zurückhaltendere Linie als Kessler, der im Vertrauen auf seine inoffiziellen Gesprächspartner auch

[67] Telegramm Maltzans Nr. 398 vom 11. August 1923 an die Botschaft in Washington; Bericht Wiedfeldt K. Nr. 856 vom 16. August mit Brief Kesslers an Dieckhoff vom 14. August; Kessler an Schubert am 14. August; alles in: PA, Abt. III, USA, Pol. 26, Bd. 4.

[68] AdRK, Kabinette Marx, Nr. 304 a und b; Stresemann, Vermächtnis, Bd. I, S. 570 ff. (Brief Stresemanns an Müller vom 29. September 1924); dazu PA, Referat Völkerbund, Deutschland, Bd. 7.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ohne festverbindliche Zusage der Gegenseite auf den Beitritt drängte[69]. Es zeigte sich ein ganzes Spektrum von Problemen, die sich bei der Verwendung offiziöser Abgesandter ergeben können, und es war klar, daß solcher Wirbel auf Dauer den Einsatz Kesslers als „Paralleldiplomat" unmöglich machen würde. Die Genfer Begleitumstände haben denn wohl auch stark dazu beigetragen, daß Kessler fortan nicht mehr zu wichtigeren vertraulichen Missionen herangezogen wurde.

Dies gilt auch für die deutsche Sicherheitsinitiative Anfang 1925, die Ende des Jahres zu den Locarnoverträgen führen sollte. Kessler erhielt bei Gesprächen in der Botschaft in London durch Zufall Kenntnis von dem deutschen Vorstoß[70]. Doch zog man ihn diesmal für die Sondierung nicht hinzu. Wenn Schubert und Gaus ihn am 19. Februar ausführlich über die deutsche Politik informierten, so geschah dies lediglich, damit er dieser bei seiner seit langem geplanten Vortragsreise in England nicht in die Quere käme. Schubert habe betont, so Kessler in seinem Tagebuch: „Es läge aber viel daran, daß ich diesmal in England nicht irgendwie als Emissär der deutschen Regierung angesehen werde, denn es seien sehr delikate Verhandlungen mit der englischen Regierung über ‚Sicherheit' usw. in Gange u. die englische Regierung könnte es sehr übelnehmen, wenn sie vermutete, daß die deutsche Regierung nun durch mich ihre Leute hintenherum beeinflussen ließe." Anders als 1923 war jetzt, da nach Beilegung der Ruhrkrise die normalen Instrumente der Diplomatie wieder griffen, die Vermittlertätigkeit Kesslers nicht mehr nötig. Man hatte keinen Bedarf mehr für ihn; auch nicht im Januar 1926, als er sich vergeblich um einen Posten in der deutschen Völkerbundsdelegation bemühte[71].

Nur noch einmal, im November 1929, arbeitete er mit dem AA in einer diplomatischen Aktion zusammen, doch wirkte diese Episode bereits wie ein Abgesang. Es ging um die Frage der Freigabe der Überschüsse aus der Liquidation deutschen Eigentums in England im Kontext des Youngplans[72]. Kessler hoffte, im persönlichen Gespräch mit dem ihm bekannten Schatzkanzler Snowden einen Durchbruch erzielen zu können, wobei nicht übersehen werden darf, daß er auch persönlich an der Frage interessiert war, da sein Erbe mütterlicherseits in England einst beschlagnahmt worden und er seit Mitte der zwanziger Jahre in für ihn ganz ungewohnte finanzielle Schwierigkeiten geraten war. Im AA ließ man Kessler den Versuch bei Snowden unternehmen, wobei die einen meinten, es könne ja nichts schaden, während die anderen die Initiative von vornherein

---

69 Telegramm Müllers Nr. 196 vom 7. September 1924 an das AA, in: PA, Büro St. S., G, Bd. 1: „Hatte heute Unterredung mit Kessler, dem ich dringend Mäßigung und Zurückhaltung bezüglich Eintrittsfrage anriet; ich gewann Eindruck, daß er und andere eher verwirrend als fördernd wirkende Persönlichkeiten unverbindlichen Äußerungen von allen möglichen aufgesuchten Personen zu großen Wert beilegen, und hege Vertrauen, daß in Berlin ohne genaue vorherige diplomatische Erkundung bezüglich festen Ratssitz bindende Beschlüsse nicht gefaßt werden."

70 Hierzu und zum folgenden: Marbach, Tagebücher (68.447/24).

71 Kessler, Tagebücher, S. 474 f. und 507.

72 Hierzu Marbach, Tagebücher (68.447/31); Kessler, Tagebücher, S. 632 ff.; AdRK, Das Kabinett Müller II, 28. Juni 1928 bis 27. März 1930, bearb. v. Martin Vogt, Boppard a. Rh. 1970, Nr. 344, 361, 367, 369, 388 und 400; ADAP, Ser. B, Bd. XIII, Nr. 118, 131, 141, 144, 146 und 160. Siehe auch das Material in: PA, Abt. III, England, Recht 19-1, Bd. 6.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

für eher schädlich hielten. Das Unternehmen scheiterte und endete besonders peinlich dadurch, daß englischerseits Indiskretionen in die Presse lanciert wurden, die Kessler in so schlechtem Licht erscheinen ließen, daß das Amt sich schließlich auch noch um seine Rehabilitierung bemühen mußte. Der Londoner Botschaftsrat Dieckhoff kritisierte die Mission Kesslers in harscher Weise und meinte, man solle mit der „unglücklichen Methode" halbamtlicher Spezial- und Nebenunterhändler endlich einmal brechen[73]. Kesslers „diplomatische Karriere" endete also mit einem eklatanten Mißerfolg, und fortan war er nur mehr passiver und zunehmend weniger engagierter Beobachter. In den Akten des AA tauchte er danach nur noch als von der Gestapo überwachter Emigrant auf[74].

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß Kessler zwar kein „Karrierediplomat" war, daß er aber sehr wohl eine Rolle in der deutschen Diplomatie spielte und zuweilen wichtigere Funktionen übernahm als so mancher Durchschnittsdiplomat, der sein ganzes Berufsleben im Auswärtigen Dienst zubrachte. Kessler trat besonders in Krisen- und Umbruchszeiten hervor: im Weltkrieg, in der unmittelbaren Nachkriegszeit, in der Ruhrkrise – in Zeiten also, da die Kompetenzverhältnisse unklar waren, oder in Situationen, in denen das AA mit neuen Aufgaben konfrontiert wurde, für die es nicht vorbereitet war und in denen die vorhandenen Strukturen versagten: Kulturpropaganda, offiziöse Sondierungen, Anbahnung neuer Kontakte. Kessler übernahm hier Aushilfsfunktionen in Ausnahmemomenten. Allerdings war sein Ehrgeiz auf höhere Ziele gerichtet gewesen. Er hätte nicht nur an der Umsetzung der deutschen Außenpolitik teilnehmen, sondern diese auch mitformulieren und mitbestimmen wollen. Dies erreichte er nicht, da sich der bürokratische Apparat dagegen wehrte, den Außenseiter abblockte und in seine Schranken verwies. Der Apparat bediente sich Kesslers, nicht er des Apparats[75]. Deshalb blieb der Einfluß Kesslers auf die Gestaltung der deutschen Außenpolitik letztlich nur gering, worüber die bloße Lektüre seiner Tagebücher leicht hinwegtäuschen könnte. Gerade diese Tagebücher aber sind ein unschätzbares Zeugnis für jeden, der sich mit der deutschen Außenpolitik dieser Zeit befaßt. Denn Kessler pflegte seine Beziehungen zur Diplomatie stets auf höchster Ebene und im persönlichen Umgang mit Spitzenpolitikern und Spitzenbeamten, die ihm vertrauten und ihn oft ins Vertrauen zogen, da sie sich seiner Diskretion sicher sein konnten, und er führte über alle Begegnungen und Gespräche minutiös Buch. Dabei ist sehr viel über die Mechanismen der deutschen Außenpolitik, über Charaktere, Verhaltensweisen und Vorstellungen führender Persönlichkeiten zu lernen, über das Innenleben der Behörde und die dort herrschende Atmosphäre, wie dies so direkt aus dem amtlichen Aktenmaterial nie zu erfahren wäre. War Kessler als Diplomat auch nur einer unter vielen, so bleibt er als Beobachter und Zeitzeuge eine Gestalt allerersten Ranges.

---

[73] ADAP, Ser. B, Bd. XIII, Nr. 144.

[74] PA, Referat Deutschland, Inland II A/B, 83–75, Bd. 6.

[75] Zur Interpretation des Verhältnisses Kesslers zum AA siehe den in Anm. 2 genannten Beitrag des Verfassers.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Kritik

ECKHARD HÜBNER

NEUES LICHT AUF DIE SOWJETISCHE AUSSENPOLITIK VOR DEM ZWEITEN WELTKRIEG?

Zum Aufsatz von Ivan Pfaff „Stalins Strategie der Sowjetisierung Mitteleuropas 1935–1938. Das Beispiel Tschechoslowakei"

Die sowjetische Außenpolitik der Zwischenkriegszeit bietet immer noch einen breiten Interpretationsspielraum. Dies liegt z. T. an fehlendem bzw. unvollständigem Archivmaterial sowjetischer Provenienz, z. T. an der bewußt praktizierten Zweigleisigkeit der sowjetischen Politik, die sich zum einen auf den Schienen der Weltrevolution bewegte und zum anderen die konventionelle Diplomatie pflegte, z. T. an der ideologischen Voreingenommenheit bzw. Gebundenheit der Interpreten. Hinlänglich bekannt sind in dieser Hinsicht die Analysen marxistischer Historiker, die von einem durchgängigen Eintreten der Sowjetunion „für die friedliche Koexistenz von Staaten mit unterschiedlichen Gesellschaftssystemen" und von einem nimmermüden Kampf „gegen imperialistische Aggressionen" sprechen[1]. Die neuere westliche Forschung zur sowjetischen Außenpolitik hat demgegenüber versucht, ein differenzierteres Bild der sowjetischen Außenpolitik zu entwerfen, Kontinuitäten, Veränderungen und Brüche zu erklären und zu einer quellenmäßig abgesicherten Beurteilung der sowjetischen Außenpolitik zu gelangen[2].

Demgegenüber stellt die jüngste Veröffentlichung des tschechoslowakischen Historikers Ivan Pfaff, die vor geraumer Zeit in dieser Zeitschrift publiziert wurde, nach meinem Dafürhalten einen Rückschritt dar. Bereits der Titel des Aufsatzes „Stalins Strategie der Sowjetisierung Mitteleuropas 1935–1938. Das Beispiel Tschechoslowakei"[3] läßt aufhorchen und zugleich eine erste Frage auftauchen: Bezeichnet nicht der Terminus „Sowjetisierung" ein zeitlich wie inhaltlich fest umrissenes Phänomen, nämlich die Ausdehnung der sowjetischen Einflußsphäre auf die Staaten Ostmitteleuropas und die Installierung kommunistischer, von Moskau abhängiger Regierungen, die in den Jahren

[1] Geschichte der sowjetischen Außenpolitik, 1. Teil: 1917 bis 1945, hrsg. v. Boris N. Ponomarev, Berlin 1969, S. 17.

[2] Immer noch vorbildlich: Osteuropa-Handbuch, Sowjetunion, Außenpolitik 1917–1955, hrsg. v. Dietrich Geyer, Köln/Wien 1972. Dieser Beitrag stützt sich in vielfacher Hinsicht auf die Ausführungen von Dietrich Geyer und Hans-Adolf Jacobsen. Außerdem: Haslam, Jonathan, The Soviet Union and the Struggle for Collective Security in Europe, 1933–39, London 1984; Hochman, Jiri, The Soviet Union and the Failure of Collective Security, 1934–38, Ithaca/London 1984.

[3] In: VfZ 38 (1990), S. 543–587. Die Seitenzahlen im Text beziehen sich auf diesen Aufsatz.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

1944–1949 durchgeführt wurde? Und: Läßt sich dieser Terminus tatsächlich auch auf die sowjetische Mitteleuropapolitik in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre ausdehnen[4]? Bei der Lektüre des Pfaff-Aufsatzes ergaben sich zahlreiche weitere Fragen, Einwände und Kritikpunkte, es entstand schließlich ein Bedürfnis nach Richtigstellung. Diesem soll im folgenden Rechnung getragen werden[5].

Pfaff geht es in seinen Ausführungen darum nachzuweisen, daß die Sowjetunion während der gesamten Zwischenkriegszeit eine konstante außenpolitische Linie verfolgt habe, deren Ziel es gewesen sei, in den Ländern Mitteleuropas Gesellschafts- und Regierungssysteme nach sowjetischem Vorbild einzurichten. Es habe keinerlei Modifikation der sowjetischen Strategie gegeben, diese sei durchgängig auf „Sowjetisierung" ausgerichtet gewesen. Seine Auffassung belegt Pfaff mit einer Vielzahl von Zitaten, die teils aus bereits publizierten Quellen, teils aus von ihm bearbeitetem Archivmaterial stammen. Er legt damit, so scheint es, eine aus der Primärliteratur erarbeitete Darstellung zur sowjetischen Außenpolitik in den dreißiger Jahren vor.

Die in dem Aufsatz enthaltene Neubewertung der sowjetischen Politik ist allerdings derart gravierend, daß man sich unwillkürlich fragt, ob denn eine ganze Historikergeneration die – publizierten – Quellen übersehen oder mißinterpretiert hat. Ein etwas genauerer Blick in die von Pfaff angeführten Dokumente offenbart jedoch etwas völlig anderes, nämlich eine sinnentstellende Auswahl von Textstellen und einen äußerst leichtfertigen Umgang mit Zitaten. Bevor diese Vorwürfe konkretisiert werden sollen, sind einige grundsätzliche Bemerkungen zu Pfaffs Umgang mit der Primär- und Sekundärliteratur angebracht (Diese Bemerkungen können sich nur auf die überprüfbaren Angaben beziehen. In den Fällen, in denen Pfaff sich auf Archivmaterialien stützt bzw. daraus zitiert, ist eine Verifikation nicht zu leisten; aufgrund des wenig zufriedenstellenden Umgangs mit den publizierten Quellen scheint jedoch auch in diesen Fällen ein gehöriges Maß an Skepsis angebracht.): Um einen Sachverhalt zu belegen, der in einem einzigen Satz dargestellt wird, sollte man nicht auf ein 204 Seiten starkes Werk verweisen[6]. Irreführend ist es, sich auf eine Darstellung zu beziehen, wenn dort mit keinem Wort der angesprochene Sachverhalt weiter ausgeführt wird[7]. Daß bei der Angabe von Daten und Seiten einmal ein Versehen unterlaufen kann, ist verständlich; die Häufung derartiger

---

[4] Zur problembehafteten Periodisierung mittels des Begriffs „Sowjetisierung" hat sich jüngst geäußert: Reiman, Michal, „Sowjetisierung" und nationale Eigenart in Ostmittel- und Südosteuropa. Zu Problem- und Forschungsstand, in: Sowjetisches Modell und nationale Prägung, hrsg. v. Hans Lemberg, Marburg 1991, S. 3–9.

[5] Neben der sowjetischen Außenpolitik behandelt Pfaff in seinem Aufsatz auch die Politik der tschechoslowakischen Regierung während des Jahres 1938. Dabei steht er vor allem dem Verhalten des tschechoslowakischen Staatspräsidenten Bene;s betont kritisch gegenüber. In dieser Replik wird auf eine Auseinandersetzung mit den diesbezüglichen Thesen Pfaffs verzichtet.

[6] S. 557, Anm. 64; ähnlich in den nächsten Anmerkungen und in Anm. 113.

[7] Pfaff schreibt (S. 558, Anm. 74): „Über Molotows scharf antifranzösische Rede auf der Sitzung des Obersten Sowjet am 19. 1. 1938 vgl. Boris Celovsky, Das Münchener Abkommen 1938, Stuttgart 1958, S. 36." Bei Celovsky heißt es: „Molotows scharfe antifranzösische Rede sowie (. . .) waren zweifellos an Frankreich und Großbritannien gerichtet." Celovsky geht also mit keinem Wort auf den Inhalt der Rede Molotovs ein.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Lapsus[8] läßt auf fehlende Sorgfalt schließen. Wesentlich bedenklicher stimmt, daß Zitate nicht exakt mit dem Text in der angegebenen Fundstelle übereinstimmen[9]. Nicht mehr akzeptabel ist es, wenn in manchen Belegstellen der angesprochene Inhalt gar nicht aufzufinden ist[10]. Ebensowenig hinnehmbar ist es schließlich, wenn Zitate und Paraphrasen derart aus dem Zusammenhang gerissen werden, daß ein völlig anderes Bild entsteht als in der Quelle. Dieser Vorwurf soll anhand einiger Beispiele, die gleichzeitig Pfaffs Sowjetisierungs-These korrigieren werden, ausführlicher belegt werden.

Pfaff beschäftigt sich in aller Ausführlichkeit mit einer sechzehnzeiligen Gestapo-Aufzeichnung vom 10. November 1937, die von ihm als „sorgfältig ausgearbeitetes, konkretes Sowjetisierungsprogramm" (S. 555) bezeichnet wird. In diesem Dokument wird über eine Rede des sowjetischen Kriegskommissars Vorošilov berichtet, die eine Beschreibung der Ziele und Methoden der sowjetischen Eroberung Mittel- und Westeuropas enthält. Zunächst werde die Rote Armee, so heißt es in dieser Aufzeichnung, „in nicht allzu ferner Zeit" (S. 583) in die ČSR eindringen, sodann das Proletariat in Österreich, Ungarn, Rumänien und Polen befreien und schließlich in Frankreich einmarschieren. Im Kriegsfall und zur Aufrichtung der Volksherrschaft sei es gerechtfertigt, jedes Mittel anzuwenden, das Erfolg verspreche.

Um diesem Dokument, dessen zweifelhafte Herkunft Pfaff selbst zugesteht (S. 555), mehr Authentizität und den Aussagen Vorošilovs einen höheren Grad an Wahrscheinlichkeit zu verleihen, zieht Pfaff weitere Quellen heran. Pfaff behauptet – was der Gestapo-Aufzeichnung nicht zu entnehmen ist –, daß Vorošilov die Sowjetisierung der ČSR mittels Mißbrauchs einer militärischen Hilfeleistung der Sowjetunion für die Tschechoslowakei oder mittels Umfunktionierung eines Verteidigungskrieges in einen Bürgerkrieg habe realisieren wollen. Der Plan, durch einen „halb auswärtigen Krieg", durch einen nach einem „Angriff von außen entfesselten Bürgerkrieg" (S. 555) den Umsturz in der Tschechoslowakei herbeiführen zu können, habe nachweisbar bereits im Ja-

---

8 Anm. 32, 36, 61, 87, 106, 132.

9 S. 544: „Die Entwicklung zur offenen faschistischen Diktatur", korrekt: „Die Errichtung der offenen faschistischen Diktatur". S. 545: „für die Macht der Räte, für ein Sowjetrußland", korrekt: „für die Macht der Räte, für ein Sowjetdeutschland". S. 551: „die Sowjetunion wünsche nicht, in den nächsten europäischen Konflikt verwickelt zu werden, sondern ‚trachte danach, die Rolle des Schiedsrichters in einem vom Krieg erschöpften Europa zu spielen'", korrekt: „Es [Rußland] will nicht in den kommenden europäischen Konflikt verwickelt werden. Es trachtet, gleich den Vereinigten Staaten im Jahre 1918, nach der Rolle des Schiedsrichters in einem Europa, das von einem erbarmungslosen Kriege erschöpft ist". S. 552: „In diesen Zusammenhang gehört auch die Bemerkung Edens gegenüber dem polnischen Außenminister Beck Anfang Oktober 1935, niemand wolle eine aus dem Chaos hervorgegangene ‚Herrschaft Stalins in Europa'", korrekt: „A cela, M. Eden a répliqué avec vivacité qu'il est conservateur et qu'il ne souhaite nullement l'événement en Europe du règne de M. Litvinov". Auf S. 564 zitiert Pfaff aus einem im Anhang seines Aufsatzes abgedruckten Protokoll. Ein Vergleich zwischen Text und Zitat offenbart eine Vielzahl von textlichen Veränderungen, nicht gekennzeichneten Auslassungen und eigenen Ergänzungen.

10 S. 551 die Titulescu-Äußerung; S. 563 die Nutznießer-These in den Aufzeichnungen Asthon-Gwatkins und Chilstons sowie Bonnets Kritik am Interesse des tschechoslowakischen Präsidenten an sowjetischer Hilfe; S. 565 die Suric-Rüge. Weitere Beispiele enthalten die folgenden Ausführungen.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nuar 1937 in Moskau existiert. Zur Bekräftigung seiner Behauptung zieht Pfaff in diesem Fall die Memoiren des amerikanischen Botschafters in Moskau Davies, heran, aus denen er auch die beiden obigen Zitate entnommen hat[11]. Abgesehen davon, daß Pfaff auch hier ungenau zitiert, geht es Davies um einen völlig anderen Zusammenhang: Der amerikanische Botschafter berichtet von einem Gespräch, das er mit Nejman, dem Leiter der Dritten Westlichen Politischen Abteilung des sowjetischen Außenministeriums[12], geführt habe. Während dieser Unterredung habe Nejman (nicht Davies!) folgende Bemerkung gemacht: „Er hätte kürzlich aus Quellen, denen er vertraue, vernommen, Deutschland teile die Kriege, in die es geraten könne, in zwei Kategorien ein: auswärtige und halb auswärtige. Die Naziführer und die militärischen Sachverständigen, so hiesse es, seien der Meinung, daß Deutschland nicht vor 1938 bereit sein würde, einen rein auswärtigen Krieg zu führen, das will sagen einen Krieg, in dem ein Angriff von aussen nicht eine innere Erhebung auslösen würde. Aber es könne ohne viel Gefahr einen halb auswärtigen Krieg riskieren, das heisst einen, in dem ein Angriff von aussen den Bürgerkrieg in dem betreffenden Lande entfesseln würde." Davies berichtet hier also von Überlegungen, die in Deutschland angestellt worden sein sollen. Mit keinem Wort findet sich bei Davies eine Bestätigung dafür, daß Nejman, Vorošilov oder irgendein anderer sowjetischer Politiker sich diese Auffassung zu eigen gemacht hat. Es ist deshalb unverständlich, wie Pfaff in der Davies-Aufzeichnung einen Nachweis für seine Behauptung, Vorošilovs Ausführungen offenbarten die expansiven Absichten der sowjetischen Politik, gefunden haben will.

Wenig später (S. 556) bemüht sich Pfaff, Vorošilovs Äußerung, man werde eine „Volksrepublik Frankreich" einrichten, durch andere Quellen zu untermauern. Er unterstellt erneut den Ausbruch eines mitteleuropäischen Krieges unter Beteiligung Frankreichs, den die Sowjetunion nutzen wolle, um „militärisch und machtpolitisch bis zum Ärmelkanal vorzurücken". Pfaff fährt dann fort: „Der Vorbereitung einer derartigen Operation sollte offenbar der sowjetische Plan dienen, im Kriegsfalle sowjetische Landtruppen in beträchtlicher Stärke nach Frankreich zu entsenden, den der Sowjetbotschafter in Paris, Potemkin, am 17. Februar 1937 im Quai d'Orsay überreichte". Überprüft man die Quellen (soweit sie greifbar waren), die Pfaff als Beleg für diesen sowjetischen Plan anführt[13], zeigt sich, daß die Fakten erneut unrichtig dargestellt werden. Bei den Gesprächen in Paris ging es u. a. um die Frage, auf welche Weise die Sowjetunion der ČSR bzw. Frankreich bei einem deutschen Angriff Hilfe leisten könne. Die sowjetische Antwort bestand aus zwei Teilen: Sollten Polen und Rumänien der sowjetischen Armee den Durchmarsch gestatten, werde die Sowjetunion alle verfügbaren Truppen zur Ver-

---

[11] Davies, Joseph E., Als USA-Botschafter in Moskau, Zürich 1943, S. 41 ff.

[12] Diese von Davies übernommene Angabe war nicht zu verifizieren. Crowley, Edward (The Soviet Diplomatic Corps 1917–1967, Metuchen 1970, S. 15) bezeichnet allerdings einen Ch. S. Vejnberg als Leiter dieser Abteilung im Jahre 1937.

[13] Gamelin, Maurice-Gustave, Servir, 3 Bde., Paris 1946–47, hier Bd. 2, S. 285ff. Les événements survenus en France de 1933 à 1945. Témoignages et documents, hrsg. v. Charles Serre, Bd. 9, Paris [1950], S. 2743.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

fügung stellen. Andernfalls müsse die sowjetische Hilfeleistung gezwungenermaßen geringer ausfallen („sera forcément limitée"). Die UdSSR könne in diesem Fall auf dem Meeresweg Truppen nach Frankreich sowie Luftstreitkräfte in die Tschechoslowakei und nach Frankreich entsenden. Das Ausmaß dieser Hilfe müsse durch ein besonderes Abkommen zwischen den beteiligten Staaten festgelegt werden.

Es ist also nirgendwo von Truppen in „beträchtlicher Stärke" die Rede, es bleibt Frankreich die Wahl über Art und Ausmaß der Hilfeleistung vorbehalten, vor allem aber handelt es sich hier um eine von Frankreich erbetene Präzisierung der sowjetischen Beistandsmöglichkeiten im Falle einer militärischen Auseinandersetzung. Daraus expansive Absichten der Sowjetunion gegenüber Frankreich ableiten zu wollen, ist abwegig. Pfaff allerdings geht noch weiter. Er behauptet, es sei die Absicht Moskaus gewesen, den Spanischen Bürgerkrieg auszunutzen, um in Katalonien eine Sowjetrepublik „als integralen Bestandteil der Sowjetunion" (S. 556) einzurichten! Der Beleg für diese Behauptung, ein im Bundesarchiv befindlicher Informationsbericht, war nicht zu überprüfen; daß Pfaff aus diesem Bericht einen Ausschnitt in Zitatform wiedergibt (S. 556, Anm. 60), reicht angesichts seines Umgangs mit den Quellen nicht aus, denn außer der Behauptung, es handele sich „keineswegs um das Produkt der Phantasie Berliner Antikommunisten" (S. 556), erfährt man nichts über Herkunft, Verfasser oder Zweck dieses Informationsberichts.

Überprüfbar sind aber diejenigen Quellen, die Pfaff wiederum heranzieht, um die aus dem Archivmaterial gewonnene Erkenntnis zu untermauern. Er beruft sich zunächst auf den amerikanischen Botschafter in Rom, Philips, der davon gesprochen habe, „daß Katalonien sich ‚zur schlimmsten kommunistischen Stelle mit unseligen Rückwirkungen auf sonstige Teile Europas' entwickeln werde. Es bestehe die Gefahr ‚eines kommunistischen Staates im Mittelmeer[!]', da die sowjetische militärische Präsenz in Spanien das Ziel verfolge, einen solchen Staat in Katalonien zu errichten" (S. 556). In der angegebenen Fundstelle[14] findet sich zunächst die sehr viel zurückhaltendere Bemerkung, „there is then the possibility that (. . .) Catalonia will become an intensely Communistic sore spot which will continue to develop unfortunate repercussions in other parts of Europe". Von sowjetischen Absichten, einen kommunistischen Staat in Katalonien zu errichten, ist in der Depesche keine Rede. Philips berichtet lediglich von einer Äußerung des italienischen Außenministers Ciano, daß Italien und Deutschland die Errichtung jedes kommunistischen Staates im Mittelmeergebiet verhindern würden. Ciano schenke aber einem Gerücht, daß mehrere tausend russische Soldaten auf dem Weg nach Barcelona seien, keinerlei Glauben.

Pfaff behauptet sodann (S. 556 f.), auch die amerikanischen Botschafter in Berlin und London hätten über „Vorbereitungen für die ‚Gründung eines Sowjetstaates im Mittelmeer'" sowie über Versuche zu berichten gewußt, „die Schaffung ‚eines unabhängigen katalonischen Staates' zu benutzen, um sich des neuen Staatsgebildes ganz zu bemächtigen". Aus Berlin kam aber lediglich die Nachricht, daß Italien keinesfalls „the estab-

[14] Foreign Relations of the United States (im folgenden FRUS) 1936, Bd. 2, Washington 1954, S. 544 f. und S. 548.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

lishment of a Soviet regime on the Mediterranean" hinnehmen könne[15], und der Londoner Botschafter berichtete von der persönlichen Meinung eines seiner Informanten, daß die beste Lösung für Spanien eine lockere Föderation halb-autonomer Staaten sei und „that there were indications that one reason the Catalonians declared their independence was so that they might be in a position to negotiate if necessary some such settlement for themselves"[16].

Nirgendwo findet die Behauptung, die UdSSR beabsichtige, eine Sowjetrepublik Katalonien als „integralen Bestandteil" in den eigenen Staat zu inkorporieren, ihre Bestätigung. Es reicht m. E. nicht aus, hier von einer Über- oder Fehlinterpretation zu sprechen. Pfaff wählt nicht nur willkürlich Zitate aus, er gibt sie nicht nur unvollständig wieder, und reißt sie nicht nur aus dem Zusammenhang, sondern er stellt sie bewußt in einen völlig anderen Kontext. In seinem Bemühen, einem anrüchigen Dokument ein größeres Maß an Glaubwürdigkeit und Seriosität zu verschaffen, scheut er nicht davor zurück, Quellen bis zur Unkenntlichkeit zu verstümmeln.

Ein ähnlicher Befund gilt für Pfaffs Darstellung einer Äußerung des tschechoslowakischen Staatspräsidenten Beneš, in der dieser erklärt haben soll, Deutschland beabsichtige, die UdSSR zu isolieren und daran anschließend eine deutsch-sowjetische Übereinkunft herbeizuführen, die eine Teilung Europas und die Zerstörung der Unabhängigkeit der Staaten Mitteleuropas zur Folge haben werde (S. 558). Pfaff entnimmt die Befürchtungen des tschechoslowakischen Staatspräsidenten einer Unterredung, die dieser im März 1938 mit dem amerikanischen Botschafter Carr geführt hat[17]. Er gibt den entscheidenden Abschnitt dieses Gesprächs in Anmerkung 73 als Zitat wieder. Kann die Paraphrase Pfaffs trotz einiger überzogener Formulierungen (von einer Teilung Europas ist in dem Zitat nicht die Rede) zunächst noch als akzeptabel gelten, so muß dieses Urteil nach einer Lektüre der Depesche Carrs revidiert werden, denn dort findet sich eine divergierende Aufzeichnung. Zur Verdeutlichung des Vorwurfs, Pfaff gehe mit Quellen nach eigenem Gutdünken um, seien die entsprechenden Passagen des Carr-Berichts und die „wortgetreue" Wiedergabe bei Pfaff einander gegenübergestellt:

Pfaff: „Germany is trying to isolate Russia from Western Europe. If it should succeed in doing so, it would promptly turn round and endeavour to enter in an agreement with Russia. If this should be attended with success, all Central Europe would be at the mercy of these two Powers and the independence of the several states of this area would cease to exist."

Carr: „He[Beneš] regards the maintenance of Franco-Czech relations with Russia a necessity to block Germany's efforts to isolate Russia and afterwards endeavor to effect a Russo-German agreement which if made would [threaten?][15] the independence of the Central European States and be highly injurious to the democratic powers."

---

15 Ebenda, S. 560.

16 Ebenda, S. 550f.

17 Ebenda, 1938, Bd. 1, Washington 1955, S. 30f.

18 Dieser Klammerausdruck befindet sich im Original.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Ähnlichkeiten sind zwar unverkennbar, Pfaff gibt der Beneš-Äußerung aber eine antisowjetische Komponente, die im Original nicht vorhanden ist. Beneš geht es in seinem Gespräch mit Carr ausschließlich um eine Einschätzung der künftigen deutschen Politik. Diese könne zu einer Bedrohung für die mitteleuropäischen Staaten und die demokratischen Mächte werden, falls es zu einer deutsch-russischen Verständigung komme. Auf expansive Absichten der Sowjetunion geht Beneš mit keinem Wort ein; es ist deshalb eine Fehlinterpretation, aus dieser Äußerung zu schließen, daß der tschechoslowakische Staatspräsident „die Eigenständigkeit Mitteleuropas nicht nur im deutschen, sondern auch im sowjetischen Meer versinken" sehe (S. 558).

Pfaff greift zur Unterstützung seiner Sowjetisierungsthese jeden Hinweis auf, der seine Auffassung auch nur andeutungsweise zu bestätigen scheint. So bemerkte der französische Premierminister Daladier im Mai 1938 während eines Privatgesprächs mit dem deutschen Botschafter[16], daß ein moderner Krieg „die völlige Zerstörung der europäischen Kultur bedeuten", daß in „die menschenleeren verödeten Kriegsgebiete (. . .) dann Kosaken- und Mongolenhorden einziehen" würden. Daladier äußerte sich hier „als alter französischer Frontkämpfer" ganz allgemein über die Schrecken eines Krieges in der Hoffnung, eine militärische Auseinandersetzung verhindern zu können. Die Sowjetunion erwähnte er während seiner Unterredung mit dem deutschen Botschafter mit keinem Wort. Pfaff hingegen leitet die (erneut nicht exakte) Wiedergabe des Daladier-Zitates mit der Bemerkung ein, sie sei auf die „sowjetische Unterstützung der Tschechoslowakei gegen Hitler" bezogen gewesen (S. 562).

Im Sommer 1938, als sich die Situation für die ČSR zuspitzte, herrschte eine weit verbreitete Ungewißheit über das Verhalten der Sowjetunion, insbesondere über die Frage, ob die UdSSR zu militärischem Beistand für die Tschechoslowakei im Falle eines deutschen Angriffs bereit sei. Pfaff zufolge waren sich westliche Beobachter zu dieser Zeit einig, „daß sowjetische Hilfe für die Tschechoslowakei mit deren Sowjetisierung identisch wäre" (S. 562). Er belegt seine Behauptung mit einigen Äußerungen westlicher Diplomaten, darunter des deutschen Botschafters Schulenburg[20]. Dieser habe „die deutliche Reduzierung der sowjetischen Hilfsbereitschaft mit dem Bestreben" begründet, „am Schluß des Krieges über eine ‚intakte Armee' zu verfügen" (S. 563). In der angegebenen Quelle ist aber weder von einer Verringerung des sowjetischen Hilfsangebots die Rede, noch stammen die Worte überhaupt von Schulenburg, sondern dieser gibt lediglich Äußerungen von französischen und englischen Botschaftsangehörigen wieder.

Die angeführten Beispiele belegen m. E. eindeutig, daß Pfaffs vermeintlich aus den Quellen erarbeitete Interpretation der sowjetischen Außenpolitik schon aufgrund seines bislang skizzierten Umgangs mit eben diesen Quellen äußerst anfechtbar ist. Selbst in den Passagen seines Aufsatzes aber, in denen Pfaff kein nachlässiger Umgang mit der Primärliteratur vorzuwerfen ist, scheint die Auswahl seiner Belegstellen und deren Deutung allzu einseitig ausgefallen zu sein. So dokumentiert Pfaff seine Auffassung, daß es über die gesamte Zwischenkriegszeit hinweg eine Kontinuität in der sowje-

[19] Akten zur deutschen auswärtigen Politik (ADAP), Ser. D, Bd. II, Baden-Baden 1950, S. 258.
[20] Ebenda, S. 503.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tischen Außenpolitik gegeben hat, für die Zeit bis 1936 hauptsächlich mit Zitaten, die Proklamationen der Kommunistischen Internationale (Komintern) entnommen sind. Nun ist es unbestritten, daß die Richtlinien der Komintern-Politik im wesentlichen in Moskau festgelegt wurden. Wird daraus aber die Schlußfolgerung gezogen, die sowjetische Außenpolitik lasse sich in erster Linie mittels Stellungnahmen der Komintern-Führung, Thesen ihres Exekutivkomitees (EKKI) und Manifesten einzelner kommunistischer Parteien darstellen, so handelt es sich um eine unzulässige Vereinfachung. Die Verschiedenheit der Ansprechpartner, der Ziele und der Methoden, die zwischen Komintern-Politik und sowjetischer Außenpolitik gegeben war, verbieten ein derartiges Vorgehen.

Pfaffs grundsätzliche Ausführungen zum Verhältnis von Komintern und Moskauer Staatsführung sind zudem widersprüchlich. Spricht er anfangs völlig zu Recht von der „Dualität", die zwischen der subversiven Tätigkeit der Komintern und der konventionellen russischen Diplomatie bestanden habe, die „der Sowjetführung eine außerordentliche Flexibilität und die Möglichkeit, zwischen Nahzielen und langfristigen Zielen zu unterscheiden", gegeben habe (S. 543), so unterstellt er wenig später (S. 546) eine politische Kongruenz („daß sich die Komintern – und mithin die Sowjetführung – bezüglich Deutschlands ganz verfehlten Erwartungen hingab"), um kurz darauf zu behaupten, Beschlüsse des Politbüros seien „für die Sowjetpolitik allein verbindlich" gewesen (S. 548). Letzteres ist zweifellos korrekt, nur verbietet es sich dann von selbst, mittels Erklärungen des EKKI angebliche Sowjetisierungspläne der Moskauer Regierung zu belegen.

Breiten Raum widmet Pfaff dem 7. Weltkongreß der Komintern (1935), der gemeinhin als Beginn einer neuen, unter dem Namen „Volksfront" bekannten Politik der Komintern angesehen wird[21]. Der Kampf gegen Faschismus und Krieg sollte jetzt gemeinsam mit bürgerlichen Organisationen und demokratischen Regierungen geführt werden. Sicherlich besaß auch dieses Konzept ein offensives, auf die Umgestaltung der bürgerlichen Demokratien abzielendes Element, doch stand dieses nicht im Vordergrund. Wenn man aber, wie Pfaff, nur diejenigen Erklärungen und Parolen, die „leidenschaftliche Sowjetisierungsbekenntnisse" (S. 547) enthalten, zur Kenntnis nimmt, wird man den historischen Realitäten kaum gerecht. Die Politik der Komintern war seit 1935 in erster Linie darauf ausgerichtet, eine weitere Stärkung faschistischer Kräfte sowie den Ausbruch eines Krieges zu verhindern.

Gleiches gilt für die sowjetische Außenpolitik. Ihre Aufgabe bestand Mitte der dreißiger Jahre darin, effektive Abschirmungsstrategien für das eigene Land zu entwickeln, die in der Lage waren, die innenpolitischen Umstrukturierungsprozesse nach außen hin abzusichern und gleichzeitig antisowjetischer Blockbildung vorzubeugen. Der Beitritt der UdSSR zum Völkerbund (1934), der Abschluß von Nichtangriffspakten mit den westlichen Nachbarstaaten sowie die Beistandsverträge mit Frankreich und der ČSR (1935) waren Bestandteile der vom sowjetischen Außenminister Litvinov verfolgten Politik der „kollektiven Sicherheit". Litvinov suchte die Zusammenarbeit

[21] Vgl. Carr, Edward H., The Twilight of Comintern, 1930–1935, New York 1982, S. 408–427.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

mit denjenigen Staaten, die ebenfalls an einer Erhaltung des territorialen Status quo interessiert waren, ihm ging es darum, die zunehmend expansive und aggressive Politik Deutschlands und Japans einzudämmen. Die sowjetische Außenpolitik besaß zwischen 1935 und 1938 einen durchweg defensiven Charakter.

Pfaff hingegen unterstellt der sowjetischen Politik nach 1935 andere, offensive Zielsetzungen. Als Beleg für seine Auffassung führt er einen Politbürobeschluß vom 8. August 1935 an, dessen bislang unbekannten Text er im Anhang veröffentlicht (S. 582 f.). Dieser Beschluß belegt nach Auffassung Pfaffs eindeutig, „daß von einer Abkehr Moskaus vom Sowjetisierungskurs gar keine Rede sein kann, daß die sowjetische Führung auch nach dem Sommer 1935 bestrebt blieb, in den mitteleuropäischen Staaten die Sowjetmacht zu errichten" (S. 548). Unterzieht man dieses Dokument jedoch einer unvoreingenommenen Analyse, so ergibt sich ein anderer Befund: Nach zustimmenden Äußerungen zu den Ergebnissen des Komintern-Weltkongresses, die in der Tat weltrevolutionäre Parolen enthalten und von Pfaff ausführlich zitiert werden, folgt der Schwerpunkt des Beschlusses, die Aufgabenzuteilung an das Weltproletariat, und diese ist rein defensiver Natur: Vermeidung eines Krieges, Unterstützung der bürgerlich-demokratischen Regierungen, Bildung einer mächtigen Staatenkoalition gegen Deutschland, Stärkung der Autorität des Völkerbundes, Unterstützung der regionalen Pakte zur gegenseitigen Hilfeleistung. Daß diese Ziele zweckbezogen waren, daß sie nur für eine bestimmte Zeit Gültigkeit besaßen und revidierbar waren, soll keineswegs geleugnet werden. 1935 aber, und auch in den folgenden Jahren, war dieser Zielkatalog auch die Handlungsmaxime für die sowjetische Außenpolitik[22].

Nun geht es Pfaff in seinem Aufsatz im wesentlichen um „Das Beispiel Tschechoslowakei", anhand dessen er die Moskauer Sowjetisierungspläne exemplarisch darstellen will. Unbestreitbar ist zunächst, daß die tschechoslowakische KP langfristig die bestehende Gesellschaftsform in der ČSR verändern wollte und daß sie sich dabei der Unterstützung der Komintern sicher sein konnte. Nochmals ist allerdings darauf hinzuweisen, daß sich in diesbezüglichen Absichtserklärungen und Zukunftsperspektiven häufig nur weltrevolutionäres Wunschdenken widerspiegelte, nicht aber die sowjetische Außenpolitik. Genau diese Verknüpfung allerdings stellt Pfaff her, wenn er den schon zitierten Vorošilov-Plan heranzieht, um „den wahren Kern und das Endziel dieser Aktivität [der] subversiven Kominterntätigkeit in der ČSR" (S. 554) aufzuspüren. Dieser methodische Ansatz kann nur in eine Sackgasse führen, er kann keine konkreten Aussagen über die Tätigkeit der KPČ erbringen. Deren Politik unterschied sich zwischen 1935 und 1938 nur unwesentlich von derjenigen anderer kommunistischer Parteien in Europa. Auch die KPČ trat jetzt staatserhaltend auf, sie suchte das Bündnis mit demokrati-

[22] Eine ähnliche aus dem Zusammenhang gerissene und damit die Zielrichtung mißdeutende Darstellung (S. 558 f.) gibt Pfaff hinsichtlich der sowjetischen Außenpolitik im Februar 1938, die Stalin in einer Replik auf einen Leserbrief erläuterte (Extracts from an open Letter by Stalin on the Position of the Soviet State in a Capitalist Encirclement, in: Soviet Documents on Foreign Policy, hrsg. v. Jane Degras, 3 Bde., London/New York/Toronto 1951–53, hier Bd. 3, S. 273ff. Pfaff gibt eine falsche Fundstelle an.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schen Kräften und wandte sich gegen eine gewaltsame Veränderung der bestehenden Staatsgrenzen[20]. Erst in der Endphase der Sudetenkrise, als es zu einer zunehmenden Destabilisierung der innertschechoslowakischen Verhältnisse kam, aktivierte die KPČ ihre revolutionäre Propaganda. Auf diese von Pfaff ausführlich geschilderten Vorgänge soll hier nicht näher eingegangen werden. Anzumerken bleibt aber, daß Pfaff die tatsächlichen Einflußmöglichkeiten der KPČ nicht hinterfragt, daß er eine kommunistische Machtübernahme für durchführbar hält, ohne die Frage des dafür notwendigen Machtpotentials zu problematisieren[21].

Einen weiteren Schwerpunkt der Darlegungen Pfaffs bildet, neben der Tätigkeit von KPČ und Komintern, die bereits einige Male gestreifte Frage, ob und wie die Sowjetunion der Tschechoslowakei Beistand für den Fall eines deutschen Angriffs leisten wollte. Über diese Problematik ist viel spekuliert und reflektiert worden, ohne daß bislang eine restlos zufriedenstellende Antwort gefunden worden wäre. Für Pfaff allerdings ist die Sachlage eindeutig: Eine Hilfeleistung zugunsten der demokratischen tschechoslowakischen Republik habe die Sowjetunion nie beabsichtigt, ein Eingreifen der Roten Armee wäre nur zugunsten einer „sowjetisierten" ČSR erfolgt, bzw. um eine „Sowjetisierung" herbeizuführen.

Die Problematik der sowjetischen Hilfeleistung für die ČSR ist vor dem Hintergrund des tschechoslowakisch-sowjetischen Beistandsvertrages vom 16. Mai 1935 zu sehen[22]. Darin war die Beistandsverpflichtung der UdSSR an ein vorheriges militärisches Eingreifen Frankreichs gekoppelt. Zudem gestattete das Fehlen einer gemeinsamen Grenze zwischen der ČSR und der Sowjetunion keine unmittelbare militärische Aktion der UdSSR; notwendige Voraussetzung dafür war die Zustimmung von seiten Polens und/oder Rumäniens zum Durchmarsch sowjetischer Truppen. Es hat zwischen 1935 und 1938 eine Reihe von Unterredungen französischer, tschechoslowakischer, polnischer, sowjetischer und rumänischer Politiker über diese Problematik gegeben; ihnen fehlte aber die Intensität, die nötig gewesen wäre, um zu einem im Sinne des sowjetisch-tschechoslowakischen Beistandsvertrages erfolgreichen Abschluß zu führen. Dies lag an der ablehnenden Haltung Polens und (etwas eingeschränkter) Rumäniens[23], sich in

---

[23] Vgl. Oschlies, Wolf, Die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei in der Ersten Tschechoslowakischen Republik (1918–1938), in: Die demokratisch-parlamentarische Struktur der Ersten Tschechoslowakischen Republik, hrsg. v. Karl Bosl, München/Wien 1975, S. 53–82, hier S. 78–81; ders., Die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei als politische Organisation 1920–1938, in: Die Erste Tschechoslowakische Republik als multinationaler Parteienstaat, hrsg. v. Karl Bosl, München/Wien 1979, S. 155–186, hier S. 180.

[24] Am Rande sei auf einen Widerspruch hingewiesen, der ein bezeichnendes Licht auf Pfaffs Darstellungsweise wirft: Nahezu im gleichen Atemzug (S. 554) bezeichnet Pfaff den Sommer 1937 als „Zeit der intensivsten Entfaltung der Kominterntätigkeit in der Tschechoslowakei", aber auch als den Beginn einer verstärkten Tätigkeit der Komintern („In der Tschechoslowakei selbst aktivierte die Komintern ihre Arbeit erst ab Sommer 1937").

[25] Text in: Die politisch-militärischen Pakte der Nachkriegszeit im Wortlaut, hrsg. v. Werner Berger, Erlangen 1936, S. 136–139.

[26] Die polnische Politik war während der gesamten Zwischenkriegszeit von einer antisowjetischen Komponente bestimmt. Regierung wie Öffentlichkeit lehnten jegliche Kooperation mit Moskau ab.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der Frage des Durchmarsches sowjetischer Truppen entgegenkommend zu zeigen, an dem im Westen verbreiteten Unbehagen, mit dem ideologischen Kontrahenten eine enge militärische Kooperation einzugehen, und an der Zurückhaltung der Sowjetunion, die sich nicht in eine einseitige Frontstellung gegen Deutschland hineindrängen lassen wollte.

Nach dem Anschluß Österreichs, mit dem die Bedrohung der ČSR trotz gegenteiliger deutscher Versicherungen massiv zugenommen hatte, gewann die Frage nach einer eventuellen Hilfeleistung der Sowjetunion für die Tschechoslowakei an Bedeutung. Es existieren eine Reihe von Stellungnahmen sowjetischer Politiker sowie von Gesprächsaufzeichnungen, in denen die UdSSR ihre fortbestehende Bereitschaft bekundete, im Rahmen der von ihr eingegangenen Verpflichtungen an einer Verteidigung der Tschechoslowakei mitzuwirken. Dies bedeutete im Klartext, daß erst nach einem französischen Eingreifen der casus foederis gegeben sei. Auf konkrete Fragen, wie sich denn eine sowjetische Hilfeleistung bewerkstelligen lassen werde, antwortete man eher ausweichend: Litvinov meinte, daß man „Mittel finden werde"[24], daß „sich schon ein Weg finden lassen würde"[25]. Es scheint aber, daß es sowohl von sowjetischer wie von französischer Seite Kontakte zu Rumänien gegeben hat, um auszuloten, ob ein wirksamer sowjetischer Beistand zu realisieren sei[26]. All diese Unterredungen blieben aber ergebnislos: Sie wurden von Frankreich nicht mit der notwendigen Energie vorangetrieben, sie wurden von Rumänien nur äußerst widerwillig und mit großem Vorbehalt geführt, sie besaßen für die Sowjetunion nur für den Fall Bedeutung, daß es zu einer umfassenden Anti-Hitler-Koalition kommen sollte. Trotzdem darf man nicht gänzlich über die Existenz derartiger Verhandlungen hinweggehen, wie dies bei Pfaff geschieht. Für ihn ist allein wichtig nachzuweisen, daß die Sowjetunion den Einsatz der Roten Armee zur Ausdehnung des eigenen Machtbereichs instrumentalisiert hätte.

Aus dieser Voreingenommenheit heraus ist es erklärlich, daß Pfaff die sowjetisch-französischen und die sowjetisch-tschechoslowakischen Kontakte, bei denen es um eine Präzisierung der sowjetischen Möglichkeiten, der ČSR Beistand zu leisten, ging, kaum erwähnt, dagegen ausführlich vermeintliche sowjetische Absichten, die Krise um die Tschechoslowakei auszunutzen, um militärisch gegen Polen vorzugehen, erörtert. Dabei unterstellt er sogar, daß „ein sowjetisches Vorgehen zur Okkupation Polens im Einvernehmen mit dem Dritten Reich" (S. 561) beabsichtigt gewesen sei. Abgesehen davon, daß Pfaffs Interpretation ausschließlich auf den Memoiren des französischen Gesandten in Moskau, Coulondre, basiert[27], verkennt er zweierlei: 1938 war die Sowjetunion bemüht, in Übereinstimmung mit den Status-quo-Mächten, d. h. in erster Linie

---

Das rumänisch-sowjetische Verhältnis war durch den Konflikt über Bessarabien, dessen Zugehörigkeit zu Rumänien die Sowjetunion nicht anerkennen wollte, belastet.

27 Documents on British Foreign Policy (im folgenden DBFP), Third Series, I, London 1949, S. 65.

28 ADAP, Ser. D, Bd. II, S. 184.

29 FRUS 1938, Bd. 1, S. 500–504 und S. 587; Documents Diplomatiques Français 1932–1939, 2ème Série (1936–1939), t. IX, Paris 1974, S. 672; Celovsky, S. 205.

30 Coulondre, Robert, Von Moskau nach Berlin 1936–1939, Bonn 1950, S. 221 f.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

mit England und Frankreich, aggressive Tendenzen in der internationalen Politik einzudämmen und nicht, sich an ihnen zu beteiligen. Zudem hätte ein militärisches Vorgehen gegen Polen genau den Effekt erbracht, den man vermeiden wollte: eine Isolation der Sowjetunion, verbunden mit der Gefahr, sich einer umfassenden antikommunistischen Koalition gegenüberzusehen.

Hinzu kommt eine weitere Unwägbarkeit: Besaß die Rote Armee Mitte 1938 überhaupt die Fähigkeit zu größeren Offensivoperationen? Diese Frage ist nicht nur hinsichtlich eines eventuellen sowjetischen Vorgehens gegen Polen von Bedeutung, sondern in noch größerem Maß in bezug auf eine sowjetische Unterstützung der ČSR. Konnte die Rote Armee zu dieser Zeit effektiv Beistand leisten bzw. war sie – folgt man Pfaffs Argumentation – in der Lage, die „Sowjetisierung" der Tschechoslowakei erfolgreich zu betreiben? Pfaff widmet dieser Problematik keinerlei Aufmerksamkeit, für ihn scheint festzustehen, daß die Schlagkraft der Roten Armee zur offensiven Kriegführung allemal ausreichend gewesen wäre (vgl. z. B. S. 556, 569, 574). Die Ergebnisse der „Säuberung" innerhalb der Roten Armee wie die Aussagen von zeitgenössischen Beobachtern lassen daran jedoch erhebliche Zweifel aufkommen. Zwischen 1937 und 1938 verlor die sowjetische Armee drei ihrer fünf Marschälle, alle elf Stellvertreter des Verteidigungskommissars sowie alle Kommandeure der Militärdistrikte. Die Befehlshaber von Luftwaffe und Flotte verschwanden ebenso wie 13 der 15 Armee- und 56 der 85 Korpskommandeure. Mehr als die Hälfte der Divisions- und Brigadebefehlshaber wurden ersetzt. 39% des Offizierskorps vom Obersten an abwärts sollen Stalins Willkür zum Opfer gefallen sein[28]. Auch wenn das ganze Ausmaß der „Säuberungen" den auswärtigen Diplomaten nicht bekannt gewesen sein wird, dürfte ihre Skepsis bezüglich der Möglichkeiten der Roten Armee auf diesen umfangreichen personellen Veränderungen basieren. In ihren Analysen wird die sowjetische Armee als nur bedingt kampfbereit geschildert, es werden erhebliche Zweifel an ihrer Fähigkeit zur offensiven Kriegführung geäußert[29]. Wenn diese Vermutungen zutreffen, und vieles spricht dafür, dann dürfte der Nutzen einer sowjetischen Hilfeleistung für die ČSR nur als sehr gering zu veranschlagen sein, dann dürfte die Sowjetführung schon aufgrund des Zustands der eigenen Armee zu einer Beteiligung an der Verteidigung der ČSR kaum bereit gewesen sein, vor allem aber wären dann alle militärischen Aktionen, ob in Spanien, Frankreich, Polen oder der Tschechoslowakei ein Hasardspiel gewesen, das der politischen Linie der sowjetischen Außenpolitik vollkommen widersprochen hätte.

Die Sowjetunion blieb im Spätsommer 1938 bekanntlich von einer Mitwirkung an den Gesprächen über die Sudetenkrise ausgeschlossen. Litvinovs diplomatische Aktionen stießen auf wenig Resonanz, über andere wirksame Einflußmöglichkeiten verfügte die Sowjetunion nicht. Pfaff allerdings meint, daß die Sowjetunion „auf dem Höhepunkt der Septemberkrise" versucht habe, „ihre Absicht zur Sowjetisierung der Tschechoslowakei

[31] Zahlen nach Erickson, John, The Soviet High Command. A Military-Political History 1918–1941, London 1962, S. 505 f. Vgl. auch Niedhart, Gottfried, Großbritannien und die Sowjetunion 1934–1939, München 1972, S. 56–60.

[32] DBFP, Third Series, I, S. 161 und S. 306; ADAP, Ser. D, Bd. II, S. 129.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

in die Tat umzusetzen" (S. 566). Er behauptet, ein „Schlüsseldokument" zu besitzen, das seine Deutung untermauere. Dabei handelt es sich um einen Bericht des deutschen Geschäftsträgers in Paris, Bräuer, vom 20. September 1938, den Pfaff in seinem Dokumentenanhang publiziert (S. 586 f.). In dieser Mitteilung gibt Bräuer die Aussagen eines Informanten über die Tätigkeit der Komintern in den letzten Wochen wieder. Allein dieser Hintergrund läßt Zweifel an der Berechtigung des Begriffs „Schlüsseldokument" aufkommen, denn Auskünfte aus dritter Hand und von einem Ort, der weit entfernt vom Geschehen lag, müßten eher mit äußerster Zurückhaltung interpretiert werden. Bräuers Informant berichtet von Aktivitäten des Generalsekretärs der Komintern, Dimitrov, der sich seit dem 14. September in Prag aufhalte und dort innerhalb der „ultranationalistischen Kreise" (S. 586) den Widerstand gegen jegliche Konzession in der sudetendeutschen Frage zu stärken suche. Dimitrovs Absicht sei es dabei nicht, das gegenwärtige politische System der Tschechoslowakei zu stabilisieren, sondern eine Situation zu schaffen, die es möglich mache, „das Weltrevolutionsprogramm der Komintern durchzuführen" (S. 587). Nach dem Einmarsch der Roten Armee in die ČSR solle ein Rätesystem eingeführt werden, „um den ersten starken Stützpunkt und zugleich eine Entfaltungsbasis des Sowjetsystems in Zentraleuropa zu schaffen" (S. 587).

Daß dieses Szenario eine gewisse Ähnlichkeit mit dem angeblichen Vorošilov-Plan aufweist, macht es nicht eben wahrscheinlicher. Zudem muß Pfaff selbst eingestehen, daß nicht einmal die Anwesenheit von Dimitrov in Prag als sicher gelten kann (S. 567, Anm. 112). Und schließlich ist der Zeitfaktor zu berücksichtigen: Wenn Dimitrov am 14. September 1938 in der tschechoslowakischen Hauptstadt eingetroffen sein soll, Bräuer aber bereits am 20. September über Dimitrovs Aktivitäten nach Berlin berichten konnte, so beschränkt sich Dimitrovs Wirkungsmöglichkeit auf maximal fünf Tage. Da er während dieser Zeit aber auch noch „zwischen der Tschechoslowakei und Polen hin und her" (S. 586) gependelt sein soll, ist unerklärlich, wie er auch nur ansatzweise seine weitreichenden Aktivitäten verwirklicht haben könnte. Pfaff allerdings fechten diese Unklarheiten und Widersprüche nicht an. Er behauptet schlichtweg, „daß ‚nur' das Ausbleiben des deutsch-tschechoslowakischen Krieges die Sowjetunion daran hinderte, den von Dimitroff ausgeklügelten Plan zu realisieren" (S. 567). Ein etwas kritischerer Umgang mit einem fragwürdigen Dokument wäre nicht nur an dieser Stelle wünschenswert gewesen.

Zuzustimmen ist Pfaffs Analyse der tschechoslowakischen Haltung in der Frage, ob eine ausschließliche Zusammenarbeit der ČSR mit der Sowjetunion der deutschen Aggression hätte Einhalt gebieten können. Beneš und die tschechoslowakische Regierung verneinten diese Möglichkeit. Ohne Unterstützung der Westmächte hatte nach ihrer Auffassung eine derartige Politik nur minimale Erfolgsaussichten, zumal man in Prag weder hinreichendes Vertrauen in die Zusagen der Sowjetführung noch in die militärische Schlagkraft der Roten Armee besaß. Zudem befürchtete man negative Auswirkungen auf die ohnehin schon labile innenpolitische Lage. Vor allem aber wollte man nicht den Anschein erwecken, als besäße Hitlers Vorwurf, die Tschechoslowakei sei ein „Flugzeugmutterschiff des Bolschewismus", auch nur ein Mindestmaß an Berechtigung. Aus alledem lassen sich aber beileibe keine Beweise für expansive Absichten der

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Sowjetunion konstruieren. Die Furcht der tschechoslowakischen Politiker basierte nicht auf Sowjetisierungsängsten, sie beruhte auf den zu erwartenden negativen Folgewirkungen für die Stellung der ČSR im internationalen System bei einer einseitigen Anlehnung an die Sowjetunion. Sowjetischer Beistand in Kooperation mit Frankreich oder im Rahmen einer multinationalen Aktion gegen Deutschland wäre für die ČSR durchaus akzeptabel gewesen. Die von Pfaff aufgeworfene Frage, ob die unter starkem Druck zustande gekommene tschechoslowakische Zustimmung zum Ultimatum der Westmächte vom 18. September 1938, das eine Abtretung des Sudetenlandes vorsah, „von der Sowjetisierungsgefahr mitbestimmt" (S. 567) gewesen sei, ist somit zu verneinen. Es waren, wie Pfaff auch selbst darlegt (S. 568), außen- bzw. machtpolitische Gründe, die die ČSR zum Nachgeben zwangen.

Pfaff nimmt allerdings den Gedanken einer „Realisierung sowjetischer Hilfe" (S. 574) wenig später wieder auf und versucht von einer vermeintlich weit verbreiteten Sowjetisierungsangst auf tatsächliche Moskauer Sowjetisierungsbestrebungen zu schließen. Dieser Ansatz durchzieht die Darstellung Pfaffs wie ein roter Faden. Es werden Zitate und Belege angehäuft, die in der Tat hervorragend geeignet sind, eine unter Diplomaten und Politikern verbreitete Furcht vor dem „bolschewistischen Rußland", vor dem „Ausbreiten der Revolution", vor dem „Vormarsch der Roten Armee" zu dokumentieren. Dieser Tatbestand ist indes seit langem bekannt. Er gilt für die gesamte Zwischenkriegszeit, wobei die von stark irrationalen Elementen beeinflußten Befürchtungen vieler Politiker in den Anfangsjahren der Sowjetherrschaft stärker ausgeprägt waren als in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre. Unbestreitbar ist auch, daß diese Ängste auf die Politikgestaltung vieler Staaten – in unterschiedlicher Form und Intensität – eingewirkt haben. Für die englische Politik hat Gottfried Niedhart diese Wechselwirkung in eindrucksvoller Weise herausgearbeitet[33].

Nun haben Impressionen, Einschätzungen, Befürchtungen und aus einem tief verwurzelten Antikommunismus herrührende Bewertungen zwar in der Imageologie einen berechtigt hohen Stellenwert, für die internationalen Beziehungen sind sie jedoch nur von eingeschränkter Bedeutung. Sie müssen in Beziehung gesetzt werden zu anderen außenpolitischen Dokumenten, ihre Aussagen sind kritisch zu hinterfragen, um ihren Wert bemessen zu können. Ansonsten kann es leicht zu einem Zirkelschluß kommen: Eine weit verbreitete Kommunistenfurcht unter westeuropäischen und amerikanischen Politikern schlägt sich in Gesandtenberichten, Memoiren und anderen Schriftstücken nieder, aus ihnen wiederum wird dann auf expansive Absichten der Sowjetunion geschlossen – ohne die genannten Quellen auf ihre Stichhaltigkeit zu überprüfen, ohne sie mit den außenpolitischen Gegebenheiten, mit den Gestaltungsmöglichkeiten und -absichten der sowjetischen Außenpolitik zu vergleichen. Bei Pfaff läßt sich genau diese Arbeitsweise feststellen. Eine der häufigsten von ihm gebrauchten sprachlichen Wendungen ist „Furcht vor", und mit diesen Befürchtungen werden dann die Sowjetisierungsabsichten der Moskauer Führung belegt. Selbst in den Fällen, in denen

[33] Niedhart, Großbritannien und die Sowjetunion, S. 60–66.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Pfaff behauptet, auf sowjetische Quellen zu rekurieren, widerlegt er sich selbst. So schreibt er z. B.: „In der letzten Woche der Septemberkrise taucht in sowjetischen Äußerungen immer häufiger ‚die spanische Variante' einer Verteidigung der Tschechoslowakei auf" (S. 573). Was Pfaff dann aber als Belege anführt, sind im wesentlichen Äußerungen von Beneš und Angehörigen des tschechoslowakischen diplomatischen Apparats, also eben keine authentischen sowjetischen Erklärungen.

Paradox mutet Pfaffs Argumentationsweise allerdings an, wenn er die Bemühungen sowjetischer Politiker, Befürchtungen unter westlichen Diplomaten über eine unaufrichtige Haltung der Sowjetunion zu zerstreuen, als Beleg für tatsächliche Moskauer Sowjetisierungsbestrebungen anführt (S. 566). Seitenlang dokumentiert Pfaff diese Bedrohungsängste; werden sie jedoch von der sowjetischen Diplomatie in ihre Politikgestaltung einbezogen, hält Pfaff dies für einen Hinweis darauf, daß eine konkrete Bedrohung tatsächlich vorgelegen hat.

Unterzieht man Pfaffs Quellenstudium einer zusammenfassenden Betrachtung, so ist zu konstatieren, daß er drei Arten von Quellen heranzieht, um seine Sowjetisierungsthese zu untermauern: Es handelt sich dabei um Erklärungen der Komintern bzw. einzelner kommunistischer Parteien, um Aussagen von Diplomaten und Politikern sowie um bislang nicht publizierte, aus verschiedenen Archiven stammende Dokumente, die Pfaff z. T. im Anhang zu seinem Aufsatz der Öffentlichkeit zugänglich macht. Dieses Spektrum hätte durchaus zu einer differenzierteren, die bisherige Sichtweise modifizierenden Darstellung der sowjetischen Außenpolitik führen können. Pfaff allerdings ist es m. E. nicht gelungen, neue Erkenntnisse vorzulegen, die einer Überprüfung standhalten. Seine Arbeitsweise stellt sich mir als methodisch unsauber dar, ihr mangelt es an der Fähigkeit zur Quellenkritik, die interpretatorischen Ergebnisse scheinen vorgegeben. Sollte diese letzte Behauptung zutreffen, dann ist zu fragen, welches Ziel Pfaff mit seinem Aufsatz letztendlich erreichen will.

Es finden sich über den gesamten Text verstreut einige Hinweise auf den eigentlichen Zweck, den Pfaff mit der Publizierung seines Aufsatzes zu verfolgen scheint. So heißt es über den 5. Komintern-Kongreß (1924), dieser habe „ein Signal im Hinblick auf die langfristigen Hoffnungen Moskaus: auf territoriale Ausdehnung der UdSSR nach Polen, der Tschechoslowakei und Rumänien, wie sie zwischen 1939 und 1945 realisiert werden sollte", gegeben (S. 544); das Dimitrov-Unternehmen wird als „konkreter Versuch" bezeichnet, „die Situation von 1945 vorwegzunehmen" (S. 567); die Politik der Sowjetunion und der KPČ unmittelbar vor dem Münchener Abkommen habe verdeutlicht: „Das Jahr 1945 bzw. 1948 war schon 1938 vorprogrammiert" (S. 576). Pfaff geht es also nicht nur darum, eine Kontinuität der sowjetischen Außenpolitik zwischen 1918 und 1938 nachzuweisen, sondern er will diese Linie fortführen bis zum Jahr 1948. Er will belegen, daß die Errichtung der Volksdemokratien nach dem Zweiten Weltkrieg nicht auf einer substantiellen Veränderung der außenpolitischen Gegebenheiten und der sowjetischen Politikgestaltung beruhte, sondern daß es auch zwischen 1935 und 1938 zahlreiche derartige Versuche gegeben habe, daß also nach 1945 nur das erfolgreich umgesetzt wurde, was bereits in der Zwischenkriegszeit angelegt, jedoch nicht durchführbar gewesen war. Hier handelt es sich also um eine Deutung im Licht der Entwicklung

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nach 1945. Ein derartiger, rückschließender interpretatorischer Ansatz erfordert ein Höchstmaß an Sensibilität gegenüber den Quellen, ein Offenlegen sowie ein intensives und wiederholtes Hinterfragen der eigenen Annahmen, eine detaillierte Auseinandersetzung mit der bisherigen Forschung sowie eine behutsame, abwägende Form der Darstellung. All dies scheint mir in dem Aufsatz von Pfaff nicht gegeben zu sein. Es ist mehr als zweifelhaft, ob die vorgelegten Ergebnisse die Forschung über die sowjetische Außenpolitik in den dreißiger Jahren voranführen werden. Gerade dies aber wäre wünschenswert gewesen und bleibt es auch weiterhin, denn es existieren eine ganze Reihe noch offener Fragen, wie die nach der tatsächlichen Bereitschaft der Sowjetunion zu einem militärischen Eingreifen zugunsten der ČSR; es gilt noch manche Unklarheit und manchen Widerspruch aufzuklären. Niemand wird behaupten wollen, daß sich die UdSSR trotz der von ihr betriebenen Politik der „kollektiven Sicherheit" nicht andere Optionen offengehalten hat. Um diese Möglichkeiten aber angemessen darstellen zu können, bedarf es mehr als einer These, die mit bedingungslosen Hingabe, aber ohne das Werkzeug und die Akkuratesse eines Wissenschaftlers verfolgt wird.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Miszelle

SEEV GOSHEN

NISKO – EIN AUSNAHMEFALL UNTER DEN JUDENLAGERN DER SS

Nach der raschen Eroberung Polens im September 1939 hielt Adolf Eichmann, im Reichssicherheitshauptamt Leiter des dann in IV B4 (Judenangelegenheiten, Räumungsangelegenheiten) umbenannten Referats IV D4 (Auswanderung und Räumung) und daher guter Kenner der an der Spitze des RSHA vorherrschenden Tendenzen, die Zeit für gekommen, eine große Aktion zur „Aussiedlung" von Juden aus der „Ostmark" und anderen Gebieten in eigener Regie zu starten. Wäre diese Aktion nicht schon wenige Tage nach ihrem Beginn im Hinblick auf größere Projekte Himmlers, eben zum Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums (RKF) ernannt, gestoppt worden, hätte die große Mehrheit von 200000 Juden, die Eichmann zur Deportation bestimmt hatte, binnen Wochen oder Monaten seine ehrgeizigen Pläne unweigerlich mit dem Leben bezahlt, da jede organisatorische Fundierung fehlte. Es wäre der Anfang einer noch unsystematischen, jedoch äußerst brutalen „Endlösung" gewesen, bei der die individuelle oder kollektive physische Vernichtung zwar nicht schon das anvisierte Ziel, aber doch ein gerne in Kauf genommenes Nebenprodukt des Eichmannschen Bestrebens dargestellt hätte, die „Ostmark" und etliche weitere Territorien „judenfrei" zu machen. Der – allerdings wesentliche – Unterschied zwischen der Aktion Eichmanns im Oktober 1939 und den „Aussiedlungen" der späteren Jahre bestand darin, daß das Personal der wirklichen „Endlösung" genau geplant hatte, wie die Ausgesiedelten in vorbereiteten „Anstalten zu betreuen sind", während Eichmanns Planung mit der Ankunft in einer polnischen Bahnstation und der raschen Passage durch ein zu errichtendes Durchgangslager, das Lager Nisko, endete.

Dieses Lager, das nicht in der Kreisstadt Nisko selbst, sondern am gegenüberliegenden Ufer des San, unweit des Dorfes Zarzecze, errichtet wurde, entwickelte sich freilich ganz anders, als Eichmann es sich vermutlich vorgestellt hat. Entstehung und Geschichte unterscheiden es derart von allen Lagern, die je auf Reichsgebiet und in den eroberten Territorien entstanden, daß es noch heute unser Interesse verdient.

Der Hauptsturmführer wollte einzig und allein Juden los werden; was mit ihnen im Generalgouvernement geschehen würde, wie dort die ahnungslosen Militär- und Zivilbehörden mit dem unerbetenen Zuzug fertigwerden sollten, berührte ihn so wenig, daß er sich sogar für die Festsetzung der Transportendstation und des Lagerstandorts erst zu interessieren begann, als die Evakuierung bereits im Gange war. Zwei Tage vor der Einwaggonierung von mehr als 900 Deportierten in Mährisch-Ostrau teilte Eichmann nach

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Abschluß einer dreitägigen Erkundungsfahrt seinen Mitarbeitern in Ostrau telegrafisch mit: „Eisenbahnstation für Transporte ist Nisko am San."[1]

Das Leben im Lager, dessen Aufbau in den ersten 24 Stunden rasche Fortschritte machte, hat sich eine Woche nach Einstellung der Transporte einigermaßen stabilisiert. Diese Stabilisierung hatte nichts mit planmäßiger Organisierung zu tun. Dem Apparat Eichmanns genügte es, die Zahl der aus Mährisch-Ostrau, Wien und Kattowitz evakuierten Juden festzuhalten. Statistiken zur Entwicklung des Lagers und genaue Lagerberichte wurden weder verlangt noch erstattet. Das zunächst von SS-Sturmbannführer Post geleitete SS-Kommando, das später „Zentralstelle für jüdische Umschulung, Nisko am San" hieß[2], hatte gute Gründe, von der sonst üblichen Lagerroutine abzusehen. Eichmann, der Nisko anfänglich des öfteren besuchte, scheint dies gewollt oder gebilligt zu haben.

Das Material, das zum Studium der Lagergeschichte zur Verfügung steht, war zur Zeit des Eichmann-Prozesses noch sehr dürftig. Der Nisko-Affäre wurde in dem Jerusalemer Verfahren ja nur – angesichts der größeren Dinge, um die es ging, mit Recht – eine untergeordnete Bedeutung beigemessen. Die einzige Zeugenaussage im Verlauf der Verhandlungen enthält mehr Dichtung als Wahrheit und wurde von einem Ostrauer abgegeben, der bald nach der Errichtung das Lager verlassen hatte und es nur aufsuchte, um dort Lebensmittel zu erhalten. Die nach Überprüfung als verläßlich befundenen Aussagen der Lagerinsassen Josef Bustin, Arie Alter, A. L. Cohen, Dr. Hans Wechsberg und des ehemaligen jüdischen Lagerleiters liegen jetzt dem Verfasser vor. Dokumentarisches Material kam erst mit der Entdeckung des Ostrauer Gestapo-Archivs ans Licht, das in Kisten in einem böhmischen See versenkt worden war und von der tschechoslowakischen Regierung der Öffentlichkeit 1964 zur Verfügung gestellt wurde. Von besonderem Wert sind Schriften der Wiener Kultusgemeinde, die erst 1978 dem „Zentralarchiv für die Geschichte des jüdischen Volkes" in Jerusalem zur Verfügung gestellt wurden. Dem Verfasser kam der Umstand zugute, daß er auf Grund eigener Nisko-Erfahrung die Verläßlichkeit von Aussagen und Urkunden zu beurteilen vermochte. Berichte aus zweiter Hand erwiesen sich trotz unzweifelhafter Seriosität der Autoren als unzuverlässig[3].

Die folgende Schilderung wird aber, obwohl sie also mittlerweile gut fundiert werden kann, erst glaubwürdig, wenn man sich immer wieder einige Grundtatsachen vor Augen

---

[1] Zu Verlauf und Bedeutung der Nisko-Aktion siehe S. Goshen, Eichmann und die Nisko-Aktion im Oktober 1939. Eine Fallstudie zur NS-Judenpolitik in der letzten Phase vor der „Endlösung", in: VfZ 29 (1981), S. 74–96.

[2] Auf einer damals in Mährisch-Ostrau angekommenen Postkarte heißt es „Zentralstelle für jüdische Umschulung", ebenso auf einem Entlassungsschein vom 26. 3. 1940; auf einem anderen Entlassungsschein steht „Umsiedlung" statt „Umschulung" (Archiv der Universität Haifa).

[3] Dies gilt für einen Bericht in der Londoner „Times" vom 16. 12. 1939. Der Berichterstatter (Sir L. Namier) gibt ein im wesentlichen richtiges Bild, irrt aber im Detail, ebenso eine Tagebucheintragung des späteren Außenministers und Premiers Scharet aus dem Jahre 1940, die sich auf Angaben von J. Edelstein stützt; Scharet unterscheidet nicht zwischen Lublin und Nisko (Zionistisches Zentralarchiv, Jerusalem).

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

hält. Eichmann, der nur eine Aussiedlung wollte und keine Umsiedlung plante, war lediglich an einem Lager interessiert, das eine rasche Durchschleusung ermöglichen sollte; der Evakuierungsplan, den die Ostrauer „Zentralstelle für jüdische Auswanderung" ausgearbeitet hatte, legte auf seinen viereinhalb Seiten eine Vielzahl technischer Einzelheiten fest, endete aber mit der Einwaggonierung der Ostrauer Evakuierten auf dem Ostrauer Bahnhof[4].

Da die jüdische Bevölkerung des Ostrauer Industriegebiets verhältnismäßig viele Fachkräfte aufwies, die ein solches Lager rasch aufbauen konnten (Handwerker, Fachleute aus dem Baugewerbe), hatte Ostrau die Ehre, den ersten Transport zu stellen, der am 18. Oktober 1939 mit 912 Personen, mit Proviant, Baumaterialien und Werkzeugen abging (in 22 Güterwaggons). Die „Zentralstelle" konnte dabei großzügig verfahren, da sie all diese schönen Dinge bei jüdischen Firmen beschlagnahmt hatte.

Ferner mußte Eichmann, weniger als 48 Stunden nach Ankunft und für ihn völlig unerwartet, das Lager verlassen und über Mährisch-Ostrau nach Berlin zurückkehren, da ihn die Hiobsbotschaft erreicht hatte, daß vom RSHA die Einstellung seiner Deportationen verfügt worden sei. Er verließ das Lager, ohne Sturmbannführer Post, der die SD-Begleitmannschaft befehligt hatte, irgendwelche Instruktionen zu geben oder auch nur geben zu können. Für das Geschehen im Lager war jetzt der Lagerkommandant zuständig, der zunächst der Ostrauer Zweigstelle der „Zentralstelle für jüdische Auswanderung" unterstand, dann ein „SS- und Selbstschutzführer" und schließlich ein „Lagerkommandant und Leiter der Zentralstelle für jüdische Umschulung". Als Adresse gaben die Lagerinsassen, die den normalen Postweg beschränkt benutzen durften, zu Posts Zeiten an: „Zentralstelle für jüdische Umsiedlung". Die Lebensbedingungen und das Schicksal der Lagerinsassen hingen nun weitgehend vom Kommandanten ab.

Die Titeländerung hatte sachliche Gründe. Da Eichmann Ende Oktober wußte, daß es vorerst keine Transporte und daher auch kein Durchgangslager mehr geben werde, mußten entweder die Lagerinsassen einfach verjagt werden – wie es dann mit hunderten Ostrauern und nahezu allen aus Wien und Kattowitz Deportierten geschah – oder es mußten für das Lager eine andere Bestimmung und eine andere Bezeichnung gefunden werden. Eine offizielle Rückführung der Evakuierten war zu diesem Zeitpunkt völlig ausgeschlossen, da dies für alle Organisatoren der Aktion eine zu bittere Schlappe bedeutet hätte. Außerdem bestimmten zwei Motive den Sturmbannführer Post, keine Lagerauflösung anzuregen: Einerseits fühlte er sich für den ordnungsgemäßen Fortbestand verantwortlich, weil er in Unkenntnis der zynischen eigentlichen Beweggründe Eichmanns noch nicht wissen konnte, was Heydrich und sein Gehilfe unter Umsiedlung in Wahrheit verstanden. Andererseits hatten er und seine Mannschaft sicherlich festgestellt, daß sie in dieser häßlichen und entlegenen polnischen Gegend einen namentlich für Kriegszeiten sehr angenehmen Posten erwischt hatten.

---

[4] Pläne für die zu errichtenden Baracken, nach denen „die Juden zweischichtig" untergebracht werden sollten, und für ein Blockhaus der Wachmannschaft werden in einem Bericht Danneckers vom 11. Oktober 1939 erwähnt; sie bestätigen die ursprüngliche Bestimmung zum Durchgangslager.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die Verhältnisse im Lager besserten sich für die Insassen wie für die Wachmannschaft rasch, doch wurde diese Besserung zu teuer bezahlt. Eichmann oder Post – oder beide – stellten gleich zu Beginn fest, daß zum Lageraufbau und zur Erhaltung eines „Durchgangslagers" viel weniger als 900 Arbeitskräfte benötigt wurden. So sahen sich schon beim ersten Morgenappell etwa 400 Evakuierte – nach einer Version Alte und Kranke, nach einer anderen Version Nichtfachleute, de facto wohl wahllos Herausgegriffene – unter Begleitung aus dem Lager verjagt. Niemand fand es für notwendig, die Namen oder auch nur die genaue Zahl der Hinausgeworfenen zu registrieren. Das Elend der Vertriebenen begann damit, daß fast alle früher oder später ihre Koffer nicht mehr weiterschleppen konnten. Die Begleitmannschaft erlaubte ihnen nicht, irgendetwas aus den Koffern zu retten, sorgte aber für das restlose Einsammeln der Koffer und für die Konzentration der Beute in einem Magazin. Von den folgenden Transporten gelangte nur ein kleiner Teil des ersten Wiener Transports – etwa 80 Personen – ins Lager, wieder ohne jedwede Registrierung, wogegen alle anderen sofort nach Ankunft weitergetrieben und dann unter Androhung von Erschießen für den Fall von Rückkehrversuchen ebenfalls verjagt wurden. Die grausamen Szenen wiederholten sich bei den weiteren Transporten aus Kattowitz, Ostrau und abermals Wien, die Menge der aufgegebenen Koffer und die eingeheimste Beute vervielfachten sich. Für einige Zeit war die „Untersuchung" der Koffer die beliebteste Beschäftigung einiger SD-Leute, zweifellos auch die einträglichste ihres bisherigen Lebens. Die Untersuchungen waren derart ergiebig, daß besonders großzügige SS-Leute den zur Assistenz eingeteilten jüdischen Hilfskräften manchmal Brocken vom reichlichen Segen zuwarfen.

Die Unterbringung war primitiv. In den errichteten Holzbaracken, die bald regendicht wurden, gab es für jeden ein aus Brettern zusammengefügtes Bett (nicht zweischichtig), unter dem sich der Koffer oder die Tasche befand; später konnten aus Ostrau sogar Matratzen und Federbetten nachgeschickt werden, die sich dann während der strengen Winterkälte als rettend erwiesen. Die Verpflegung war, vor allem in den ersten Wochen, sehr gut, da die Köche unter den Evakuierten (ehemalige Gastwirte usw.) ihr Bestes gaben und auch reichlich Proviant – schließlich war mit vielen Tausenden gerechnet worden – zur Verfügung hatten.

Die Arbeitsbedingungen waren unterschiedlich. Eine kleine Gruppe wurde im Lager zu Bauarbeiten und Dienstleistungen eingesetzt, eine größere zur Wiederherstellung der zerstörten Sanbrücke und zur Ausbesserung von Straßen; dort war die Arbeit weder leicht noch unerträglich. Daneben gab es ein „Arbeitsbeschaffungsprogramm", das von beiden Seiten nicht sehr ernst genommen wurde. So sollte ein kleiner Trupp, der fast täglich von einem jungen Mann aus Dresden zum nahen Wald geführt wurde, dort Bäume fällen. Am Arbeitsplatz angekommen, sagte jedoch der Aufseher: „Macht was, es kann Kontrolle kommen!", dann drehte er dem Trupp den Rücken zu und widmete sich bis zum Arbeitsende der Dressur seines schönen Schäferhunds. In einer Unterhaltung sagte dieser SS-Mann einmal: „Natürlich bin ich Antisemit, aber das heißt doch nicht, daß ich Juden Böses tue. Seit mein Bruder von einem jüdischen Kommunisten erstochen wurde, bin ich Antisemit." Das Verhalten der SS-Leute war gewiß vom Gefühl der Überlegenheit bestimmt, die sie für sich als Angehörige der Herrenrasse in Anspruch nahmen, im

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

allgemeinen aber ziemlich korrekt bis herablassend freundlich. Der erste jüdische Lagerleiter, Professor Eisler, bis dahin leitender Beamter des großen Witkowitzer Eisenwerks, verstand es, sich beim Lagerkommandanten ein gewisses Ansehen zu schaffen. Ihm und den Mitgliedern der „Gruppe Kultusgemeinde" war es vielleicht auch zu danken, daß die den Lagerinsassen gegenüber gewöhnlich korrekte Haltung des Kommandanten Einfluß auf die Wachmannschaft hatte. Die „Ausgestoßenen" hingegen faßte der Kommandant sehr rauh an, um, wie er einmal sagte, ihre Leidensfähigkeit zu erhöhen. Nachdem er hoch zu Roß und mit erhobener Reitpeitsche alte Juden eines eben angekommenen und weitergetriebenen Transports mit „Mach Beine, altes Schwein" ermuntert hatte, ritt er zu den bei der Brücke Arbeitenden zurück und bot einem von ihnen eine Zigarette an. Als dieser den Mut hatte, dankend abzulehnen, stutzte er und sagte: „Ach deshalb? Merk dir, Mitleid zeigen, zerbricht!"

Gut waren die sanitären Bedingungen. Da es nicht nur unverhältnismäßig viele gute Ärzte gab (11), sondern auch einen Apotheker, Medikamente und genügend Instrumente, wurde im nahen Dorf Pysenicza in einem früheren Schulgebäude ein „Krankenhaus" mit fünfzehn Betten eingerichtet, das unter der Leitung eines Wieners stand, der die Gegend schon aus dem Ersten Weltkrieg kannte[5]. Obwohl in diesem Krankenhaus nicht operiert werden konnte, gab es nur einen Todesfall, und der war nicht auf das Lagergeschehen zurückzuführen.

Die „Gruppe Kultusgemeinde", drei Wiener und zwei Prager, sah auch nach der ersten Reduzierung keine Zukunft für das zu große Lager und suchte aus Eichmann herauszubekommen, wie seine Pläne für die An- oder Umsiedlung ausschauten. In seiner hoch zu Roß gehaltenen „Begrüßungsansprache" hatte Eichmann den gerade Angekommenen laut Professor Eisler (5. Oktober 1960) ungefähr erklärt: „Ihr kommt jetzt in ein Gebiet, das zum Teil von seinen polnischen Einwohnern verlassen ist. Ihr findet leere Häuser und Höfe, in denen die nachfolgenden Transporte sich einrichten werden." In Wirklichkeit gab es bloß viele leerstehende Kriegsruinen. Jetzt erwiderte er in gleicher Ignoranz und mit zynischer Gleichgültigkeit: „Tretet den Bauern in den Hintern!" Doch bewilligte er der „Gruppe", vor allem auf Betreiben von J. Edelstein und Dr. B. Murmelstein[6], nach Lublin zu fahren, dort mit der jüdischen Gemeinde Fühlung zu nehmen und sich auf dem Wege nach Siedlungsmöglichkeiten umzusehen. Der „Gruppe" harrten böse Überraschungen. Zunächst stellte sie am 23. Oktober 1939 fest, daß nicht nur der Landrat des Kreises Janow, der eben seinen Kreis „judenrein" gemacht hatte, sondern auch die übergeordneten Zivil- und Militärbehörden von der Errichtung des Lagers keine Ahnung hatten. In Lublin erlebte sie innerhalb von zehn Tagen zwei Pogrome. Auch wenn die „Gruppe", da von Eichmann mit Papieren ausgestattet, verschont blieb, war also Lublin, trotz gut gemeinter Hilfszusagen der Lubliner Kultusge-

---

[5] Der in Auschwitz ermordete J. Edelstein gehörte zu den Führern der zionistischen Bewegung in der Tschechoslowakei und war der erste Älteste des Judenrats in Theresienstadt; Dr. B. Murmelstein, der letzte und einzige überlebende – viel verleumdete – Nachfolger Edelsteins, hatte von seiner Tätigkeit in der Wiener Kultusgemeinde her Kontakt zu Eichmann.

[6] Berichte von J. Bustin, Ernst Kohn, Alter, R. Goldberger.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

meinde, ein recht zweifelhaftes Asyl; nach dem Besuch der „Gruppe" sollte es unter Globocniks Terrorherrschaft zur Hölle werden. Nachdem sie Lublin wieder verlassen hatten, wurde den Mitgliedern der „Gruppe" die Rückkehr erlaubt. Und trotz der Einstellung der Transporte hatte Edelstein erfaßt, daß der „Weg nach Polen" fast allen Juden bevorstand, die keinen Fluchtweg fanden. Als wahre via dolorosa erlebte den Weg nach Lublin ein junger Ostrauer Arzt, der von der jüdischen Lagerleitung entsandt worden war.

Obwohl die materiell-physische Lage in Nisko, gemessen an der jüdischen Bevölkerung des Generalgouvernements, fast idyllisch genannt werden durfte, solange Post und seine Leute amtierten, war die Stimmung gedrückt. Man machte sich Sorgen um die eigene Zukunft, mehr Sorgen noch um die zurückgebliebenen Angehörigen, und man wußte, welche Sorgen sich diese wiederum um die Evakuierten machten. Zwei Vorfälle aus der guten Ära des Lagerkommandanten Post erklären, warum die Lagerinsassen mit Bangen in ihre Zukunft blickten.

Als sie sich am Morgen des 10. November 1939 am Arbeitsplatz meldeten, wurden sie von den SS-Leuten ungefähr mit den Worten begrüßt: „Gestern habt ihr aber Glück gehabt!" Da sie den Sinn der halb lachend geäußerten Begrüßung nicht verstanden, folgte die Aufklärung: „Gestern ist ein Attentat auf den Führer versucht worden. Wenn das geglückt wäre, lebte heute keiner mehr von euch." Das wurde gar nicht als Drohung gesagt, nur als eine einfache Feststellung[7].

Schon zuvor waren mitten in der Nacht vom 1. zum 2. November die Wachmannschaften in die Baracken eingedrungen, hatten brüllend die Schlafenden hochgerissen, die Schlafstellen zerstört und die Koffer zertreten. Nach einigen Minuten zogen sie wieder ab. Nur wenige der zu Tode erschrockenen Insassen fanden wieder Schlaf, niemand konnte sich das Toben der „Eseska" erklären. Am nächsten Tag verrieten die wieder gemütlich gewordenen SS-Leute: Ein SS-Mann sei am Abend vermißt worden und so der Verdacht aufgekommen, die Lagerinsassen könnten ihn beseitigt haben. Da man ihn aber später betrunken bei einer Polin im Dorf gefunden habe, sei alles wieder in Ordnung. Die wahre Erklärung lieferten später die Ostrauer Stapo-Akten mit einem Bericht über einen Selbstmordversuch des SS-Untersturmführers Vetter[8].

Die Vorfälle zeigten deutlich, daß das Leben im Lager, materiell durchaus erträglich, stündlich vom guten oder bösen Willen der SS, ja von ihren Launen abhing. Diese Erkenntnis und eine Flut von angeblichen positiven Berichten jener Leidensgenossen, die das russische Lemberg erreicht hatten, von Gerüchten freilich, die sich fast durchwegs als falsch erwiesen, bewogen die meisten Jungen zum Verzicht auf die Fleischtöpfe von Zarzecze und dem Versuch, auf russischem Gebiet wieder die Freiheit zu erlangen. Wer im Lager blieb, tat dies nicht der Fleischtöpfe wegen, sondern weil er sich an die Hoffnung auf eine Wiedervereinigung mit den Angehörigen klammerte. Das Lagerkommando hatte gegen das Verlassen von einzelnen und auch von ganzen Gruppen offensicht-

---

[7] Aussagen von J. Bustin und R. Goldberger, 4.5.1976.

[8] Wie Anm. 1.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

lich keine Einwendungen. Das Verlassen des offenen Lagers war nicht verboten, und manchmal vollzog es sich in kaum glaublichen Formen. So formierte sich einmal eine Gruppe von achtzehn jungen Menschen zum Auszug und sang dabei übermütig die Hatikvah, die jüdische Nationalhymne. Zwei SS-Leute erschienen, blieben stehen, salutierten, und einer sagte zu einem Bekannten in der Gruppe: „Viel Glück, Doktorchen! Ohren steif halten! Bleibt nicht in Lemberg, haltet euch südwärts!"

Die Situation im Lager verschlechterte sich wesentlich, als am 19. Dezember 1939 mit dem neuen Kommandanten Binar, „SS- und Selbstschutzführer", eine Abteilung des sog. „Selbstschutzes" die Bewachung übernahm. Die angeblichen Volksdeutschen waren aber in Wirklichkeit polnische Kollaboranten, die nicht deutsch sprachen, sondern ein Kauderwelsch aus Jiddisch und etwas Deutsch. Wenn sie betrunken waren – und das waren sie sehr oft –, schlugen sie grundlos, doch gerne. Die Kost wurde knapper, und die Arbeitsbedingungen verschärften sich ausgerechnet in der kalten Zeit. Zum Glück des mittlerweile weniger als fünfhundert Seelen zählenden Lagers wurde Binar mit seinem „Selbstschutz" abgelöst und der dritte und letzte Kommandant trat sein Amt an, SS-Hauptsturmführer Kriegel, „Lagerkommandat und Leiter der Zentralstelle für jüdische Umschulung, Nisko am San".

Die Bezeichnung „Umschulung" war dem Grunde nach eine Täuschung, hatte aber in der Lagerwirklichkeit eine beschränkte Berechtigung. Tatsächlich wurden eine Bäkkerei, dazu Schneider-, Schuster- und Tischlerwerkstätten eingerichtet, eine Wäscherei stand unter der Leitung eines Ostrauer Arztes, und in den Werkstätten gab es Umschüler.

Die Verpflegung wurde nun knapper. Das Lager half sich u. a. dadurch, daß mitgebrachtes Salz und Seife bei der Ortsbevölkerung gegen etwas Frischfleisch und Eier getauscht wurden. Wichtiger war aber, daß die Ostrauer Kultusgemeinde die Erlaubnis bekam, ein Lastauto mit Lebensmitteln nach Nisko zu entsenden. Die jüdische Lagerleitung unter Professor Eisler, später unter Baumeister Bellak, tat auch hier das Menschenmögliche, um den näheren Dependancen des Lagers zu helfen. In den Dörfern der Umgebung (Klanow, Pyznica) hatten sich Evakuierte niedergelassen, darunter auch etliche, denen die Flucht auf russisches Gebiet mißglückt war. Die Ostrauer Kultusgemeinde mußte sich, um helfen zu können, verschulden. Eisler mahnte Wien am 14. Dezember 1939 mit der Feststellung, „daß wir von Ostrau regelmäßig und ausgiebig sowohl mit Liebesgaben für die Einzelnen als auch für die Gesamtheit (Sanitätsmaterial, Rauchmaterial, Taschenlampen etc.) versehen werden", und am 21. Dezember erinnerte er Wien daran, daß „unsere (d. h. die Ostrauer) Kultusgemeinde an das ganze Umsiedlungslager . . . Sanitätsmaterial für annähernd 40 000 Mark bereits abgegeben hat".

Sollte der folgende Abschnitt den Eindruck erwecken, daß die Insassen der Baracken des sogenannten Umschulungslagers unter der Aufsicht von SS- oder „Selbstschutz"-Angehörigen einen langen Winterurlaub in Zarzecze verbrachten, bei dem die Arbeit an der frischen Luft nur die Langeweile und die Kälte (–20 Grad und tiefer) vertreiben mußte, so wäre dieser Eindruck grundfalsch. Doch kann illustriert werden, daß zu jener Zeit ein Rädchen im Terrorapparat des RSHA noch einen Sonderrhythmus laufen konnte, daß auch SS-Angehörige, die ohne „Totenkopfschulung" geblieben waren,

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

keine schikanierenden Machtsadisten zu sein brauchten. Das nach Jerusalem überführte Archiv der Wiener Kultusgemeinde (ein Archiv der Kultusgemeinde Kattowitz oder Ostrau existiert nicht) enthält Briefe und Berichte, die sie von der jüdischen Lagerleitung erhalten hat. Es gibt kein Anzeichen dafür, daß diese Schriftstücke vom Lagerkommando zensiert wurden, doch liegt es auf der Hand, daß Absender und Empfänger stets SS-Leser in Rechnung zu stellen hatten.

Ein Verzeichnis der Ostrauer Kultusgemeinde vom 8. März 1940 zeigt, daß die Angehörigen in Mährisch-Ostrau 385 Liebesgabenpakete schicken konnten, die wahrscheinlich am 9. März 1940 mit einer Sendung von Lebensmitteln und Werkzeugen abgingen. Die Bewilligungsprozedur über Ostrau, Wien, Brünn und Nisko hatte zwei Monate in Anspruch genommen.

Der erste jüdische Lagerleiter, Professor Eisler, war ein durchaus nüchterner Mann aus dem Wirtschaftsleben. Ohne jede Erfahrung auf diesem Gebiet fand er die richtige Einstellung zu Eichmann wie zu dem übrigen SS-Personal und konnte den unter schweren Bedingungen außergewöhnlichen Erfolg buchen, die buchstäblich ausnahmslose Anerkennung der Lagerinsassen zu erringen. Als infolge der Bemühungen einflußreicher schwedischer Freunde Anfang Februar 1940 seine Freilassung aus dem Lager verfügt wurde, gab es, wie die Quellen zeigen, zwei Reaktionen. Die Insassen überreichten ihm eine von allen unterzeichnete Dankadresse; eine weitere Adresse kam von der Wiener Gruppe in Ulanov[9]. Eisler selbst hat in einem Abschiedsbrief an die Wiener Kultusgemeinde zwar nicht – natürlicherweise – seine Freilassung bedauert, wohl aber den Umstand, daß er seine Schicksalsgenossen verlassen müsse[10]. Das Bedauern des integren Mannes war aufrichtig; er hätte ja den Zusatz, den z. B. die SS-Stellen propagandistisch auszuwerten vermochten, auch unterlassen können. Weder die Dankadressen noch das Schreiben Eislers enthalten Dramatisches. Doch zeigen sie eine Gemeinschaft, die trotz aller Härten ihre Würde wahrte, und sie zeigen ferner, daß die Bewacher und Machthaber, im Unterschied zur allgemeinen Linie und ganz besonders im Unterschied zu den sonst üblichen Lagermethoden, nicht darauf aus waren, die Insassen des Lagers zu brechen.

Am 12. Dezember 1939 berichtete Professor Eisler über eine Verzögerung bei der Verwirklichung eines vom Lagerkommandanten genehmigten Planes, der die Auszahlung eines Betrages von 60 Zloty pro Mann und Monat an die Lagerinsassen vorsah, dazu ein wöchentliches Taschengeld von vier Zloty. Er berichtete ferner, das Lagerkommando habe ihm vier Zloty pro Kopf vorgestreckt, damit die Auszahlung nicht verschoben werden mußte; wie er hinzufügte, zählten zu den Empfängern des Geldes auch die in Lublin und Tomaschow befindlichen Mitglieder der Nisko-Gruppe, für die der an sich geringfügige Betrag eine wesentliche Hilfe darstelle[11].

Am 14. Dezember 1939 schrieb Eisler nach Wien, ein – hier schon erwähnter – junger

---

[9] Zentralarchiv für die Geschichte des jüdischen Volkes, Jerusalem, AW 2747.
[10] Ebenda.
[11] Ebenda.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Ostrauer Arzt und ein Mitglied der Lagerleitung seien von einer „sehr anstrengenden Reise" zurückgekehrt und hätten berichtet, daß die Nachrichten über die Notlage der aus dem Protektorat und aus Wien Evakuierten, die außerhalb des Lagers ihr Leben fristeten, nicht übertrieben seien und daß sofortige Hilfe notwendig sei. Die beiden Zurückgekehrten hätten sich bemüht, mit den bescheidenen Mitteln, die ihnen zur Verfügung standen, die allerärgste Not zu lindern, und „weitere Geldmittel, u. zw. 60 Zloty pro Mann, wurden uns gestern durch die persönliche Vermittlung des Kriminalkommissars Russ von der Ostrauer Geheimen Staatspolizei zur Verfügung gestellt. Wir überweisen jetzt diese Beträge unseren Leuten in Lublin, Tomashow u. a. Orten"[12]. Zweifellos sind alle diese Gelder von der Kultusgemeinde Mährisch-Ostrau eingezogen worden, von der die Ostrauer „Zentralstelle" am 25. Januar 1940 nach Wien meldete, sie habe wegen Nisko kein Geld mehr. Gleichwohl ist es bemerkenswert, daß eine Gestapostelle Hilfe für Evakuierte in Polen nicht nur nicht verhindert, sondern sogar gefördert hat.

Die wohl wichtigste Hilfe, die das Lager Brüdern in Not leisten konnte, kam etwas später. Der Ostrauer Arzt Dr. H. Wechsberg unternahm – nach den bösen Erfahrungen der ersten Expedition höchst ungern – auf Drängen der Lagerleitung eine zweite Reise nach Lublin und Umgebung. Noch 38 Jahre danach war er nicht bereit, dem Verfasser zu erzählen, was ihm unterwegs und in Lublin widerfuhr; er begnügte sich mit der Feststellung, daß er mit dreißig Evakuierten ins Lager zurückgekehrt sei[13].

Am 8. Januar 1940 berichtete Eisler über den für beide Seiten überraschenden Besuch, den der Warschauer Vertreter des Joint, Ing. Reinberger, dem Lager abstatten konnte. Reinberger hatte bis zu seiner Reise in die Gegend von Nisko keine Kenntnis vom Lager und von Eichmanns Aktion (trotz des Berichts in der „Times"). Eisler vermeldete erfreut eine „größere Spende" Reinbergers für das Lager und für die verstreuten Gruppen. Am gleichen Tag betonten die in Ulanov lebenden Evakuierten in einem Schreiben an die Wiener Kultusgemeinde, daß die Lagerleitung in Nisko ihnen alle Hilfe gewähre, die sie bei ihren beschränkten Mitteln leisten könne.

Vielleicht noch bemerkenswerter als die bisher geschilderten Verhältnisse ist die Art der Auflösung des Lagers. Am 14. April 1940 bestiegen 501 Evakuierte, d. h. alle, die sich zu diesem Zeitpunkt in Nisko befanden – sei es, daß sie die ganze Zeit dort verbracht hatten, sei es, daß sie aus den „Zweigstellen" in der Umgebung wieder zurückgekehrt waren –, einen Zug und fuhren nach Mährisch-Ostrau oder nach Wien (dorthin 198 Personen) zurück, mit ordnungsgemäßen Entlassungsscheinen versehen, die auf Grund einer Anweisung des Höheren SS- und Polizeiführers Krakau bereits am 26. März ausgestellt worden waren[14]. In der Geschichte des Holocaust, genauer in seiner Vorgeschichte, um die es sich hier handelt, gibt es keinen einzigen Fall einer Lagerauflösung durch „Repatriierung". Schon eine Repatriierung nach Ostrau, d. h. in das von Deutschen beherrschte Protektorat, ist schwer begreiflich; bei der Rückkehr von Juden in das

---

[12] Ebenda.

[13] Gespräch des Verf. mit Dr. Wechsberg (A 1, Universität Haifa, Cz 3 H 11).

[14] Wie Anm. 9.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

antisemitische Wien, wo noch immer der fanatische Antisemit Bürckel als Reichsstatthalter herrschte, ist man versucht, „credo quia absurdum" zu sagen. Gibt es eine rationale Erklärung?

Daß die Auflösung des Lagers und die Rückführung der Evakuierten auf Grund einer Anordnung des in der Region zuständigen Höheren SS- und Polizeiführers erfolgte, ist nicht nur durch die Entlassungsscheine belegt, sondern auch logisch. Der bereits erwähnte Arzt, Dr. Wechsberg, hat berichtet, er sei mit dem für die Verbindung zu den SS-Stellen zuständigen Leitungsmitglied Salamonoris im März 1940 in Nisko gewesen; Salamonoris habe damals gehört, daß gerade der Befehl zur Auflösung des Lagers aus Krakau gekommen sei, und zwar mit der Begründung, das Lager werde von der Wehrmacht gebraucht. Dies wird vom Monatsbericht des Grenzschutzkommandos Süd vom 1. April 1940 bestätigt, in dem es heißt, das Pionierbataillon 231 der 231. Infanteriedivision sei von Rudnik nach Nisko verlegt worden; Ende Mai kam die Division woanders hin, ließ aber die Pioniere in Nisko zurück (laut Beilage 53-23/15 zum Kriegstagebuch des Grenzabschnittskommandos Süd).

Doch sind solche Gründe und Zwecke der Lagerauflösung nahezu irrelevant. Eichmann und seine Untergebenen haben schon im Oktober 1939 ohne jedes Mitleid tausende von Juden im Rahmen der Nisko-Aktion vertrieben; vom 1. bis zum 17. Dezember 1939 wurden bekanntlich 87 000 Polen und Juden aus dem Warthegau ins Generalgouvernement „umgesiedelt"; am 5. April 1940 stimmte der in Judenangelegenheiten nicht sonderlich mächtige Generalgouverneur Hans Frank der Einpferchung von 450 000 Juden in sein Territorium zu. Wie sollten bei derartigen Maßstäben 500 Juden, die sich bereits im Generalgouvernement befanden, ins Gewicht fallen! Derselbe Eichmann, der seit dem 19. Dezember 1939 als Sonderreferent des Amtes IV im RSHA für Massenaussiedlung zuständig war, ließ im April 500 von ihm zuvor Verjagte so menschlich zurückbefördern? Der Lagerkommandant ordnete sogar, wie J. Bustin bezeugt hat, die Verteilung übriggebliebener Konserven an.

Dr. Löwenherz, der anscheinend von Eichmann geschätzte Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde, notierte am 8. April 1940 über eine am Vormittag dieses Tages erfolgte Vorsprache bei der „Zentralstelle für jüdische Auswanderung": „Herr Brunner teilte mir im Auftrage des Herrn H. Stuf. Eichmann, nach fernmündlicher Rücksprache mit ihm, mit: Meine Meldung über die bevorstehende Rückkehr von 152 Personen aus dem Umsiedlungsgebiet Polen wird im Einvernehmen mit dem Generalgouvernement Krakau zustimmend zur Kenntnis genommen."

Ein Dokument von Seltenheitswert! Nicht nur der Leiter der „Zentralstelle", sondern auch der für das „Umsiedlungsgebiet Polen" zuständige Sonderreferent im RSHA, Hauptsturmführer Eichmann, läßt sich von einem Funktionär der Kultusgemeinde melden, daß 152 „Personen" aus dem Umsiedlungsgebiet zurückkehren, und die SS-Gewaltigen, ohne deren vorhergehende Zustimmung kein Lebensmittelpaket abgeht, dürfen „zustimmend zur Kenntnis nehmen"! Für wen und zu welchem Zweck wird diese Zustimmung am 8. April 1940 schriftlich festgehalten, obwohl doch die Weisung des Höheren SS- und Polizeiführers in Krakau bereits am 26. März 1939 erteilt und auf den Entlassungsscheinen fixiert worden war?

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Das Rätsel erscheint als so unlösbar, daß man geneigt ist, Erklärungen in Betracht zu ziehen, die wie Klatsch wirken, aber immerhin durch Indizien gestützt werden. In Sosnowiz hatte man ein Lager eingerichtet, nachdem dort am 28. Oktober 1939 ein aus inhaftierten jüdischen Staatenlosen und polnischen Staatsangehörigen zusammengestellter und in Ostrau ergänzter Transport steckengeblieben war. In dem Ort wirkte als Vorsitzender der ostoberschlesischen Kultusgemeinde ein bis zum deutschen Einmarsch subalterner Gemeindeangestellter namens Merin. Diesem Manne wurden so außergewöhnlich einflußreiche Beziehungen nachgesagt, daß ihn der Volksmund „melech" nannte, das heißt König. Als die Insassen des Sosnowizer Lagers nach langen Bemühungen im Februar 1940 die Erlaubnis zur Ausreise und für viel Geld und gute Worte die Erlaubnis zur Einreise in die Slowakei erhielten, wurde dies wenigstens zum Teil den Bemühungen Merins zugeschrieben. Daher ist es glaubhaft, daß Eislers Nachfolger, Baumeister Bellak, der von dem Sosnowizer Erfolg gehört hatte, mit Zustimmung des dritten Lagerkommandanten, Sturmbannführer Kriegel, Merin aufsuchte und seine Hilfe erbat[15].

Die Leute in Nisko sahen in dem Sosnowizer Geschehen begreiflicherweise einen Präzedenzfall, freilich zu Unrecht. Das ostoberschlesische Sosnowiz gehörte zu dem Gebiet, dem von Himmler bei der Evakuierung von Juden und Polen oberste Priorität zugesprochen worden war, Nisko hingegen zu dem Territorium, das Juden aufnehmen sollte. Trotzdem hatten die Bemühungen der Lagerinsassen Erfolg, zunächst in Krakau. Eisler teilte Löwenherz am 11. Februar 1940 mit, bei Herrn Landesgerichtsrat Hoetz sei festgestellt worden, daß seitens des Generalgouvernements keine Einwendung geltend gemacht werde.

Der bekannte Chronist des Warschauer Ghettos E. Ringelblum hat in seinem Tagebuch notiert: „Der melech (König=Merin) hat ein warmes jüdisches Herz und ist (gut aufgenommen) beliebt in Mähr.-Ostrau und Prag; es ist ihm gelungen, die Juden von Ostrau aus dem Lager zu befreien. Das Gebiet (des Lagers) wurde für andere Zwecke notwendig; daher ist man der Bitte um Befreiung aus dem Lager entgegengekommen. Das Glück ist ihm in vielen Fällen hold gewesen."[16] Diese Sätze finden eine Stütze in einem offiziellen Schreiben der Ostrauer Kultusgemeinde an den schon erwähnten Vertreter des Joint, Ing. Reinberger. Am 22. April 1940, also wenige Tage, nachdem der Rest des Nisko-Transports zurückgekehrt war, erbat die Kultusgemeinde Reinbergers Hilfe für die Repatriierung jener Evakuierten, „die sich in einer hoffnungslosen Lage auf russischem Gebiet befinden". Sie berief sich dabei auf den Rat Merins und setzte hinzu, Merin sei, falls Reinberger dies wünsche, gerne bereit, ihm zu helfen. Daß Merin sich um das Nisko-Lager bemüht hat, scheint mithin unzweifelhaft zu sein, der Erfolg im Bereich des Möglichen zu liegen.

J. Edelstein hat im März 1942, damals Vorsitzender des Ältestenrates im Ghetto Theresienstadt, im Kreise vertrauter Mitarbeiter berichtet, im Frühjahr 1940 hätten die

---

[15] Aussage J. Bustin.

[16] E. Ringelblum, Kravim fun geto, Bd. 1, Warschau 1961, S. 177 f.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Deutschen jüdische Vermittlung verlangt, um den Eintritt der USA in den Krieg zu verhindern; nach den raschen Erfolgen gegen Frankreich sei der Kontakt von ihnen jedoch wieder abgebrochen worden[17]. Ein solcher deutscher Versuch ist aus keiner anderen Quelle bekannt. Indes steht die Glaubwürdigkeit dieses realistischen Funktionärs, der im Frühjahr 1940 noch direkte Verbindung mit den wichtigsten Persönlichkeiten der Zionistischen Exekutive und des Jüdischen Weltkongresses hatte, außer Frage. So ist es durchaus denkbar, daß NS-Führer wie Heydrich zu derartigen Experimenten bereit waren und einerseits erheblichen Druck auf die in ihrem Machtbereich lebenden Juden ausübten, andererseits – über Eichmann – im Grunde geringfügige Konzessionen machten (z. B. mit der Rückkehrerlaubnis für 501 Juden).

Merin hatte sich freiwillig als Helfer angeboten. Er galt als ehrgeiziger und loyaler Mitarbeiter der deutschen Behörden; als solcher hat man ihn noch 1942 bei Manövern zur Täuschung der Juden verwendet. Doch war er fraglos auch bemüht, seinen Brüdern zu helfen. Es ist sehr wahrscheinlich, daß man ihm zuweilen entgegenkam, um das Ansehen des verläßlichen Kollaboranten zu stärken. Es würde auch keinen Kundigen überraschen, wenn Merin, der über die verbreitete Korruption in der SS selbstverständlich Bescheid wußte, diese Korruption ausgenutzt und sich für Entgegenkommen auch mit barer Münze revanchiert hätte, für ein Entgegenkommen, das durch die Erzählung Edelsteins einen zusätzlichen plausiblen Grund erhält. Diese etwas triviale Hypothese ist die derzeit einzig denkbare rationale Erklärung für das seltsame Ende eines Anfängerexperiments Eichmanns.

---

[17] Aus dem Tagebuch von G. Redlich, Jugendreferent in Theresienstadt, nach R. Bondy, Edelstein gegen die Zeit, Tel-Aviv 1981, S. 303.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokumentation

HANNS JÜRGEN KÜSTERS

WIEDERVEREINIGUNG DURCH KONFÖDERATION?

Die informellen Unterredungen zwischen Bundesminister Fritz Schäffer, NVA-General Vincenz Müller und Sowjetbotschafter Georgij Maksimowitsch Puschkin 1955/56

Sie klang sensationell, die gezielte Indiskretion des Ersten ZK-Sekretärs der SED, Walter Ulbricht, am 18. Oktober 1958 während der Tagung des Nationalrats der nationalen Front des demokratischen Deutschland[1]. Auf die Frage, ob die von der DDR vorgeschlagene Konföderation als Übergang zur Wiedervereinigung oder als endgültige Lösung gedacht sei[2], antwortete Ulbricht: Es hätten bereits Gespräche von DDR-Vertretern mit einem „namhaften Mitglied der Bonner Regierung" stattgefunden, „wie man zur Wiedervereinigung kommen kann. Der betreffende Herr warf die Frage der Konföderation in die Diskussion". Das sei kein „echter ‚marxistisch-leninistischer' Vorschlag" gewesen: „Die Anregung kam aus der Bonner Küche." Dieser Hinweis entpuppte sich schon bald als Politikum ersten Ranges.

Rätselraten allenthalben. Hatte die Bundesregierung selbst gegen den unabdingbaren Grundsatz westdeutscher Demokraten, mit dem Unrechtsregime in Pankow keine Verbindung aufzunehmen, verstoßen und die Öffentlichkeit düpiert? Betrieb Adenauer, der die westlichen Verbündeten schon wegen unbedeutender Kontakte zu Ost-Berlin tadelte, gar ein Doppelspiel? Wie glaubwürdig war seine Deutschlandpolitik noch in Anbetracht der seit Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Moskau im Jahre 1955 verkündeten Hallstein-Doktrin, mit der die Bundesrepublik den „zweiten" deutschen Staat international zu isolieren trachtete?

---

[1] Wortlaut der Rede in: Dokumente zur Deutschlandpolitik, III. Reihe/Bd. 4, 1. Januar 1958 bis 9. November 1958, Dritter Drittelbd. (1. 8.–7. 11. 1958), bearb. von Ernst Deuerlein/Gisela Biewer, hrsg. vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Frankfurt/Main-Berlin 1969, S. 1808–1816, hier S. 1814.

[2] Die Frage hatte Professor Dr. Walter Hagemann (1900–1964), 1946–1959 Direktor des Instituts für Publizistik an der Universität Münster, gestellt. Wortlaut der Rede in: „Neues Deutschland" vom 21. 10. 1958. Wegen parteischädigenden Verhaltens war er am 21. 4. 1958 aus der CDU ausgeschlossen worden, 1961 in die DDR übergesiedelt, dann Lehrstuhlinhaber an der Humboldt-Universität, Ost-Berlin.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

I.

Als die ADN-Mitteilung vom 20. Oktober 1958 am nächsten Morgen im Nachrichtenspiegel I des Presse- und Informationsamtes erschien[3], reagierte Bundeskanzler Adenauer sofort. In einem Rundschreiben forderte er alle Ressorts auf, bis 16.00 Uhr des gleichen Tages eine umgehende Antwort zu geben, ob der Minister mit dem von Ulbricht genannten „Mitglied der Bonner Regierung" gemeint sein könnte. Für die Öffentlichkeit kam nur allmählich, Schritt für Schritt, und auf massiven propagandistischen Druck der DDR-Führung etwas Licht in das Dunkel dieser Angelegenheit. Die erste amtliche Reaktion in Bonn fiel kurz und bündig aus. Noch am gleichen Tag verlautete: „Das Bundeskabinett stellt fest, daß kein Bundesminister Gespräche oder gar Verhandlungen mit Vertretern des Sowjetzonenregimes geführt hat."[4] Ulbricht aber ließ nicht locker. Am 24. Oktober 1958 forderte er den betreffenden Minister der Bonner Regierung auf, Mut zu zeigen und die Wahrheit zu sagen, da ihm das Schweigen doch nichts nütze[5]. Das Kabinett beriet erneut, behielt aber die bezogene Position zunächst bei[6]. Zwischenzeitlich kam Ernst Lemmer, Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, in Verdacht[7]. Er hatte sich bereits im Jahre 1951, damals noch Chefredakteur des „Kurier" (West-Berlin), mit dem stellvertretenden DDR-Ministerpräsidenten, Otto Nuschke, und DDR-Außenminister Georg Dertinger in Ost-Berlin getroffen[8]. Lemmer wies darauf hin, allein aus der Zeitangabe sei zu erkennen, daß er die Besprechungen nicht geführt haben könne[9].

In der Bundeshauptstadt hielt das Schweigen an, bis Ulbricht am 11. November 1958 noch deutlicher wurde[10]. Er nannte die konkreten Gesprächsdaten – 20. Oktober 1956 Begegnung in Ost-Berlin, 17. Juli 1957 in Bonn – und behauptete, man habe sich darüber unterhalten, bei der Wiedervereinigung keine Gewalt anzuwenden. Gesprochen worden sei über die Schaffung eines europäischen Sicherheitssystems, den Austritt der Bun-

---

[3] Nachrichtenspiegel I vom 21. 10. 1958, S. 1 ff., in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bonn (BPA).

[4] Vgl. „Bonn: Kein Kontakt mit der SED", in: „Die Welt" vom 22. 10. 1958.

[5] Wortlaut des Interviews von Ulbricht für die „Berliner Zeitung" vom 24. 10. 1958, in: Dokumente zur Deutschlandpolitik, III. Reihe/Bd. 4, Dritter Drittelbd., S. 1827 ff., hier S. 1827.

[6] Stellungnahme des stellvertretenden Sprechers der Bundesregierung, Werner Krueger, auf einer Pressekonferenz in Bonn am 22. 10. 1958, in: BPA, Pressearchiv, F 30.

[7] Am 26. 10. 1958 hatte Lemmer gegenüber Schweizer Journalisten solche Spekulationen zurückgewiesen. Vgl. „Lemmer gegen Ulbrichts Behauptung", in: „Die Welt" vom 27. 10. 1958; abgedruckt in: Dokumente zur Deutschlandpolitik, III. Reihe/Bd. 4, Dritter Drittelbd., S. 1831.

[8] Michael Richter, Die Ost-CDU 1948–1952. Zwischen Widerstand und Gleichschaltung, Düsseldorf 1990, S. 347. Unerwähnt blieb Lemmers Gespräch mit Nuschke auf dem Evangelischen Kirchentag in Leipzig im Jahre 1954. Vgl. „Der Bundeskanzler hatte Schäffer gewarnt", in: „Frankfurter Allgemeine" vom 17. 11. 1958.

[9] Meldung von dpa Berlin an dpa Hamburg vom 11. 11. 1958, in: Bundesarchiv, Koblenz (BA), Nachlaß (NL) Fritz Schäffer 168/43, Blatt 31.

[10] Vgl. „SED-Sekretär Ulbricht ist hartnäckig", in: „Die Welt"; „Ulbricht: Bonner Minister erschien 1956", in: „Frankfurter Allgemeine", beide vom 12. 11. 1958.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

desrepublik aus der NATO und der DDR aus dem Warschauer Pakt sowie die Abschaffung der Wehrpflicht in Westdeutschland. Auch die Bildung einer Konföderation sei erörtert worden, wobei der „CDU/CSU-Minister" die Entwicklung mit den Benelux-Staaten verglichen habe. Erneut forderte Ulbricht den Betreffenden auf, sich zur Sache zu äußern. Unverhüllt drohte er, sollte dies nicht geschehen, dann würden die Ost-Berliner Teilnehmer darüber Mitteilung machen.

Recherchen erbrachten unter dem Datum des 20. Oktober 1956 eine Notiz im West-Berliner „Abend" über den Besuch des damaligen Finanzministers, Fritz Schäffer, in der Stadt[11]. Die Bundesregierung saß in der Klemme, mußte endlich reagieren. Adenauer drängte Schäffer am 11. November 1958, nun Farbe zu bekennen[12]. Gemeinsam mit seinem Freund Strauß entwarf Justizminister Schäffer eine Presseerklärung, die am nächsten Tag, vom Kabinett in leicht korrigierter Form gebilligt, veröffentlicht wurde[13].

Schäffer gab zu, „anläßlich einer Dienstreise" an jenem Herbsttag in Berlin gewesen zu sein. Falsch sei, daß er „dabei eine Besprechung mit Vertretern der sowjetzonalen Behörden – gleichgültig über welches Thema – geführt habe. Eine Anregung, mit einem der sowjetzonalen Machthaber zu sprechen", sei von ihm „rundweg abgelehnt" worden. Aufgrund einer vertraulichen Mitteilung habe er sich „ausführlich mit dem damaligen sowjetischen Botschafter[14] in Ostberlin über die Frage unterhalten, ob die Sowjetunion bereit sei, für die Wiedervereinigung Deutschlands einem Verfahren zuzustimmen, das zuerst allgemeine politische Betätigungsfreiheit wiederherstellt und dann in ganz Deutschland allgemeine, freie Wahlen für die Bildung einer gemeinsamen deutschen Nationalversammlung vorsieht". Das Gespräch sei „leider ergebnislos" geblieben. Und dann der entscheidende Satz: „Über den Gedanken einer Konföderation ist überhaupt nicht gesprochen worden." Am 13. Juli 1957 habe ihn in Bonn ein Mitglied der Volkskammer – der Name war Schäffer entfallen[15] – besucht und die Anregung zu einem Gespräch in Berlin wiederholt. Doch habe er abgelehnt, weil er „den sowjetzonalen Behörden Vorschläge nicht zu machen hätte". Als Grund für die Wahrnehmung des Gesprächs mit Puschkin führte Schäffer seine Gewissensverpflichtung an. „Die lügenhafte Entstellung dieser Vorgänge durch Herrn Ulbricht" beweise, daß die „Machthaber der Sowjetzone jede echte Verhandlung über die Wiederherstellung der deutschen Einheit sabotieren".

---

[11] Die Meldung war zustande gekommen, weil zufällig ein Mitglied der Redaktion dasselbe Flugzeug, aus Bonn kommend, benutzt hatte. Vgl. „Ulbricht: Bonner Minister erschien 1956", in: „Frankfurter Allgemeine" vom 12. 11. 1958.

[12] Schreiben Schäffer an Adenauer vom 12. 11. 1958, in: BA, NL Schäffer 168/43, Blatt 29.

[13] Endgültige vom Kabinett in der Sitzung am 12. 11. 1958 gebilligte Fassung, in: Ebenda, Blatt 30. Wortlaut der Erklärung in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 211 vom 13. 11. 1958, S. 2093; abgedruckt in: Dokumente zur Deutschlandpolitik, IV. Reihe/Bd. 1, 10. November 1958 bis 9. Mai 1959, Erster Halbbd. (10. 11. 1958–31. 1. 1959), bearb. von Ernst Deuerlein/Hannelore Nathan, hrsg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Frankfurt/Main–Berlin 1971, S. 40f.

[14] Georgij Maksimowitsch Puschkin (*1909), 1954–1955 Hochkommissar der UdSSR in Deutschland, 1955–1958 Botschafter in der DDR.

[15] Gemeint: Professor Dr. Otto Rühle. Vgl. Anm. 24.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Zwei Tage später, am 14. November 1958, behauptete der NVA-General Vincenz Müller in einem Interview mit der „Berliner Zeitung"[16], mit Schäffer in den Jahren 1955 und 1956 in Verhandlungen gestanden zu haben. War anfangs das beharrliche Leugnen dem Ansehen der Bundesregierung schon abträglich gewesen, so hatte Ulbricht es geschafft, Bonn eine Affäre zu bescheren, denn Pankows Mann war nicht bloß als Vermittler einer Unterredung mit dem Sowjetbotschafter, sondern offensichtlich auch als Gesprächspartner in Erscheinung getreten. Statt in die Offensive zu gehen und den Fehlschlag dieser diskreten Verhandlungsmission als Beweis für die Verhandlungsunwilligkeit der anderen Seite herauszustellen, konnte sich die Bundesregierung wegen des langen Schweigens nur noch auf peinliche Rückzugsgefechte verlegen.

Müller hatte gleichzeitig in einem persönlichen Schreiben vom 13. November 1958 Schäffer aufgefordert, zur Aufklärung der entstandenen Lage beizutragen (Dokument 6). Das Ergebnis der seinerzeitigen Besprechungen sei doch gewesen, weitere „Gespräche durch beauftragte Regierungsvertreter" zu führen in der Absicht, „die Kontakte in der Frage der Wiedervereinigung enger zu gestalten und wenigstens erste praktische Folgerungen zu erreichen". Schäffer werde hoffentlich „auch weiterhin für die Konföderation als den entscheidenden Schritt für die Wiedervereinigung eintreten". Doch gelte es jetzt, „die volle Wahrheit darüber, wie es wirklich war, zu sagen".

Müllers Interview bezweckte wohl in erster Linie, die Richtigkeit der Behauptung Ulbrichts zu unterstreichen, der von der Bundesregierung so vehement abgelehnte Konföderationsvorschlag entstamme dem Umfeld der Bundesregierung. Der Gedanke sei von dem Bonner Minister, von dem auch die Initiative zur Unterredung ausgegangen sein soll, vorgebracht worden. „Der beste Weg zur Wiedervereinigung" sei, nach Schäffers Ansicht, „das föderalistische Prinzip". Dabei hätte er das Beispiel der Benelux-Staaten im Auge gehabt. „Diese Staaten kümmern sich innenpolitisch nicht umeinander, aber wirtschaftlich arbeiten sie zusammen." Schäffer habe die Meinung vertreten, „man müsse beiderseits nach einem Weg zur Wiedervereinigung ohne Gewaltanwendung suchen", und habe „in diesem Zusammenhang die Frage eines Ausscheidens aus den Machtblöcken" angesprochen. Dabei sei von ihm „eine Begrenzung der Streitkräfte entsprechend der Bevölkerungszahl Deutschlands" erwogen worden. Für die Bundesrepublik, habe Schäffer erklärt, wäre nur „die friedliche Ausnützung der Atomenergie, jedoch keineswegs die Atomwaffen von Interesse". Sodann habe er vorgeschlagen, „eine Art Programm für die Wiedervereinigung vorzubereiten, in dem die Wirtschaftsfragen, die Fragen des Personenverkehrs und die Kulturfragen festgelegt sind. Dafür sollen Termine festgesetzt werden, damit ein solches Programm bis Juli 1957, also noch vor den Bundestagswahlen, veröffentlicht werden kann." Der Minister habe direkte Gespräche „mit einem Mitglied der Regierung der DDR" angeregt. Weitere Besprechungen seien vereinbart worden. Dazu habe Müller Schäffer „einen beauftragten Vertreter vorgestellt". Auf die Frage, ob Schäffer „das alles auf eigene Kappe" machte, antwortete Mül-

[16] Wortlaut in: Dokumente zur Deutschlandpolitik, IV. Reihe/Bd. 1, Erster Halbbd., S. 79 ff. Das Interview wurde am selben Tag morgens vom Deutschen Rundfunk in Ost-Berlin ausgestrahlt. Wortlaut in: BPA, Pressearchiv, Biographisches Archiv, Vincenz Müller, 15. 11. 1958.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ler, Schäffer hätte ihm gesagt: „Selbstverständlich habe ich den ‚Alten' (Adenauer) informiert. Solche Sachen kann ich nur mit dem Kanzler und mit Strauß besprechen. Ich mußte den Alten bitten, nur wenige Personen ins Vertrauen zu ziehen." Schließlich setzte Müller, das Verhalten Schäffers rechtfertigend, hinzu: „Und ich sah in den Bemühungen von Herrn Dr. Schäffer eine Sache, die für Deutschland sehr nützlich werden konnte."

Der so Angesprochene war nun am Zuge, seine Sicht der Vorgänge darzulegen, zumal in der Öffentlichkeit bereits der Verdacht des Landesverrats aufkeimte[17]. Am gleichen Abend verteidigte Schäffer auf einer CSU-Versammlung in Passau[18] seinen Besuch in Ost-Berlin erneut als Gewissensentscheidung und suchte sich gewissermaßen als Märtyrer hinzustellen. „Die deutsche Einheit in Frieden, ohne Blutvergießen, in völliger Freiheit zu gewinnen", dafür müsse man zu Opfern bereit sein. „Aus dieser Überzeugung heraus habe ich gehandelt und werde ich immer handeln!" Schäffer ging noch weiter, erwähnte, bereits im Jahre 1955 in Kontakt mit dem NVA-General gestanden zu haben. Dieser habe ihm, im Falle eines Besuchs in Ost-Berlin, Gelegenheit zu einem Gespräch mit Puschkin zugesagt. Da 1955 noch die Chance bestanden hätte, „daß Rußland selber eine endgültige Lösung für Deutschland suche und bereit sein könnte, Deutschlands Wunsch nach Einheit zu erfüllen", hätte er keine Möglichkeit gesehen, „ein solches Angebot (. . .) aus Angst abzulehnen". Seine Rechtfertigung zielte durchaus geschickt auf die Standardkritik an der Adenauerschen Deutschlandpolitik ab, nämlich in der Vergangenheit nicht alle Chancen zur Wiedervereinigung wahrgenommen zu haben.

Das vorgesehene Gespräch mit Puschkin sei jedoch nicht zustande gekommen. Hingegen habe er am 20. Oktober 1956 eine ausführliche Unterredung mit dem Sowjetbotschafter über die Möglichkeit der Wiedervereinigung geführt und gefordert, „in der Ostzone müßten freie Rede und Agitationsmöglichkeit zugelassen werden, denn: ‚wir sind unserer Sache so sicher, daß wir der Ostzone die freie Agitationsmöglichkeit bei uns gestatten könnten!' Dann, etwa nach einem Jahr freier Agitation, müßte in allgemeiner, freier und geheimer Wahl eine deutsche Nationalversammlung gewählt werden, die die Verfassung und die Gesetze schaffen und später, je nach der Verfassung, eine gemeinsame deutsche Regierung bilden werde." Auf die heikle Frage nach der Zukunft des Kapitalismus in Deutschland sei er erst gar nicht eingegangen. Seine Antwort: „‚Die innere Regelung ist allein Sache des deutschen Parlaments, ohne Zwang, ohne Bedingungen. Das deutsche Volk will sein Schicksal frei und selbständig gestalten!' Der Botschafter habe ihm zugesagt, seine Vorschläge nach Moskau zu übermitteln." Nach einiger Zeit sei

[17] Schäffer hatte sich verschiedentlich für die Einführung der Todesstrafe gegen Landesverräter im Krisenfall ausgesprochen. Mit ihrem eigenen Vorgehen, so die Kritik, werde die Regierungspolitik unglaubwürdig. Vgl. „Schäffer beendet Rätselraten über Ulbrichts Andeutungen", in: „Stuttgarter Zeitung" vom 13. 11. 1958. „Minister Schäffer in Bedrängnis", in: „Frankfurter Rundschau" vom 15. 11. 1958.

[18] Wortlaut des Berichts der „Passauer Neuen Presse", 15./16. 11. 1958, abgedruckt in: Dokumente zur Deutschlandpolitik, IV. Reihe/Bd. 1, Erster Halbbd., S. 69 ff.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ein Bote mit der negativen Antwort aus Moskau gekommen, über die er auch – wie nach der Unterredung – den Bundeskanzler unterrichtet habe. Die im Gespräch vereinbarte Vertraulichkeit habe Schäffer nicht brechen wollen.

Damit schloß sich für Schäffer die Argumentationskette. Der Beweis war erbracht, auch geheim war mit Ost-Berlin nicht zu verhandeln. Mit Recht konnte er darauf verweisen, daß Verhandlungen nur zweckvoll sind, wenn sie vertraulich geführt werden und zuvor Sondierungen erfolgen. Schließlich versuchte Schäffer dem Eindruck entgegenzutreten, er könnte der eigentliche Urheber des von Ost-Berlin propagierten Konföderationsvorschlags sein, der den Kritikern der Regierung Adenauer Auftrieb gegeben hatte. Schäffer führte den Zeitpunkt an: „Auf den Gedanken einer ‚Konföderation' seien die Leute in der Zone erst fast ein Jahr später gekommen."

Nachdem Roß und Reiter bekannt waren, ging die DDR-Führung nun daran, die *Affäre Schäffer* vollends propagandistisch auszuschlachten[19]. Am 19. November 1958 strahlte der Deutsche Fernsehfunk in einer angeblichen Live-Sendung ein weiteres Interview mit Müller[20] aus, von dem westliche Beobachter wohl zurecht annahmen, daß es sich um eine schlecht zusammengeschnittene Aufzeichnung in der Art eines Verhörs handelte, in dem der Befragte gezwungen wurde, „die Richtigkeit der Behauptung Ulbrichts zu bestätigen"[21]. Der spätere DDR-Geheimdienstchef, Markus Wolf, bestätigt indirekt diesen Vorgang, der jedoch mit seinen „Vorstellungen über die Einhaltung vereinbarter Vertraulichkeit keineswegs" übereingestimmt habe[22]. Viel Neues kam bei dem Interview über den Inhalt des Gesprächs mit Schäffer nicht zu Tage. Müller hatte damals angeblich den Eindruck gewonnen, Schäffer wolle „auf einen Kompromiß hinaus". Ihm passe nicht, daß „in der Bundesrepublik die großen Konzerne in der Politik allein den Ton angeben". Die Interessen des Mittelstandes müßten mehr Berücksichtigung finden. Der General polemisierte dann gegen Adenauer und die Aufrüstung der Bundeswehr, obschon er mit Schäffer „selbstverständlich nicht über die militärischen Fragen gesprochen habe, aber die Gefahr eines neuen Krieges stand im Hintergrund unserer ganzen Aussprache". Mit „tiefer Ergriffenheit" habe Schäffer ihm vom Tod des einzigen Sohnes im Zweiten Weltkrieg berichtet und gesagt: „(. . .) darum will ich für die Zukunft verhindern, daß noch einmal Millionen von Familien von solch einem Unglück getroffen werden". Müller bezeichnete die Unterredung nunmehr als „Verhandlung" mit dem Minister, denn beide wären sich ihrer dienstlichen Stellung bewußt gewesen, und er habe vor dem Eintreffen Schäffers „selbstverständlich mit der zuständigen Stelle" der Republik darüber gesprochen und über das Ergebnis berichtet. Schäffer sei überdies „bereit gewesen, mit jedem zu verhandeln, ob es ein Christ, ein Kommunist oder ein Mann" seiner politischen Auffassung wäre[23].

Den Schlußpunkt dieser Interview-Kampagne bildeten am 24. November 1958 die

---

[19] Vgl. „Riesenblamage für Adenauer", in: „Neues Deutschland" vom 14. 11. 1958.
[20] Wortlaut in: Dokumente zur Deutschlandpolitik, IV. Reihe/Bd. 1, Erster Halbbd., S. 97–102.
[21] Vgl. „Fernseh-Interview oder Verhör?", in: „Die Welt" vom 21. 11. 1958.
[22] Markus Wolf, Im eigenen Auftrag. Bekenntnisse und Einsichten, München 1991, S. 152.
[23] Wie Anm. 20, S. 98–102.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Ausführungen des in der westdeutschen Öffentlichkeit weithin unbekannten Professors Otto Rühle[24]. Er gab an, während der Besprechung in der Wohnung von Müller Schäffer als Beauftragter der DDR für die Verhandlungen vorgestellt worden zu sein. Dieser habe ihm vorgeschlagen, sich im Finanzministerium in Bonn als Dr. Rühle aus Stuttgart vorzustellen. Am 13. März 1957 – und nicht, wie bis dahin verlautete, am 13. Juli 1957; inwieweit eine bewußte oder unbewußte Änderung des Datums erfolgte, ist unklar – sei er zu einer anderthalbstündigen Besprechung nach Bonn gekommen[25]. Seinem Auftrage entsprechend, so Rühle, habe er drei Aspekte dargelegt: (1) eine Gewaltsverzichtserklärung der beiden Regierungen zu verabschieden, die Wiedervereinigung auf friedlichem Wege herbeizuführen, (2) ein europäisches Sicherheitssystem zu schaffen mit einer begrenzten Rüstungszone, Austritt der Bundesrepublik aus der NATO und der DDR aus dem Warschauer Pakt, Abschaffung der westdeutschen Wehrpflicht, sowie (3) als ersten Schritt zur Wiedervereinigung eine Konföderation der beiden deutschen Staaten zu bilden.

Schäffer habe den Vorschlag des Gewaltverzichts für lösbar gehalten, was natürlich die De-facto-Anerkennung der DDR bedeutet hätte. Er „ließ dabei offen", so Rühle, „ob er sich dafür einsetzen würde". Zu dem zweiten Punkt soll Schäffer geäußert haben, „daß man doch von der Bundesregierung aus immer für eine Neutralisierung Deutschlands gewesen sei und daß im Falle einer Wiedervereinigung Deutschlands die Bundesrepublik ausdrücklich bündnis- und vertragsfrei werden würde". In der Frage des Austritts aus der NATO soll Schäffer sich nicht festgelegt, sondern bemerkt haben, „daß übrigens die NATO reinen Verteidigungscharakter trage". Schäffer habe eine Garantie der Sowjetunion und der Westmächte gefordert, ihre jeweiligen Truppen von der Zonengrenze um 500 Kilometer abzuziehen mit Ausnahme von bewaffneten Streitkräften nichtdeutscher Staaten wie Dänemark, Norwegen und Polen. Die Details sollten aber den Militärexperten überlassen werden. In der Frage der Konföderation sei Schäffer wieder auf die bisherige deutschlandpolitische Linie der Bundesregierung eingeschwenkt. Maßnahmen, die zur Vorbereitung der Wiedervereinigung notwendig seien, könnten bis zur Abhaltung gesamtdeutscher Wahlen auch ohne Konföderation getroffen werden. Zu Kompromissen müßte es im Bereich der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, bei Verkehrsfragen und in den Kulturbeziehungen kommen. Rühle gewann angeblich den Eindruck, Schäffer habe „strenge Anweisung von Adenauer, daß er das Wort Konföderation nicht gebrauchen solle". Der Bundesminister soll vorgeschlagen haben, zwischen den beiden deutschen Staaten einen Vertrag abzuschließen, „in dem gemeinsame Maßnahmen zur Vorbereitung der Wiedervereinigung und der Termin für allgemeine Wahlen festgelegt werden". Anschließend wären „Verhandlungen mit den Vier Mächten über den Abzug der ausländischen Truppen aus Deutschland" zu führen. Zwei Jahre nach Vertragsabschluß solle die

[24] Professor Dr. Otto Rühle (1914–1969), 1950–1969 Volkskammer-Abgeordneter der National-Demokratischen Partei Deutschlands (NDPD), 1963–1969 Direktor des Rubenow-Instituts für Bildungsforschung, Greifswald.

[25] Im Nachlaß Schäffer (Bundesarchiv, Koblenz) und nach Auskunft der VS-Registratur des Bundesministeriums der Finanzen war eine Aufzeichnung über dieses Gespräch nicht zu ermitteln.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Nationalversammlung zusammentreten. Über die Atomrüstung wurde Rühle zufolge nicht gesprochen. Als er darauf hinwies, daß der Truppenabzug vor den allgemeinen Wahlen stattfinden müsse, habe Schäffer entgegnet: „Meinetwegen auch vor den Wahlen". Der Minister habe ihn gebeten, bei der DDR-Regierung „festzustellen, zu welchen Terminen ein solcher Vertrag abgeschlossen und ein solcher Plan der Wiedervereinigung verwirklicht werden könne". Zugleich habe Schäffer im Falle des positiven Verlaufs der Gespräche mit Rühle in Aussicht gestellt, weitere Beratungen mit Grotewohl „oder einem anderen Regierungsmitglied in Berlin zu führen".

Schon damals, wenige Tage vor dem Berlin-Ultimatum Chruschtschows am 27. November 1958[26], konnte sich kaum jemand ein rechtes Bild davon machen, was wirklich hinter „Schäffers Patrouillenritt nach Pankow"[27] steckte. Die widersprüchlichen Äußerungen sorgten für genügend Spekulationsstoff. In der CDU/CSU-Bundestagsfraktion machte sich helle Empörung über den Alleingang des Ministers breit[28], den Adenauer bei der Kabinettsbildung im Herbst 1957 ins Justizministerium abgeschoben hatte. SPD- und FDP-Opposition, die gemeinhin engen Kontakten mit dem Osten das Wort redeten, hätte der *Fall Schäffer* eigentlich Wasser auf die Mühlen sein müssen. Forderten sie doch schon seit geraumer Zeit, die Bundesregierung solle endlich von ihrer Isolierungsstrategie abrücken und die DDR als Realität anerkennen[29]. Doch nichts dergleichen geschah. Die Opposition konnte und wollte schlechterdings nicht eine Regierungspolitik verteufeln, die sie selbst propagierte. Nebulöse Formulierungen mußten herhalten. „‚Diese Gespräche' seien in ‚dubioser und konspirativer Form behandelt' worden", kritisierte SPD-Pressesprecher Barsig[30], während Fritz Erler von „laienhaftem Vorgehen" des Ministers sprach[31]. SPD-Chef Ollenhauer wollte ihm keinen Vorwurf machen, und Herbert Wehner bezeichnete Ulbrichts Attacke sogar als „widerliche Denunziation"[32].

Die westdeutsche Presse reagierte in schärferen Tönen. Selbst der von Adenauer geschätzte und ihm wohlgesonnene Bonner Korrespondent der „Neuen Zürcher Zeitung", Fred Luchsinger, sah „zweifellos einen der härtesten Schläge gegen die These, daß Bonn sich unter keinen Umständen mit Pankow einlassen dürfe, wenn es sich nicht selbst isolieren wolle", und behauptete, „die Bonner Regierung hat diesen Schlag selber geführt oder zumindest zugelassen"[33].

Adenauer zog sich elegant aus der Affäre und schaffte es, auch Schäffer aus der Schuß-

---

[26] Wortlaut in: Dokumente zur Deutschlandpolitik, IV. Reihe/Bd. 1, Erster Halbbd., S. 151–201.

[27] Schlagzeile eines Artikels von Theodor Eschenburg in: „Die Zeit" vom 21. 11. 1958.

[28] Vgl. „Bonn über Gespräch Schäffer mit Zonen-General verblüfft", in: „Die Welt" vom 15. 11. 1958.

[29] Wolfgang Schollwer, Liberale Opposition gegen Adenauer. Aufzeichnungen 1957–1961, hrsg. von Monika Faßbender, München 1990, S. 60 f.

[30] Vgl. „Kritik an Schäffer", in: „Die Welt" vom 14. 11. 1958. „Anders als in Tuntenhausen", in: „Der Spiegel" vom 26. 11. 1958, S. 14.

[31] Vgl. „Schäffer äußert sich über sein Gespräch", in: „Stuttgarter Zeitung" vom 17. 11. 1958.

[32] Vgl. „Schäffers Alleingang", in: „Frankfurter Allgemeine" vom 14. 11. 1958.

[33] F[red] L[uchsinger], „Die Folgen der Initiative Schäffers", in: „Neue Zürcher Zeitung" vom 18. 11. 1958.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

linie der Medien zu bringen. In einer Rede vor dem Verein Union-Presse am 16. November 1958 in Bad Godesberg distanzierte er sich öffentlich von den Eskapaden seines Kabinettsmitglieds, gab jedoch die notwendige politische Rückendeckung. Schließlich ging es in seinen Augen nicht an, daß Ulbricht mit seinen Behauptungen Mitglieder der Bundesregierung stürzt. Abgeraten habe er Schäffer von dem Gespräch, betonte der Kanzler, da sowieso wenig Aussicht auf Erfolg bestanden hätte[34]. Noch heute glaube er, Adenauer, daß Schäffer aus Gewissensgründen handelte. Die Veröffentlichung des Gesprächs sei eine gezielte SED-Kampagne, um die Bundesregierung bei ihren westlichen Verbündeten in Mißkredit zu bringen und den innenpolitischen Gegnern den Rücken zu stärken. Gekonnt parierte er die Forderungen nach Rücktritt des Ministers: „Ich glaube auf jeden Fall Schäffer mehr als dem SED-Chef Ulbricht."[35] Verständlich, daß Schäffer sich nun beeilte, überall zu erklären, mit der Stellungnahme Adenauers sei für ihn die Sache erledigt[36]. Adenauer erzählte am 27. November 1958 im CDU-Parteivorstand seine Version und mahnte, angesichts der „nicht erfolgreichen" Aktion, „weder für den einen noch für die anderen", doch über die Sache zu schweigen. Das war in der Tat „das Beste", was man tun konnte (Dokument 7).

Die für die Deutschlandpolitik sehr viel weiterreichenden Auswirkungen des sowjetischen Berlin-Ultimatums sorgten dafür, daß der Fall gegen Ende November 1958 rasch aus den Schlagzeilen verschwand. Die Hintergründe blieben ungeklärt und viele Fragen offen: (1) Wie, wann und aus welchen Gründen kam die Verbindung zwischen Schäffer und General Müller im Jahre 1955 zustande? (2) Warum scheiterte das erste Gespräch Schäffer-Puschkin im Juni 1955, und was haben beide zusammen mit Müller im Oktober 1956 besprochen? (3) Was beabsichtigte Müller? Was hatte Schäffer bewogen, den Kontaktangeboten nachzugehen? Was erwarteten sie wirklich? Wollten sie nur ein deutsch-deutsches oder auch ein deutsch-deutsch-sowjetisches Gespräch in Gang bringen? (4) Ab wann und inwieweit war Adenauer in die Vorgänge wirklich eingeweiht? Welche Haltung nahm er dazu ein, und welche Ergebnisse versprach er sich in Anbetracht der deutschlandpolitischen Verhandlungen der Vier Mächte? Waren die Westmächte von der Aktion informiert? (5) Warum hat Ulbricht gerade im Oktober 1958 – und nicht schon vorher – die Bundesregierung mit seiner Indiskretion unter Druck gesetzt? Hatte die DDR-Führung nunmehr die Realisierungschancen des Konföderationsmodells abgeschrieben? Oder wollte sie im Vorfeld des Berlin-Ultimatums die Bundesregierung mit ihren eigenen Waffen schlagen und deren Isolationsstrategie ad absurdum führen, wenn in der westdeutschen Öffentlichkeit bekannt würde, daß sie – entgegen allen bisherigen Bekundungen – schon selbst direkte Verhandlungen mit Ost-Berlin zur Herstellung der Wiedervereinigung geführt hatte? War das Ulbrichts Beitrag zum Berlin-Ultimatum Chrutschtschows? (6) Welchen Stellenwert haben die Gesprä-

[34] Adenauer wurde zitiert mit den Worten: „Ich habe ihn gewarnt, und auf mich konnte er sich nicht berufen". Vgl. „Adenauer und die Exkursion Schäffers", in: „Neue Zürcher Zeitung"; „Bundeskanzler billigte Schäffers Ostgespräche nicht", in: „Die Welt", beide vom 17. 11. 1958.

[35] Vgl. „Der Bundeskanzler hatte Schäffer gewarnt", in: „Frankfurter Allgemeine" vom 17. 11. 1958.

[36] Vgl. „‚Berlin-Angelegenheit ist für mich erledigt'", in: „Die Welt" vom 17. 11. 1958.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

che überhaupt gehabt? Gab es noch andere Kontakte und Verbindungen im vorhinein oder im Anschluß an die Unterredungen auf deutsch-deutschem Parkett? Am 24. November 1958 antwortete Ulbricht auf die Frage des „Daily Mail"-Korrespondenten, Robin Smyth, ob er, Ulbricht, „von *noch anderen vertraulichen Gesprächen* ähnlich denen, die zwischen Minister Schäffer und Herrn V. Müller geführt wurden", wisse, mit einem kurzen „Ja"[37]. Auf der Grundlage des gegenwärtig verfügbaren Quellenmaterials ist es zwar noch nicht möglich, alle Fragen aufzuklären. Dennoch lassen sich eine Reihe interessanter Erkenntnisse über die Behandlung der Deutschlandpolitik in Bonn und Ost-Berlin gewinnen.

II.

Die Lebenswege des Bundesministers und des Generals kreuzten sich schon in frühester Jugend. Fritz Schäffer, geboren 1888, entstammte einer Bauern- und Gastwirtsfamilie in Neuhausen bei Metten in Niederbayern, wo er auf das dortige humanistische Gymnasium ging und 1907 das Abitur ablegte[38]. Der 1894 geborene Vincenz Müller war aus einem streng katholischen, alteingesessenen Geschlecht in Aichach in Oberbayern gebürtig. Er besuchte ebenfalls das Klostergymnasium in Metten, das er 1913 absolvierte[39]. Sein Vater, Gerbermeister Ferdinand Müller, war Gründungsmitglied der Bayerischen Volkspartei (BVP) und von 1912 bis 1929 deren Abgeordneter im bayerischen Landtag. Trotz des Altersunterschieds von sechs Jahren ist anzunehmen, daß sich beide kannten. Der noch junge Politiker Schäffer, von 1920 an ebenfalls BVP-Abgeordneter und 1929 Parteivorsitzender, traf in den zwanziger Jahren „oft" in Aichach mit der Familie Müller zusammen[40]. Nicht ausgeschlossen ist, daß Vincenz Müller und Schäffer auch in der Zeit des Dritten Reiches zusammengetroffen sind, als Müller in der Reichswehr Karriere machte – ab Oktober 1935 arbeitete er im Generalstab des Heeres (Organisationsabteilung) – und Schäffer als Rechtsanwalt in München tätig war.

Im Sommer 1944 vollzog Müller, seit 1943 Generalleutnant und Kommandeur des XII. Armeekorps, eine seltsame politische Kehrtwende. Nach dem Zusammenbruch der

[37] Wortlaut in: Dokumente zur Deutschlandpolitik, IV. Reihe/Bd. 1, Erster Halbbd., S. 133–136, hier S. 136. Hervorhebung des Verfassers.

[38] Zur Biographie: Franz Menges, Fritz Schäffer (1888–1967), in: Jürgen Aretz/Rudolf Morsey/Anton Rauscher (Hrsg.), Zeitgeschichte in Lebensbildern. Aus dem deutschen Katholizismus des 19. und 20. Jahrhunderts, Bd. 6, Mainz 1984, S. 139–152, hier S. 139 f.

[39] Biographische Darstellung von Klaus Mammach, Herausgeber der im Deutschen Militärverlag erschienenen Erinnerungen von Vincenz Müller, Ich fand das wahre Vaterland, Berlin 1963, hier S. 5–102. Der Band enthält auch Aufzeichnungen und Reden aus dem Nachlaß Müllers. Vgl. Internationales Biographisches Archiv (Munzinger-Archiv), Lieferung 26/59, 27. 6. 1959; Oskar Pfefferkorn, Vincenz Müller. Ein sowjetisches Heldenleben, in: SBZ-Archiv 3 (1952), S. 347; „Der politische General", in: „Die Zeit" vom 13. 7. 1950.

[40] Erinnerung des Bruders, Eugen Müller (1889–1963), bis 1956 Pfarrherr in Perchting im Landkreis Starnberg, lebte bis zu seinem Tode in Aichach. Emil Schuster, „Vopo-General Müller ist Hausbesitzer in Aichach", in: „Schwäbische Landeszeitung Augsburger Zeitung" vom 20. 11. 1958.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Heeresgruppe Mitte geriet er bei Minsk in sowjetische Kriegsgefangenschaft, schloß sich den Kommunisten an, wurde Mitglied des Nationalkomitees Freies Deutschland und des Bundes Deutscher Offiziere. Nach Besuch der Antifa-Schule kam er 1948 aus der Kriegsgefangenschaft in die Sowjetische Besatzungszone und spielte neben seinem Posten als 1. stellvertretender Vorsitzender der Nationaldemokratischen Partei (NDP) von 1949 bis 1953 eine führende Rolle beim Aufbau der kasernierten Volkspolizei (KVP), deren Generalinspekteur er 1952 wurde. Zum Generalleutnant 1953 befördert, war Müller bis 1956 Chef des Stabes der KVP und zugleich Stellvertreter des damaligen Innenministers, Willi Stoph.

Schon im Juli 1950 kursierten Gerüchte, Müller unterhalte bei Reisen durch die Bundesrepublik Kontakte zu ehemaligen Offizieren der Wehrmacht und suche sie für die Volkspartei zu gewinnen[41]. Verschiedene Verbindungen sind mittlerweile belegt. Zwischen 1950 und 1954 gab es teilweise rege Korrespondenzen und Treffen zwischen Müller und Hermann Teske, Oberst im Generalstab. Dabei standen sowohl die Frage „Wiedervereinigung/Wiederbewaffnung" als auch die Einstellung der in der Bundesrepublik lebenden früheren Wehrmachtsgeneräle, die sich um den Aufbau einer westdeutschen Armee bemühten, zu den USA und der Sowjetunion im Mittelpunkt[42]. Vergeblich versuchte Teske, der seinen Einfluß erheblich überschätzte, über Müller Beziehungen zwischen der Sowjetischen Militäradministration in Berlin-Karlshorst und General Speidel[43], damals Militärberater der Bundesregierung, herzustellen. Auf westlicher Seite traute wohl keiner so recht dem „roten General". Obwohl Müller „kein Kommunist" gewesen sein soll[44], erregten seine deutlichen antiamerikanischen Äußerungen Mißtrauen.

Westdeutscherseits existierten nach Moskau noch ganz andere Verbindungskanäle. So hatte bereits im November 1954 der SPD-Parteivorstand aus vertraulichen Informationsquellen erfahren, daß Semjonow, sowjetischer Hochkommissar in Deutschland, gegenüber Kastner[45] erklärt habe, selbst bei einer Ratifikation der Pariser Verträge

---

[41] Vgl. „Werbung für ostzonale Volkspolizei", in: „Westfälischer Anzeiger und Kurier" vom 3. 8. 1950.

[42] Walter Rehm, Wiederbewaffnung und Wiedervereinigung. Deutsch-deutsche Offizierskontakte in den 50er Jahren, in: Alexander Fischer (Hrsg.), Wiederbewaffnung in Deutschland nach 1945, Berlin 1986, S. 93–106, im folgenden S. 99 ff.

[43] Müller und Speidel hatten in den dreißiger Jahren gemeinsam die Führergehilfenausbildung in Stuttgart absolviert. Hans Speidel, Aus unserer Zeit. Erinnerungen, Frankfurt/Main–Wien [4]1977, S. 125 f., 133.

[44] Mammach, Vorwort, in: Müller, S. 7. Adenauer bemerkte 1950 gegenüber den Alliierten Hohen Kommissaren zur „Armee in der Ostzone": „An der Spitze steht ein General Müller, der nicht Kommunist ist. Ich kenne den General nicht. Aber von Leuten, die ihn kennen, habe ich gehört, daß er ein sehr achtbarer Mann sei." Wortprotokoll der Sitzung vom 8. 12. 1950, in: Adenauer und die Hohen Kommissare 1949–1951, hrsg. von Hans-Peter Schwarz in Verbindung mit Reiner Pommerin, bearb. von Frank-Lothar Kroll/Manfred Nebelin, Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 1, München 1989, S. 36–57, hier S. 56.

[45] Dr. Hermann Kastner (1886–1957), 1949–1950 stellvertretender Ministerpräsident der DDR, 1950 Ausschluß aus der LDP, 1951 rehabilitiert, nach Tätigkeit für die Organisation „Gehlen" und den Bundesnachrichtendienst 1956 Flucht in die Bundesrepublik.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

„würde die Tür zu weiteren Verhandlungen offen bleiben"[46]. Zu einem Zeitpunkt also, da die Opposition öffentlich behauptete, mit Inkrafttreten der Pariser Verträge (5. Mai 1955) werde die Bundesregierung alle Chancen zur Wiedervereinigung verspielt haben. Adenauer schenkte dieser These sowieso keinen Glauben. Im April 1955 erhielt er die Bestätigung, als Botschafter Krekeler über einen Mittelsmann von Äußerungen des sowjetischen Botschafters in Washington, Zarubin, berichtete, der angedeutet habe, daß ähnlich wie im Fall Österreich es auch zu Absprachen über Deutschland kommen könne. Vorstellbar sei eine Einladung des Bundeskanzlers nach Moskau, „um die Frage direkt mit den Sowjets zu besprechen"[47]. Charles Bohlen und William Hayter, Botschafter der USA und Großbritanniens in Moskau, hatten übereinstimmend von einem unübersehbaren „Klimawechsel" gesprochen und eine „Abkehr von der sterilen Politik Stalins" prognostiziert. Über die Gründe der Kremlherren, in Europa statt Konfrontation einen Ausgleich anzustreben, wurden viele Vermutungen angestellt: ungeklärte Machtverhältnisse in der sowjetischen Führungsspitze, wirtschaftliche Engpässe, Sorge vor dem militärischen Zusammenrücken zwischen den USA und der Bundesrepublik und die Dynamik der Entwicklung Chinas[48].

Genaueres wußte man im Bonner Kanzleramt jedoch nicht, bis Globke in den ersten Maitagen über zwei Aufforderungen Puschkins an den CSU-Politiker Josef Müller, zu Treffen nach Berlin zu kommen, informiert wurde. Adenauer aber wollte Zeit gewinnen, erst die Pariser Verträge unter Dach und Fach haben[49]. Globke kam aus sowjetischen Diplomatenkreisen in Ost-Berlin zu Ohren, daß Semjonow, der Spiritus rector der Entwicklung im Falle Österreich, auch Überlegungen über eine Einladung Adenauers nach Moskau anstelle, denen jedoch Vertreter einer unnachgiebigen Haltung der sowjetischen Deutschlandpolitik noch entgegenstünden. Diese Hinweise paßten zu Berichten aus österreichischen Regierungskreisen, wonach Moskau im Falle der Kremlvisite Adenauers die Rückgabe Schlesiens anbieten wolle[50].

Gut funktionierten auch die Informationskanäle zwischen der SPD-Baracke und der

---

[46] Bericht V 257 vom 5. 11. 1954, in: Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn (FES), SPD-Bundestagsfraktion, 23 Sammlung „SPD" Büro Ollenhauer, Mappe 22. Gleicher Tenor auch: Information an Heine, Gespräch mit Kastner, 20. 1. 1955, in: FES, SPD-Bundestagsfraktion, 2/24 Sammlung „SPD" Büro Ollenhauer, Mappe 23.

[47] Fernschreiben Krekeler (Washington) an Staatssekretär, Nr. 291 vom 25. 4. 1955, Streng geheim, in: BA, NL Herbert Blankenhorn 351/45 b. Kessel, Botschaftsrat an der Vertretung in Washington, stellte umgehend Überlegungen an, wie Adenauer gegebenenfalls einer Einladung begegnen sollte. Schreiben Kessel an Blankenhorn vom 26. 4. 1955, in: Ebenda.

[48] Fernschreiben Krekeler (Washington) an Auswärtiges Amt (Bonn), Nr. 310 vom 2. 5. 1955, in: BA, NL Blankenhorn 351/45 a.

[49] Hans-Peter Schwarz, Adenauer: Der Staatsmann 1952–1967, Stuttgart 1991, S. 192.

[50] Die Kontakte waren über den Pressesprecher der österreichischen Botschaft in Bonn, Seiffert, und CDU-Pressesprecher Werner von Lojewski zustande gekommen, der wiederum Heinrich Krone, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, in Kenntnis gesetzt hatte. Heinrich Krone, Aufzeichnungen zur Deutschland- und Ostpolitik 1954–1969, in: Rudolf Morsey/Konrad Repgen (Hrsg.), Adenauer-Studien, Bd. III Untersuchungen und Dokumente zur Ostpolitik und Biographie, Mainz 1974, S. 134–201, hier S. 139.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

SPÖ in Wien. Was Globke von dritter Seite zugetragen bekam, erfuhr die SPD aus zweiter Hand und direkt aus Moskau. Adolf Schärf, Vizekanzler der Alpenrepublik, war dem Wunsch des SPD-Vorstandes nachgekommen[51] und hatte während der Moskauer Verhandlungen über den österreichischen Staatsvertrag in einem Vier-Augen-Gespräch mit Außenminister Molotow, der dazu vom ZK der KPdSU beauftragt worden war, um die Einschätzung der deutschen Frage gebeten. Dieser, so berichtete Schärf Heine am 19. und 20. April 1955, habe seinen Standpunkt geteilt, daß „im Grunde genommen jeder Russe Angst vor Deutschland hat und daß er aus diesem Grunde die Wiedervereinigung wohl nicht für zweckmäßig hält". Für die Westmächte gelte das gleiche. Molotow habe Schärf bestätigt, „nicht weit von der Wahrheit entfernt zu sein". Die Sowjetunion hätte die ganzen Jahre hindurch eine Politik der Einheit Deutschlands gemacht. „Wir sind mit dieser Politik gescheitert." Auf die Frage Schärfs, ob das die endgültige Spaltung Deutschlands bedeute, blieb Molotow unverbindlich: „Wir waren und sind für die Einheit Deutschlands." Nach dem Sinn von Gesprächen mit der SPD befragt, habe Molotow zugesagt, Wehner könne sich ja an den Stab Puschkins wenden[52].

Über Kontakte zur Bonner Opposition und zur FDP konnten die Sowjets sicher nicht klagen. Denn am 24./25. April 1955 war auch Hermann Schwann[53], Mitglied des Außenpolitischen Arbeitskreises der FDP-Bundestagsfraktion, zum Mißfallen der Partei ohne ausführliche Absprachen mit seinen Kollegen bei Puschkin zu Besuch gewesen[54].

Aus Ost-Berlin waren aber auch anderslautende Informationen zu vernehmen. In der SED-Führung hatte sich wegen der sowjetischen Deutschlandpolitik Skepsis breitgemacht. Nach Bonn sickerte durch, der Berater für Deutschlandfragen in der Sowjetbotschaft, Panin, habe die SED-Führer mit der Versicherung zu beruhigen versucht, daß freie Wahlen in Deutschland nicht abgehalten würden, da die USA sich nicht davon abbringen lassen würden, die Bundesrepublik in die NATO einzugliedern[55].

Kurzsichtig wäre es hingegen, anzunehmen, daß sich nicht auch die SED-Führung gegenüber der Sowjetunion eine Rückfallposition offenzuhalten suchte für den Fall, daß sich Moskau eines Tages doch zu einem irgendwie gearteten Arrangement mit dem Westen über Deutschland entschließen würde. Der von Ministerpäsident Otto Grotewohl

---

[51] Vor Abreise der österreichischen Delegation nach Moskau hatte Fritz Heine am 4.4. 1955 die SPÖ-Parteifreunde Schärf und Kreisky im Namen des SPD-Vorstands gebeten, bei den Verhandlungen auf alles besonders zu achten, „was mit dem deutschen Problem zusammenhänge". Aufzeichnung „Zwei Besprechungen mit Adolf Schärf", 8 S., hier S. 1, in: FES, SPD-Bundestagsfraktion, 2/24 Sammlung „SPD" Büro Erich Ollenhauer, Mappe 23.

[52] Ebenda, S. 6 ff.

[53] Hermann Schwann (1898–1977), 1953–1957 Bundestagsabgeordneter, 1960 Austritt aus der FDP.

[54] Erinnerungsvermerk für Minister Blücher, Aufzeichnungen zu der Entwicklung in der Fraktion nach dem Gespräch des MdB Schwann mit dem sowjet. Botsch. Puschkin, in: BA, NL Franz Blücher 80/299, Blatt 151. Zur Kritik an dem Vorgehen Schwanns Aufzeichnung August Martin Euler, Zum Gespräch Schwann-Puschkin vom 11.5. 1955, in: Archiv des Deutschen Liberalismus, Gummersbach (ADDL), NL Thomas Dehler N 1–2945.

[55] Bericht, Betrifft: Sowjetische Absichten in der Deutschland-Frage, vom 15.4. 1955, Kontroll-Nr. 3546, in: FES, SPD-Bundestagsfraktion, 282 Sammlung „Westmächte und UdSSR", Büro Erich Ollenhauer, Mappe 21.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

bei der Unterzeichnung des Warschauer Paktes am 14. Mai 1955 proklamierte Wiedervereinigungsvorbehalt, nämlich das vereinte Deutschland nicht im vorhinein auf die Zugehörigkeit zu einem Bündnis zu verpflichten, sondern ihm die volle Entscheidungsfreiheit zu belassen, richtete sich nicht nur an die Adresse der Bundesrepublik und ihrer NATO-Mitgliedschaft. So machte es die bislang bekannte, von ADN am 14. Mai 1955 verbreitete Version der Erklärung glauben. Dort hieß es: „Bei der Unterzeichnung des vorliegenden Vertrages über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand geht die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik davon aus, daß das wiedervereinigte Deutschland von den Verpflichtungen frei sein wird, die *ein Teil Deutschlands* in militärpolitischen Verträgen und Abkommen, die vor der Wiedervereinigung abgeschlossen wurden, eingegangen ist."[56]

In Wirklichkeit hatte Grotewohl auch die DDR in diesen Vorbehalt eingeschlossen, indem er wörtlich erklärte[57]: „Den Zweck des Vertrages – den Frieden und die Sicherheit in Europa zu gewährleisten berücksichtigend, sieht die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik im Vertrag eine große Hilfe für das deutsche Volk in seinem Streben nach friedlicher und demokratischer Vereinigung Deutschlands. Die Deutsche Demokratische Republik betrachtet ‚noch'[58] immer die Vereinigung Deutschlands auf friedlicher und demokratischer Grundlage als ihre wichtigste Aufgabe und als Aufgabe des ganzen deutschen Volkes[,] und sie wird mit allen Mitteln dazu beitragen, daß die Einheit Deutschlands beschleunigt wird. Bei der Unterzeichnung dieses Vertrages über die Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe geht die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik davon aus, daß das vereinte Deutschland ‚. . .'[59] von den Verpflichtungen, die von *diesem oder jenem Teil Deutschlands* entsprechend den militärisch-politischen Verträgen und Vereinbarungen, die vor seiner Vereinigung geschlossen und getroffen wurden, frei sein wird." Im Protokoll wurde weiter festgehalten: „Die angeführte Deklaration der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik wurde mit vollem Verständnis aufgenommen und von der Konferenz zur Kenntnis genommen." Mit anderen Worten: ohne Einspruch oder Vorbehalt der Sowjetunion!

Es ist also keineswegs zutreffend, daß mit Inkrafttreten der Pariser Verträge und dem Eintritt der DDR in den Warschauer Pakt im Mai 1955 von seiten der DDR alle Möglichkeiten zur Wiedervereinigung als vertan angesehen wurden. Offenbar gab es in der DDR-Führungsspitze nach wie vor Kräfte, die an der Option einer Wiedervereinigung Deutschlands auf der Basis der militärischen Neutralität festhielten. In der Vorberei-

[56] Wortlaut in: Dokumente zur Außenpolitik der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, Bd. II Von der Souveränitätserklärung am 25. März 1954 bis zur Warschauer Konferenz (11. bis 14. Mai 1955), hrsg. vom Deutschen Institut für Zeitgeschichte, Berlin 1955, S. 231. Hervorhebung des Verfassers.

[57] Schlußkommuniqué der Warschauer Konferenz europäischer Staaten zur Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit in Europa vom 14. 5. 1955, in: Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung, Zentrales Parteiarchiv, Berlin (IfGA, ZPA), NL Otto Grotewohl 90/461, Blatt 231f. Hervorhebung des Verfassers.

[58] Korrigiert aus „nich".

[59] Gestrichen „frei sein wird".

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tungsphase für die Genfer Viermächte-Konferenz der Staats- und Regierungschefs waren eben Verlauf und Ergebnis weiterer Deutschland-Verhandlungen nicht klar abzuschätzen.

In Washington deutete Außenminister Dulles den erfolgreichen Abschluß der Viermächte-Verhandlungen über den österreichischen Staatsvertrag als Signal einer flexibleren Haltung der Sowjets, die auch in der deutschen Frage Fortschritte bringen könnte. Die Diskussionen über den modifizierten Eden-Plan, mit dem der Westen der Sowjetunion Sicherheitsgarantien mittels eines truppenfreien Raumes in Zentraleuropa anbot und damit den Einstieg in substantielle Verhandlungen über die Wiedervereinigung verknüpfte, aber auch die Einladung des Kremls vom 7. Juni 1955 an Adenauer zum Moskau-Besuch hatten die Deutschlandpolitik Adenauers in eine schwierige Lage gebracht. Das Dilemma der Bundesregierung bestand darin, einerseits Wort halten zu müssen und nach der Westintegration die Frage der Wiedervereinigung anzugehen, was eine gewisse Beweglichkeit in der bisherigen Ost- und Deutschlandpolitik gerade bei Kontaktangeboten erforderte, und andererseits den „Dammbruch" zu verhindern, daß im Zuge möglicher Regierungskontakte zu Ost-Berlin die westlichen Länder gleiches anbahnen mit der Folge, daß die Welle der Anerkennung des zweiten deutschen Staates von Bonn nicht mehr aufzuhalten wäre.

Vor diesem politischen Hintergrund ist das Zustandekommen der Kontakte von Schäffer und Müller im Mai/Juni 1955 zu sehen. In den „Erinnerungen" Adenauers steht zu lesen, die Russen hätten „bereits vor der Einladung vom 7. Juni 1955 auf verschiedene Art und Weise versucht, mit der Bundesregierung in Kontakt zu kommen", wozu die Bemühungen Müllers gehörten[60]. Vieles spricht dafür, daß die Initiative zur neuerlichen Kontaktaufnahme zwischen Müller und Schäffer im Frühjahr 1955 von dem General ausging. Keineswegs ist auszuschließen, daß Müller auf Direktive der SMAD die alte Beziehung wieder aufwärmte, um Kontakte mit der Bundesregierung im Vorfeld der Einladung des Bundeskanzlers nach Moskau zu suchen. Den Sowjets war es offenbar bis dahin nicht gelungen, zur Bonner Regierungszentrale oder zu den Parteizentralen von CDU und CSU einen direkten Draht zu knüpfen.

Am 6. Mai 1955 informierte Schäffer Bundeskanzler Adenauer[61] über die Verbindungen zu Müller, die entweder durch Verwandte von Schäffer (Dokument 7) oder auf Vermittlung des Verlegers und Chefredakteurs der „Passauer Neuen Pesse", Hans Kapfinger, „in einem Dorfe bei Passau" zustande gekommen sein sollen[62]. Der General, so Schäffer gegenüber Adenauer, habe angeblich Informationen, „die die bevorstehenden Vier-Mächte-Verhandlungen günstig beeinflussen könnten"[63]. Die Formulierung in den „Erinnerungen" von Strauß, der über seinen Parteifreund Richard Stücklen von der

[60] Konrad Adenauer, Erinnerungen 1953–1955, Stuttgart 1966, S. 450.

[61] In Adenauers Terminkalender sind für diesen Zeitraum lediglich am 6. 5. und 7. 6. 1955 Begegnungen mit Schäffer verzeichnet; Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus, Bad Honnef-Rhöndorf (StBKAH) 04.06.

[62] Franz Josef Strauß, Die Erinnerungen, Berlin [2]1989, S. 188.

[63] Adenauer, Erinnerungen, S. 450.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Schäffer-Reise erfuhr, greift noch etwas weiter. Demnach hat Müller Schäffer informiert, „daß unter Umständen eine radikale Änderung der sowjetischen Politik gegenüber Deutschland denkbar sei. Die Bundesregierung müsse lediglich auf die Durchführung des Freiwilligengesetzes verzichten und ihr Verhältnis zur NATO lockern."[64] Müller soll Schäffer ein Gespräch mit dem sowjetischen Botschafter in der DDR, Puschkin, in Ost-Berlin in Aussicht gestellt haben. Schäffer war sich darüber im klaren, daß er einen solchen Besuch nur mit Wissen des Kanzlers durchführen konnte, und hatte offenbar seine Zusage von der Rücksprache mit Adenauer abhängig gemacht. Adenauer vermerkte am 30. Juni 1955 (Dokument 3) – also nach Schäffers Besuch in Ost-Berlin –, nichts davon gewußt zu haben, daß Schäffer ein Gespräch mit Puschkin, sondern mit Müller anonciert worden war. Wie dem auch sei, nach eigenem Bekunden versicherte Adenauer Schäffer, daß Verhandlungen „natürlich immer möglich" wären. Der Kanzler hielt sich zugleich die Hintertür offen und schränkte ein, „aber es komme auf den Inhalt der Verhandlungen an".

Als am 9. Mai 1955 – nach Aufnahme der Bundesrepublik – der NATO-Rat über die jüngsten Wandlungen in der Taktik der sowjetischen Politik und die Auswirkungen auf die internationale Lage diskutierte, unterstrich Adenauer, daß „nach Informationen aus Ostdeutschland" die Atmosphäre in nächster Zeit für internationale Konferenzen günstiger sein könnte. Dennoch hielt er kurzfristig Erfolge für nicht erreichbar[65].

Müller wandte sich abermals an Schäffer und schlug erneut ein Treffen in Berlin vor. Inwiefern Müller auf eigene Faust oder nach Absprachen mit Puschkin agierte, ist gegenwärtig noch nicht auszumachen. Adenauer, der von Schäffer am 7. Juni 1955 von der erneuten Anfrage Müllers erfuhr (Dokument 1), war durch den deutschlandpolitischen Schachzug des Kreml in die Zwickmühle geraten: Lehnte er die Einladung ab, würde er als Entspannungsgegner diffamiert, führe er hin, setzte er sich gleich nach der offiziellen Mitgliedschaft im westlichen Bündnis möglichem Argwohn der Verbündeten aus. Adenauer befürchtete, in „Mißkredit" zu geraten, wenn geheime Kontakte Bonns mit Ost-Berlin bekannt würden[66]. Andererseits könnte es höchst mißlich sein, wenn die Bundesregierung sich fünf Wochen vor der Genfer Konferenz und in Anbetracht der sowjetischen Bewegung in der Österreich-Frage von vornherein jeglicher Fühlungsnahme gänzlich verschließen würde. Sollte sich daraus im Hinblick auf die Moskaureise positiv etwas entwickeln, mußte man weitersehen; würden die Kontakte nichts erbringen und an die Öffentlichkeit dringen, schadete das nur dem Ansehen Adenauers in der westlichen Welt. Für den Kanzler war die Angelegenheit unkalkulierbar. Ihm half nur, sich geschickt herauszuwinden und keine Wege zu verbauen. So stellte er Schäffer gegenüber seine Bedenken heraus, war aber keineswegs geneigt, ihn in die Pflicht zu nehmen oder ihm die Reise zu untersagen (Dokument 7). Deshalb zeigte er zugleich Verständnis für Schäffers Gewissensqualen, falls er glaube, eine „wenn auch nur sehr

[64] Strauß, Erinnerungen, S. 188.

[65] Nordatlantikrat, Zusammenfassender Bericht über die Sitzung des Rates, Paris, 9. 5. 1955, C-R(55)18, S. 8 a, in: BA, NL Blankenhorn 351/46.

[66] Adenauer, Erinnerungen, S. 450.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

geringe Möglichkeit", Entspannung in der Deutschlandpolitik zu erreichen, ausloten zu müssen. Unliebsam war dem Kanzler die Haltung seines Ministers sicher nicht. Doch hatte er sein „Alibi" – und das reichte ihm (Dokument 7). Damit war der „schwarze Peter" der politischen Verantwortung für eine solche Aktion wieder bei Schäffer, der sich des hohen persönlichen Risikos eines Besuchs in Ost-Berlin – ungeachtet des Falles John[67] – sehr wohl bewußt war (Dokument 1).

Schäffer wird nicht abzustreiten sein, aus nationalem Pflichtbewußtsein heraus gehandelt zu haben. Wegen der langjährigen Bekanntschaft mit Müller hat Schäffer ihm ein gewisses Maß an Aufrichtigkeit unterstellt, wenn ein ehemaliger deutscher Wehrmachtsoffizier sich darum bemühte zu vermeiden, daß „von ihm ausgebildete Soldaten (Volkspolizei) einmal gegen ebenfalls deutsche Soldaten (Bundeswehr) schießen müssen"[68]. Doch war Schäffer, dem nachgesagt wurde, „schlauer als der begabteste Pferdehändler"[69] zu sein, politisch so blauäugig zu glauben, auf geheimen Kanälen in die DDR mit Moskau über die Wiedervereinigung Deutschlands verhandeln zu können? Oder war dieser Mann nur eigensinnig, ambitioniert, mit Blick auf die 1955/56 anhaltenden Diskussionen um die Kanzler-Nachfolge, Adenauer zu beerben? Wenn aufgrund seines „Opfergangs nach Ost-Berlin" Bewegung in die deutsche Frage oder selbst Verhandlungen über die Wiedervereinigung initiiert würden, könnte die Schwesterpartei CDU an ihm als Kanzler-Kandidaten kaum vorbeigehen. Bei erfolgreichem Verlauf würde die Aktion der Bundesregierung zudem innenpolitisch Entlastung verschaffen. Denn seit März 1955 zeichnete sich in der Regierungskoalition mit der FDP wegen der öffentlichen Attacken von Parteichef Thomas Dehler auf die zu unbewegliche Deutschlandpolitik des Kanzlers ein handfester Krach ab, über den gegen Ende des Jahres 1955 die Koalition auch zerbrach. Schließlich waren Gespräche zwischen westdeutschen und ostdeutschen Politikern in den fünfziger Jahren zwar stets delikat und nicht gerade an der Tagesordnung, aber auch keineswegs sensationell. Als Beispiele seien nur die Treffen von Lemmer, Gespräche des von Adenauer im Oktober 1950 entlassenen ersten Bundesinnenministers, Gustav Heinemann, mit Nuschke und Gerald Götting am 12. März 1952[70], der Besuch des DDR-Ministers für Handel und Versorgung und (Mit-)Vorsitzenden des Zentralvorstandes der Liberal-Demokratischen Partei, Karl Hamann, beim bayerischen Justizminister, Josef Müller, am 17./18. Januar 1952 in München[71] und die

[67] Dr. Otto John (*1909), erster Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, verschwand am 20.7. 1954 auf ungeklärte Weise und tauchte angeblich als politischer Flüchtling in Ost-Berlin auf, kehrte am 12. 12. 1955 wieder in die Bundesrepublik zurück, 1956 wegen Landesverrats zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt, 1958 vorzeitig aus der Haft entlassen, kämpft seitdem um seine Rehabilitierung.

[68] So die Antwort Schäffers auf die Frage nach den Beweggründen Müllers für die Kontaktaufnahme. Vgl. „In der Wohnung Müllers", in: „Frankfurter Allgemeine" vom 17. 11. 1958.

[69] Theodor Eschenburg, „Schäffers Patrouillenritt nach Pankow", in: „Die Zeit" vom 21. 11. 1958.

[70] Richter, Ost-CDU, S. 353.

[71] Bericht von Hamann über seine Gespräche mit Josef Müller in: IfGA, ZPA, NL Grotewohl 90/656, Blatt 141–164. Hamann, der nach eigenen Bekundungen „feste vereinbarte Termine", „durch Vermittlung gesicherte" und „in Aussicht genommene" Gespräche, u. a. mit Heuss, Blücher, Dehler und Ollenhauer, hatte (Blatt 183), wurde auf Entscheidung des Bundesinnenministeriums am 21. 1. 1952

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Unterredungen Karl-Georg Pfleiderers im Februar 1954 in Berlin-Karlshorst[72] erwähnt.

Über den Verlauf des Besuchs am 11. Juni 1955 in Ost-Berlin und seines Zusammentreffens mit Puschkin am 21. Oktober 1956 hatte Schäffer zunächst keine Aufzeichnungen angefertigt. Das bestätigte er am 19. November 1964 auf Befragen von Hermann Teske, der erst zehn Jahre später die Ergebnisse seiner Recherchen publizierte[73]. Hauptgrund für „seine ostwärts gerichtete Aktivität", so die Ausführung Schäffers, sei gewesen, „sein Gewissen zu erleichtern". Auf Bitten Teskes nahm Schäffer in einem vom 25. November 1964 datierten Schreiben an ihn[74] nochmals zu den Besuchen in Ost-Berlin Stellung. Dieser Brief und Schäffers Schreiben an Adenauer vom 21. Oktober 1958 (Dokument 5) sind die bisher einzigen bekannten schriftlichen Darlegungen Schäffers über den Inhalt seiner damaligen Gespräche.

Die Ausführungen in dem Schreiben an Teske enthalten – ob aus dem „Gedächtnis" aufgezeichnet oder nicht[75] – eine Reihe von Ungenauigkeiten hinsichtlich der zeitlichen Einordnung der Gespräche. So ist über den ersten Besuch im Juni 1955 dort vermerkt[76]: „Als in Ostdeutschland und in Ungarn innere Unruhen drohten, wurde ich von dritter Seite glaublich befragt, ob ich antworten würde, wenn Vincenz Müller an mich herantreten würde. Ich sagte zu, daß er sich an mich wenden könne. Es geschah dies mit der Anfrage, ob ich nicht einmal mit ihm in Ost-Berlin sprechen könne. Ich sagte zu. Es war vereinbart, daß ich nicht mit Herren der Regierung in Ost-Berlin sprechen sollte, sondern mit dem russischen Botschafter. Gelegentlich einer Reise nach West-Berlin kam ich auch nach Ost-Berlin in das Haus von Vincenz Müller und fuhr in ein Haus, wo ich angeblich den russischen Botschafter sprechen sollte. Er war gar nicht da, sondern 2 jüngere russische Beamte oder Angestellte, worauf ich diesen erklärte, ein Gespräch mit ihnen sei von mir nicht beabsichtigt gewesen. Ich glaubte, der Herr Botschafter wünsche eine Fühlungnahme, ich müßte unter diesen Umständen sofort wieder heimreisen; ich tat dies und fuhr über das Haus Vincenz Müllers wieder zurück. Vincenz Müller wurde von mir verständigt; er geriet in zornige Erregung und bat mich abzuwarten, was er mir in den nächsten

---

die Aufenthaltsgenehmigung entzogen, und er wurde aus dem Gebiet der Bundesrepublik herauskomplimentiert. Heyne, Bericht über die Ausweisung aus der Bundesrepublik vom 22. 1. 1952, Blatt 173–180.

[72] Karl-Heinz Schlarp, Alternativen zur deutschen Politik 1952–1955: Karl Georg Pfleiderer und die „Deutsche Frage", in: Wolfgang Benz/Hermann Graml (Hrsg.), Aspekte deutscher Außenpolitik im 20. Jahrhundert, Stuttgart 1976, S. 211–248.

[73] Hermann Teske, Wenn Gegenwart Geschichte wird . . ., Reihe: Die Wehrmacht im Kampf, Bd. 50, Neckargemünd 1974, S. 18–22. Hinweis darauf bei Rehm, Wiederbewaffnung, S. 93, 102. Schäffer berichtete, seinerzeit lediglich an den Bruder, Eugen Müller, einen „längeren Brief geschrieben und um Aufklärung gebeten" zu haben (S. 18). Ob Schäffer eine Antwort erhielt, wird nicht erwähnt.

[74] Wortlaut des Schreibens von Schäffer in Teske, Gegenwart, S. 19–22.

[75] Teske berichtet, Schäffer habe sich bereiterklärt, „aus dem Gedächntnis eine Dokumentation (. . .) anzufertigen". Ob Schäffer zur Abfassung des Schreibens Aktenmaterialien benutzt, bleibt offen. Jedenfalls betont er am Ende des Briefes: „Dies ist meine Erinnerung." Ebenda, S. 22. Denkbar ist, daß Schäffer sein Schreiben an Adenauer vom 21. 10. 1958 zur Hand genommen hat.

[76] Ebenda, S. 19–22.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Tagen mitteilen könnte. Er teilte mir dann mit, daß es doch erwünscht wäre, ich käme zu einem Gespräch mit dem russischen Botschafter nach Ost-Berlin. Nach Fühlungnahme mit der deutschen Bundesregierung (mit dem Herrn Bundeskanzler Adenauer; m. E. ist das Auswärtige Amt in jenen Tagen mit Herrn v. Brentano erst besetzt worden) sagte ich auch einen Besuch in Ost-Berlin, aber nur in der russischen Botschaft, zu."

Offensichtlich hat Schäffer die näheren Umstände seiner beiden Ost-Berlin-Reisen in der Erinnerung durcheinander gebracht. Dieser Teil der Darstellung bezieht sich nachweislich nicht auf den Besuch im Oktober 1956 („innere Unruhen in Ungarn"), sondern auf den ersten gescheiterten Kontaktversuch im Juni 1955, als von Brentano am 7. Juni das Amt des Außenministers übernahm.

Im Ministerium für Staatssicherheit erweckte die Mitteilung über die Reiseabsichten Schäffers und der Hinweis, der Bonner Minister werde mit der S-Bahn am Ausgang des Bahnhofs Marx-Engels-Platz ankommen, Zweifel. Mit dem wirklichen Erscheinen wurde von den Leuten um Markus Wolf nicht gerechnet. Deshalb, so die Erklärung, seien auch „die gewünschten Gesprächspartner, der Ministerpräsident der DDR und der sowjetische Botschafter, über diesen Termin, der auf ein Wochenende fiel, noch nicht in Kenntnis gesetzt" worden[77]. Ein Oberst soll Schäffer dann zur Wohnung Müllers begleitet haben. Da Schäffer wenige Stunden später wieder nach Bonn zurückfliegen wollte und die Gesprächspartner „so kurzfristig nicht zur Verfügung" standen, „wurde entschieden", Wolf „solle gemeinsam mit einem Mitarbeiter der Sowjetbotschaft die Vorschläge entgegennehmen". Im Gästehaus der DDR in Rauchfangswerder am Zeuthener See sollen Wolf, Schäffer und ein Vertreter der sowjetischen Botschaft eine Unterhaltung geführt haben, in der Schäffer angeblich „seinen Plan zur Bildung einer deutschen Konföderation sehr präzise" vortrug. Mit der Idee habe der Minister sich seit dem Moskau-Besuch des österreichischen Bundeskanzlers Raab auseinandergesetzt. Der Kern des Vorschlags sei gewesen: „Abzug der Besatzungstruppen und Schaffung eines neutralen Vereinigten Deutschland". Ost-Berlin waren die finanzpolitischen Auseinandersetzungen zwischen Adenauer und Schäffer nicht verborgen geblieben. Eingeweihte im Ministerium für Staatsicherheit glaubten an einen raffinierten Schachzug Adenauers, „der sich gerade zu einer USA-Reise anschickte" und wußte, bei der Aktion konnte sich schlimmstenfalls „ein unbequemer Partner in der Regierung kompromittieren". Wolf ergänzt: „Mit unserer Niederschrift über das Gespräch erhielten die Vorschläge Schäffers Gewicht, sie gelangten zu Walter Ulbricht, der kurz danach mit seinem Konföderationsplan aufwartete."[78]

Aus dem letzten Hinweis geht hervor, daß Wolf die beiden Treffen in Ost-Berlin in unmittelbaren Zusammenhang setzt, was nachweislich nicht stimmt. Somit ist zweifelhaft, ob Schäffer – wenn überhaupt, wie hier behauptet wird – schon bei seinem ersten Besuch den Vorschlag einer Konföderation unterbreitet hat. Die erwähnte Niederschrift – wahrscheinlich identisch mit dem im folgenden abgedruckten Dokument 4 – bezieht sich auf die Begegnung im Oktober 1956.

Mitte Juni 1955 verhandelte Adenauer nämlich in Washington über die schwierigen

[77] Wolf, Auftrag, S. 150 f.
[78] Ebenda, S. 151 f.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Fragen der westlichen Position zur Wiedervereinigung Deutschlands und der Verbindung mit den Vorschlägen einer demilitarisierten Zone in Mitteleuropa ohne Neutralisierung Deutschlands. Am 13. Juni 1955 hatte er in einer privaten Unterredung dem amerikanischen Außenminister, John Foster Dulles, streng vertraulich das Konzept der Bundesregierung für die Bildung eines truppenfreien Raumes in Zentraleuropa (sog. Heusinger-Plan) übergeben[79]. Es war der Preis, den Bonn für Fortschritte in der Wiedervereinigungsfrage zu zahlen bereit war. Bei der Gelegenheit setzte Adenauer Dulles vorsorglich auch über die Kontaktversuche Müllers mit Schäffer ins Bild und las ihm – gewissermaßen zur eigenen Rechtfertigung und vielleicht auch als Zeichen dessen, was auf deutsch-deutscher Bühne alles passieren kann[80] – den Brief Schäffers vom 9. Juni (Dokument 1) vor[81].

Nach Rückkehr aus Ost-Berlin informierte Schäffer über Staatssekretär Walter Hallstein vom Auswärtigen Amt den Kanzler telegraphisch über den Fehlschlag des Besuchs mit den Worten, daß „der Botschafter sich habe verleugnen lassen" (Dokument 2). In seiner Aufzeichnung vom 30. Juni 1955 (Dokument 3) behauptete Adenauer allerdings, „keine Ahnung" von dem beabsichtigten Treffen Schäffers mit dem sowjetischen Botschafter gehabt zu haben.

Außenminister von Brentano, derweil in die Angelegenheit noch nicht eingeweiht, brachte Adenauer mit einigen Äußerungen, die Anlaß zu weitreichenden Fehldeutungen der Bonner Deutschlandpolitik gaben, in eine äußerst peinliche Situation gegenüber seinen amerikanischen Gesprächspartnern. Von Brentano hatte während einer Pressekonferenz am 14. Juni 1955 auf die Frage des Bonner ADN-Korrespondenten, Karl Wilhelm Gerst, wie die Durchführung der Wiedervereinigung möglich sein könne, wenn zwischen beiden Teilen Deutschlands keine Kontakte hergestellt würden, geantwortet: Die Wiedervereinigung werde sich, wie er hoffe, wünsche und glaube, nicht vollziehen durch einen Kontakt der Bundesregierung mit der Regierung in Pankow, sondern durch die Entscheidung des deutschen Volkes. „Daß zur Vorbereitung und für eine Abstimmung unter Umständen auch eine Fühlungsnahme mit Dienststellen der dortigen Verwaltung möglich sein wird", wollte von Brentano nicht ausschließen. Vorgänge dieser Art gebe es ja schon im Interzonenhandel[82]. Vor dem Hintergrund des Schäffer-Besuchs hatte der Außenminister unbewußt in ein politisches Wespennest gestochen.

Adenauer war aufgebracht über die Äußerungen. Sie schienen seine Zweifel hinsichtlich mangelnder Erfahrung und fehlender Umsicht von Brentanos zu bestätigen. Die Bemerkungen, die auch nach Ansicht Blankenhorns „in der Tat so ungeschickt, ja so ge-

[79] Hermann-Josef Rupieper, Der besetzte Verbündete. Die amerikanische Deutschlandpolitik 1949–1955, Opladen 1991, S. 433–446.

[80] Schwarz, Staatsmann, S. 193.

[81] Wortlaut des Memorandums von Merchant, Leiter der Europa-Abteilung im State Department, an Dulles, 15.6. 1955, in: Foreign Relations of the United States (FRUS), 1955–1957 Vol. V Austrian State Treaty; Summit and Foreign Ministers Meetings, 1955, Washington 1988, S. 228 ff., hier S. 228.

[82] Wortlaut des Telegramms von Brentano an Adenauer vom 15.6. 1955, in: Arnulf Baring unter Mitarbeit von Bolko von Oetinger/Klaus Mayer, Sehr verehrter Herr Bundeskanzler! Heinrich von Brentano im Briefwechsel mit Konrad Adenauer 1949–1964, Hamburg 1974, S. 153 ff., hier S. 154 f.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

fährlich" waren, ließen in Adenauer den Entschluß reifen, den Rücktritt von Brentanos „sofort durchzusetzen". So hatte er bereits „in den frühen Morgenstunden einen Brief entworfen, in dem er die Gründe für seine Entscheidung auseinandersetzte", und ihn Blankenhorn zur Überarbeitung gegeben, der den Kanzler wohl beruhigen konnte[83]. Doch verordnete Adenauer seinem Außenminister umgehend Sprechverbot: „Auf Grund des Artikel 65 des Grundgesetzes", telegraphierte er aus Washington, „ersuche ich Sie, bis auf weiteres alle Gespräche und jede Verlautbarung, die meinen Ihnen bekannten Richtlinien über die Behandlung der Ost-Westfrage widersprechen, zu unterlassen."[84]

Am Nachmittag desselben Tages bekam Schäffer in Bonn ein Schriftstück – offenbar von östlicher Seite – zugespielt, über das bislang keine näheren Kenntnisse vorliegen. Am gleichen Abend setzte Schäffer seinen Kollegen von Brentano über den Besuch in Ost-Berlin in Kenntnis (Dokument 2).

Wie erwartet, berichtete die „Washington Post" am 15. Juni 1955, die Bundesregierung sei bereit, mit der DDR informelle Gespräche über die Wiedervereinigung zu führen. Im amerikanischen Verteidigungsministerium wie im State Department erregte der Bericht Aufsehen, weil der Tenor in auffälligem Widerspruch zu den Beteuerungen des Kanzlers und dem angestrebten Verhandlungspaket „Wiedervereinigung/europäische Sicherheit"[85] stand. Adenauer und Blankenhorn hatten große Mühe, die Befürchtungen als „völlig grundlos" zu zerstreuen. Auch dem britischen Premierminister, bei dem Adenauer auf seiner Rückreise aus den USA in Chequers am 19. Juni 1955 Station machte, erzählte er von den Annäherungsversuchen Müllers und sagte Eden weitere Unterrichtung in dieser Sache zu[86].

Nachdem der Kreml über die deutsche Botschaft in Paris Gesprächsverbindung mit der Bundesregierung in Bonn geknüpft hatte, war ein Kontakt über die sowjetische Botschaft in Ost-Berlin anscheinend nicht mehr gewünscht. Wenn der Besuch von Müller mit Puschkin abgesprochen war – was plausibel scheint –, dann bestand keine Notwendigkeit mehr, daß der Sowjetbotschafter sich mit einem Regierungsmitglied über Fragen der Deutschlandpolitik unterhielt. Das Gespräch war vielleicht auch hinfällig geworden, weil sich die Anzeichen für das Zustandekommen der Genfer Konferenz mehrten und die Verbindungen über Wien nach wie vor in Takt waren. Der CSU-Abgeordnete Hanns Seidel erfuhr vom österreichischen Außenminister Figl, die Russen beabsichtigten, „einer Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit zuzustimmen, diesem Deutschland militärische Kräfte zuzugestehen und einen Teil des Gebietes jenseits der Oder-Neiße-Linie zurückzugeben; die einzige Gegenleistung der Bundesrepublik müsse sein, daß Deutsch-

[83] Tagebuchnotiz vom 15. 6. 1955, in: BA, NL Blankenhorn 351/48 b.

[84] Wortlaut des Telegramms Adenauer an von Brentano vom 15. 6. 1955, in: Baring, Briefwechsel, S. 153.

[85] Wortlaut des Memorandums über die Verhandlungen Dulles – Adenauer – Macmillan – Pinay, New York vom 17. 6. 1955, in: FRUS, 1955–1957 Vol. V, S. 232–238. Wortlaut des Memorandums von Dulles an Eisenhower vom 18. 6. 1955, in: Ebenda, S. 239 f.

[86] Record of Discussions Adenauer – Eden vom 19. 6. 1955, in: Public Record Office, London (PRO), Prime Minister's Office (PREM) 11/894; siehe auch Foreign Office (FO) 371/118222.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

land sich aus dem NATO-Bündnis löse". Ein schwer abzulehnendes Angebot, meinte Krone. Aber Adenauer zeigte wenig Neigung, gegebenenfalls darauf einzugehen[87].

Ähnlich lautende Informationen sollen im Juni 1955 an die DDR-Führung weitergegeben worden sein. Puschkin habe Grotewohl davon in Kenntnis gesetzt – so war aus dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten in Ost-Berlin zu hören[88] –, daß die sowjetische Regierung in Genf den Vorschlag einer Viermächte-Erklärung zur Beendigung der Besetzung Deutschlands und der Aufhebung daraus resultierender Rechte unterbreiten wolle. Die Vier Mächte würden sich lediglich ein Aufsichtsrecht vorbehalten, ansonsten sei die Wiedervereinigung „Angelegenheit des deutschen Volkes selbst", dessen Sicherheit im Rahmen eines kollektiven Sicherheitssystems aller europäischen Staaten garantiert werde, dem bis zur Wiedervereinigung beide deutsche Staaten angehören können. Zum Zwecke der Viermächte-Aufsicht würde ein gemeinsames Organ gebildet mit Sitz in Berlin, was allerdings nicht ein Wiederaufleben des alliierten Kontrollrats bedeuten solle.

Anfang Juli 1955 hegte Globke noch Hoffnungen auf großzügige Angebote des Kreml beim Kanzler-Besuch in Moskau – „1. freie Wahlen, 2. eigene deutsche Armee, 3. Berichtigung der Oder-Neiße-Grenze durch Rückgabe von Schlesien, Pommern o. dgl."[89] Und auch die auf Vermittlung Figls Mitte Juli in Wien stattgefundene Begegnung zwischen Josef Müller und Sowjetbotschafter Iljitschew, die der Abklärung gegenseitiger Interessen im Zusammenhang mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen diente[90], deutete auf substantielle Verhandlungsbereitschaft der Sowjets hin. Die Erwartungen waren nach den Genfer Konferenzen und Adenauers Reise zerplatzt. Deutsch-sowjetische Verhandlungen sollten nach Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Bonn und Moskau zwar einfacher zu bewerkstelligen sein. Doch nahmen die Ost-West-Spannungen zu. Die Verkündung der Hallstein-Doktrin[91], mit der Bonn einen wirksamen Hebel zur internationalen Isolierung der DDR angesetzt hatte, und die Schwierigkeiten beim Versuch, dennoch die Wiedervereinigungsfrage auf der Tagesordnung zu halten, kennzeichneten die Situation des Herbstes 1956. Die Bundesregierung hatte mit ihrem erstmals direkt der Sowjetunion übermittelten Memorandum zur Wiedervereinigung am 2. September 1956[92] ein deutliches Signal der Verhandlungsbe-

---

87 Krone, Aufzeichnungen, S. 139 f.

88 Notiz, ohne Datum, in: Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Bonn (PAAA), Abteilung 7, Bd. 44 b Internationale Konferenzen Bd. 1, 2 Viermächte-Konferenzen.

89 Schreiben Globke an Hans Kroll, Botschafter in Tokio vom 4. 7. 1955, zit. bei Schwarz, Staatsmann, S. 194.

90 Vgl. ebenda, S. 192 f.

91 Wortprotokoll der Botschafter-Konferenz, Teil II vom 8. 12. 1955, inbes. die Ausführungen von Kaufmann, Grewe und Hallstein, in: BA, NL Blankenhorn 351/41 a. Wortlaut der Regierungserklärung von Brentanos am 28. 6. 1956, in der er begründete, warum die Bundesregierung die Anerkennung der DDR durch dritte Staaten als unfreundlichen Akt ansehe, in: Dokumente zur Deutschlandpolitik, III. Reihe/Bd. 2, 1. Januar bis 31. Dezember 1956, Zweiter Halbbd., bearb. von Ernst Deuerlein/Hansjürgen Schierbaum, hrsg. vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Frankfurt/Main–Berlin 1963, S. 497–527.

92 Wortlaut in: Dokumente zur Deutschlandpolitik, III. Reihe/Bd. 2, Zweiter Halbbd., S. 706–716

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

reitschaft gegeben, das die drei Westmächte am 10. Oktober 1956 mit ihren Noten an Moskau und Bonn unterstützten[93].

Die genauen Vorgänge, die zum Zustandekommen des zweiten Gesprächs zwischen Müller und Schäffer am 20. Oktober 1956 führten, auf dem Höhepunkt der Ungarnkrise und zwei Tage bevor die sowjetische Regierung die Antwortnote an die Bundesregierung[94] überreichte – also in Unkenntnis der Reaktion des Kremls –, sind bisher kaum auszumachen. Verschiedene Überlegungen kommen für die erneute Gesprächsinitiative in Betracht. Die DDR-Führung befürchtete, in der Deutschlandpolitik gänzlich an Einfluß zu verlieren, wenn, ausgehend von dem Memorandum der Bundesregierung und nachdem die Botschafter ihre Tätigkeit aufgenommen haben, direkte Verhandlungen zwischen Bonn und Moskau beginnen. Wollte die DDR mit Bonn ins Gespräch kommen, dann bot die Aussicht auf ein vertrauliches Gespräch eines Mitgliedes der Bundesregierung zu Puschkin einen Ansatzpunkt, zumal Mitte Oktober 1956 der designierte sowjetische Botschafter Smirnow noch nicht in Bonn eingetroffen war[95]. Ein vollkommen neuer Aspekt ist die in den Strauß-„Erinnerungen" wiedergegebene Version, Müller habe „offenbar sehr weitreichende Andeutungen" über einen bevorstehenden Umsturz in der DDR durch einen Putsch der NVA gemacht. Es sei „durchaus möglich", so der General, „daß es ohne sowjetisches Eingreifen, vielleicht sogar auf sowjetisches Betreiben hin, zu einer Machtübernahme durch die Nationale Volksarmee in der DDR komme, Ulbricht verhaftet und die ganze Regierung abgesetzt werde. Man denke an einen Österreich-Status für die DDR. Eine Wiedervereinigung sei zwar nicht oder erst für eine spätere Phase in Aussicht gestellt, aber immerhin käme es zu einer nichtkommunistischen Regierung in der DDR, zu einer wirklichen Demokratie mit vorheriger militärischer Übergangskonstellation und außenpolitisch begrenzter Bewegungsfreiheit."[96] Belege dafür sind momentan nicht bekannt.

Über den Verlauf des Besuchs liegen mittlerweile fünf verschiedene Quellen vor: eine Niederschrift über die Unterredung zwischen Schäffer, Müller und Puschkin am 20. Oktober 1956 aus dem Nachlaß Ulbricht (Dokument 4), das Schreiben Schäffers an Adenauer vom 21. Oktober 1958 (Dokument 5), das Interview von Müller vom 14. November 1958[97], Schäffers Ausführungen in dem Schreiben an Teske vom 25. November 1964 sowie die Darstellung in den „Erinnerungen" von Strauß. Insgesamt gesehen, bietet sich ein widersprüchliches Bild der Position, die Schäffer bezogen hat oder haben soll.

Auch dieses Mal soll die Initiative von Müller, unterdessen Generalstabschef der im Januar 1956 gegründeten Nationalen Volksarmee, möglicherweise auch über ihn von seiten Grotewohls oder anderer SED-Führer, ausgegangen sein. Jedenfalls war die Visite offen-

[93] Wortlaut der Memoranden in: Ebenda, S. 793 f.

[94] Wortlaut in: Ebenda, S. 813–824.

[95] Smirnow hatte am 3. 11. 1956 Bundespräsident Heuss das Beglaubigungsschreiben übergeben. Aufzeichnung in: PAAA, Abt. 7, Bd. 466. Vgl. „Schäffer beendet Rätselraten über Ulbrichts Andeutungen", in: „Stuttgarter Zeitung" vom 13. 11. 1958. „Schäffers Alleingang", in: „Frankfurter Allgemeine" vom 14. 11. 1958.

[96] Strauß, Erinnerungen, S. 189.

[97] Vgl. Dokumente zur Deutschlandpolitik, IV. Reihe/Bd. 1, Erster Halbbd., S. 79 ff.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

bar von DDR-Seite präzise vorbereitet und einer Falle ähnlich gestaltet. Am Tage vor dem Besuch Schäffers, wurde gemunkelt, habe „der ostzonale Staatssicherheitsdienst in sämtlichen Zimmern der Wohnung Mikrophone angebracht" und „die Tonbänder dieser Gespräche nicht nur nach Moskau geschickt, sondern auch den Engländern in die Hand gespielt"[98]. Spekulationen darüber wurden im November 1958 publik[99]. Adenauer zweifelte nicht daran, daß die Gespräche aufgezeichnet worden waren, mögliche Veröffentlichungen qualifizierte er von vorneherein als Fälschungen ab (Dokument 7).

In dem Schreiben an Teske bezeichnete Schäffer als Zweck seines Gesprächs mit Puschkin, „zu erkunden, ob eine Verständigung mit Sowjetrußland und eine Sicherung des Friedens überhaupt möglich sei". Sein Vorschlag sei dahin gegangen, „die Bevölkerung der Ostzone (und wenn gewünscht[,] die von ganz Deutschland) in einer Abstimmung erklären zu lassen, ob sie einen Zusammenschluß der Ostzone mit der Bundesrepublik wünsche, hierzu ein Jahr volle uneingeschränkte Redefreiheit in Ost und West". Die Aussichten hielt er für recht gering, die Notwendigkeit einer Klärung aber gegeben[100].

Daß Adenauer Schäffer diesmal nicht abgeraten, sondern seinerseits ein Interesse daran hatte, trotz des ersten Fehlschlags und der geringen Erfolgsaussicht ein erneutes Angebot nicht auszuschlagen, zumal die Antwortnote aus Moskau noch nicht auf dem Tisch lag, darauf deutet die Absprache mit Schäffer einen Tag vor der Reise hin. Am 19. Oktober 1956[101] wurde anscheinend zwischen beiden folgende Gesprächslinie vereinbart: Unterredung nur mit Puschkin führen, keine direkten Kontakte mit Vertretern der DDR-Regierung, da sie später als Verhandlungen und implizit als erster Schritt zu einer Anerkennung ausgelegt werden könnten, Erkundung, ob die Sowjets bereit sind, dem von Schäffer unterbreiteten Vorschlag zuzustimmen, nach einjähriger Vorbereitungszeit mit freier politischer Tätigkeit eine Nationalversammlung aus der Bevölkerung der beiden Teile Deutschlands zu bilden zur Verabschiedung einer „für ganz Deutschland geltenden Verfassung" (Dokument 5). Schäffer blieb damit zwar im Rahmen der von der Bundesregierung schon 1950 aufgestellten Forderung nach freien Wahlen zu einer Verfassunggebenden Versammlung[102]. Der Vorschlag schloß aber praktisch

---

[98] Teske, Gegenwart, S. 19.

[99] Der britische Labour-Abgeordnete Denis Healey sprach in einer Unterhaus-Rede am 27. 4. 1959 diesen Vorgang ebenfalls an: „Das Gerücht lief um, daß die Regierung ihrer Majestät eine Tonbandaufzeichnung dieser Unterredung besitzt." Wortlaut in: Dokumente zur Deutschlandpolitik, IV. Reihe/Bd. 1, Zweiter Halbbd., S. 1460–1466, hier S. 1461. Nach dem Tod von Müller 1961 sollen diese Befürchtungen in Bonn wieder aufgekommen sein. Vgl. „Die Tonbänder des Generals. Veröffentlichung über die Gespräche Schäffer–Vincenz Müller?", in: „Hannoversche Presse" vom 26. 5. 1961. Aufgrund dieser Informationen, die Schäffer angeblich „noch nicht wußte", soll er sich Teske gegenüber bereiterklärt haben, „aus dem Gedächtnis eine Dokumentation über seine damaligen Gespräche anzufertigen". Teske, Gegenwart, S. 19. Bislang sind solche Tondokumente noch nicht veröffentlich worden.

[100] Teske, Gegenwart, S. 20.

[101] Terminkalender Adenauer vom 19. 10. 1956 in: StBKAH 04.07. An dem Gespräch nahm auch Globke für einige Minuten teil.

[102] Wortlaut der Erklärung der Bundesregierung über die Durchführung gesamtdeutscher Wahlen, 22. 3. 1950, in: Die Bemühungen der Bundesrepublik um Wiederherstellung der Einheit Deutschlands

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

in der ersten Phase der Wiedervereinigung den Verzicht auf freie Wahlen in den Gebieten jenseits der Oder-Neiße-Linie ein und signalisierte Bereitschaft, trotz KPD-Verbots die Kommunisten in der Bundesrepublik wieder frei agieren zu lassen.

Über den genauen Ablauf des Besuchs war der Kanzler angeblich nicht unterrichtet. Im November 1958 äußerte er sich gegenüber Bundespräsident Heuss „voll Unmut" über Schäffer[103], der ihm zwar von dem Besuch bei Puschkin erzählt, die Begegnung mit Müller allerdings verschwiegen habe.

Schäffer hatte wahrscheinlich das Treffen in der Wohnung Müllers in Berlin-Schmöckwitz, das drei Stunden gedauert haben soll[104], auch als persönliche Geste verstanden. Ungeachtet der Möglichkeit, dort ungeschützte Äußerungen Schäffers aufzunehmen und später als Druckmittel zu benutzen, bezweckte die Zusammenkunft wohl, Grotewohl Gelegenheit zur telefonischen Kontaktaufnahme mit Schäffer zu bieten, die sich gegebenenfalls als Beweis für direkte Verhandlungen zwischen Bonn und Ost-Berlin politisch ausschlachten ließen. Schäffer fiel auf diese Finte nicht herein.

„Während des Essens, das ihm General Müller damals gab", so soll er Teske 1964 erzählt haben, „rief der ostzonale Ministerpräsident Grotewohl ihn an und wollte mit ihm auf Regierungsebene Ost–West verhandeln." Schäffer habe abgelehnt, „da er nur privat bei seinem alten Freund Müller zu Besuch" gewesen sei[105]. In Schäffers Schreiben an Teske heißt es dazu, in der Wohnung von Müller sei „(in der Familie) nur von unpolitischen Fragen" gesprochen worden, „abgesehen von einem Telefonanruf an Vinzenz Müller von Grotewohl", der Schäffer „sprechen wollte". Müller habe Grotewohl auf Schäffers „Weisung hin" gesagt, daß er, Schäffer, „in Ost-Berlin Gespräche mit der Ost-Berliner Regierung nicht führen könnte"[106]. Diese Darstellung steht in Widerspruch zur Niederschrift über die Unterredung der beiden mit Puschkin (Dokument 4). Demnach führten Müller und Schäffer eine Art Vorgespräch, dessen politischer Inhalt der General zu Beginn der gemeinsamen Besprechung mit dem Botschafter wiedergab.

Über die Unterredung bei Puschkin hielt Schäffer im Jahre 1964 fest: „Wir (Vinzenz Müller und ich) fuhren in die russische Botschaft, wo zunächst General Müller sehr entschieden und klar ausführte, eine Verständigung sei nötig; alle militärischen Maßnahmen in der Ostzone seien Unsinn; die Deutschen der Ostzone ließen sich zu Kriegsmaßnahmen gegen Bundesdeutschland nie gebrauchen. Ich schloß an, daß die Stunde gekommen sei, wo wir bekennen müßten, ob wir gemeinsam den Frieden unter unseren

---

durch gesamtdeutsche Wahlen, Dokumente und Akten, I. Teil Oktober 1949–Oktober 1953, hrsg. vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Bonn [4]1959, S. 9 ff.

[103] Theodor Heuss, Tagebuchbriefe 1955/1963. Eine Auswahl aus Briefen an Toni Stolper, hrsg. von Eberhard Pikart, Tübingen/Stuttgart 1970, S. 365.

[104] Vgl. die Interviews von Müller vom 14. 11. 1958 und vom 19. 11. 1958, in: Dokumente zur Deutschlandpolitik, IV. Reihe/Bd. 1, Erster Halbbd., S. 80, 101 sowie „Schäffer bestreitet neue Angaben Müllers", in: „Frankfurter Allgemeine" vom 21. 11. 1958, wonach Schäffer durch einen Sprecher des Bundesjustizministeriums am 20. 11. 1958 erklären ließ, bei dem „zwei- bis zweieinhalbstündigen Gespräch mit Müller sei über rein persönliche Dinge gesprochen worden".

[105] Teske, Gegenwart, S. 18.

[106] Ebenda, S. 20 f.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Völkern suchten, ob wir die Völker ganz oder teilweise gegen ihren Willen fremder Herrschaft unterwerfen wollten. Ich wiederholte den Vorschlag, die *Völker* unbeeinflußt frei abstimmen zu lassen und nach dieser Abstimmung zu handeln. Der russische Botschafter hörte aufmerksam zu; ließ erkennen, daß er das Gespräch für wichtig halte und erklärte, es sofort nach Moskau zu berichten; ich würde dann für alle Beteiligten Bericht erhalten. Vinzenz Müller verließ (offenbar freudig erregt) die Gesandtschaft und glaubte schon, den Erfolg in Aussicht stellen zu können. Ich riet ihm, kühl und ruhig zu bleiben; wir hätten eine feste Zusage der verantwortlichen Regierungsseite noch lange nicht in der Hand; ich glaubte persönlich an einen offenen Erfolg sehr wenig; ich wollte Klarheit haben, ob Gesprächen mit Rußland von Regierung zu Regierung überhaupt eine Aussicht auf Erfolg gegeben werden könne."[107]

Diese Einschätzung Schäffers ist um so verständlicher, da Puschkin die Vorschläge des Ministers, bis zu den Bundestagswahlen im Sommer 1957 zwischen Bonn und Ost-Berlin geheime Verhandlungen auf der Ebene von Regierungsbeauftragten über mögliche Wege zur Wiedervereinigung zu führen, an die DDR-Regierung als zuständiges Organ verwiesen hatte und somit auf dem Standpunkt Moskaus beharrte, zunächst müßten deutsch-deutsche Regierungsverhandlungen geführt werden (Dokument 4). Ob diese Anregung zu geheimen Verhandlungen von Regierungsbeauftragten von Schäffer alleine kam oder mit Adenauer abgesprochen war, bleibt dahingestellt. „Kurze Zeit darauf", also Anfang November 1956, „waren die Ereignisse in Ungarn: der Einmarsch der Russen in Ungarn". Damit war für Schäffer „jede Hoffnung auf friedliche Einigung mit Rußland verschwunden. Die Russen ließen mir [Schäffer] das in Bonn durch einen angeblichen Pressemann auch sagen; ich habe den Bundeskanzler davon verständigt."

Von Konföderation also kein Wort? Der „Niederschrift der Unterredung" (Dokument 4) zufolge hat Müller in dem Gespräch zusammen mit Puschkin zu Beginn die in dem vorangegangenen Gespräch zwischen ihm und Schäffer von diesem geäußerten Gedanken wiedergegeben. Schäffer hat danach das Wort „Konföderation" nicht erwähnt, ein Zusammenwachsen der beiden Teile Deutschlands in ähnlicher Form der Vereinigung der deutschen Bundesstaaten im 19. Jahrhundert aber für denkbar gehalten. Die ausdrückliche Versicherung Schäffers gegenüber dem Kanzler im Oktober 1958 (Dokument 5), daß „insbesondere die Frage der ‚Konföderation' dabei in keiner Weise berührt worden ist", trifft demnach nicht zu. Auch ist die Behauptung des Ministers nicht richtig, zu dieser Zeit, also Ende 1956, sei der Konföderationsgedanke „noch von keiner Seite überhaupt in Vorschlag gebracht worden". Tatsächlich erschien bereits am 30. Dezember 1956, neun Wochen nach der Unterredung Schäffers mit Puschkin, ein Artikel unter dem Namen von Ulbricht im „Neuen Deutschland", in dem der Gedanke einer Konföderation als Weg zur Wiedervereinigung propagiert wurde: „Nachdem in Deutschland zwei Staaten mit verschiedenen gesellschaftlichen Systemen bestehen, ist es notwendig, zunächst eine Annäherung der beiden deutschen Staaten herbeizuführen, später eine Zwischenlösung in Form der Konföderation oder Föderation zu finden, bis

[107] Ebenda, S. 21.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

es möglich ist, die Wiedervereinigung und wirklich demokratische Wahlen zur Nationalversammlung zu erreichen."[108]

Der Konföderationsgedanke soll in der SED-Führung einen Richtungsstreit ausgelöst haben. Von der Gruppe um Schirdewan und Wollweber[109] wurde berichtet, sie wäre bereit gewesen, den Vorschlag Schäffers anzunehmen, als Vorstufe freier Wahlen ein Jahr freie politische Agitation zuzulassen, und hätte schon Vorkehrungen zur Ausbildung der Funktionäre getroffen. Ulbricht habe sich mit seiner Meinung durchgesetzt, daß nichts riskiert werden dürfe[110].

Bereits im Dezember 1957 war Müller vom Dienst suspendiert worden, weil er sich angeblich gegen die Beschlüsse des Zentralkomitees der SED über die führende Rolle der Partei in der Volksarmee gestellt hat. Im März 1958 kursierten in West-Berlin Gerüchte über eine Offiziersverschwörung im Hauptquartier der NVA-Streitkräfte, an denen Müller „aus dem Hintergrund heraus maßgeblich beteiligt gewesen sein" soll[111].

Schäffer glaubte wohl stets an die Aufrichtigkeit des alten Schulfreundes. Sein Schreiben an Teske endete mit einer Art Ehrenerklärung: „Vinzenz Müller schrieb mir später, daß ein Verfahren der Ostzonenregierung gegen ihn liefe[112]; ich konnte und wollte das Schreiben nicht beantworten. Inzwischen ist er, wie ich höre, das Opfer geworden. Die Regierung der Ostzone hat die Sache dann später an die Öffentlichkeit gebracht; ich habe dann sofort dazu Stellung genommen. Dies ist meine Erinnerung. Ich halte Vinzenz Müller für einen Mann von Wahrhaftigkeit, der dem deutschen Gedanken dienen wollte."[113] Durch einen Fenstersturz aus seinem Haus verübte Müller am 12. Mai 1961 Selbstmord. Der Zufall wollte es, daß Schäffer an jenem Tage wieder in Berlin weilte[114] – als Vertreter des Bundeskanzlers bei der Trauerfeier für Jakob Kaiser, den ersten Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen.

---

[108] Abgedruckt in: Dokumente zur Deutschlandpolitik, III. Reihe/Bd. 2, Zweiter Halbbd., S. 1002–1012, hier S. 1009.

[109] Karl Schirdewan (*1907), 1953–1958 Mitglied des Politbüros, Sekretär des Zentralkomitees der SED und zugleich Stellvertreter Ulbrichts, und Ernst Wollweber (1898–1967), 1954–1958 Mitglied des Zentralkomitees der SED, 1955–1957 Minister für Staatssicherheit, waren im Februar 1958 auf Betreiben Ulbrichts aus der SED ausgeschlossen worden. Carola Stern, Ulbricht. Eine politische Biographie, Köln-Berlin 1963, S. 204–210.

[110] Vgl. „War Schirdewan mit Schäffer einig?", in: „Frankfurter Allgemeine" vom 7.1. 1959. Auch: Despatch William R. Tyler, American Embassy, Bonn, an Department of State, No. 1055 am 14.1. 1959, in: National Archives and Records Administration, Washington D.C. (NARA), Department of State Files, RG 59, Box 3523.

[111] Vgl. „Zonen-Stabschef ausgebootet", in: „Die Welt" vom 27.3. 1958.

[112] Erst im September 1958 wurde offiziell bekannt, daß Müller wegen einer schweren Herzkrankheit in den Ruhestand versetzt worden sei. Bis 1958 war er Mitglied der Volkskammer, anschließend nur mehr Mitglied des Nationalrats der nationalen Front des demokratischen Deutschlands. Vgl. „Müller heute bei der SED in Ungnade gefallen", in: „Frankfurter Allgemeine" vom 15.11. 1958.

[113] Teske, Gegenwart, S. 21f.

[114] Vgl. „Rätselhafter Tod Vincenz Müllers", in: „Augsburger Allgemeine" vom 15.5. 1961. „Pankow bestätigt indirekt Selbstmord von General Müller", in: „Der Tagesspiegel" vom 17.5. 1961.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

III.

Anhand der hier veröffentlichten Dokumente lassen sich drei Aspekte aufzeigen:

(1) Entgegen der öffentlichen Behauptung Schäffers, über Konföderation sei „überhaupt nicht gesprochen worden", geht, entsprechend der „Niederschrift der Unterredung", dieser Vorschlag *allem Anschein nach* auf ihn zurück. Ein weiterer Hinweis findet sich in den Akten der Grundsatz-Abteilung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der DDR. In dem undatierten Dokument „Westliche Pläne zur Wiedervereinigung Deutschlands, die dem Gedanken der Konföderation Rechnung tragen" wird aufgeführt: „1. Der Plan Schäffers (von ihm Ende 1956 den Organen der DDR unterbreitet, durch die Stellungnahme in der DDR im November 1958 der Öffentlichkeit bekanntgeworden). Der Plan Schäffers sah eine Konföderation beider deutscher Staaten vor, die ähnlich der Vereinigung der Benelux-Staaten aussehen würde. Die ‚Zusammenarbeit' der Mitgliedstaaten sollte auf wirtschaftlichem Gebiet liegen. Nach einem bestimmten Zeitablauf (2 Jahre) sollten Wahlen stattfinden."[115]

Deutlich hervorzuheben ist aber, daß bislang nur Dokumente oder Quellenmaterialien aus dem Umfeld der DDR-Führung die These erhärten, daß Schäffer der Urheber des Konföderationsvorschlags von Ulbricht war. Bisher ist *keine westliche* Quelle veröffentlicht worden, aus der sich belegen läßt, daß Schäffer diesen Vorschlag im Gespräch mit Müller in dessen Wohnung unterbreitet hat. In dem Schreiben an Teske kommt das Wort „Konföderation" überhaupt nicht vor.

Mehrere Erklärungen sind möglich: Erstens, der Vorschlag stammt nicht von Schäffer. Das Dokument wurde erst später angefertigt, um Schäffer als Urheber des Vorschlags vorzuführen. Zweitens, der Gedanke wurde von Schäffer geäußert – so wie er sich eine Lösung der deutschen Frage vorstellte, aber nicht als Vorschlag unterbreitet. Die DDR-Führung stellte bei späterer Analyse des Gesprächs erst fest, daß hinter dem Gedanken der Konföderation vermutlich mehr steckt, nämlich eine neue Grundorientierung der Bundesregierung auf diesem Weg, parallel zur weiteren Integration in Westeuropa, auch einen Schritt in Richtung Wiedervereinigung zu tun. Tatsächlich hätte man dann die Absichten der Bonner Deutschlandpolitik falsch interpretiert. Doch war der Konföderationsgedanke damals angesichts der Brüsseler Regierungsverhandlungen der sechs Montanunion-Staaten über die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft in tagespolitischer Diskussion. Lag es nicht nahe, auch in der Deutschlandfrage auf diesem Weg voranzuschreiten? Möglich, daß im ZK der SED überlegt wurde, wie dieser Weg für eigene politische Ziele genutzt werden könnte. Drittens, sollte Schäffer unzweifelhaft der Urheber des Vorschlags gewesen sein, so ging er augenscheinlich damit über die mit Adenauer vereinbarten Gesprächslinien hinaus. Es ist anzunehmen, daß für den Preis vager Schritte zur Wiedervereinigung Adenauer nicht zum Verzicht auf die Aufrüstung bereit war, wie Schäffer seinerseits gegenüber Puschkin angedeutet haben soll. Vielleicht hat Schäffer nicht die Tragweite eines solchen Vorschlags, von der

[115] Archiv des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der DDR, Berlin (MfAA), Bd. A 9604, Blatt 161.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

DDR aufgegriffen, erkannt und die kontraproduktive Wirkung auf die Bonner Deutschlandpolitik falsch eingeschätzt. Das Modell setzte unter den Verhandlungspartnern – ob gewollt oder nicht – eine gewisse Gleichheit voraus, hätte also die DDR genau in die Position gehievt, die sie gegenüber Bonn anstrebte. Der Konföderationsvorschlag wäre dann für Ost-Berlin ein willkommenes Instrument zur Durchsetzung eigener Ziele gewesen.

(2) Adenauer war von Beginn an über die Verbindungen Schäffers unterrichtet. Ob er von dem geplanten Gespräch mit Puschkin im Juni 1955 wußte oder nicht, scheint nach *gegenwärtiger* Quellenlage unerheblich gewesen zu sein, da das Treffen nicht zustandekam. Adenauer hätte sich vermutlich auch ansonsten nicht anders verhalten. Die Gespräche fanden mit seinem Wissen statt. Er hatte Schäffer die Reise nicht untersagt. Doch war er klug genug, im Falle des Scheiterns in der Öffentlichkeit sich jederzeit davon distanzieren zu können. Adenauer gab damit zu erkennen, daß seine Deutschlandpolitik prinzipiell zweigleisig angelegt war. Im Gegensatz zu der öffentlichen Haltung und seinen Bestrebungen in den diplomatischen Verhandlungen mit den westlichen Verbündeten, die DDR weitgehendst durch eine Politik der Nichtanerkennung zu isolieren, hielt er sich doch eine alternative Option zumindest für den Fall offen, daß sich eine Gelegenheit zu Verhandlungen mit Moskau – auch auf dem Wege über Ost-Berlin – böte. Es war eine Politik des rationalen Kalküls, in einer so sensiblen Frage wie der Wiedervereinigung letztlich keine Haltung des Alles-oder-Nichts einzunehmen. Ein Mindestmaß an Flexibilität mußte er sich gegenüber der westlichen wie der östlichen Seite bewahren, ohne daß er im vorhinein grundsätzliche Positionen aufzugeben bereit war[116].

(3) Der politische Stellenwert dieser Gespräche war im Ergebnis gleich null. Die Initiativen hatten mehr den Anschein purer taktischer Manöver und implizierten wohl niemals Chancen auf substantielle Verhandlungen über die Wiedervereinigung. Müller und Schäffer erscheinen als Schachfiguren auf der Ost-West-Bühne, deren Bemühungen vorgeführt und die nötigenfalls auch geopfert wurden. Daß Vertraulichkeit für die SED nur ein politisches Instrument war, das zu gegebener Zeit eingesetzt wurde, bewies das zweijährige Schweigen bis zum Oktober 1958. In dem Moment, als es opportun erschien, öffentlichen Druck mit der Bekanntgabe dieser Gespräche zu erzeugen, wurden die Kontakte publik gemacht, die Wirkung des Chruschtschow-Ultimatums erhöht und Zweifel an der Verläßlichkeit der Haltung Bonns gestärkt[117]. Der Coup trug mit zur Erschütterung der Bonner Isolationsstrategie gegenüber dem SED-Staat bei. Denn in den folgenden Wochen spielte auch Adenauer unter dem Druck der Sowjets auf West-Berlin mit dem Gedanken einer De-facto-Anerkennung der DDR[118]. Ulbricht wird es wenig

[116] Hans-Peter Schwarz, Die deutschlandpolitischen Vorstellungen Konrad Adenauers 1955–1958, in: Ders. (Hrsg.), Entspannung und Wiedervereinigung, Rhöndorfer Gespräche Bd. 2, Stuttgart-Zürich 1979, S. 7–40, hier S. 25f.

[117] Vgl. „Schäffers Gespräche als Agitationsstoff der SED", in: „Neue Zürcher Zeitung" vom 17.11. 1958.

[118] Vgl. die Dokumentation des Verf., Kanzler in der Krise. Journalistenberichte über Adenauers Hintergrundgespräche zwischen Berlin-Ultimatum und Bundespräsidentenwahl 1959, in: VfZ 36 (1988), S. 733–768, insbes. S. 749.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

interessiert haben, aus welcher „Küche" der Vorschlag kam, vorausgesetzt es diente den Zielen der SED. Aus der Sicht der Bundesregierung war es sicher mißlich, wenn sich bewahrheitete, daß aus ihren Reihen die Idee kam, womit sie einige Jahre international in der Deutschlandpolitik von der DDR traktiert wurde.

IV.

Bei der publizierten „Niederschrift der Unterredung" (Dokument 5) ist weder der Verfasser erkenntlich, noch sind die teilnehmenden Personen oder ein Datum aufgeführt. Auch im Umfeld des Fundortes im Nachlaß Walter Ulbricht gibt es keine weiteren Hinweise, von wem das Dokument verfaßt und Ulbricht zugeleitet wurde. Trotz der Überlieferungslücken handelt es sich unzweifelhaft um eine Aufzeichnung über das Gespräch zwischen Schäffer, Müller und Puschkin, dem, nach Äußerungen Schäffers, noch ein weiterer Botschaftsvertreter beigewohnt haben soll[119]. Drei Indizien sprechen eindeutig dafür: Zum einen der offensichtlich von Ulbricht stammende handschriftliche Vermerk: „Besprechung Sch. und P.", Abkürzungen für die Namen „Schäffer" und „Puschkin"; zum anderen die Auflösung der verwandten Initialen der Gesprächsteilnehmer: „K.", vermutlich als Abkürzung für „Kontaktmann", womit Schäffer gemeint war, „F." vielleicht die Abkürzung für „Freund", die Bezeichnung für Puschkin, und „M." die Bezeichnung für „Müller". Das schließlich wichtigste Argument für die Authentizität ist die Tatsache, daß alle erwähnten und nachprüfbaren Fakten auf die genannten Personen und die von ihnen erwähnten Vorgänge zutreffen, soweit sie nicht zugeschriebene Meinungsäußerungen wiedergeben. Passagen der Äußerungen Müllers in dem Interview vom 14. November 1958[120] über die Gesprächsinhalte stimmen mit den hier wiedergegebenen Ausführungen überein.

Zwei Aufzeichnungen aus dem Nachlaß Adenauers, die Auswertung des Nachlasses von Fritz Schäffer, dessen veröffentlichte, aber bislang kaum berücksichtigte Stellungnahme über seine Ost-Berliner Gespräche, sowie einige jüngere Veröffentlichungen erlauben eine bessere Beurteilung, wenn auch nicht endgültige Aufklärung aller Hintergründe dieser Kontakte. Nach wie vor ist ein genaueres Bild über die Intentionen der DDR-Führung, den Stellenwert, den die sowjetische Seite dem Gespräch beigemessen hat, und die stattgefundenen Abstimmungen zwischen Ost-Berlin und Moskau noch nicht zu bekommen.

[119] Vgl. „Schäffer äußert sich über sein Gespräch", in: „Stuttgarter Zeitung" vom 17. 11. 1958.
[120] Vgl. Dokumente zur Deutschlandpolitik, IV. Reihe/Bd. 1, Erster Halbbd., S. 79ff.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokumente

Dokument 1[121]
Der Bundesminister der Finanzen Bonn, 9. Juni 1955

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler!

Der Ihnen von mir genannte deutsche Mann in Berlin[122] hat sich neuerlich mit der dringenden Bitte an mich gewandt, ich möchte meine bisherige ablehnende Haltung aufgeben und doch zu einer persönlichen Aussprache nach Berlin kommen.

Er ließ mir versichern, daß die Unterredung zum Ziele habe, mir vertrauliche Informationen zu geben, die ich Ihnen weiterleiten solle zur Verwertung bei den Gesprächen, die Sie in diesen Tagen mit den Staatsmännern der uns verbündeten Länder führen werden[123]. Diese Informationen sollen nach einer bestimmten Erklärung dazu dienen, den Erfolg der bevorstehenden Viererkonferenz zu sichern.

Ich weiß, daß ich persönlich ein hohes persönliches Wagnis eingehe, wenn ich dieser Einladung folge.

Ich muß aber die Möglichkeit, daß der Vorschlag ehrlich gemeint ist, nach dem bisherigen Verhalten des genannten Mannes als gegeben erachten und bin daher bereit, das Wagnis zu laufen.

Über das Ergebnis werde ich Ihnen – und zwar nur Ihnen – sofort berichten.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Ihr ergebener
gez. Fritz Schäffer

Dokument 2[124]
Der Bundesminister
des Auswärtigen

Aufzeichnung

Am Mittwoch, den 15. Juni [1955] rief mich Herr Bundesfinanzminister Schäffer an und bat um eine mündliche Rücksprache in einer dringenden Angelegenheit. Wir verabredeten uns auf 20 Uhr in meinem Fraktionszimmer.

Herr Schäffer verwies zunächst auf die Vertraulichkeit des Gesprächs und behändigte mir dann ein Schriftstück mit der Bitte, es unverzüglich dem Herrn Bundeskanzler zu übermitteln. Aus dem kurzen Gespräch gebe ich folgendes wieder:

Auf die Frage nach dem Sachverhalt, der mir völlig unklar war, erklärte Herr Schäffer, daß ein Mittelsmann ihm eine Unterredung mit dem sowjetischen Botschafter Puschkin in Aussicht gestellt habe. Zur Person des Mittelsmannes äußerte er lediglich, daß es sich um einen

[121] BA, NL Schäffer 168/43, Blatt 27a, mit Stempel „Streng Geheim" und Vermerk „Abschrift von Abschrift".

[122] Gemeint: Vincenz Müller.

[123] Zu den Unterredungen Adenauers mit Eisenhower und Dulles vom 13. bis 15. 6. 1955 in Washington, dem Treffen mit den Außenministern der drei Westmächte am 16./17. 6. 1955 in New York sowie seinem Gespräch mit dem britischen Premierminister Eden am 19. 6. 1955 in Chequers: Adenauer, Erinnerungen, S. 455–465.

[124] StBKAH III/40, mit Stempel „Streng geheim".

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Kaufmann[125] handele, der auch in die Ost-West-Geschäfte eingeschaltet sei. Er habe dem Herrn Bundeskanzler von dieser Anregung berichtet und sei im Einvernehmen mit dem Bundeskanzler nach Berlin gefahren. Dort sei er in einem russischen Wagen abgeholt worden; wo er abgeholt wurde und wohin er gebracht wurde, ergab sich nicht aus diesem Gespräch. An Ort und Stelle angekommen, habe sich Herr Puschkin verleugnen lassen. Er habe sich dann etwa $^3/_4$ Stunden mit zwei Botschaftssekretären unterhalten und sei wieder zurückgefahren. Die Aufzeichnung, die er mir übergab, sei ihm am Nachmittag des 15. zugegangen.

Ich stellte keine weitere Frage, sondern äußerte nur meine Bedenken, diese Mitteilung nach USA weiterzugeben. Herr Schäffer bat jedoch darum mit dem Hinweis, daß er dem Herrn Bundeskanzler zugesagt habe, ihn unverzüglich zu unterrichten, wenn er in dieser Sache etwas höre. Herr Schäffer fügte hinzu, daß Herr Staatssekretär Hallstein unterrichtet sei, der schon eine erste Nachricht[126] über den Mißerfolg seiner Unterredung in Berlin an den Herrn Bundeskanzler durchgegeben habe.

Ich bat meinen Persönlichen Referenten, Herrn Gesandtschaftsrat Limbourg[127], zu mir. Das Telegramm wurde in seiner Anwesenheit aufgenommen und von ihm selbst zur Chiffrierabteilung gebracht. Ich ordnete noch an, daß das Telegramm an die Botschaft nach Washington gehen solle, da ich der Meinung war, daß dort größere Sicherheit für eine absolut vertrauliche Behandlung bestehe als etwa im Generalkonsulat in New York[128].

Am nächsten Morgen unterrichtete ich den Herrn Staatssekretär[129]. Aus diesem Gespräch entnahm ich, daß er von dem ganzen Vorgang auch nichts wußte. Er hatte lediglich am Tage vorher auf Veranlassung von Herrn Schäffer das bekannte Telegramm durchgegeben, daß „der Herr Botschafter sich habe verleugnen lassen".

Die Unterschrift des zweiten Telegramms mit der einzigen Durchschrift wurde in Verschlußmappe in den Panzerschrank gelegt.

Dem Herrn Bundeskanzler persönlich [hs.] v. Brentano

Dokument 3[130]

Streng Geheim!

Zur Aufzeichnung des Herrn Bundesministers von Brentano vom 22. Juni 1955[131] stelle ich folgendes fest:

Einige Zeit[132] vor meiner Reise nach Washington kam Herr Bundesfinanzminister Schäffer zu mir und sagte mir, daß der frühere deutsche General, jetzt Kommandeur der Volkspolizei, Vinzenz Müller[,] sich durch einen deutschen Großkaufmann, der zuverlässig sei, an ihn gewandt habe mit der Frage, ob eine Verhandlung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Sowjetrußland nicht möglich sei. Herr Schäffer charakterisierte den General Vinzenz Müller dahin, daß er bayerischer Herkunft und in Metten bei den Benediktinern erzogen sei.

---

125 Dr. Hans Kapfinger (1902–1985), Verleger und Chefredakteur der „Passauer Neuen Presse". Hinweis bei Strauß, Erinnerungen, S. 188.

126 Im PAAA, Bestand Akten Ministerbüro, nicht zu ermitteln.

127 Peter Limbourg (*1915), 1955–1961 Persönlicher Referent von Brentanos.

128 Im PAAA, Bestand Akten Ministerbüro, nicht zu ermitteln.

129 Professor Dr. Walter Hallstein (1901–1982), 1951–1957 Staatssekretär im Auswärtigen Amt.

130 StBKAH III/40, Durchschlag.

131 Vgl. Dokument 2.

132 Dem Terminkalender Adenauers zufolge fand das Gespräch am 6. 5. 1955 statt, in: StBKAH 04.06.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Er habe, als er seinerzeit bei Stalingrad in russische Gefangenschaft geraten sei, nach wenigen Tagen über den russischen Soldatensender gesprochen[133]. Aber vielleicht sei er damals verärgert und enttäuscht gewesen über Hitler und habe dadurch beeinflußt dies getan[134]. Er, Schäffer, habe dem Mittelsmann geantwortet, er würde mir von der Anfrage Mitteilung machen.

Ich habe Herrn Schäffer gesagt, Verhandlungen seien natürlich immer möglich, aber es komme auf den Inhalt der Verhandlungen an.

Herr Schäffer kam wenige Tage vor meiner am 12. Juni erfolgten Abreise von neuem zu mir[135] und sagte mir, Vinzenz Müller habe sich durch denselben Kaufmann wieder an ihn gewendet und ihn gebeten, doch in Berlin mit ihm zusammenzutreffen. Ob ich damit nicht einverstanden sei?

Ich habe Bedenken geäußert gegen das Zusammentreffen zwischen Herrn Minister Schäffer und dem Herrn Vinzenz Müller. Schließlich sagte Schäffer, er sei der Auffassung, er, Schäffer, solle es doch riskieren, diese Verbindung aufzunehmen. Vielleicht sei doch ein Ergebnis möglich. Ich habe ihm erwidert, ich könne ihn schließlich verstehen, wenn er der Überzeugung sei, daß eine, wenn auch sehr geringe Möglichkeit vorhanden sei, die schwierige Situation zu entspannen, er sich im Gewissen verpflichtet fühle, von dieser Möglichkeit Gebrauch zu machen. Ich meinerseits sei aber jetzt im Begriff nach Washington zu fliegen. Das Vertrauen der dortigen Persönlichkeiten zu mir und zu meiner Zuverlässigkeit und Ehrlichkeit sei unbedingt notwendig, er, Schäffer, möge mir, wenn er es wirklich unternehmen wolle, mit Vinzenz Müller zusammenzutreffen, schreiben über diese seine Absicht. Ich würde diesen Brief Staatssekretär Dulles vorlesen. Herr Schäffer erwiderte mir, er werde nach Berlin fliegen wegen der Straßenbenutzungsgebühren. Er werde dann in den Ostsektor gehen, da ja Vinzenz Müller nicht in den Westsektor kommen könne und werde dort in irgendeinem Café sich mit Vinzenz Müller treffen und von ihm hören, was es denn gebe. Er werde mir einen solchen Brief schicken. Er schrieb mir darauf[136] mit Datum vom 9. Juni 1955 einen Brief wie folgt:

[. . .][137]

Ich habe Herrn Dulles diesen Brief vorgelesen[138]. Ich hatte keine Ahnung, daß Herr Schäffer beabsichtigt hatte, zu Puschkin zu gehen.

Bonn, am 30. Juni 1955 [hs.] A
(Adenauer)

‚Das Original dieser Aufzeichnung habe ich am 30. 6. Herrn v. Brentano für die Akten des A. A. übergeben. Adenauer 30/6'[139]

---

[133] Müller sprach am 5. 9. 1944 als Mitarbeiter des Senders des Nationalkomitees „Freies Deutschland" erstmals einen Kommentar über „Die militärische Katastrophe Hitlerdeutschlands". Mammach, in: Müller, S. 82; Wortlaut der Ausführungen S. 417 ff.

[134] Ebenda, S. 394–411.

[135] Gemeint ist die Unterredung am 7. 6. 1955, in: StBKAH 04.06.

[136] Nach Adenauers Terminkalender traf er mit Schäffer nochmals am 10. 6. 1955 zusammen, in: StBKAH 04.06.

[137] Vgl. Dokument 1.

[138] Memorandum Merchant, 15. 6. 1955, in: FRUS, 1955–1957 Vol. V, S. 228.

[139] Hs. vermerkt.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokument 4[140]

Wiedervereinigung[141]

6 Exemplare

Streng vertraulich!

„Besprechung Sch[äffer] und P.[uschkin]"[142]

NIEDERSCHRIFT DER UNTERREDUNG

K. [Schäffer] bittet nach einigen Begrüßungsworten, daß M. [Müller] den Inhalt des Gesprächs wiedergibt, das zwischen ihnen am selben Tage stattgefunden hatte. K. [Schäffer] betonte, er hoffe, daß in Bonn niemand von seinem Besuch in der Botschaft erfährt. Er sei, wie er sagte, ganz offiziell nach Berlin gekommen, um sich mit der Bautätigkeit in Westberlin bekanntzumachen.

F. [Puschkin] sagt, daß er keinen Grund sehe, diese Begegnung an die Öffentlichkeit gelangen zu lassen.

K. [Schäffer] sagt, er hätte sich schon davon überzeugen können und stelle mit Befriedigung fest, daß sein erster Besuch in Ostberlin geheim geblieben ist.

F. [Puschkin] bemerkt, es sei im Juni [1955] gewesen, als man ihm den Wunsch von K. [Schäffer] nach einer Begegnung mitgeteilt habe. Leider sei K. [Schäffer] zu einer Zeit nach Berlin gekommen, als F. [Puschkin] in Moskau war.

K. [Schäffer] bestätigt dies und sagt, daß er damals ein Gespräch mit anderen Herren hatte, aber eine interessante Unterhaltung sei nicht herausgekommen. Er bitte jetzt um ein offenes Gespräch.

F. [Puschkin] stimmt zu, daß das Gespräch offen sein soll und daß sich die Partner nicht durch ihre dienstliche Stellung behindert fühlen sollen.

K. [Schäffer] betont, daß er als Mensch zu Mensch sprechen möchte.

M. [Müller] berichtet über den Inhalt seiner Unterhaltung mit K. [Schäffer]. Er sagt, daß K. [Schäffer], um etwas Reales in der Frage der Wiedervereinigung Deutschlands und der Verteidigung des Friedens zu tun, die Reise hierher in der Hoffnung unternommen habe, daß dieser Besuch Nutzen bringt. Wichtig sei es nach der Meinung K[Schäffer]'s, Bedingungen zu schaffen, damit man zu einer einheitlichen Auffassung kommen kann. Dabei müsse man von den realen Tatsachen ausgehen. Es bestehen zwei deutsche Staaten, von denen der eine den anderen gegenwärtig nicht anerkennt. Deshalb müßten vorerst Wege und Mittel in inoffiziellen Aussprachen gefunden werden. Dann könnte auch die Möglichkeit für offizielle Verhandlungen geschaffen werden. Nach K[Schäffer]'s Auffassung müsse die Wiedervereinigung Deutschlands auf der Grundlage einer Föderation erfolgen. Ein Beispiel dafür würden die Benelux-Länder liefern, welche zeigen, wie man von der Zusammenarbeit zur Vereinigung übergehen kann. Man müsse auch über die Schaffung der notwendigen Voraussetzungen zu einer einheitlichen Meinung gelangen. Aber vor der Schaffung dieser Voraussetzungen müsse gesichert werden, daß niemand diese Vereinigung hindert. Eine der Voraussetzungen für die Wiedervereinigung müsse die Beschränkung der Streitkräfte sein.

F. [Puschkin] fragt, welche Beschränkung gemeint ist.

K. [Schäffer] antwortet, man meine eine Vereinbarung zwischen den beiden deutschen Staaten über die Fortsetzung der zahlenmäßigen Stärke der Streitkräfte entsprechend der Bevölkerungsgröße.

---

[140] IfGA, ZPA, NL Walter Ulbricht 182/1305, Blatt 343–358.

[141] Mit Bleistift hs. vermerkt.

[142] Mit Rotstift – wahrscheinlich von Ulbricht – hs. vermerkt.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

M. [Müller] fährt fort, die Ansichten K[Schäffer]'s darzulegen. Das wiedervereinigte Deutschland dürfe keiner Gruppierung angehören. Die Besonderheiten, die sich in den letzten 10 Jahren in Ostdeutschland entwickelt haben, werden nicht mechanisch auf Westdeutschland übertragen. Andererseits gefällt es K. [Schäffer] nicht, daß die Großindustrie in Westdeutschland mit ihren bedeutenden internationalen Verbindungen einen stets zunehmenden Einfluß auf den Staat ausübt.

K. [Schäffer] präzisiert, daß er nicht die direkte Einflußnahme auf bestimmte politische Entscheidungen meine, sondern die Konzentration der wirtschaftlichen Macht in den Händen einiger Menschen.

M. [Müller] sagt, daß dann von den Methoden die Rede gewesen sei. Wie K. [Schäffer] glaubt, müsse man vorerst vertrauliche, geheime Kontakte in solchen Fragen herstellen, über die man bereits die gleiche Meinung hat oder über die man sich nicht verständigen kann. Fragen aber, über die es größere Meinungsverschiedenheiten prinzipieller Art gibt, sollten vorläufig nicht berührt werden. K. [Schäffer] lege als Christ besonderen Wert auf den Umstand, daß kein Druck in den Fragen der Weltanschauung ausgeübt wird, insbesondere nicht in den Fragen der Religion. M. [Müller] teilt mit, K. [Schäffer] habe seinen Vorschlag, mit Ministerpräsident Otto Grotewohl[143] zu sprechen, abgelehnt. Seine Ablehnung erklärt K. [Schäffer] damit, daß er in Anbetracht der Beziehungen zwischen West- und Ostdeutschland eine solche Begegnung gegenwärtig einfach nicht für zweckmäßig halte.

K. [Schäffer] unterbricht M. [Müller] und sagt, daß Grotewohl Mitglied der Regierung ist; er selbst sei bereit, mit einem Bevollmächtigten zu sprechen, nicht aber mit einem Mitglied der Regierung.

M. [Müller] meint, er habe K. [Schäffer] gesagt, daß er als General nicht an Verhandlungen teilnehmen könne. K. [Schäffer] sei damit einverstanden gewesen.

Resümierend sagt M. [Müller] über seine Aussprache mit K. [Schäffer], daß K. [Schäffer] die Herstellung von Kontakten als die Hauptsache betrachte, vorerst von inoffiziellen Kontakten, aber mit Kenntnis der entsprechenden Regierungen, um dann später zu offiziellen Kontakten überzugehen. Dabei sei K. [Schäffer] gewillt, nur im Einverständnis mit seinem obersten Chef (gemeint ist Adenauer) zu handeln, und er hoffe auch, vorläufig nur die Billigung seines obersten Chefs zu erhalten. Die Öffentlichkeit könne man dann zum Sommer des nächsten Jahres unterrichten, indem man die ersten Ergebnisse dieser Kontakte mitteilt.

K. [Schäffer] sagt, er hoffe, wie auch schon M. [Müller] mitteilte, daß ein gemeinsamer Weg gefunden werden kann. Dazu müsse er vorher mit seinem Chef sprechen, damit dieser ihm oder einer anderen Person die Vollmacht zu Verhandlungen im eigenen Namen erteilt, ohne die Öffentlichkeit darüber in Kenntnis zu setzen.

F. [Puschkin] fragt, weshalb es notwendig sei, die Verhandlungen geheimzuhalten.

K. [Schäffer] antwortet, daß in demselben Augenblick, wenn auch nur ein Wort über die Verhandlungen in die Öffentlichkeit gelangt, die verschiedenen Richtungen in der Bundesrepublik darüber herfallen werden: jeder wird anfangen Forderungen zu stellen, der eine diese, der andere jene. Ein Kontakt würde dann unmöglich. Jetzt gehe es darum, selbst die Möglichkeit von Verhandlungen geheimzuhalten und erst einmal eine gemeinsame Auffassung im Grundsätzlichen zu erreichen. Wenn das getan ist, dann bestehe keine Gefahr mehr, daß die Verhandlungen hintertrieben werden.

---

[143] Otto Grotewohl (1894–1964), 1946–1954 zusammen mit Wilhelm Pieck Vorsitzender der SED, 1949–1964 Ministerpräsident der DDR.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

F. [Puschkin] möchte wissen, welche Einstellung das Kabinett in Bonn zu der von K. [Schäffer] geäußerten Idee hat.

K. [Schäffer] erklärt, daß er, ehrlich gesagt, jetzt überhaupt weder mit dem Kabinett noch mit dem Kanzler sprechen möchte. Wenn man jetzt diese Frage vor dem ganzen Kabinett stelle, so wisse er nicht, ob dies nicht morgen in der Presse erscheine. Aber das dürfe nicht geschehen, weil er nicht wolle, daß die Handlungen Westdeutschlands von den Amerikanern, Engländern und Franzosen als unehrlich bewertet werden, ebensowenig wie er wolle, daß die Handlungen Ostdeutschlands von den Russen verurteilt werden. Deshalb wolle er erst einmal wissen, welche Möglichkeit überhaupt besteht, im Interesse der Erhaltung des Friedens eine vernünftige Lösung zu finden.

F. [Puschkin] fragt, wie sich Adenauer zu den Vorschlägen K[Schäffer]'s verhalten wird. Die kriegerischen Reden des Kanzlers würden doch nicht davon zeugen, daß Adenauer eine Position der friedlichen Lösung ‚in'[144] der Wiedervereinigungsfrage bezogen hat.

K. [Schäffer] sagt, er wünsche, daß der Kanzler ihm oder einer anderen Person Vollmacht erteile, um Möglichkeiten für eine friedliche Lösung der Wiedervereinigung Deutschlands zu suchen. Er sei dafür, daß die Bundesrepublik auf alle internationalen Bindungen und Bündnisse verzichtet, die der Wiedervereinigung nicht dienlich sind. Er meine jedoch, daß man, solange noch keine Verständigung erzielt ist, nicht schutzlos in den Beziehungen zwischen den Staaten dastehen dürfe.

K. [Schäffer] erklärt weiter, daß eine Fortsetzung seiner Verhandlungen nur mit Einverständnis des Kanzlers geschehen könne. Er betont, daß er diese Verhandlungen sobald als möglich führen möchte, um zum Sommer schon bestimmte Erfolge zu haben und dann öffentlich von den Verhandlungen zwischen den Regierungen sprechen zu können. Das wird vom Volk bei den Wahlen im September [1957][145] entsprechend eingeschätzt werden, und das wird auch seine Rolle bei der Bestimmung der Linie der künftigen Regierung spielen.

F. [Puschkin] sagt, den Verhandlungen werde dann Bedeutung zukommen, wenn sie durch Maßnahmen der Bundesregierung bekräftigt werden, die zur Milderung der Spannungen in Deutschland beitragen. Jetzt sei die Situation so, daß die Entwicklung in Westdeutschland sehr ernsthafte Befürchtungen bei der Sowjetunion, den Ländern der Volksdemokratie und den Nachbarn Deutschlands hervorruft. In Westdeutschland wurde offen Kurs auf die Remilitarisierung genommen, Westdeutschland gehört Blockbildungen an, die der Sowjetunion feindlich sind, die allgemeine Wehrpflicht wurde eingeführt[146], demokratische Organisationen verboten, den SS-Leuten werden alle Ehren zuteil. Alle diese Maßnahmen bestimmen eben den heutigen politischen Kurs in der Bundesrepublik. Außerdem muß bemerkt werden, daß ein beliebiger Schritt der Sowjetunion, der auf die Milderung der Spannungen abzielt, eine negative Reaktion in Bonn auslöst. Das zeigt sich zum Beispiel in der Abrüstungsfrage: mit anderen Ländern wurde eine gewisse Verständigung erreicht, aber nicht mit Westdeutschland, das eine Politik der Aufrüstung durchführt.

K. [Schäffer] sagt, er könne offen erklären, daß die Frage der Wiedervereinigung unzweifelhaft den Verzicht Westdeutschlands auf diesen Kurs in sich schließe. Dann behauptet er, daß es in der Bundesrepublik niemanden gäbe, der einen Krieg in Deutschland wolle, auch im

---

[144] Hs. eingefügt.

[145] Gemeint: Wahl zum 3. Deutschen Bundestag am 15. 9. 1957.

[146] Am 6./7. 7. 1956 hatte der Deutsche Bundestag in dritter Lesung das Wehrpflichtgesetz verabschiedet. Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 2. Wahlperiode 1953–1957, Stenographische Berichte, 159. Sitzung, Bonn 1956, S. 8759–8894; Drucksachen 2303 und 2575.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Verteidigungsministerium nicht. Deutschland fühle sich, ganz abgesehen von moralischen Überlegungen, viel zu schwach, um, selbst im Namen der Wiedervereinigung, einen Krieg zu führen. Deutschland sei keine Großmacht und werde es auch nicht. Deutschland wolle den Frieden. Deutschland könne letzten Endes nur dann die Wiedervereinigung erreichen, wenn es auf jegliche militärische Mittel verzichte.

Die Frage der SS-Leute, die nicht nur in Deutschland, sondern auch in der ausländischen Presse soviel böses Blut gemacht hat[147], könne durch zusätzliche Erläuterungen hinfällig gemacht werden. Was die Hauptfragen angeht, so wolle Deutschland die Wiedervereinigung nur auf friedlichem Wege, der einen Krieg ausschließt. Es müsse sich selbstverständlich das Vertrauen derjenigen erwerben, die ihre Truppen in Deutschland haben, ob es sich nun um Westdeutschland oder Ostdeutschland handele. Das sei die Zwangslage Deutschlands. Bisher habe sich Deutschland hilflos und schutzlos gefühlt, und die auf deutschem Boden stationierten ausländischen Truppen seien gegen seinen Willen ein solcher Schutz gewesen. Die von Westdeutschland abgeschlossenen Verträge würden eine Klausel enthalten, die eine Befreiung von den übernommenen Verpflichtungen ermöglicht[148]. Die Befreiung von den vertraglichen Verpflichtungen sei die Voraussetzung für die Wiedervereinigung Deutschlands. Weiterhin sagt K. [Schäffer], daß ein Mann, der mit Kenntnis und im Auftrag seiner Regierung das Risiko übernimmt, aber formal in seinem eigenen Namen die Verhandlungen mit dem anderen Partner führt, die Möglichkeiten für die Erreichung dieses Zieles klären muß. Er möchte ganz besonders vertraulich behandelt wissen, was er heute bereits M. [Müller] mitgeteilt habe, nämlich daß der neue Verteidigungsminister Strauß[149] sein (d.h. K[Schäffer]'s) Freund sei. Deshalb nehme er an, die Pläne von Strauß zu kennen. Das berechtigte ihn dazu, die Frage heute so zu stellen, daß Westdeutschland auf ein Abkommen mit Ostdeutschland über die Festsetzung der Stärke der Streitkräfte entsprechend der Bevölkerungsstärke eingehen werde. Er sagt, daß er nicht die Atomfrage berühren werde, da Deutschland den bestehenden Verträgen zufolge keine Atombombe haben dürfe[150]. Die Ausnutzung der Atomenergie dürfe ausschließlich nur zu friedlichen Zwecken erfolgen.

---

147 Anspielung auf die Arbeit des Personalgutachterausschusses für die Streitkräfte, der mit dem ersten Wehrgesetz am 23.7. 1955 eingesetzt worden war. Dem Ausschuß oblag die Aufgabe, die persönliche Eignung einzustellender Offiziere, vom Oberst an aufwärts, zu prüfen und Richtlinien über das Überprüfungsverfahren der übrigen Soldaten vorzuschlagen. Viktor Renner, Der Personalgutachterausschuß, in: Politische Studien 6 (1955) H. 68, S. 28–34. Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 25 vom 6.2. 1958, S. 217ff. Ulrich de Maizière, Führen – im Frieden. 20 Jahre Dienst für Bundeswehr und Staat, München 1974, S. 78–83.

148 Artikel 10 des Vertrags über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten in der am 23.10. 1954 in Paris unterzeichneten Fassung legte fest, daß die Unterzeichnerstaaten die Bestimmungen dieses Vertrages und der Zusatzverträge überprüfen „(a) auf Ersuchen eines von ihnen im Falle der Wiedervereinigung Deutschlands oder eine unter Beteiligung oder mit Zustimmung der Staaten, die Mitglieder dieses Vertrags sind, erzielten internationalen Verständigung über Maßnahmen zur Herbeiführung der Wiedervereinigung Deutschlands oder der Bildung einer europäischen Föderation, oder (b) in jeder Lage, die nach Auffassung aller Unterzeichnerstaaten aus einer Änderung grundlegenden Charakters in den zur Zeit des Inkrafttretens des Vertrags bestehenden Verhältnisses entstanden ist." Wortlaut in: Bundesgesetzblatt 1955, II, S. 306–320.

149 Franz Josef Strauß (1915–1988), 1955–1956 Bundesminister für Atomfragen, hatte am 16. 10. 1956 das Amt des Bundesministers der Verteidigung übernommen. Strauß, Erinnerungen, S. 268–296.

150 Gemeint ist die Verzichtserklärung Adenauers auf die Herstellung von ABC-Waffen während der

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

F. [Puschkin] sagt, er glaube daran, daß K. [Schäffer] nach Wegen für eine friedliche Wiedervereinigung Deutschlands sucht. Aber in Westdeutschland sei jetzt die Idee vorherrschend, die Wiedervereinigung durch die Aufrüstung Westdeutschlands zu erreichen. Es sei nicht schwer zu begreifen, daß dies keineswegs eine friedliche Idee ist. Außerdem würden in der Presse – nicht nur in der Presse, sondern auch in den Reden solcher verantwortlichen Persönlichkeiten wie Heusinger[151] – Pläne für die Organisation eines „kleinen" oder „lokalen" Krieges[152] in Deutschland mit dem Ziel der Wiedervereinigung entwickelt. Solche Herren könne man nur schwer verstehen. Es sei doch völlig klar, daß von einem „kleinen" Krieg in Deutschland überhaupt nicht die Rede sein kann. Der Krieg könne hier, wenn er ausbricht, nur ein großer sein; und bei der heutigen Technik würde Deutschland buchstäblich in wenigen Stunden vernichtet sein.

K. [Schäffer] erklärt, mit Plänen eines „kleinen" Krieges könnten sich nur Irrsinnige tragen.

F. [Puschkin] erinnert daran, daß der Vorschlag begrenzter Streitkräfte in Ost- und Westdeutschland durch die Verständigung zwischen der DDR und der Bundesrepublik nicht neu ist. Der Ministerpräsident der DDR, Grotewohl, hat schon längst vorgeschlagen, über solche Fragen wie das Verbot von Atomwaffen auf deutschem Boden, der Verzicht auf die Militärdienstpflicht, die Schaffung begrenzter Streitkräfte u. a. zu verhandeln[153]. Aber die Regierung

---

neunten Sitzung der Londoner Neunmächte-Konferenz am 2. Oktober 1954. Die Verzichtserklärung, die bisher nur in französischer Sprache veröffentlicht worden ist: „Je suis prêt, au nom de la République fédérale d'Allemagne, que nous renonçons de plein gré à la production des armes A, B et C." Documents Diplomatiques Français (DDF) 1954, Annexes (21 juillet–31 décembre 1954), hrsg. vom Ministère des Affaires Étrangères, Paris 1987, S. 195–205, hier S. 205, Diskussion über die Kontrolle der Produktion in der 10. Sitzung vom 2. 10. 1954, S. 207–221. Schwarz zufolge war der Kanzler „zu keinem Zeitpunkt" gewillt, den Status einer Nicht-Nuklearmacht auf Dauer anzuerkennen. Auch der von Adenauer in seinen Erinnerungen 1953–1955, Stuttgart 1966, S. 347, Dulles zugeschriebene Hinweis auf den Begriff der „clausula rebus sic stantibus" wurde in diesen Verhandlungen offenbar nicht erwähnt. Hans-Peter Schwarz, Adenauer und die Kernwaffen, in: VfZ 37 (1989), S. 567–593, hier S. 578.

151 Adolf Heusinger (1897–1982), General, 1955–1957 Vorsitzender des Militärischen Führungsrates im Bundesministerium der Verteidigung, 1957 erster Generalinspekteur der Bundeswehr.

152 Heusinger hatte am 3. 2. 1956 vor dem Verteidigungsrat und am 22. 2. 1956 vor dem Bundeskabinett Vorträge über „Die operative Planung im Atomkrieg" gehalten und dabei Zweifel an der These geäußert, daß jede militärische Ost-West-Konfrontation von Beginn an ein weltweiter Krieg mit atomaren Waffen sein werde. Seiner Ansicht nach könne es auch „kleine Kriege" geben, begrenzte Konflikte, die mit konventionellen Mitteln ausgetragen würden. Dies erfordere, so Heusinger, neue operative Überlegungen. Vgl. Christian Greiner, General Adolf Heusinger (1897–1982): Operatives Denken und Planen 1948 bis 1956, in: Operatives Denken und Handeln in deutschen Streitkräften im 19. und 20. Jahrhundert, hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Herford/Bonn 1988, S. 225–261, hier S. 247 f., 250 f., 260.

153 Grotewohl hatte am 12. 8. 1955 in einer Regierungserklärung vor der Volkskammer Bereitschaft bekundet, „zu jedem Zeitpunkt mit den entsprechenden Instanzen Westdeutschlands zur Lösung dieser Fragen [der Wiedervereinigung] in Verhandlungen zu treten oder über andere Vorschläge zu beraten". Wortlaut in: Dokumente zur Außenpolitik der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, Bd. III. Vom 22. Mai 1955 bis zum 30. Juni 1956, hrsg. vom Deutschen Institut für Zeitgeschichte, Berlin 1956, S. 25–41, hier S. 37. Am 18. 1. 1956 forderte Grotewohl in einem Bericht an die Volkskammer, daß „beide Teile Deutschlands" in einer Vereinbarung auf die Anwendung von Gewalt und „auf die Herstellung von Atomwaffen" verzichten. Wortlaut S. 430–447, hier S. 437. Die

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der Bundesrepublik ist auf den Vorschlag Grotewohls nicht eingegangen. F. [Puschkin] fragt, ob jetzt Bedingungen vorhanden seien, um eine Verständigung in diesen Fragen zu erreichen.

K. [Schäffer] antwortet, daß die Vorschläge Grotewohls nicht aufgegriffen wurden, weil die Regierung der Bundesrepublik nicht mit der Regierung Grotewohl verhandeln könne. Ob das nun klug oder dumm sei, darüber solle man jetzt nicht streiten, man könne nur die Tatsachen konstatieren. Gegenwärtig wird jedes Auftreten Grotewohls mit Vorschlägen von der Bevölkerung der Bundesrepublik als Bemühung um die Anerkennung betrachtet, unabhängig davon, ob es um die deutsche Schule, um die Entwicklung der deutschen Sprache oder um militärische Maßnahmen geht.

F. [Puschkin] bemerkt, daß dies eine formale Fragestellung sei.

K. [Schäffer] sagt, daß auch die formalen Dinge manchmal zu Tatsachen werden. Dabei stellt er fest, daß ein einzelnes Mitglied der Regierung nicht mit einem Standpunkt auftreten könne, der nicht von der Mehrheit des Kabinetts unterstützt wird. Ferner betont er, daß man bei einem realen Herangehen an die Dinge zwei Wege zur Wiedervereinigung nennen könne. Der eine Weg, das seien Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion über Deutschland. Man habe jedoch keinen Grund zu der Hoffnung, daß die Sowjetunion auf solche Verhandlungen eingeht.

F. [Puschkin] sagt, daß auch er keinen Grund für solche Hoffnungen sehe.

K. [Schäffer] fährt fort, der andere Weg, das seien Verhandlungen zwischen bevollmächtigten Vertretern der Regierungen West- und Ostdeutschlands, um die Atmosphäre zu bereinigen und den Boden für offizielle Verhandlungen vorzubereiten. Zwei Personen könnten als geheime Bevollmächtigte ihrer Regierungen das Risiko auf sich nehmen und Verhandlungen führen, um im Falle, daß diese Verhandlungen den Regierungen nicht genehm werden sollten, auf sie zu verzichten.

F. [Puschkin] sagt, er könne sich nicht darüber auslassen, ob die Regierung der DDR diesen vorgeschlagenen Verhandlungen zustimmen wird. Die Regierung der DDR werde offenbar selbst auf diese Frage antworten. Vielleicht sei der vorgeschlagene Schritt auch von Bedeutung, aber man müsse die Meinung der Regierung der DDR kennen. Wenn man aber offen sprechen wolle, so würden entsprechende Maßnahmen der Bundesrepublik auf der Linie der Minderung der Spannungen in Deutschland zweifellos einen bestimmten Beitrag zur Annäherung zwischen der DDR und der Bundesrepublik leisten.

K. [Schäffer] sagt, von den Regierungen bevollmächtigte Personen, die sich geheim treffen und Meinungen austauschen, könnten auch die Frage erörtern, inwieweit es möglich ist, Maßnahmen zur Minderung der Spannungen durchzuführen.

F. [Puschkin] fragt sich, wie sich die Westmächte zu solchen Verhandlungen verhalten würden.

K. [Schäffer] antwortet, daß er die Verhandlungen als besondere Vertrauensperson des Chefs der Regierung führe. Würden diese Verhandlungen ein Ziel erreichen, das der Kanzler billigen kann, so werde er (d. h. der Kanzler) dann schon in seinem eigenen Namen diesen Standpunkt den Westmächten und der Weltöffentlichkeit vortragen.

F. [Puschkin] kehrt zur Frage nach den Wegen zur Wiedervereinigung zurück und bittet K. [Schäffer], seinen Standpunkt zu präzisieren, der bereits von M. [Müller] dargelegt wurde.

K. [Schäffer] erklärt: wenn man offen sprechen solle, so könne man seine Äußerung wahr-

---

Forderung wiederholte er in einer Regierungserklärung vor der Volkskammer am 29. 5. 1956. Wortlaut S. 116–143, hier S. 134.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

scheinlich nicht als Grundlage nehmen, weil die Zeit manches verändern kann. Seine persönliche Meinung sei es, daß die Wiedervereinigung ungefähr so erfolgen solle, wie sich die deutschen Länder zu Beginn des XIX. Jahrhunderts vereinigten. Damals begann es mit einer Zollunion[154], und dann werde Schritt für Schritt durch eine Annäherung die Vereinigung erreicht. Er meine, daß in erster Linie die Freiheit des persönlichen Verkehrs notwendig sei, die Möglichkeit, gegenseitig die Verhältnisse kennenzulernen. Das müßte noch ergänzt werden durch wirtschaftliche Beziehungen, bei denen Westdeutschland in erster Zeit die gebende Seite wäre. Politische und parteimäßige Gegensätze würden allmählich geglättet und nicht mehr so scharf hervortreten. Mit der Zeit könnte durch eine allgemeine Gesetzgebung in dieser Hinsicht ein einheitlicher Komplex geschaffen werden. Dafür seien natürlich Jahre erforderlich. Es sei jedoch wichtig, die Grundsätze und das Programm möglichst schnell festzulegen. Eine Bedingung wäre außerdem, daß von seiten der anderen Friedensgarantien für Deutschland gegeben würden. Er verfolge als Deutscher mit einem bitteren Gefühl die wachsende Entfremdung zwischen West- und Ostdeutschland. Die Jugend in Ostdeutschland wachse in einem neuen System auf, während die Jugend im Westen völlig anders erzogen werde. Und wenn sie über solche Themen wie die Wirtschaft, die staatliche Ordnung usw. miteinander sprechen, so würden sie einander schon nicht mehr verstehen. Man müsse diese Entfremdung überwinden und über das gegenseitige Verständnis zur Verständigung gelangen.

F. [Puschkin] macht den Einwurf, daß man auf den politischen Kurs verzichten müsse, der heute in Westdeutschland gesteuert wird.

K. [Schäffer] fragt, was das heiße, auf den Kurs verzichten. Wenn es darum gehe, daß er sich von seinen religiösen Überzeugungen lossagen soll[e], so sei er nicht bereit das zu tun.

F. [Puschkin] entgegnet, daß es überhaupt nicht um religiöse Überzeugungen gehe. Niemand verlange, daß man sich von ihnen lossagen soll. Es gehe darum, daß man insbesondere auf die Militarisierung Westdeutschlands verzichte. Es sei wirklich schwer, manche der in Westdeutschland durchgeführten Maßnahmen zu begreifen. Solche Maßnahmen wie die Einstellung der SS-Offiziere in die Armee könne man nur als Herausforderung der Öffentlichkeit bewerten. Es sei die Frage erlaubt, warum die Kommunistische Partei in Westdeutschland verboten wird[155]. Sie besteht in fast allen Ländern Europas, nur in Westdeutschland ist sie verboten. Warum will die Bonner Regierung unbedingt den Hitlerstaat nachahmen? Hitler hat ebenfalls damit begonnen. Selbst die Freunde Westdeutschlands sagen, daß es in der Bundesrepublik etwas anrüchig zugehe.

K. [Schäffer] sagt, daß 1953 in Westdeutschland eine reaktionäre nationalistische Partei bestanden habe (gemeint ist die sogenannte Sozialistische Reichspartei). Damals sei ein Beschluß über die Auflösung und das Verbot dieser Partei gefaßt worden, mit der Begründung, daß ihre Ziele verfassungswidrig gewesen seien[156]. Damals war auch die Frage gestellt wor-

---

[154] Der am 1. 1. 1834 in Kraft getretene Vertrag über den Deutschen Zollverein beabsichtigte die handelspolitische Einigung der deutschen Bundesstaaten zur Schaffung einer deutschen Wirtschaftseinheit. Ihm schlossen sich in der Folgezeit weitere deutsche Bundesstaaten an.

[155] Gegen die KPD war vom 24. 11. 1954 bis 14. 7. 1955 vor dem Bundesverfassungsgericht ein Prozeß durchgeführt worden. In dem am 17. 8. 1956 ergangenen Urteil wurde die Partei für verfassungswidrig erklärt, ihre Auflösung verfügt, das Vermögen eingezogen und die Gründung von Ersatzorganisationen verboten. Gerd Pfeiffer/Hans-Georg Strickert (Hrsg.), KPD-Prozeß, 3 Bde., Karlsruhe 1955–1956, hier insbes. Bd. 3, S. 581–746.

[156] Das Bundesverfassungsgericht hatte in seinem Urteil am 23. 10. 1952 die SRP für verfassungswidrig erklärt, die Partei aufgelöst und verboten, eine Ersatzorganisation zu gründen. Otto Büsch/Peter

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

den, daß es auch im Programm der KPD Thesen gäbe, die der verfassungsmäßigen Ordnung widersprechen[157], und ob deshalb das gerichtliche Verbot nicht auf die KPD ausgedehnt werden solle[158]. Diese Sache zog sich dreieinhalb Jahre lang hin. Die Klage gegen die KPD habe man nicht zurücknehmen können. Das Gericht habe eine Entscheidung fällen müssen und habe das auch getan. K. [Schäffer] erklärt ferner, wäre er der Führer der Kommunistischen Partei in Deutschland, so würde er eine neue Partei aufmachen und alle jene Punkte aus dem Parteiprogramm streichen, die dem Grundgesetz widersprechen.

Auf die Beteiligung Westdeutschlands an militärischen Blocks eingehend, sagt K. [Schäffer], Westdeutschland habe als begrenztes Land seine Beziehung zu den Besatzungsmächten so gestalten müssen, daß es in Verhandlungen mit ihnen stand, die es dann 1955 ermöglichten, sich frei zu machen. Damals habe es sich vorübergehend an die Westmächte gebunden. Im Vertrag sei ein Punkt enthalten, daß im Falle der Wiedervereinigung völlig frei der Weg gewählt werden könne, den das wiedervereinigte Deutschland geht[159].

F. [Puschkin] sagt, Genf[160] habe gezeigt, daß die Westmächte keinen Zweifel daran hegen, Westdeutschland durch den Block für immer an sich gebunden zu haben.

K. [Schäffer] beruft sich erneut auf die Klausel im Vertrag und erklärt, wenn die Möglichkeit bestehe, Deutschland um den Preis des Verzichts auf die bindenden Abkommen zu vereinigen, so würden 80 Prozent der Bevölkerung einen solchen Vorschlag mit Begeisterung aufnehmen.

F. [Puschkin] entgegnet, wenn man das Volk gefragt hätte, als man über den Eintritt Westdeutschlands in die NATO und in die Westeuropäische Union verhandelte, so würden sich 90 Prozent dagegen ausgesprochen haben.

K. [Schäffer] versichert, daß das wiedervereinigte Deutschland weder dem westlichen noch dem östlichen Block angehören werde, was den Krieg verhindern würde, zumindest in Europa. Deutschland würde niemals wieder Großmacht sein. Aber es könne seine Rolle bei der Erhaltung des Friedens spielen. Es gäbe heute nur zwei Großmächte: Sowjetrußland und die USA. Andere Großmächte würde es nicht geben, wenigstens nicht für unsere Generation. Vielleicht würden in Zukunft Großmächte in Afrika oder Asien entstehen.

K. [Schäffer] fragt, ob die Sowjetunion mit dem Vorschlag einverstanden sei, vertrauliche Verhandlungen zu führen.

Furth, Rechtsradikalismus im Nachkriegsdeutschland. Studien über die „Sozialistische Reichspartei" (SRP), Berlin–Frankfurt/Main 1957.

157 In der Vorlage des Bundesinnenministeriums vom 11. 11. 1951 wurden die „inneren Grundsätze und die Ziele" der KPD dargelegt und auf die „Unvereinbarkeit der Verfassungswirklichkeit in der sowjetischen Besatzungszone mit den Verfassungsgrundsätzen der Bundesrepublik" sowie das verfassungswidrige Verhalten der Parteimitglieder hingewiesen. Wortlaut in: Pfeiffer/Strickert (Hrsg.), KPD-Prozeß, Bd. 1, S. 2–21.

158 Im Bundeskabinett wurden im Mai 1950 erstmals Diskussionen über ein Verbot von SRP und KPD angestellt. Vgl. Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung, Bd. 2 1950, bearb. von Ulrich Enders/Konrad Reiser, Boppard/Rhein 1984, S. 393. Das Bundeskabinett beschloß am 16. 11. 1951, beim Bundesverfassungsgericht die Klagen gegen die SRP und die KPD einzubringen. Zu den voraufgegangenen Überlegungen: Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung, Bd. 4 1951, bearb. von Ursula Hüllbüsch, Boppard/Rhein 1988, S. 692, 698, 765 f.

159 Siehe Anm. 148.

160 Protokolle der Verhandlungen der Staats- und Regierungschefs Frankreichs, Großbritanniens, der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten vom 18. bis 23. 7. 1955 in Genf, in: FRUS, 1955–1957 Vol. V, S. 361–535; DDF 1955, Annexes, Tome II (Juillet-Décembre), Paris 1988, S. 1–178.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

F. [Puschkin] antwortet, daß diese Frage mit der Regierung Grotewohls entschieden werden müsse.

K. [Schäffer] sagt, er möchte Klarheit in diese Frage bringen. Wenn dem deutschen Volk gesagt werde, daß die Möglichkeit besteht, mit Ostdeutschland einen Pakt abzuschließen, so werde das kein Interesse beim deutschen Volk finden. Wenn aber gesagt wird, daß die Möglichkeit zum Abschluß eines Vertrages bestehe, der von der Sowjetunion gebilligt wird und somit den Weltfrieden sichert, so könne man garantieren, daß dies von der Mehrheit des Volkes mit Enthusiasmus aufgenommen werde.

F. [Puschkin] sagt, die überhebliche Einstellung der führenden Kreise Westdeutschlands zur DDR sei gut bekannt. An dieser Überheblichkeit leide offenbar auch K. [Schäffer]. Die DDR werde sich aber trotz dieser Einstellung der herrschenden Kreise der Bundesrepublik sowohl politisch als auch wirtschaftlich entwickeln und festigen. Die DDR habe zuverlässige Freunde, da sie eine demokratische und friedliche Politik verfolge. Westdeutschland habe keine solchen Freunde wie die DDR. Die Freunde Westdeutschlands seien konjunkturbedingte Freunde. In diesem Sinne stehe die DDR auf einem festeren Boden. Das sei ein wichtiger Umstand, mit dem man rechnen müsse. Falsch sei die Behauptung, daß die Mitteilung über Verhandlungen zwischen der DDR und der Bundesrepublik keinen Eindruck auf die Bevölkerung Westdeutschlands machen werde. Das deutsche Volk wünsche die Annäherung. Und die Partei, die in ihrem Wahlprogramm für Verhandlungen eintritt, werde einen großen Stimmenzuwachs erzielen. Es werden jetzt aktiv Kontakte zwischen den Organisationen der DDR und der Bundesrepublik hergestellt. Das sei kein Zufall, da die Annäherung vom Leben selbst auf die Tagesordnung gestellt werde. Die DDR befinde sich vorläufig aus mancherlei Gründen wirtschaftlich noch im Nachteil gegenüber der Bundesrepublik. Aber das sei eine vorübergehende Erscheinung. In der Frage der Einstellung zur DDR sei die Regierung der Bundesrepublik ein Opfer ihrer eigenen Propaganda geworden.

Über die gemachten Vorschläge müsse man mit der Regierung der DDR sprechen.

K. [Schäffer] sagt, daß die Bevollmächtigten, die die Verhandlungen führen werden, das Vertrauen hochgestellter Personen genießen müßten, und daß man sich in diesem Falle auf zwei, höchstens drei Vertreter beschränken könne. Diese Vertreter müßten die Überzeugung haben, daß keine der beiden Regierungen ein unehrliches Spiel treibt. Er werde bei den Verhandlungen von sich aus keinerlei Vorschläge machen, die nicht die Billigung des Kanzlers finden. Dabei würde weder in mündlichen noch schriftlichen Erklärungen der Name des Kanzlers erwähnt. Die andere Seite müsse ebenso handeln. Westdeutschland müsse überzeugt sein, daß die Vorschläge, die vom Bevollmächtigten der anderen Seite vorgebracht werden, die Billigung Sowjetrußlands finden.

F. [Puschkin] sagt, daß die Sowjetunion mit aller Bestimmtheit ihre Position dargelegt habe, indem sie erklärte, daß die Lösung der deutschen Frage unter den entstandenen Bedingungen nur auf dem Wege von Verhandlungen zwischen den Regierungen der DDR und der Bundesrepublik möglich sei. Die Sowjetunion könne lediglich dazu beitragen. Die Sowjetunion verbinde mit der DDR eine enge Freundschaft und ein Verhältnis des gegenseitigen Vertrauens. Alles, was der DDR in der deutschen Frage annehmbar erscheint, werde auch von der Sowjetunion akzeptiert. Die Verhandlungen müßten zwischen den beiden deutschen Regierungen geführt werden, nicht aber zwischen der Sowjetunion und Westdeutschland.

K. [Schäffer] präzisiert, er meine, daß die Vertrauenspersonen nicht im Namen der Regierungen sprechen werden.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

F. [Puschkin] entgegnet, daß er K. [Schäffer] verstanden habe, aber seine Formel vereinfachen wolle.

K. [Schäffer] wiederholt erneut, daß die Beauftragten in Ruhe die Verhandlungen führen könnten, die ihnen die Möglichkeit bieten werden, solche Ergebnisse zu erreichen, daß dann beide Regierungen einem Abkommen zuneigen und vor die Öffentlichkeit treten. Spätestens im Juli [1957] müßten irgendwelche Ergebnisse erreicht sein, da im September die Wahlen stattfinden. Die Regierung könne dann vor den Wahlen mit den Verhandlungsergebnissen offiziell vor das Volk treten.

F. [Puschkin] sagt, er könne lediglich dem Ministerpräsidenten Grotewohl den Inhalt der Aussprache übergeben.

K. [Schäffer] entgegnet, F. [Puschkin] könne das tun, ohne sich darauf zu berufen, daß dies mit Kenntnis von K. [Schäffer] geschieht.

Dokument 5[161]

21. Oktober 1958
Streng vertraulich!

An den
Herrn Bundeskanzler
der Bundesrepublik Deutschland
Bonn

Betr.: Pressemeldungen über sogenannte deutsche Konföderation in
a) Bonner Rundschau Nr. 244 vom 21. Oktober 1958[162],
b) Nachrichtenspiegel I des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 21. Oktober 1958[163]

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler!

Zu den im Betreff genannten Meldungen darf ich unter Bezugnahme auf die heutige Unterredung folgendes feststellen:

Vor langer Zeit – meines Erinnerns im Jahre 1955 – habe ich nach vorheriger Rücksprache mit Ihnen einer Anregung aus der Ostzone, die an mich durch General Müller herangetragen war, entsprochen und bin zu dem Zweck einer vertraulichen Unterredung nach Ostberlin gefahren. Die Unterredung sollte stattfinden mit dem damaligen Botschafter der Sowjetunion in Berlin. Die Unterredung scheiterte, da sich in letzter Minute der russische Botschafter verleugnen ließ und ich nur zwei untergeordnete Herren der Botschaft in einem Haus am Rande Ostberlins traf, mit denen eine sachliche Unterredung zu führen ich mich weigerte. Herrn General Müller hatte ich von der Ergebnislosigkeit dieses Besuches verständigt. Daraufhin erhielt ich nach einiger Zeit ein dringendes Ersuchen, doch zum Zweck dieser Unterredung nach Berlin zu kommen, es habe sich um einen Irrtum gehandelt.

Im Einverständnis mit Ihnen nahm ich dann die Gelegenheit der zweiten Unterredung wahr. Als mir im Hause des Herrn General Müller mitgeteilt wurde, daß mich der Ministerpräsident Grotewohl sprechen wolle, habe ich das abgelehnt mit der Erklärung, daß ich nur die Absicht

[161] BA, NL Schäffer 168/43, Blatt 32, mit hs. Vermerk „ab durch Boten Kr. 21/10".
[162] Vgl. den Artikel „‚Die Idee kam im Gespräch mit einem Bonner Minister'".
[163] In: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bonn, S. 1 ff.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

hätte, mit dem russischen Botschafter zu sprechen. Das Gespräch mit dem russischen Botschafter fand auch statt. Vereinbarungsgemäß habe ich dort lediglich den Vorschlag gemacht, es möchte die Bildung einer Nationalversammlung aus der Bevölkerung sowohl von Ost- wie auch Westdeutschland zugestanden werden zu dem Zweck, die Verfassungsgrundlagen für eine für ganz Deutschland geltende neue Verfassung zu entwerfen. Mein Vorschlag war dabei, die Einberufung dieser sogenannten Nationalversammlung noch um etwa ein Jahr zu verschieben, aber in diesem Jahr Vorbereitungszeit der Bevölkerung der beiden Teile Deutschlands volle Freiheit für die Werbung der Wahl der Mitglieder dieser Nationalversammlung gegenseitig zu geben. Besprechungen über den Inhalt der zu bildenden Verfassung habe ich selbstverständlich abgelehnt, da diese Verfassung nur aus dem Willen der Mitglieder der neuen Nationalversammlung geboren werden könne. Der russische Botschafter hat damals erklärt, er wolle mir Mitteilung zukommen lassen, ob es möglich sei, auf Grund dieses Vorschlags in offene, amtliche Verhandlungen einzutreten. Wie ihnen bereits mitgeteilt, erhielt ich nach einigen Wochen eine Mitteilung im Auftrag des russischen Botschafters, daß es der russischen Seite nicht möglich sei, auf Grund meines Vorschlags offene Verhandlungen zu billigen.

Ich stelle ausdrücklich fest, daß ich weitere Gespräche als die vorgenannten, die ich Ihnen seinerzeit bereits mitgeteilt habe, mit niemandem geführt und daß insbesondere die Frage der „Konföderation" dabei in keiner Weise berührt worden ist. Ich glaube feststellen zu können, daß der Gedanke der Konföderation damals noch von keiner Seite überhaupt in Vorschlag gebracht worden war.

Ich glaube, daß diese Angaben zur Klärung genügen. Ich stehe Ihnen selbstverständlich jederzeit zur weiteren Aufklärung zur Verfügung.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Ihr
(Schäffer)

Dokument 6[164]

Berlin, den 13. Nov. 1958

Sehr geehrter Herr Dr. Schäffer!
Aus der Presse entnehme ich, daß über Ihre beiden Besuche im demokratischen Berlin vor 3 bzw. 2 Jahren und unsere damaligen Verhandlungen eine Lage entstanden ist, die wir beide klären müssen.
Der Herr Bundeskanzler war von Ihnen damals über Ihre Reisen und den Zweck unterrichtet. Nun übt er einen Zwang auf Sie aus, die Tatsachen zu dementieren.
Mein Eindruck ist weiter, daß er schon seit einiger Zeit versucht, Sie wegen dieser Besprechungen zu diskriminieren. Dies findet seinen Ausdruck darin, daß er gerade Sie zum Justizminister gemacht hat und jetzt durch Sie die Todesstrafe einführen lassen will[165].
Unsere Besprechungen vom 11. 6. 55 und 21. 10. 56 ergaben doch, daß weitere Gespräche

[164] BA, NL Schäffer 168/43, Blatt 34.

[165] Im Zuge der Diskussionen um die Strafrechtsreform war Schäffer für die Tilgung des Artikels 102 des Grundgesetzes, der die Abschaffung der Todesstrafe bestimmt, eingetreten. „Gespräch mit Bundesminister der Justiz Fritz Schäffer zum Thema Todesstrafe – ja oder nein?", Südwestfunk II am 30. 10. 1958, Wortlaut in: BPA, Pressearchiv, Biographisches Archiv, Fritz Schäffer, 30. 10. 1958.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

durch beauftragte Regierungsvertreter folgen sollten, um die Kontakte in der Frage der Wiedervereinigung enger zu gestalten und wenigstens erste praktische Folgerungen zu erreichen.
Ich zweifle nach wie vor nicht, daß Ihre damalige Initiative von Ihnen persönlich sehr ernst und ehrlich gemeint war. Sie sind nunmehr, wie aus der Presse hervorgeht, durch den Gesinnungsdruck des Herrn Bundeskanzlers nicht in der Lage, sich frei zu äußern.
Ich bin überzeugt, daß Sie, wenn Sie auch weiterhin für die Konföderation als einen entscheidenden Schritt für die Wiedervereinigung eintreten, bei der Mehrheit aller Deutschen Verständnis und Zustimmung finden werden.
So wie die Dinge durch die Haltung des Herrn Bundeskanzlers jetzt gediehen sind, gilt es jetzt die volle Wahrheit darüber, wie es wirklich war, zu sagen.

Mit dem Ausdruck meiner
vorzüglichsten Hochachtung
[hs.] Vincenz Müller

Dokument 7[166]
Auszug aus der Stenographischen Niederschrift der 6. Sitzung des Bundesvorstandes der Christlich Demokratischen Union Deutschlands am Donnerstag, dem 27. November 1958

Bundeskanzler Dr. Adenauer:
Ich will Ihnen sagen, wie die Sache mit Herrn Schäffer verlaufen ist. Herr Schäffer kam eines Tages zu mir mit einem sehr geheimnisvollen Gesicht und sagte, er habe mir eine höchst wichtige Mitteilung zu machen. Der Vincenz Müller, der damals noch etwas zu bedeuten hatte als Kommandeur der Volkspolizei, habe Münchener Verwandte, und diese Münchener Verwandten hätten nun an Verwandte von Schäffer oder an Schäffer selbst – das weiß ich nicht mehr zu sagen – ausgerichtet, Herr Vincenz Müller ließe ihn dringend bitten, nach Berlin zu kommen, um mit den Russen zu verhandeln. Es gebe einen Weg der Verständigung. Darauf habe ich dem Herrn Schäffer gesagt: Herr Schäffer, glauben Sie bitte kein Wort davon. Das ist ja alles Unsinn. Die werden Sie nur in eine Falle hineinlocken, und Sie werden sehen, nachher sind Sie der Blamierte. Sie können nicht als Bundesminister dahingehen. – Das hat dann eine lange Aussprache zwischen Schäffer und mir ergeben. Herr Schäffer war ‚fast'[167] darauf eingeschworen, er müsse dahingehen. Als ich bei meinem Widerspruch blieb, sagte Herr Schäffer schließlich: Herr Bundeskanzler! Gut, aber Sie können mich nicht daran hindern, wenn ich auf eigenen Kopf dahingehe. Dann gehe ich eben auf eigenen Kopf dahin. –

Was hätte ich tun sollen? Hätte ich ihm sagen sollen: Herr Schäffer, dann müssen Sie Ihr Amt quittieren? – Legen Sie sich einmal die Frage vor, Herr Gradl[168], ob ich das hätte tun sollen, wenn Herr Schäffer dan[n] urbi et orbi erklärt hätte: Ich habe jetzt die Möglichkeit, eine aus-

[166] Archiv für Christlich Demokratische Politik, Sankt Augustin (ACDP), VII-001-007/6, 183 S., hier S. 121–124.
[167] Nicht korrigiert in „fest".
[168] Dr. Johann Baptist Gradl (1904–1988), 1953–1971 Mitglied des CDU-Bundesvorstands.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sichtsreiche Verbindung da herzustellen, aber der Bundeskanzler hat mich unter der Drohung, dann wirst du als Finanzminister entlassen, gezwungen, nicht dahin zu gehen.

(Dr. Gradl: Ich verstehe durchaus die Schwierigkeit!)

Hören Sie zu, wie die Sache weitergeht!

(Dr. Gradl: Das mußte dann kommen!)

Herr Schäffer ging hin, und dann war er der Blamierte bis über die Ohren; denn die Russen haben ihn überhaupt nicht empfangen. Es heißt, es seien ein paar junge Leute dagewesen, mit denen zu sprechen er sich aber geweigert habe. Dann ist er nochmals hingefahren. Davon, daß er in der Wohnung des Herrn Vincenz Müller gewesen ist, hat er mir kein Wort gesagt. Er hat mir gesagt, er habe sich mit dem Müller in einem Café getroffen[169]. Vincenz Müller hat gesagt – und Herr Schäffer hat das indirekt zugegeben –, er sei drei Stunden lang in dessen Wohnung gewesen.

Dann habe ich folgendes getan. Ich habe sofort, weil ich fest davon überzeugt war, daß heute oder morgen die Bombe platzen würde, Herrn Dulles ein Telegramm geschickt. Vorher hatte ich Herrn Globke gesagt, das und das hat sich abgespielt, bringen Sie das zu den Akten[170]. Man hat versucht, Herrn Schäffer in eine Falle zu locken; er ist Gott sei Dank der Falle entgangen.

(Heiterkeit.)

Sie freuen sich darüber! Aber damit hatte ich ein Alibi für die Bundesregierung, ohne schließlich Herrn Schäffer zu sehr preiszugeben. Und dann höre ich nach einiger Zeit, daß Herr Schäffer seinen engeren bayerischen Freunden die ganze Geschichte brühwarm erzählt hat.

(Zuruf: Nicht allen! – Weiterer Zuruf: 56!)

Das ist nun die Situation. Herr Gradl, ich bin Ihnen dankbar, daß Sie es hier zur Sprache gebracht haben und nicht morgen im Parteiausschuß. Ich bin auch in München gebeten worden, den Namen Schäffer in meiner Rede[171] nicht zu erwähnen. Ich habe ihn auch nicht erwähnt; denn in München ist man natürlich auch sehr unglücklich über diese ganze Sache. Ich war auch sehr unglücklich darüber und habe jeden Tag – schon lange vorher – die Katastrophe erwartet.

Sie sehen hier wieder das gerissene Zusammenspiel der Russen mit ihrem Ulbricht, daß der jetzt in diesem Augenblick vor der Wahl in Bayern[172] mit dieser Sache herausgekommen ist, um dort Unruhe zu stiften. Sagen Sie bitte den Herren, die Sie fragen, folgendes:

1) das, was ich Ihnen gesagt habe,

2) daß ich aus den Erklärungen des Herrn Schäffer manches gehört habe, was ich vorher nicht wußte.

(Dr. Krone: Zum Teil ist es neu hinzugefügt worden durch Herrn Ulbricht!)

Ja, Herr Ulbricht hat auch Neues hinzugefügt. Ich bin für Herrn Schäffer neulich auf dem Verein der Unionspresse sehr kräftig eingetreten[173] und habe da einem Besitzer einer CDU-Zeitung gesagt, wenn jetzt Fotografien von Herrn Schäffer in irgendeiner Situation aus Berlin

---

[169] Gemeint ist das Treffen am 11.6. 1955 in Ost-Berlin.

[170] Vermutlich gemeint: Aufzeichnung vom 30.6. 1955. Vgl. Dokument 3.

[171] Original der Rede Adenauers auf einer CSU-Versammlung in München am 21.11. 1958, in: StBKAH 02.18.

[172] Gemeint: die Wahl zum 4. Landtag von Bayern am 23.11. 1958.

[173] Vgl. „Adenauer und die Exkursion Schäffers", in: „Neue Zürcher Zeitung"; „Bundeskanzler billigte Schäffers Ostgespräche nicht", in: „Die Welt", beide vom 17.11. 1958.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

kommen, dann glauben Sie das nicht, denn Sie wissen doch, wie man Fotomontagen macht. Und wenn Sie etwas vom Tonband bekommen, glauben Sie es nicht, Sie wissen doch, wie man Bänder macht! –

(Heiterkeit.)

Haben Sie etwas dagegen, meine Herren, daß ich das gesagt habe? Sie werden mich doch verstehen, daß man da etwas vorbaut. Ich weiß nicht, was noch kommen wird. Ich bin im Grunde genommen davon überzeugt, daß die Gespräche in den drei Stunden, die Schäffer bei Vincenz Müller gewesen ist, vom Band aufgenommen worden sind. Aber man kann Bänder fälschen. Und wenn etwas kommt, ist das ein gefälschtes Band. Das müssen Sie auch einsehen. Deswegen meine ich, wir wollen über die außenpolitische Aktion des Herrn Schäffer schweigen. Sie war nicht erfolgreich, weder für den einen noch für den anderen. Wir wollen also darüber schweigen. Das ist das beste, was wir tun können.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Notizen

DIKTATUREN IM EUROPA DES 20. JAHRHUNDERTS

Ein neuer zeitgeschichtlicher Förderschwerpunkt der Stiftung Volkswagenwerk

Die Umwälzungen seit 1989, der Zusammenbruch der europäischen Nachkriegsordnung von Jalta und die Entstehung neuer Demokratien haben in den postkommunistischen Ländern Mittel- und Osteuropas die Geschichte auf die Tagesordnung gesetzt. Erstmals öffnen sich bislang verschlossene und geheimgehaltene Archive; Quellen werden zugänglich gemacht, die vieles in ein neues Licht setzen; Frageverbote, Forschungsverhinderung und staatlich verordnete Geschichtsklitterung sind passé. Nach jahrzehntelanger Pression und Gängelung besteht nun ein dringender Bedarf an freier Forschung über die Strukturen, Erfahrungen und Überwindung von Diktaturen und autoritären Regimen. Die besondere deutsche Verpflichtung, die zeitgeschichtliche Forschung über diese Phänomene nun voranzutreiben, erwächst nicht zuletzt aus den Erfahrungen mit zwei Diktaturen auf deutschem Boden im 20. Jahrhundert. Es besteht nun die Chance, Forschungen anzuregen, die die ganze Vielfalt der Diktaturen und autoritären Regime des 20. Jahrhunderts in ihren politik-, sozial- und erfahrungsgeschichtlichen Wirkungs- und Beziehungsgeflechten vergleichend untersuchen.

Europa hatte sich im Gefolge der Nachkriegsordnung von Jalta auseinanderentwickelt; das gilt nicht nur für das politische Europa, sondern auch für das Europa der Wissenschaft und der Kultur. Man kann dies beklagen oder aber als Herausforderung ansehen, die Vergangenheit gemeinsam zu erforschen und auf diesem Wege Trennendes aufzuheben. Die Stiftung Volkswagenwerk möchte mit einem gesamteuropäisch ausgerichteten, zeitlich das gesamte 20. Jahrhundert umfassenden Förderschwerpunkt zur Diktaturforschung ein Signal setzen und nach der Beendigung der Schwerpunkte „Deutschland nach 1945" und „Forschungen zum deutschen Widerstand 1933–1945" die zeitgeschichtliche Forschung zur Bearbeitung neuer Fragen und umfassenderen Problemstellungen anregen. Dies vor dem Hintergrund, daß im 20. Jahrhundert weite Teile des europäischen Kontinents über verschiedene Zeiträume hinweg von Diktaturen und autoritären Regimen beherrscht wurden und das Modell der modernen Zivilgesellschaft und des bürgerlichen Rechtsstaates eher die Ausnahme als die Regel war.

Es sollte indes kein Anlaß dafür bestehen, den Zusammenbruch der kommunistischen Diktaturen mit dem Blick des historischen Siegers zu analysieren. Aufgabe historischer Forschung ist es, diesen Gefahren und Verlockungen nicht zu erliegen und Einseitigkeiten ebenso vorzubeugen wie Apologetik zu vermeiden. Deshalb sollen im neuen Schwerpunkt der Stiftung Volkswagenwerk weiterhin auch die westeuropäischen autoritären Regime und Diktaturen, etwa der Francismus, der italienische Faschismus und vor allem der Nationalsozialismus thematisiert und in vergleichende Perspektiven gerückt werden, die Unterschiede deutlich werden lassen und Ähnlichkeiten aufdecken können. Komparatistik soll mithin als sozialwissenschaftliches Instrumentarium verstanden werden, das den Erkenntniswert geisteswissenschaftlicher Forschungen steigert. Aus diesem Grunde nennt der Schwerpunkt als Teilthema auch die zeitgeschichtlich „einmalige" Vergleichsebene: Komparatistik der beiden deutschen Staaten nach 1949. Hier sollte es jedoch – vor dem Hintergrund einer geradezu

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

idealen „Versuchsanordnung" – ausschließlich um beispielhafte vergleichende Arbeiten gehen über die beiden großen konkurrierenden Gesellschaftsentwürfe der „bürgerlichen Gesellschaft" der Bundesrepublik Deutschland und des „proletarischen Sozialismus" der DDR, um auf diesem methodischen Weg Spezifika des DDR-Systems genauer zu erfassen.

Im folgenden sei ein Auszug aus dem Text des „Merkblattes für Antragsteller" wiedergegeben; der vollständige Text mit den praktischen Hinweisen für die Antragstellung kann bei der Stiftung Volkswagenwerk angefordert werden:

Diktaturen im Europa des 20. Jahrhunderts:
Strukturen, Erfahrungen, Überwindung und Vergleich

I. Zielsetzung

Am Ausgang des 20. Jahrhunderts stehen die revolutionären Umwälzungen in Mittel- und Osteuropa. Damit wurde das definitive Ende der Nachkriegszeit eingeleitet. Von den Veränderungen der Jahre 1989/90 waren die Deutschen besonders betroffen und begünstigt. Dies gibt ihnen die Chance, zeitgeschichtliche Forschung unter aussichtsreicheren Bedingungen als bisher voranzutreiben: durch Kapazitäten in den neuen Bundesländern, durch freieren Zugang zu den Quellen, durch ungehinderte internationale Zusammenarbeit.

Die zentralen Epochenprobleme im Europa des 20. Jahrhunderts heißen: Weltkriege, autoritäre Systeme, Diktaturen, gescheiterte und geglückte Demokratien, Konfrontation und Kalter Krieg, Entspannung und europäische Kooperation. Erstmals ist es heute möglich, Strukturen verschiedenartiger europäischer Diktaturen und autoritärer Regime in sämtlichen Schattierungen (kommunistische, faschistische Systeme, militärisch oder plebiszitär gestützte Notstands- und Entwicklungsdiktaturen, patriarchalische und autoritäre Systeme etc.) vergleichend zu untersuchen. Dabei sollen die jeweiligen Eigentümlichkeiten nicht verwischt werden. Die Forschungsförderung der Stiftung zielt darauf ab, dieses zentral wichtige, bisher weithin unzugängliche Thema für das Europa des 20. Jahrhunderts perspektivisch zu betrachten und eingefahrene Ost-West-Dichotomien, aber auch nationale Blickverengungen zu überwinden.

Um die Zeitspanne 1914/17–1989/90 geschlossen zu erfassen, sollen mithin zeitlich das ganze 20. Jahrhundert, auch die bedeutsame Zwischenkriegsperiode, sowie geographisch das ganze Europa in den Blick genommen werden. Ausgehend von den unterschiedlichen Typen europäischer Diktaturen und autoritärer Regime möchte die Stiftung mit diesem Förderschwerpunkt Forschungen anregen, die zu einem tieferen und umfassenderen Verständnis dieser Zeitspanne vordringen, an deren Ende sich im Wechselbezug von Industrialisierung, Modernisierung und Demokratisierung die westlichen, bürgerlich-repräsentativen Demokratien durchgesetzt haben. Dabei ist die Förderung interdisziplinär angelegt und schließt neben der Geschichtswissenschaft auch andere geistes- und sozialwissenschaftliche Disziplinen ein.

II. Thematik

Die leitenden Fragestellungen des Förderschwerpunktes ergeben sich aus dem erläuternden Untertitel: Welche *Strukturen* in Herrschaft und Gesellschaft lassen sich aufdecken? Welche *Erfahrungen* wurden gemacht? Wie stellte sich die Lebenspraxis dar, welche Nachwirkungen und Verarbeitungsmechanismen können offengelegt werden? Wie verliefen der Übergang zu Diktaturen und autoritären Regimen, deren Einrichtung und vor allem *Über-*

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

windung? Diese Transformationsperspektive erscheint wichtig, weil der Überwindungsbegriff auch den Widerstandsbegriff in sich birgt. Schließlich steht die Frage nach Wesen und *Vergleichbarkeit* europäischer Diktaturen und autoritärer Regime im Mittelpunkt.

Komparatistische Vorhaben sollen Priorität genießen. Komparatistik, verstanden als methodischer Zugriff, mit dem sich Unterschiede und Gemeinsamkeiten herausarbeiten lassen, schließt dabei vielfältige Vergleichsmöglichkeiten ein: die „klassische" Länderkomparatistik, den „Binnenvergleich" sowie z. B. den besonderen Vergleich der beiden deutschen Diktaturen. Um vergleichend zu arbeiten, bietet sich eine koordinierte Kleingruppenforschung an. Da der Forschungsstand zu Diktaturen im 20. Jahrhundert jedoch sehr ungleichgewichtig ist, kann dort, wo Nachholbedarf besteht, die Komparatistik zurücktreten. Um den Erkenntniswert zu steigern, sollten aber auch hier punktuelle vergleichende Perspektiven, die wechselseitige Verflechtungen und Besonderheiten deutlich machen, einbezogen werden. An die Stelle eines direkten Vergleichs kann ferner die Frage nach den internationalen Beziehungen zwischen Diktaturen, autoritären Regimen und demokratischen Staaten treten. Weiterhin können Forschungen zur Methodologie des Systemvergleichs gefördert werden – und in diesem Zusammenhang methodisch besonders beispielhafte Vergleichsstudien über die Bundesrepublik Deutschland und die DDR. Schließlich sollen verstärkt sozial-, mentalitäts- und erfahrungsgeschichtliche Umbrüche in den Blick genommen werden, die über strenge politikgeschichtliche Zäsuren hinausweisen.

Im einzelnen umfaßt die Thematik folgende Bereiche:

- Machtanalytische und personale Aspekte; Epochengliederung und Übergangsprozesse; Machtergreifung, -konsolidierung, -zerfall; Abschleifung, Überwindung und Übergang zur Demokratie
- Machtgefüge; Basis und Struktur; Übertragung des Herrschaftssystems auf andere Länder; Spielräume nationaler Selbstbehauptung
- Herrschaftsinstrumente; Wirkungsgeflecht und Funktion von Manipulation und Entrechtung, Repression und Verfolgung; Methoden der Disziplinierung, Möglichkeiten des Widerstandes und soziales Umfeld oppositioneller Haltungen
- Modernisierung und Modernisierungsschübe versus retardierende Elemente; Entwicklungspotentiale in Wissenschaft und Technik; wirtschaftliche und demographische Aspekte
- Alltag; Nebeneinander und Ineinandergreifen von Partizipationsmöglichkeiten und Zwangsmaßnahmen
- Prägung der Alltagskultur, der Wertorientierungen und Bewußtseinslagen, der Sinngebungen und kollektiven Erfahrungen
- Politisch-ästhetische Ausdrucksformen und „Kult"; Feindbildstereotypen, Identifikationsangebote; Ost-West-Dualismen: „bürgerliche Gesellschaft" – „proletarischer Sozialismus", „nationale Volksgemeinschaft" – „dekadente Demokratie" etc.
- Internationale Beziehungen und Akzeptanz diktatorischer Regime; Interdependenz von diktatorischen und autoritären Staaten und Gesellschaften
- Tradition und Erbe; Nachwirkungen diktatorischer und autoritärer Regime auf die Festigung/Destabilisierung demokratischer Systeme
- Ideengeschichte von Leitbegriffen; begleitende Reflexion der Intellektuellen; Literatur, Philosophie, Religion
- Methodologie des Systemvergleichs
- Methodisch besonders beispielhafte und zur Charakterisierung des DDR-Systems aufschlußreiche Vergleichsstudien Bundesrepublik Deutschland–DDR

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

III. Fördermöglichkeiten

Gefördert werden können:

- Forschungsprojekte (durch Vergabe von Personal- sowie laufenden und einmaligen Sachmitteln einschließlich Reisekostenzuschüssen, auch für ausländische Kooperationspartner)
- Auslandsaufenthalte (durch Reisekostenzuschüsse) von mindestens zwei, höchstens drei Monaten von Hochschullehrern/Projektleitern zur Vorbereitung und Durchführung von Projekten
- Wissenschaftliche Veranstaltungen mit begrenztem Teilnehmerkreis (auch unter Einschluß ausländischer Teilnehmer und besonders jüngerer Wissenschaftler). Es gelten in der Regel die im Merkblatt zum Schwerpunkt „Symposienprogramm" aufgeführten Richtlinien. In besonders begründeten Fällen können die Veranstaltungen auch außerhalb der Bundesrepublik Deutschland stattfinden.
- Nachwuchswissenschaftler im Rahmen von Forschungs- und Ausbildungsprojekten für kleinere Stipendiatengruppen (unter fachkundiger Betreuung).

Besonderen Wert legt die Stiftung in diesem Schwerpunkt auf eine Zusammenarbeit zwischen deutschen und ausländischen Forschern und Forschungseinrichtungen. Deutsche wissenschaftliche Einrichtungen möchte die Stiftung dazu anregen, ausländische Wissenschaftler zeitlich befristet als Fellows in den Forschungskontext einzubeziehen. Soweit Untersuchungsgebiete außerhalb Deutschlands angesprochen sind, sollte mit einheimischen Wissenschaftlern kooperiert werden.

Die Grundsicherung und -erschließung von Quellen ist von der Förderung grundsätzlich ausgenommen. Quellenerschließungen und -editionen können nur gefördert werden, soweit sie in unmittelbarer Verbindung mit Forschungsvorhaben stehen bzw. der Forschung besonders wichtige neue Felder erschließen.

Edgar Wolfrum

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

DIE KOLLABORATION MIT DEN ACHSENMÄCHTEN IN EUROPA 1939–1945

Ein Seminar der Stiftung Micheletti in Brescia

Das erste Kolloquium, mit dem das Institut für Zeitgeschichte an die Öffentlichkeit trat, befaßte sich in seinem vierten und letzten Tagesordnungspunkt mit dem Thema der Kollaboration im Zweiten Weltkrieg. Das war im Jahre 1956, also elf Jahre nach dem Ende des Krieges und des Dritten Reiches. Wenn fast ein weiteres Jahrzehnt vergehen mußte, bis in den Publikationsreihen des Instituts die ersten Veröffentlichungen zu diesem Thema erschienen, so lag das nicht nur an der lange Zeit völlig ungenügenden Quellensituation, sondern auch an dem verständlichen Bestreben der deutschen Zeitgeschichtsforschung, das heikle Thema der Kollaboration, zunächst wenigstens, Forschern aus den betroffenen Ländern zu überlassen und sich in erster Linie der Erforschung des Nationalsozialismus in Deutschland selbst sowie der Außenpolitik des Dritten Reiches und seiner Besatzungspolitik zu widmen. Zudem bestand in den ehemals von Deutschland besetzten Ländern wie auch in den beiden deutschen Staaten eine unverkennbare Tendenz, die Erforschung des Widerstands gegen den Nationalsozialismus der Erforschung der Kollaboration vorzuziehen. Gerade die Widerstandsforschung aber warf immer wieder die Frage nach der Existenz faschistischer Gruppen und Parteien und deren Kollaboration mit den deutschen Besatzern auf.

Unbestreitbar sind die Verdienste französischer Historiker, die die Kollaborationsforschung vorangetrieben und sie methodisch nicht auf die Zusammenarbeit mit den faschistischen Besatzungsmächten beschränkt, sondern auch die ideologischen Anstöße und ihre Auswirkungen auf den kulturellen Bereich aufgezeigt haben. Inzwischen liegen für fast alle einst von der deutschen Wehrmacht okkupierten Länder Untersuchungen zum Thema vor. Sogar eine weitere geographische Differenzierung bis in die Regionalgeschichtsforschung hinein ist festzustellen, außerdem werden von der Forschung sozialgeschichtliche und psychologische Fragestellungen bzw. Erklärungsmuster herangezogen, die ein wesentlich differenzierteres Bild von Kollaboration ergeben.

Die Gefahr, den Begriff der Kollaboration durch eine ausufernde Differenzierung zu verwässern, liegt auf der Hand. Eine Diskussion und Klärung der Methoden und Termini, aber ebenso der Vergleich der bisherigen Forschungsergebnisse in einer wenigstens auf Europa bezogenen Gesamtdarstellung gehört zu den Desiderata der Zeitgeschichtsforschung.

Die Stiftung Luigi Micheletti in Brescia, deren Verdienste um die Erforschung des Widerstands in der Region und darüber hinaus bekannt sind, hat es auf sich genommen, hier neue Anstöße zu geben. Sie veranstaltete vom 24.–25. Oktober 1991 in Brescia mit Unterstützung des Istituto Nazionale per la Storia del Movimento di Liberazione in Mailand und dem dortigen Goethe-Institut ein Seminar über die „Kollaboration mit den Achsenmächten in Europa 1939–1945", das zum Ziele hatte, den Forschungsstand und die Quellenlage in den verschiedenen europäischen Ländern festzustellen und weiße Flecken in der Forschungslandschaft aufzuzeigen. Vertreter von namhaften Forschungseinrichtungen und Universitäten aus ganz Europa referierten und diskutierten vor einem interessierten Publikum von

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Fachgelehrten und Freunden der Stiftung in der Absicht, damit die Grundlagen für eine Fachkonferenz zum gleichen Thema zu liefern, die nach der Planung der Veranstalter in etwa zwei Jahren stattfinden soll. Vertreten waren u. a. das Archivio Audiovisivo del Movimento Operaio e Democratico in Rom, das Institut des Hautes Etudes Internationales in Genf, die Bibliotheque de Documentation Internationale Contemporaine in Nanterre, die Stiftung Giangiacomo Feltrinelli in Mailand, das Rijksinstituut voor Oorlogsdocumentatie in Amsterdam, das Centre de Recherches et d'Etudes Historiques de la Seconde Guerre Mondiale in Brüssel, das Institut der Internationalen Arbeiterbewegung in Moskau, das Historische Institut der Tschechoslowakischen Armee in Prag, das Historische Institut der Polnischen Akademie der Wissenschaften in Warschau, das Istituto die Storia del Movimento di Liberazione in Triest, das Archivio Centrale dello Stato in Rom, das Militärgeschichtliche Forschungsamt in Freiburg, die Bibliothek für Zeitgeschichte in Stuttgart und das Institut für Zeitgeschichte in München, ferner führende italienische Zeitgeschichtler wie die Professoren Enzo Collotti, Florenz, Nicola Tranfaglia, Turin, Teodoro Sala, Triest, und Gaetano Grassi, Mailand. Das Seminar schloß mit einem Appell der Stiftung Micheletti an die Vertreter der teilnehmenden Institutionen, die geplante Forschungskonferenz nach Kräften zu unterstützen. Die Referate der Tagung sollen 1992 in einem Sammelband veröffentlicht werden.

Hermann Weiß

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Abstracts

Jeffrey Herf, How Democracy Survived: Political Culture in West Germany, Power Politics, and the *Nachrüstungskrise.*

In the 1930s and the 1970s, those critics sympathetic to democracy, and those hostile to it, wondered if the political virtues of open societies would become strategic vices when confronted with dictatorships, and if the political vices of dictatorship would offer strategic advantages in efforts to intimidate democratic governments and societies. This essay analyses West German political culture from the 1960s to the 1980s, especially the political culture of *Ostpolitik,* the long march through the institutions, and the *Tendenzwende* to account for the vulnerability but also the resilience of West German democracy during the battle of the Euromissiles from 1979 to 1983. It also draws attention to the political impact of divergent lessons learned from the Nazi past, and to the role of subjective and contingent factors in the outcome of this central political narrative.

Thomas Angerer, France's Policy towards Austria in the last years before the *Anschluß.*

This article argues that France showed a higher profile in handling the Austrian question during the last years before the *Anschluß* than has been previously described by various scholars. Cooperation with Italy on Central European issues, however, ran into deadlock well before the Abyssinian affair and the election victory by the Popular Front occurred. With Austria adopting a 'German way' through its agreement with Germany in July 1936, French projects aiming at a neutralization of Austria definitely lost ground. France then followed the British appeasement policy with the idea that Germany, in exchange for recognition of territorial status quo, should have the option of making Austria its satellite. As this proved to be an unrealistic concept, those responsible in France became increasingly aware of the complete failure of French policy in Central Europe.

Peter Grupp, Harry Graf Kessler in his Role as a Diplomat.

Harry Graf Kessler (1868–1937), well known as an art critic, patron, and pacifist, also had a reputation as a diplomat, despite the fact that he never pursued a normal career in the German Foreign Office. The article examines his activity and role in German foreign policy and reaches the following conclusions: 1) Kessler was used by the German Foreign Office when its normal methods, and especially the bureaucratic apparatus, were unsuitable for dealing with particular exigencies; 2) Kessler was accepted by the German diplomats because he belonged to the same social and economic milieu, but was always considered an outsider because of his other activities; 3) Kessler never succeeded in having his political ideas accepted by the German Foreign Office which, on the contrary, used him merely for its own purposes.

Eckhard Hübner, A New Light on Soviet Foreign Policy before the Second World War?

Ivan Pfaff claims in his article "Stalin's Strategy to Sovietize Central Europe between 1935 and 1938. The Czechoslovakian Case", VfZ 38 (1990), that between 1935 and 1938 the USSR already pursued a policy of sovietizing the ;CSR and Central Europe, which only failed because of the international situation at that time, but which was put into effect after 1945. However, the documents presented by Pfaff as evidence for his thesis do

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte
München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

not stand up to close examination. They do not justify his assumption that the foreign policy of the Soviet Union between 1935 and 1938 only had offensive objectives. The political interests of the Soviet Union rather demanded a policy that was defensively orientated and that found its expression in the support of the policy of "collective security". In his article, Pfaff fails to present convincing and conclusive evidence that would justify a revision of the traditional view described above.

Seev Goshen, Nisko: An Exception amongst the SS Camps for the Jews.

The Nisko Camp, situated in the *Generalgouvernement* on the banks of the River San was set up in September 1939 on Adolf Eichmann's initiative, with no prior organisational measures. Originally planned as a transit camp, Nisko took on a more permanent after the termination of "Eichmann's beginner's experimentation" by the RSHA. It was shut down in 1940. The writer, himself once an inmate of the Nisko Camp, describes the oppressive living and working conditions there. He reaches the conclusion that in the years 1939–40, it was still possible for one cog in the overall RSHA machinery of terror to have its own separate rhythm, that even members of the SS were not necessarily always power-mad sadists. Verification of this can also be found in the fact that, in an action unique in the history of the Holocaust, Nisko inmates were repatriated after the camp was shut down.

Hanns Jürgen Küsters, Reunification by Confederation? The Informal Conversations between Federal Minister Schäffer, NPA-General Müller, and Soviet Ambassador Pushkin 1955–56.

In October 1958 Ulbricht, First Secretary of the Central Committee of the Socialist Unity Party (SED) of the GDR, maintained in public that his proposal of a confederation of both the German states as the step to German unification was originally submitted by a member of the Federal government in Bonn. Some weeks later, Schäffer, then Minister of Justice in the Adenauer government, admitted that he had met Müller, General of the National People's Army, in East Berlin in June 1955. In October 1956 Schäffer once again visited Müller and had a conversation with Pushkin, the Soviet ambassador to the GDR. Adenauer was kept informed about all these secret connections, although he did not expect Schäffer to be successful. Considering the Bonn government's strategy to isolate the second German state internationally (Hallstein doctrine), Ulbricht's announcement meant a political scandal. What did Schäffer really discuss with Müller and Pushkin, and had the minister proposed a confederation? At that time Schäffer did not make any record of the discussions. The minutes of the Schäffer-Pushkin conversation in the Ulbricht papers and some letters from Adenauer, Schäffer and Müller seem to prove that the Federal minister launched the idea of a confederation and tried to find out if the Soviets and the GDR government would be ready to open discreet negotiations about the reunification of Germany.

Jahrgang 40 (1992), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte